

**Zeitschrift:** Beiträge zur Aargauergeschichte  
**Herausgeber:** Historische Gesellschaft des Kantons Aargau  
**Band:** 11 (2002)

**Artikel:** Geschichte der politischen Presse im Aargau : das 20. Jahrhundert  
**Autor:** Müller, Andreas  
**Kapitel:** Die exklusive Partei-Tagespresse (1919-1945)  
**Autor:** [s.n.]  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-110824>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 21.02.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# **Die exklusive Partei-Tagespresse (1919–1945)**



# Die Blätter der freisinnigen Grossfamilie

## Das «Aargauer Tagblatt»

### Das «Aargauer Tagblatt» vor 1914 und seine ständigen Gegner

Die Fusionspartei, seit 1896 im Aargau freisinnig-demokratische geheissen, zierte als Untertitel den Grossteil der Zeitungsköpfe. Der Aargau zählte 37 engagierte Zeitungen, übertroffen nur noch von Zürich, 48, und Waadt, 50.<sup>41</sup> Selbst das vielgestaltige Bern brachte es nur auf 34 Blätter. 18 bekannten sich im Aargau offen zur Partei.<sup>42</sup> Dennoch lieferten sich diese Blätter nach 1896 immer noch Flügelkämpfe, je nach politischer Situation, leidenschaftlich akzentuiert oder gedämpft gewährend. Häufig trugen die Leitzeitungen, oft sogar deren Redaktoren persönlich, die Streitigkeiten in die Parteiversammlungen hinein. Die radikalen Organe, «Aargauer Nachrichten», «Schweizer Freie Presse», «Aargauischer Anzeiger», «Zofinger Tagblatt» und das Lenzburger «Aargauer Wochenblatt» meinten, laut singen, gelegentlich gar gröhlen zu müssen, um im Chor der freisinnigen Blätter wahrgenommen zu werden. Solches liess sich nur feststellen, wenn deren Inhalt sorgfältig gelesen wurde; die Aufmachung, die Verpackung, war überall gediegen-vornehm. Es galt die Regel: Eine Zeitungsseite wird nur dann ernst genommen, wenn sie im Massanzug daherkommt. Selbst der grösste Angriff, die saftigste Entgegnung, war dezent in der Titelgrösse und ohne Spielereien mit Schrifttypen; es fehlte jeder drucktechnische Schnickschnack. Der Typograph, der Metteur, fühlten sich als Jünger Gutenbergs, als hochgeachtete Druckkünstler. Diese technischen Fachleute liessen sich kaum vor den Karren eines redaktionellen Streites spannen. Eine Zeitung war für sie geistig näher beim Buch als beim Flugblatt. Auch ein Zeitungsdrucker war eben ein Buch-Drucker.

So war das liberale «Aargauer Tagblatt», genauso wie seine radikalen Kontrahenten, vor dem Ersten Weltkrieg von unglaublicher Gleichförmigkeit. Nicht nur die Reihenfolge der Rubriken war vorgegeben, auch die Abfolge der schweizerischen Kantone oder der aargauischen Gemeinden gehorchte einer Rangordnung nach Prinzip, nicht nach Grösse der Sensation oder der Aktualität. Noch 1908 hatte Staatsschreiber Ludwig Schulthess das «Aargauer Tagblatt» als langweilige Zeitung bezeichnet; die selbstbewusste Redaktion aber stopfte dem Kritiker in einer Glosse das Maul.<sup>43</sup> Die unfreundliche Bemerkung von Schulthess bezog sich zudem keineswegs auf das Erscheinungsbild, sondern auf die Gediegenheit von Stil

<sup>41</sup> AT, 14. Januar 1901.

<sup>42</sup> AT, 8. Januar 1907.

<sup>43</sup> AT, 23. Oktober 1908.

und Sprache. Nun, hier setzten die radikalen Blätter Kontrapunkte und luden zu Vergleichen ein. Dass man bezüglich Aufmachung auch ganz anders hätte erscheinen können, bezeugen die Inseratenseiten: sie waren marktschreierisch aufgemacht und mit allem drucktechnischen Firlefanz durchsetzt. Ein richtiger Tummelplatz für die Setzer.

In diesen Zusammenhang ist pressegeschichtlich interessant, dass anfangs 1902 Fürsprech Strähl, Zofingen, im Grossen Rat eine Motion für ein aargauisches Pressgesetz einreichte. Dass es dabei eindeutig um eine Bändigung allzu aggressiver Journalisten der radikalen Seite ging, beweisen die Stellungnahmen der verschiedenen Zeitungen zu diesem Ansinnen. Den Nachrichten und dem Wynentaler erschien die Pressfreiheit bedroht, während das Tagblatt verharmloste: Die Pressfreiheit sei in der Verfassung ja garantiert, ergo handle es sich nur um den Ausbau einer Spezialgesetzgebung. Dieser Vorstoss wurde übrigens wegen Abwesenheit des Motionärs nicht behandelt und später auch nie mehr traktandiert.<sup>44</sup> Ein Sturm im Wasserglas!

Das «Aargauer Tagblatt», «Täglicher Anzeiger für den Aargau und die Mittelschweiz», erschien bis zum Weltkrieg siebenmal in der Woche, das heisst am Samstagnachmittag wurde jeweils eine Sonntagsnummer ausgeliefert. Eigentlich nur als Notmassnahme angekündigt, verschwand die Sonntagsausgabe am 8. August 1914 für immer aus dem Repertoire des Verlages. Das Sonntagsblatt, nicht zu verwechseln mit der Wochenendbeilage «Illustrierte Sonntagspost», war im Aussehen eine normale Zeitung, wies aber bedeutend mehr Feuilletonistisches auf, wohl in Ermangelung genügender Neuigkeiten und zur Entlastung des Personals. Der Inhalt konnte grossenteils schon im Laufe der Woche druckreif vorbereitet werden. Die normale Zeitung umfasste vier Seiten, wovon die letzte mit Inseraten bestückt war. Die Samstagsnummer, oft noch eine weitere Zeitung pro Woche, umfasste acht Seiten, entsprechend dem Anzeigenanfall. Die Frontseite trug unter dem Strich einen Fortsetzungsroman, war vierspaltig – wie der ganze Textteil – und wurde angeführt von einem Leitartikel. Dieser war gelegentlich von einer Agentur oder einer befreundeten Zeitung eingekauft, häufig von einem Mitarbeiter (oft auch Politiker) geliefert oder als Tagesbericht vom Redaktor als Übersicht zum Weltgeschehen eigenhändig zubereitet. Die Rubriken hiessen Schweiz, Aargau, Kantone, Ausland, Buntes Feuilleton. Das Lokale führte ein Schattendasein oder wurde im Aargau eingegliedert.

Die politischen Nachrichten aus dem Aargau umfassten Stellungnahmen zum Geschehen im Grossen Rat und Regierungsrat, wobei die Kommentare ausschliesslich die Meinungen des liberal-konservativen Flügels spie-

---

<sup>44</sup> Verhandlungen des GR 1901–1905. Text: S. 6, Nr. 21, Behandlung: 21. Mai 1902, S. 210, Nr. 215 und S. 227, Nr. 233, 21. Mai 1902.

gelten, so dass augenblicklich die Kontroverse mit den Radikalen einsetzte und damit das nachträgliche Streitgespräch vorprogrammiert war. Das interne Geschehen der Fusionspartei, die Flügelkämpfe und Beruhigungsmassnahmen, die personellen Fragen und persönlichen Anrempelungen gehörten daher zum wichtigsten Teil der aargauischen Kantonspolitik.

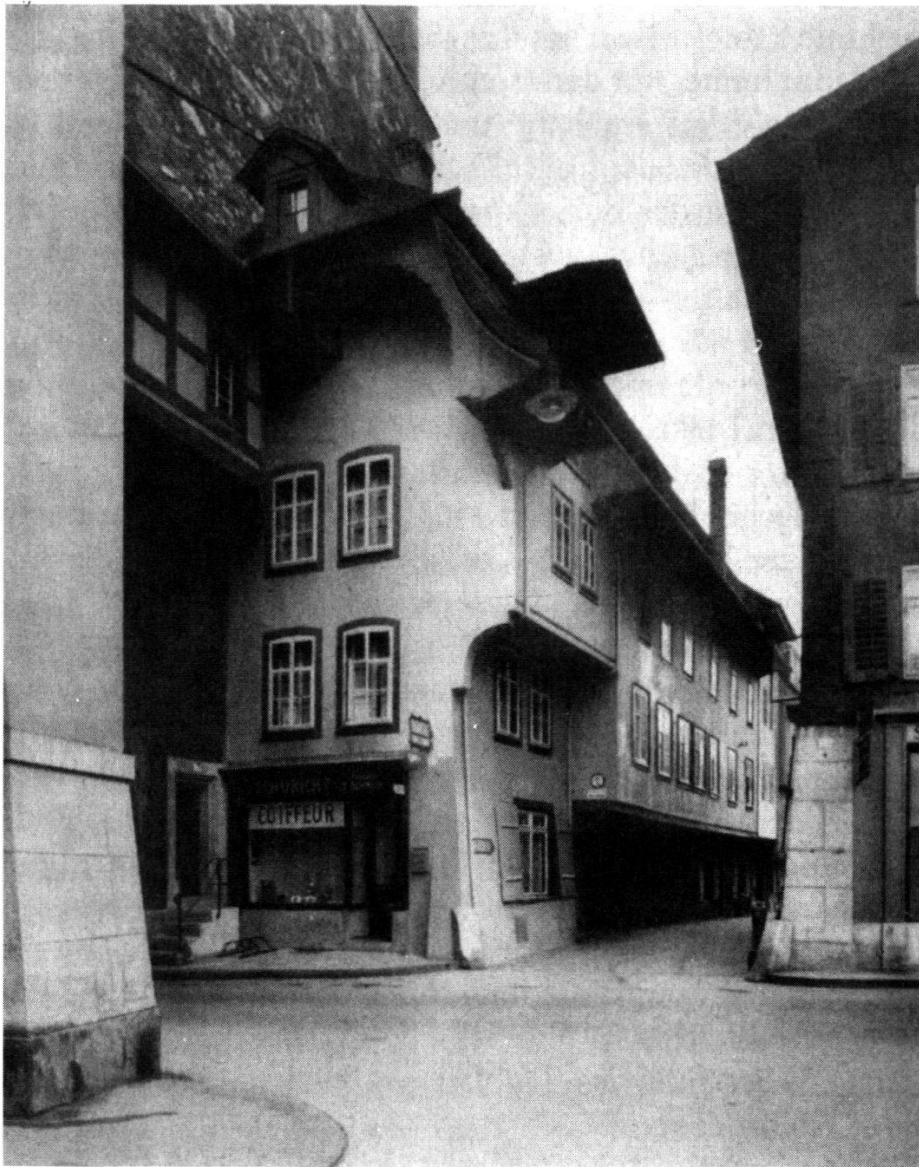
Dabei spielten die regionalen Eigenmächtigkeiten und kommunalen Wahlen der Zentrumsgemeinden mächtig hinein. Die Fortsetzung oder Wiederbelebung des aargauischen Regionalismus aus der Gründerzeit des Kantons wurde im Rahmen des freisinnig-demokratischen Flügelkämpfe mehr gesichert, als bei den Katholisch-Konservativen oder der Arbeiterpartei. Dass dabei der lokale Konkurrent «Aargauer Nachrichten» als Gegner im Vordergrund war, versteht sich von selbst. Da in Aarau die Radikalen in der Minderheit waren, diente dieses Blatt nach Meinung des Tagblattes ausschliesslich einer Clique und vergass, für die Öffentlichkeit einzustehen.<sup>45</sup> In zweiter Linie kämpfte man mit der «Schweizer Freien Presse» aus Baden und wollte damit immer nur den streitlustigen Nationalrat Jäger persönlich treffen, der dieses Blatt innehatte und gleichsam verkörperte. In dritter Linie traf das AT auf das «Zofinger Tagblatt», hinter dem Nationalrat Hunziker stand, Präsident der Fusionspartei und Gerichtspräsident. Ihm und seiner Zofinger Gefolgschaft wurden weniger offene Eigenmächtigkeiten, als stille Machenschaften und Ränkespiele zugetraut. Deren Sprachrohr aus dem wilden Westen war daher grösstes Misstrauen entgegenzubringen.

Und das alles wurde von einem einzigen Manne inszeniert, von Dr. A. Weder, dem Alleinredaktor des «Aargauer Tagblatts». Seit 1891 im Dienste des Blattes, war er sich des lokalen Streites mit Dr. Widmann gewohnt, dem Redaktor der Nachrichten, die seit 1905 in den Händen von Buchhändler und Verleger Wirz lagen. Am 1. Oktober 1905 erhielt Weder in Eduard Gubler erstmals einen Kollegen. Dieser wirkte bloss bis zum 1. Juli 1907 am Tagblatt, um dann als Bundesgerichtskorrespondent der «Basler Nachrichten» in Lausanne tätig zu sein.<sup>46</sup> Sein Nachfolger war Otto Husy aus Olten, der am 1. Juli seine Arbeit aufgenommen hatte, aber erst 1908 offiziell als verantwortlich zeichnen durfte. Dieses Zwiegespann wurde 1913 durch Karl Zimmerlin erweitert. Weder wirkte nun als Bundeshaus-Redaktor in Bern, bis zu seinem Austritt nach 25jähriger Tätigkeit im Dienst des AT im Jahre 1916. Seine neue Berner Adresse erfuhr nur einen vorübergehenden Unterbruch 1914, als Zimmerlin laufend durch Aktivdienste abwesend war. Sein Berner Domizil veranlasste ihn schliesslich auch 1916, die Redaktion des «Emmentaler-Blattes» zu übernehmen. Als redaktionelle Troika, Zimmerlin-Husy-Weder fuhr das Tagblatt im August 1914 in die unsichere Zukunft des Weltkrieges.

<sup>45</sup> AT, 30. September 1905.

<sup>46</sup> AT, 1. Juli 1905.

In den ersten Jahren wurde das Tagblatt noch immer in den engen Verhältnissen beim Obertor, Nr. 228, hergestellt; Redaktion, Expedition und Druckerei waren – grob gesehen – immer noch dort domiziliert, wo 1847 das Werk seinen Anfang genommen hatte. 1912 erst, am 1. Juli, konnte alles ins neue Gebäude an der Bahnhofstrasse, gegenüber dem städtischen Schulhaus, überführt werden. Gleichzeitig erfolgte die Vergrösserung des Formats, die Erweiterung auf sechs bis acht Seiten täglich und damit verbunden, die Ergänzung der Redaktion. Der Umzug war eine grosse Sache, und man war stolz darauf, dies ohne grosse «Unzukömmlichkeiten» bewerkstelligt zu haben. Die erst nachmittägliche Auslieferung der Zeitung am 2. Juli 1912 wurde gerne entschuldigt, als die frühzeitige Expedition ab neuem Standort in Bahnhof- und Postnähe in Zukunft nun garantiert war.



*Vom alten (am Obertor) zum neuen (an der Bahnhofstrasse)  
Tagblatt-Haus (100 Jahre Aargauer Tagblatt, 6. Mai 1947).*



Welche aargauische Themen beschäftigten zu Beginn des 20. Jahrhunderts die Presse des Hauptortes? Da war einmal die Kantonalbank-Frage, frühes Anliegen des späteren Bundesrates Schulthess. Die Staatsbank-Vorlage scheiterte 1900 bei der Volksabstimmung und fand 1912 dann Gnade vor dem Souverän. Das «Aargauer Tagblatt» bot Ständerat Isler, Präsident der halbstaatlich organisierten Aargauischen Bank, über mehrere Nummern ein Podium für den gegnerischen Standpunkt. Diesem prominenten Leitartikler, der als Experte galt und als Präsident der diesbezüglichen Spezialkommission im Grossen Rat zeichnete, mussten die Nachrichten eine eigentliche Kanonade entgegensetzen. Die Nachrichten seien in dieser Frage «keiner ruhigen Überlegung fähig», meinte die AT-Redaktion, und regten sich mächtig auf über die «Freimütigen Glossen eines aargauischen Schuldenbauers», die im Tagblatt ebenfalls über mehrere Nummern hinweg in leichtverständlicher Sprache Islers fachmännische Ausführungen sekundierten.<sup>47</sup> Ob das Lehrerseminar mit der Kantonsschule verschmolzen werden sollte, war ebenfalls ein Dauerbrenner und entzweite wieder die beiden freisinnigen Lager und deren Presseorgane in Aarau, wobei auch hier das AT den bewahrenden Standpunkt vertrat, das heisst das Internat im ehemaligen Kloster Wettingen als unabhängige Fachschule erhalten wollte, während die Radikalen die Kombi-Mittelschulen von Chur, Solothurn und Genf als Vorbilder anpriesen.

Diese zwei Beispiele stehen stellvertretend für alle politischen Fragen, in denen Monopolisierung und Staatsintervention mitspielten. Die Wasser-

<sup>47</sup> AT, anfangs Januar 1900.

zinsen der turbinengetriebenen Fabriken oder Elektrizitätswerke, die Handhabung der Regale bezüglich Bodenschätze (Salinen) sind weitere Themen, die im gleichen Sinne die Gemüter erhitzen. Darüber stellte sich die Frage: Totalrevision der kantonalen Verfassung, ja oder nein, was in Wahrheit Stärkung des Staates, ja oder nein, bedeutete. Dazu gesellten sich die personellen Präferenzen auf allen Ebenen; vielleicht nahmen sie gesamthaft in der Presse mehr Raum ein als die politischen Sachfragen. Die Flügelkämpfe gründeten oft mehr im Stil und Auftreten der Leitfiguren, Ausdruck des Temperaments und der Charaktere der Politiker. Die wichtigsten Ereignisse dieser Art waren die Wegwahl Nationalrat Jägers 1905, seine erfolglosen Versuche 1907 und 1908 als radikaler Kandidat ein Comeback zu erreichen, und der glorreiche Wiedereintritt in die grosse Kammer 1911, Resultat eines neuerlichen, nun dauerhafteren Bündnisses innerhalb der freisinnigen Partei. Das andere Grossereignis war die Ständeratswahl 1912, als der offizielle Kandidat der Partei, Attenhofer, durchfiel und Gottfried Keller junior gewählt wurde, und dies kurz nach dem feierlich beschworenen «Gottesfrieden».

Da praktisch in allen Bezirken zwei freisinnige Zeitungen die beiden Flügel markierten, spielten sich auch auf unterer Ebene ähnliche personell bestimmte Wahlmanöver ab, vielleicht noch heftiger und pointierter als in höheren Gefilden. Was sich bezüglich Aarauer Stadtrats- und Kommissionswahlen ergab, schlug sich bis 1912 im Tagblatt und in den Nachrichten nieder, ab 1912 folgte dann noch die dritte im Bunde: die «Neue Aargauer Zeitung» des freisinnigen Dissidenten Allemann. Einzig die Centenarfeier des Kantons 1903 schuf vorübergehend ein milderes Klima im bürgerlichen Pressewald Aaraus. Schon am 30. Dezember 1902 kündigte das Tagblatt zögerlich einen vorübergehenden «Gottesfrieden» an, wie ihn im alten Hellas die Zeit der olympischen Spiele verlangt hatten. Man habe die Gründung einer liberalen Gegenpartei im abtrünnigen Rheinkreise extra verschoben, um die Stimmung nicht aufzureizen. «So viel scheint man annehmen zu dürfen, dass die Centenarfeier, wenn sie auch die Scheidelinie der beiden Flügel der Fusionspartei nicht zu verwischen vermag, doch insofern von nicht zu unterschätzender Wirkung und Bedeutung sein wird, als sie im allgemeinen das Zusammengehörigkeitsgefühl der Aargauer stärken und dem aargauischen Staatsgedanken dienlich sein wird.» So die zuversichtliche Prognose Redaktor Weders. Gar zu feierlich ging es im Laufe des Jahres aber nicht zu und her. Zwischen Jäger und Laur, das heisst dem Bauernsekretariate, fand eine «Mohrenwäsche» statt, die zum endgültigen Bruch zwischen den beiden führte;<sup>48</sup> in Brugg tobte der Zeitungskrieg und erbrachte den Bruch zwischen Effingerhof und dem Brugger Zeitungsverein und in Baden hielt man Presseprozesse ab, in denen Jäger mehrmals ver-

---

<sup>48</sup> AT, 8. Januar 1903.

urteilt wurde und das Tagblatt die Meldung nicht verkneifen konnte, dass eine knappe Minderheit den ungebärdigen Politiker und Journalisten gar mit Gefangenschaft bestrafen wollte. Der Gerichtsbericht war entlarvend für die stillen Hoffnungen der AT-Redaktion. Am 3. bis 6. und am 12. Juli fanden dann die Festlichkeiten statt. Das Tagblatt brachte sämtliche staatsmännischen Reden in extenso,<sup>49</sup> langfädige Kommentare zu Festspiel und Umzügen, dazu eine ausgedehnte Presseschau, die die Wirkung auf andere Kantone ausloten wollte.<sup>50</sup> Zur staaterhaltenden Sorge des AT gehörte nämlich auch die dauernde Kümmeris, in der Eidgenossenschaft nicht angemessen beachtet zu werden.

Die Hässeleien zwischen Tagblatt und Nachrichten haben für uns Nachfahren wenigstens den Effekt, über die Akzeptanz und die wirtschaftliche Lage der Blätter einigen Aufschluss zu erhalten. Die Angriffe des Tagblattes auf die radikale Politik trügen weitgehend die Schuld an der parteilichen Spaltung, behaupteten die Nachrichten zum Jahresende 1901. «Worin liegt dieses Vergehen?» echote es aus der Redaktion der Konkurrenz rhetorisch. «Wir kritisierten die Wasserzinspolitik des Regierungsrates; die Gerichte haben unsere Einwände bestätigt. Wir kritisierten Nationalrat Jäger wegen der Brieffälscherei; die Gerichte haben uns Recht gegeben, usw. usw. Kein radikaler Politiker hatte im Laufe des Jahres einen Anlass gefunden, gegen das Tagblatt Klage zu erheben, obwohl die radikalen Hitzköpfe keine Hemmungen zu diesem Schritt kennen.»

1905 verkündeten die Nachrichten, dass sie neu einen Lokalanzeiger in alle Haushaltungen liefern würden, dass aber auch Inserate in den Nachrichten, die «in jeder Familie» gehalten werden, eine Erfolgsgarantie hätten. Dies brachte das Tagblatt in Harnisch: «Da unser Blatt nachweisbar die doppelte Auflage der Aarg. Nachr. hat», müsste ja das AT in jeder Familie doppelt gehalten werden.<sup>51</sup> «Im Irrtum befindet sich auch der Verleger der Aarg. Nachrichten, wenn er glaubte, unser Artikelchen In eigener Sache sei aus Konkurrenzneid geschrieben worden.» Wir könnten dessen Neuerungen ja einfach nachahmen. Aber wir wissen: die Neuerungen des Nachrichten-Verlages sind meist nach kurzem kleinlaut wieder aufgegeben worden. Die Kontroverse führte endlich zu einer Offenlegung des Tagblatt-Verlages, die uns Heutigen einigen Aufschluss über die Aarauer Verhältnisse vermitteln kann:

«Wir lassen Zahlen sprechen:

Die Lokalaufgabe des Tagblattes ist	2540 Exemplare
Die Postaufgabe des Tagblattes ist	2360 Exemplare
Total Tagblatt	4900 Exemplare

<sup>49</sup> Bundespräsident, Ständerat Kellenberger, Regierungsrat Fahrländer, Dr. Müri und Rektor Tuchschild von der Kantonsschule.

<sup>50</sup> AT, 8. Juli 1903.

<sup>51</sup> AT, 28. September 1905.

Die Auflage des «Volksfreund» (dreimal per Woche aus dem Tagblatt zusammengestellt)	3300 Exemplare
Totalauflage Tagblatt und Volksfreund	8200 Exemplare

Diese Auflage werden wir auf Verlangen jeder Zeit notariell beglaubigen lassen. Wir fordern nun den Verleger der Aarg. Nachrichten auf, die Auflagen seines Blattes ebenfalls ziffernmässig mitzuteilen.»<sup>52</sup>

Eine Reaktion darauf blieb aus. Damit dürfte eine Auflage der Nachrichten um 4000 Exemplare etwa der Wahrheit entsprechen. Schon früher hatte die Tagblatt-Redaktion Widmann mehr oder weniger die Schuld an der misslichen Lage der Nachrichten zugeschoben. «Der Niedergang eines Blattes erfolgt nicht ohne Schuld. Unser Leserpublikum ist zwar über die Massen langmütig. Aber wenn ein Blatt so unverhüllt in seiner politischen Tätigkeit allein dem politischen Ehrgeiz einer oder zweier Persönlichkeiten dient, und so rücksichtslos und ausschliesslich die Interessen einer Clique, statt der Öffentlichkeit verfißt, dann dämmert es schliesslich auch dem Frömmsten seiner Leser. Die Aarg. Nachr. haben schon Gewaltakte eingeleitet, einen Ton und eine Haltung angenommen, dass man versucht war zu glauben, sie sei auf dem Standpunkt des *après nous le déluge* angelangt.»<sup>53</sup> Tatsächlich musste bald darauf das Unternehmen in einer Rettungsaktion von Buchhändler Wirz übernommen werden. Die Handänderung verwandelte Stil und Charakter des Blattes wenig; Widmann blieb die Seele der Zeitung. Dem Tagblatt wurden die Nachrichten erst gefährlich, als 1911 der Vollblut-Journalist Gottfried Keller die Tageszeitung seinen bisherigen Blättern anfügen konnte, und die Unterkellerung der Aargauer Politik damit publizistisch noch stärker abgestützt wurde.

Selbst die Streitereien mit dem Badener Politiker Jäger wurden über Kontroversen mit den Nachrichten ausgetragen, da dessen Freie Presse von Widmann laufend Schützenhilfe erhielt. Die Argumentationen überschritten zeitweise die Grenzen der Lächerlichkeit. So kommentierte Widmann die Abstimmung über ein neues Schulhaus in Baden (600 Ja gegen 10 Nein), als blosses Votum gegen Jäger, weil er in seinem Blatte den Standort auf dem Festplatz östlich der Altstadt bekämpft hatte. Das Tagblatt fand diese These fast absurd, zumal der Anhang Jägers in Baden viel grösser sei; es ginge doch um eine Sache, nicht um eine Person. Übrigens: «Reden an das Volk» des wortgewaltigen Politikers hätten auf dem verkleinerten Festplatz grössere Resonanz, wenn das neue Schulhaus die Abschussszenerie bilde. Ironie oder Groteske?

Der Typographenstreit im Dezember 1905 erhitzte einerseits die Gemüter der Druckereiarbeiter und der Leserschaft, andererseits schlossen sich die Reihen der sonst zerstrittenen Verleger in Aarau. Hätte Wirz die Krise

<sup>52</sup> AT, 2. Oktober 1905.

<sup>53</sup> AT, 30. September 1905.

durchgehalten, liesse sich gar von einer Einheitsfront sprechen. Die Ereignisse führten zur Gründung einer Genossenschaftsdruckerei und der Arbeiterzeitung «Freier Aargauer». Die Details zu diesen Geschehnissen werden eingehend in der Gründungsgeschichte der sozialdemokratischen Parteizeitung behandelt. Die Idee, im Aargau ein solches Organ zu schaffen, war nicht neu. Ende des Jahrhunderts (1893) war in Zofingen schon kurzfristig der «Aargauer Arbeiterfreund» als Wochenzeitung erschienen.<sup>54</sup> 1905 referierte Dr. med. Kraft in Nussbaumen an einer Arbeiterversammlung und regte dabei die Gründung eines eigenen Blattes an. Der Bericht über diese Veranstaltung im Tagblatt bewies eher Verachtung als Furcht vor einer neuen Konkurrenz.<sup>55</sup> Eine Tellersammlung am Ende der Tagung habe das Startkapital von ganzen zwölf Franken ergeben. Während der Streik am Ende des Jahres abgebrochen wurde, dauerte der Wortwechsel zwischen Maschinenmeister Kälin und dem Tagblatt fort. Alle acht streikenden Gesellen waren beim AT wiedereingestellt worden, Kälin aber nicht. Er sei aus andern Gründen entlassen worden; mutwillig hätte er schon vorher den Arbeitsplatz verlassen. Kälin reagierte darauf mit einer Erklärung im Tagblatt und drohte mit einer Verleumdungsklage.<sup>56</sup> Die Arbeiterunion Aarau solidarisierte sich mit ihm mittels einer Resolution, die aber nur im «Volksrecht» Aufnahme gefunden hatte.<sup>57</sup> Darin erfolgte ein Boykott-Aufruf gegenüber dem Tagblatt, den Keller-Blättern und deren Inserenten. Die Antwort von Redaktor Weder, Aktuar des Verwaltungsrates des AT-Verlages, kritisierte die praktizierte Verführung zum Streik: «Unsere Arbeiter waren zufrieden; aber nach Ideologie darf der Arbeiter nicht zufrieden sein.» Repliken und Dupliken zogen sich noch weit in den Januar hinein und beförderten die Vorbereitung eines eigenen Zeitungsprojektes. Obwohl erst zum Tag der Arbeit die erste Nummer erschien, begrüßte das Tagblatt schon zum Jahresanfang das angesagte Organ: Bis jetzt habe das AT die Verlautbarungen der Arbeiterpartei grosszügig aufgenommen. Dies würde dannzumal ein Ende haben. Sie seien aller moralischer Pflichten enthoben. «Es wird dasselbe viel dazu beitragen, die Parteien zu scheiden und zu sammeln.»<sup>58</sup> Der offenbarte Zweckoptimismus des Tagblattes dürfte damals auch Drohung und Verhinderungstaktik gewesen sein.

Am 3. Mai 1906 aber musste die Redaktion das neue sozialdemokratische Organ als Neuling im aargauischen Pressewald willkommen heissen: «Der Freie Aargauer (...) bedient sich in seinen verschiedenen Einführungsartikeln folgender gewählter Sprache: Kapitalistische Sippe – Grössenwahn der Fabrikbarone – Schlotjunker – die Arbeiter aufs Blut aussaugen – die Fami-

<sup>54</sup> Nur im Juni 1893.

<sup>55</sup> AT, 11. Dezember 1905.

<sup>56</sup> AT, 5. Januar 1906.

<sup>57</sup> Volksrecht, 30. Dezember 1905; AT, 6. Januar 1906.

<sup>58</sup> AT, 6. Januar 1906.

lien zu Lohnsklaven herabwürdigen – die Töchter des Volkes entehren – zügellose Orgien feiern aus dem Gelde der verachteten Arbeiter – fluchwürdiges Ausbeutungssystem – moralischer Bankrott des aargauischen Freisinns – Gesellschaft der Erbarmungslosen – menschenmordende Zwangsarbeit bei Tag und Nacht – usw. Der Titel des Blattes ist wie aus obiger Blumenlese hervorgeht, offenbar unrichtig. Es sollte wohl heissen: Der freche Aargauer.» Diese erste Schlussfolgerung des Tagblattes machte Zeitungsgeschichte: der verballhornte Name wurde von den Trägern mit Stolz dauernd wiederholt und – zu Recht oder Unrecht – getragen bis zur letzten Nummer 1987. Nach der schnöden Begrüssung des Neulings auf dem Platze Aarau liess man ihn gewähren, strafte ihn meist mit demonstrativem Übersehen, obwohl die Lektüre ab dato zum Pflichtpensum der bürgerlichen Redaktoren gehörte.

Der wahre Feind stand viel näher und verlangte dauernde Aufmerksamkeit: die radikalen Brüder in Zofingen und Baden. Obwohl sich Streitigkeiten an Äusserungen des «Zofinger Tagblattes» entzündeten, blieben zu meist die dauernden Querelen und Quengeleien an Nationalrat Jäger und seiner Zeitung hängen, da er sich immer in die Kontroversen «Zofinger Tagblatt» – «Aargauer Tagblatt» einmischen musste. Der streitlustige Redaktor aus Baden betitelte alle angestellten Schriftleiter als Diener und Lohnschreiber, während er alleine eigene Einsichten verbreite.<sup>59</sup> So dürfte er eigentlich nicht erstaunt oder überrascht gewesen sein, als das AT seine misslungene Wiederwahl in den Nationalrat 1907 mit höhnischen Kommentaren versah, die ihm persönlich die ganze Schuld an der Wahl des konservativen Konkurrenten Wyrsch zuschoben. Vorher hätte die Freie Presse immer behauptet, das unbedeutende AT wäre kein Faktor in der politischen Auseinandersetzung; nun aber wurde dasselbe Organ von Herrn Jäger zum Sündenbock gemacht. Wo bleibe da die Konsequenz?<sup>60</sup>

Die beiden bürgerlichen Tageszeitungen von Aarau trugen den Schimpfnamen Residenzblätter mit Fassung und einigem Stolz. Schliesslich empfanden sie sich beide aus ihrer Gründungsphase als lichtspendende Sonne für den Gesamtkanton. Den Monden, die in der aargauischen Provinz ihre Kreise zogen, spendete man gerne etwas Licht, das heisst erteilte gute Ratschläge, Ermahnungen oder Zensuren. Die freisinnige Pressefehde im Freiamt zwischen dem «Boten» von Muri und der «Freiämterstimme» (später «Freiämter Zeitung») in Wohlen, brachte erstmals den jungen Politiker Roman Abt ins Gerede, und die Parteinahme der beiden Kontrahenten in Aarau demonstrierte einmal mehr die zwei Sonnensysteme im Kanton. Dass die Spaltung der Partei durch die Residenzblätter erfolgt sei, wie Abt behauptet hatte, entspreche nicht der Wahrheit, versuchte das Tagblatt zu

---

<sup>59</sup> Z. B. AT, 14. Mai 1906.

<sup>60</sup> AT, 20. Februar 1907.

beweisen.<sup>61</sup> Das «Zofinger Tagblatt» hatte sich schon früher bei der aargauischen Verwaltung über die «Bevorzugung der Residenzblätter» beklagt, obschon die frühere Berichterstattung in Aarau ein rein postalisches Problem war. Das AT dementierte, dass besondere Relationen zwischen Verwaltung und ihrer Redaktion bestünden.

Das Jahr 1911 – ein Schicksalsjahr in der neueren aargauischen Pressegeschichte – lieferte Stoff für Lob und Tadel der Aarauer Moniteure. Am 12. Januar 1911 berichtete Redaktor Fürsprech Beyli aus Wohlen über seine Erfahrungen in der kürzlich neu begründeten «Freiämter Zeitung» und Aarau ergänzte mit weisen Ratschlägen.<sup>62</sup> Johann Bapist Rusch, einst Redaktor des «Sarganserländers», übernahm die Redaktion des «Badener Volksblattes» und wurde damit Gründerfigur der katholischen Tageszeitung «Aargauer Volksblatt». Der neuerwählte Redaktor des «Brugger Tagblattes», Hermann Aellen, wollte – laut Einführungswort – den Freisinn im Aargau zusammenführen. Als wenn dies nicht schon andere versucht hätten! Die «Aargauer Nachrichten» waren am 1. Februar von Wirz an Keller käuflich abgetreten worden, und am Jahresende wurde vom selben Verlag der Übergang von der zweimaligen zur dreimaligen Erscheinungsweise des altherwürdigen «Aargauischen Anzeigers» angekündigt. Am 26. Februar 1911 beschloss man die Verschmelzung des «Freien Aargauers» mit der Oltner «Neuen Freien Zeitung» und hatte damit die Umwandlung zur Tageszeitung eingeleitet.<sup>63</sup>

All diese Presseereignisse behinderten eine Entfaltung des «Aargauer Tagblattes» und verbannte es in die Aarauer Region, beziehungsweise verurteilte es zum weiteren Ringen um die bürgerliche Alleinherrschaft im Hauptort. Die Gründung der radikal-fortschrittlichen Vereinigung in Aarau<sup>64</sup> und die Ankündigung des vierten Zeitungsblattes, der «Neuen Aargauer Zeitung», schränkte noch einmal den Einfluss des Tagblattes ein. Dennoch durfte es im Dezember 1913 im Inserat für die Abonnentenwerbung verkünden: «Das Aargauer Tagblatt ist die verbreitetste Tageszeitung des Kantons mit der höchsten Abonnentenzahl», und seit dem 1. Oktober würden sich drei Redaktoren um gute Information kümmern. Als der «Grütlianer» zum Kopfblatt des «Volksrechtes» wurde, was durch die Fusion mit der Sozialdemokratischen Partei in Zürich nur folgerichtig war, verstieg sich die AT-Redaktion zum Kommentar: «Also nach und nach ein sozialistischer Zeitungstrust!» Die marxistische Konzentrationstheorie sei also nur Praxis bei deren Apostel, wurde damit suggeriert.

Aber ein Trust ist nicht notwendig, wenn kartellartige Absprachen das wirtschaftliche Überleben trotz ideeller Differenzen garantieren. Am

<sup>61</sup> AT, 27. Dezember 1910.

<sup>62</sup> AT, 12. Januar 1911.

<sup>63</sup> Ab 1. März 1912.

<sup>64</sup> 2. April 1912.

19. Dezember 1906 zum Beispiel hatten die aargauischen Zeitungsverleger bürgerlicher Provenienz eine gemeinsame Preiserhöhung für Abonnements- und Inserationspreise festgelegt. Gleichzeitig wurde die Option nach Gründung eines Verbandes im Aargau laut. Am 12. Januar 1907 kündeten «Aargauer Nachrichten», «Aargauischer Anzeiger» und «Aargauer Tagblatt» gemeinsam dieselbe Preispolitik an: Man erhöhe die Inseratenpreise nicht, «wie das anderweitig bereits geschehen» sei, sondern werde nur die Rabattsätze einer Revision unterziehen.<sup>65</sup> Das Beispiel zeigt, wozu ein Verband vorab zu dienen hatte: Preisabsprachen bis zu den letzten Details waren das Ziel. Andererseits beweist diese gemeinsame Erklärung, dass der Markt der Ideen damals alles, die wirtschaftliche Konkurrenz hingegen wenig bis nichts bedeutete.

### **Der Erste Weltkrieg: Sympathie aufgrund der kulturellen Verknüpfung**

Das AT als brave gediegene Zeitung lechzte nicht nach Sensationen; Erscheinung und Stil dokumentierten, dass man an der Vermittlung des Alltäglichen eigentlich Genüge empfand. Der Ausbruch des Krieges liess die Redaktion nur sachte, gleichsam durch die Hintertür, ins Blatt einrücken. Der Weg von der dritten Seite an die Front der Zeitung brauchte Tage, gar Wochen, und die Schlagzeilen wagten sich in Grösse und Schwarzwert kaum über das Mittelmass hinaus.

Die «schmachvolle Schandtät» in Sarajewo wurde zwar als schreckliche Provokation gewertet, nicht aber als Anlass zu kriegerischen Handlungen. «Nicht als ob der Gang der österreichischen Politik unmittelbar in ein anderes Geleise gelenkt oder als ob die Tat des Sarajewoer Mörders der Festigkeit des Reiches gefährlich werden könnte.» Immerhin könnten für Serbien «ausländische Einwirkungen» nicht ausgeschlossen werden; eine Politik der «starken Hand» dürfte beginnen.<sup>66</sup> Erst das Ultimatum an Serbien liess eine Kriegsahnung aufkommen. «Die Note ist hart, kategorisch...». «Es wäre ein Spiel mit Worten, wenn man beweisen wollte, dass durch diese Forderungen die nationale Unabhängigkeit Serbiens und seine Souveränität nicht angetastet sei.» Die Nummer vom 27. Juli brachte die Wende. Während im ersten Teil, beim Tagesbericht, noch zaudernd gefragt wurde: «Also Krieg?» und angenommen wurde, dass «Gefahr über dem ganzen Kontinent» lauere, finden wir im später redigierten und gedruckten Teil derselben Zeitung: «So weit ist es also. Serbien erwartet den Feind, Österreich-Ungarns Armee ist auf dem Marsche.» – «Das ist der Krieg. Sollte Russland sich dareinmischen, dann wird unbedingt kommen, was Bismarck schon zu

---

<sup>65</sup> AT, 1. Juli 1914.

<sup>66</sup> AT, 26. Juli 1914.

vermeiden gesucht hat: Europa wird vom Ural bis zu den Pyrenäen und von Jütland bis zur Südspitze Siziliens in Flammen stehen und ein Krieg wird entbrennen, wie ihn die Welt noch nie gesehen hat.» Tags darauf erschien in der Rubrik Telegramme auf der vierten Seite fettgedruckt der Titel: «Der österreichisch-serbische Krieg». Bereits wurde in derselben Nummer versprochen, dass das AT «einen speziellen Kriegsberichterstatter nach dem Osten entsandt habe», denn «die ersten Schüsse sind gefallen».

In den nächsten Tagen brannte den Redaktoren zwei Fragen auf den Nägeln: zum ersten, ob der Krieg lokalisiert werden könne und zum andern, ob das Schweizervolk trotz Eskalationen ruhig Blut bewahren würde. Die Aufrufe zur Besonnenheit, gegen den Geldrückzug, die Anprangerung der Hamsterei, füllten beim AT genauso die Spalten wie bei den andern aargauischen Organen auch. Als sich in den ersten Augusttagen die Ereignisse überstürzten, rückten die Nachbarstaaten Inserate in allen Sprachen ein, die unsere Gastarbeiter und fremden Touristen zur Heimkehr und zum Heeresdienst aufriefen. Die schweizerische Mobilmachung und die Wahl des Generals entlockte dem eingefleischten Republikaner am Redaktionspult den Seufzer: «Das Schicksal des Schweizerlandes steht heute bei unserer Armee.» Dazu passte das Lob auf Ulrich Wille: «Ein Mann mit Ecken und Kanten, ein Mann mit fester Faust ist es. (...) Nicht ein allgemeinbeliebter, aber ein ganzer und starker Mann.»<sup>67</sup>

Der Aktivdienst riss von nun an immer wieder Lücken in die Redaktion. Zimmerlin, Offizier, wurde schon zu Anfang abwesend gemeldet. Gleiches geschah im Büro, im technischen Betrieb und der Expedition. «Infolge der starken Reduktion unseres Personals sehen wir uns genötigt, das Sonntagsblatt, das jeweilen am Samstag Nachmittag erschien, bis auf weiteres nicht mehr herauszugeben.» Noch glaubte man an einen kurzfristigen Krieg und betrachtete solche Massnahmen als Intermezzi. Doch nach vier Jahren Krieges gedachte niemand mehr der Sonntagsausgabe; das siebenmalige Erscheinen wurde stillschweigend begraben.

Wohin die Sympathien der AT-Redaktion segelten, konnte kein Geheimnis sein. 1912, beim Kaiserbesuch in der Schweiz, hatte das Tagblatt Wilhelm II. als Friedensfürst gefeiert und war allemal des Lobes voll. Wie hätten die damaligen Lobspender nun Enttäuschung mimen können! Der ganze Briefwechsel zwischen dem Kaiser und dem Zaren im Vorfeld des Krieges wurde in extenso veröffentlicht. «Aus diesen Dokumenten geht deutlich hervor, wie Wilhelm II. bis zur äussersten Grenze ging, um der Welt den Frieden zu erhalten, wie aber alle seine Bemühungen an der beispiellosen Unaufrichtigkeit und Frivolität des russischen Herrschers sich zerschlugen.»<sup>68</sup>

<sup>67</sup> AT, 5. August 1914.

<sup>68</sup> AT, 8. August 1914.

Gegen das Jahresende nahm Zimmerlin wieder seinen Platz ein. In der Zwischenzeit musste alt Redaktor Weder, Korrespondent im Bundeshaus, die Schriftleitung wieder übernehmen, denn auch der andere Redaktor, Otto Husy, nahm Ende Oktober den Hut, um den «Thurgauer Volksfreund» in Kreuzlingen zu betreuen. Zimmerlin zollte dem Jahreswechsel mit eingehenden Betrachtungen Tribut. Im Zentrum stand selbstverständlich die Friedenshoffnung; ein Vertrag, «der keines der Völker so sehr demütigt, dass es auf neuen Kampf sinnen muss».<sup>69</sup> Dies bot auch Gelegenheit, den eigenen Standort zu fixieren: «Es kann sein, dass dieses Verlangen sich da und dort einseitig bekundet, als besondere seelische Anteilnahme für das eine oder andere der kriegführenden Völker. Diese Neigung wird neuerdings in Wort und Schrift nachdrücklich bekämpft. Man fürchtet von ihr eine Gefährdung unserer Neutralität und staatlichen Geschlossenheit.» «Wir haben in den fünf Monaten des Krieges so viele Beispiele unerhörter Verleumdung ganzer Nationen erlebt, dass wir es uns als Feigheit anrechnen müssten, wenn wir nicht dagegen aufzutreten wagten.» «Das hat uns mehr als einmal dazu geführt, einzutreten für ein Nachbarvolk, mit dem wir durch die Gemeinschaft der Kultur verknüpft sind, und Angriffe zurückzuweisen, die gegen diese Kultur gerichtet waren und uns in unsern ureigsten Gefühlen verletzten.» «Es mögen Sympathien zu Tage getreten sein, doch sicherlich nie Antipathien.»<sup>70</sup>

Gewiss: Viel häufiger als Kommentare finden wir im AT nüchterne Analysen der Kriegslage, Aufrechnung der Kräfteverhältnisse beider Parteien, Operationskarten und gegensätzliche Agenturberichte, die den Leser zum Vergleich und zum selbständigen Urteil einladen. Zu diesem Zweck der Objektivierung wurde am 21. Dezember 1914 das Publikum sogar auf die Agenturnamen aufmerksam gemacht und damit etwas Zeitungskunde betrieben. Doch: Wer über einen möglichen Frieden mutmasste – und welche aargauische Zeitung hätte dies versäumt – bekannte auch Farbe. Nach fünf Monaten Krieg könne ein Friede nur noch mit einem Vergleich geschlossen werden. «Es kann keine endgültigen Sieger mehr geben. England und Frankreich wollen Belgien wiederherstellen; Deutschland hat Belgien als Pfand in der Hand. England möchte den preussischen Militarismus niederkämpfen; dass dies je gelänge, dafür gibt es keine Anzeichen. Es kann kein Friede aufgezwungen werden: Deutschland ist zu stark; aber es ist nicht so stark, wie es sich anfangs des Krieges wähnte.» Diese Haltung, die sich wie ein roter Faden durch die Kriegsberichterstattung zieht, scheint distanziert und parteilos. Doch eingekaufte Kommentare beweisen, dass das Herz des verantwortlichen Redaktors für Deutschland und die Mittelmächte schlug und zwar pausenlos, ungeachtet der Erfolge oder Miss-

---

<sup>69</sup> AT, 31. Dezember 1914.

<sup>70</sup> AT, 31. Dezember 1914.

erfolge im Laufe des Krieges. Ein Leitartikel, Deutsche Wehrmachtpolitik, von Wolfgang Heine aus Frankfurt, möge für andere stehen: Frankreich wird durch ein altes geschichtliches Verhängnis getrieben. Es betrauert den Verlust einer Vergangenheit, in der es auf dem Kontinent allein den Ton angab. Darin gründe die Feindschaft zum Reich. Dazu geselle sich der Interessengegensatz Russland-Deutschland als Ursache des Krieges. «Soll das deutsche Volk sich die Stellung, die ihm der Krieg hoffentlich verschaffen wird, als zentrale Weltmacht Europas erhalten, so muss es die innere Zerrissenheit überwinden.»<sup>71</sup>

Die Meinung hakte sich fest, dass kein baldige Entscheidung mehr möglich sei. Die Entente-Mächte hielten den Zentralmächten solche Bedingungen vor Augen, dass unmöglich baldiger Friede werden könnte. Die deutschen Truppen im Westen würden noch lange unbesiegt bleiben, meinte das AT Mitte des Jahres 1916, die Katastrophe, die vorausgesagt worden, sei trotz der Überlegenheit des Gegners nicht eingetroffen. «Eine Truppe die Titanenhaftes leistet, steht nicht dem Zusammenbruch nahe.»<sup>72</sup> Die Operationen in Rumänien 1916 gaben zudem keinen Anlass, am Durchhaltevermögen der Mittelmächte zu zweifeln. Der Rückblick auf das Jahr bezeichnete 1916 für die Entente als vollständiges Fehljahr,<sup>73</sup> und wieder ein Jahr später, nach unbeschränktem U-Bootkrieg und russischer Revolution, schrieb die Redaktion vom schweren Verlustposten der Entente, Russland, und vom nicht liquiden Guthaben, Amerika. Noch bestehe die Hoffnung auf den Sieg der Vernunft zu einem Frieden ohne Entscheidung. Selbst im Rückblick auf das Waffenstillstandsjahr 1918 behauptete das AT, dass im Januar der «höchste Gipfel der Macht des alten deutschen Reiches» erreicht war und niemand das drohende Ende vorausahnen konnte. Damals lautete die Analyse wie folgt: Lloyd Georges Kriegsziel ist die Zerschmetterung Deutschlands; Italien, Frankreich und England wollten gleicherweise Annexionspolitik betreiben und Russland zerstöre sich selber. «Tragisch ist es, wie die demokratischen Schwärmer, die gegenwärtig die russische Regierung bilden, (Bolschewiki unter Lenin!) die Erfahrung machen müssen, dass die Theorien, die sie aufstellen, nur gegen sie selber angewandt werden.» Gemeint war das Selbstbestimmungsrecht der Völker, das zur Zerbröckelung Russlands führte und – endlich einmal ein kritischer Gedanke – von Deutschland schamlos ausgenutzt wurde.

Wie bei den meisten aargauischen Zeitungen lauteten die Kommentare zur russischen Revolution 1917 positiv: ein Resultat der Deutschfreundlichkeit! Der Sieg der Arbeiterrevolution im November, das heisst der Sieg der Maximalisten in St. Petersburg, ergab zwar nur kleine Meldungen: von einem Nebenschauplatz. Dennoch flackerte mit der Aussicht auf Brest-

<sup>71</sup> AT, 14. Januar 1915.

<sup>72</sup> AT, 5. August 1916.

<sup>73</sup> AT, 4. Januar 1917.

Litowsk die Friedenshoffnungen nochmals auf. Russland bringe Opfer um der Idee willen, lobte das Tagblatt.<sup>74</sup> Die Furcht vor dem Bolschewismus tauchte erst mit dem Jahrestag der Revolution auf: nun war man mit dem Generalstreik direkt betroffen, die Verteidigungsbereitschaft bröckelte im Laufe des Jahres auch in der Schweiz bedenklich ab und die Staatsordnung schien in Gefahr zu sein. Es war die Innenpolitik allein, die bei den bürgerlichen Parteien Moskau zum Todfeind formte und eine neue politische Frontenbildung auslöste. Niemand sprach mehr von Idealisten und Schwärmern. Der «Freie Aargauer» wurde zum Feind, der hautnah wirkte und zustach. «Die schärfere Tonart», lautete der Titel eines Leitartikels im Tagblatt. «Dem bisherigen Redaktor, Herrn Pfarrer Büchi, wurde zur Last gelegt, heute in der Leitung des Blattes eine zu gemässigte Richtung eingenommen und die Bürgerlichen viel zu glimpflich behandelt» zu haben. Gewisse Leute wollen ein radikales Hetzorgan. Der neue Redaktor, Otto Schmassmann, früher Lehrer in Unterkulm, sei nach deren Wunsch, pflege den richtigen Sprachjargon und halte die Hetztiraden, die zur Politik «sei nie zufrieden!» führten.<sup>75</sup> Auch das neue Verhältnis zur Linkspresse gehörte zum Programm des «Aargauer Tagblattes», etwa nach der These: «Die Liquidierung des Weltkrieges ist dem neuen Jahre überlassen.» Dass damit viel zu kurz gegriffen war, sollte erst die Zukunft zeigen.

Das Tagblatt hatte den Krieg leidlich überstanden. Zwar schrumpfte der Umfang einer Tagesnummer meist auf vier Seiten zusammen, wovon nur die Rückseite mit Inseraten versehen war. Aber die Ausgangslage war bedeutend besser als bei der örtlichen Konkurrenz. Zu Anfang des Krieges behauptete der Tagblatt-Verlag: «Das AT ist die verbreitetste Tageszeitung des Kantons.» «Das AT hat gegenwärtig annähernd die doppelte Auflage der beiden andern, in Aarau erscheinenden Tageszeitungen und zeigt erfreulicherweise seit Jahren eine stete Zunahme an Abonnenten.»<sup>76</sup> Und im Dezember 1916 warb das Tagblatt mit seinen Beilagen, dem «Illustrierten Sonntagsblatt» und «In Haus und Hof» und behauptete, «weitaus die gediegenste und daher auch die billigste Tageszeitung unseres Kantons» zu sein. Zum Abschluss des 70. Jahrganges 1916 machte die Redaktion eine Standortbestimmung: «Über 200 Mitarbeiter und Korrespondenten, sowie die ersten Nachrichtenbüros haben Anteil an dem Erfolg des letzten Jahres. Besonderen Wert legten wir neben dem aargauischen Dienst immer auf die Berichterstattung aus dem Bundeshaus...» Man verachte das systematische Herunterreissen – nur um als Retter des Vaterlandes vor dem Volke dazustehen. Aber man sei auch dagegen, dass Rücksicht auf das Zeitungsgeschäft oder «krankhafter Ehrgeiz politischer Führer bestimmend auf die Leitung

<sup>74</sup> AT, 9. Januar 1918.

<sup>75</sup> AT, 3. Juni 1918.

<sup>76</sup> AT, 15. Dezember 1914. «Freier Aargauer» wurde damals in Olten gedruckt, daher nur drei.

des Geschäfte unseres Landes einwirken können...»<sup>77</sup> Solche Bemerkungen waren klar adressiert an die aargauischen Konkurrenten und die damalige Leserschaft merkte auf und verstand. Zum Beispiel Richtung links: Das Tagblatt hatte während des ganzen Krieges die Wehrhaftigkeit der Schweiz über alles gestellt. Refraktäre sollten nicht nur von der Mitgliedschaft im Nationalrat ausgeschlossen werden, sondern auch von allen kantonalen oder kommunalen Behörden. Das AT wünschte die rascheste Verwirklichung dieses Prinzips – da es um Sein oder Nichtsein des Staates geht, mittels einer Teilrevision der Verfassung.<sup>78</sup> Im gleichen Sinne galt Kritik am Offizierskorps als Schwächung der Landesverteidigung, die bis an den Rand des Verrates reichte. Schlimmer als die sozialdemokratische Grundhaltung seit Kiental und Zimmerwald waren die bürgerlichen Blätter, die in obigem Hinweis gemeint waren, vorab die «Neue Aargauer Zeitung», die «Schweizer Freie Presse» und das «Aargauer Volksblatt». Offiziersaffären – in diesen Blättern ausgewalzt und breitgetreten – waren im AT nur Gegenstand zur Beschwichtigung und Anprangerung dieser hyperkritischen Journalistik.

Eine besondere Lektion erhielt Redaktor Rusch vom «Aargauer Volksblatt», als er General Wille verhöhnte. Wer sich immer so vaterländisch gebe, zeige damit eine unwürdige Gesinnung. Rusch – militäruntauglich – musste sich auch andernorts wehren, da er als Dauerzivilist bei gewissen Fragen kaum ernst genommen wurde. Zimmerlin, als Oberstleutnant, galt damals als Chefredaktor, auch wenn dies im Impressum nicht hervorgehoben wurde.

Am 31. Juli 1916 verabschiedete sich auch der langjährige Bundeshausredaktor des AT in Bern, Dr. A. Weder, und wechselte zum «Emmentaler-Blatt». Der Berner Sitz wurde nicht mehr hauptberuflich besetzt; ein Vertrags-Korrespondent bediente wohl das AT, zusammen mit weiteren bürgerlichen Blättern. Vom 1. August 1916 an «wird unser bisheriger Hilfsredaktor Herr Josef Niggli als verantwortlicher Redaktor zeichnen.» Überraschenderweise stellte man damals zudem Herrn Arthur Frey, den späteren Seminardirektor in Wettingen, als Feuilletonredaktor ein: Verstärkung des kulturellen Auftrages in harter Zeit!<sup>79</sup> Zimmerlin – Niggli – Frey, dieses Trio führte die Zeitung durch die weiteren Kriegsjahre, wobei Frey sich vorab um die Beilagen kümmerte. Diese erstaunliche Konstanz bei einer Zeitung in den Händen einer Aktiengesellschaft hat sicher nicht wenig dazu beigetragen, dass das AT die Kriegszeit in ideeller und finanzieller Hinsicht unbeschadet und geradlinig überstehen konnte.

<sup>77</sup> AT, 30. Dezember 1916.

<sup>78</sup> AT, 15. Januar 1915.

<sup>79</sup> Tätig bis zum 1. Oktober 1920.

## Krisenjahre

Die Nachkriegszeit brachte vorerst keine Besserung. Knappheit und Notmassnahmen beherrschten das Leben im In- und Ausland und begleiteten auch die Presseorgane, bestimmten den Inhalt und den Umfang der Zeitungen. Die Unzufriedenheit der Bauern und des mittelständischen Gewerbes schuf neue Zwiste in der freisinnig-demokratischen Partei des Kantons Aargau, füllte die Spalten der hiesigen Blätter und sorgte für Spannungen zwischen den bürgerlichen Organen. Selbst die Fixbesoldeten drohten vorübergehend mit einer separaten politischen Organisation. Verteidigungsbereitschaft wurde von der sozialdemokratischen Presse als Militarismus bezeichnet und diffamiert. Der Generalstreik mit dem Einsatz der Armee als Ordnungstruppe hatte das Klima vergiftet und einen Keil zwischen Offiziere und Arbeiterschaft getrieben. Das Tagblatt hielt mit aller Vehemenz an der Einheit zwischen Volk und Milizarmee fest. In Bern zeigte man Mühe, die eingespielte Vollmachtenpolitik abzustreifen und auf Frieden umzuschalten. Dies bildete den Stoff in den inländischen und vor allem kantonalen Spalten des «Aargauer Tagblattes». Und hinter all diesen offenen Auseinandersetzungen lauerte als wahre Ursache die Angst vor Not und Verelendung: die Wirtschaftskrise.

Und die Sorge um Deutschland setzte sich fort. Aufrufe für Hilfsaktionen für die Notleidenden<sup>80</sup> im nördlichen Nachbarlande waren kaum vereinbar mit der offiziellen Politik. «Was sollte diese Geheimdiplomatie des Bundespräsidenten? Da wurden Bankettreden pro Völkerbund gehalten, ohne dass das Volk konsultiert worden wäre. Soll die Schweiz gar am Wirtschaftskrieg gegen Deutschland teilnehmen, um die Reichsregierung zur Unterzeichnung aller Bedingungen zu zwingen? Wir vom Tagblatt verlangen eine volksnahe Politik.<sup>81</sup> Wir wollen einen Beitritt zum Völkerbund ruhig überlegen; vieles spricht dafür – die Neutralitätspolitik eher dagegen.»<sup>82</sup> Das Tagblatt bot dem jungen Dr. Hans Oehler mehrmals Gastrecht, einen klar deutschfreundlichen Kurs anzupreisen.<sup>83</sup> Am 17. Januar 1919 kritisierte er die schweizerische Neutralität. Er verlangte ein klares Bekenntnis zur deutschen Sache. Dies schuldeten wir schon unserer Geistesverwandtschaft. Die Redaktion setzte sich von ihm ab. Wir müssten uns die Staatsgrundsätze selber schaffen. Vielleicht treffen sie gelegentlich mit denen des Reiches zusammen. Aber dies sei nicht zwingend.<sup>84</sup> Im November desselben Jahres ritt der gleiche Autor eine scharfe Attacke gegen den Völkerbund

<sup>80</sup> Noch Mitte des Jahres 1912!

<sup>81</sup> AT, 23. Mai 1919.

<sup>82</sup> AT, 12. und 13. Juni 1919.

<sup>83</sup> Später Exponent der Nationalen Front.

<sup>84</sup> AT, 21. November 1919.

und den Beitritt der Schweiz, dies gar in Form eines Leitartikels.<sup>85</sup> Kurze Zeit später trat die Redaktion für die Aufnahme Vorarlbergs in den Bund der Eidgenossenschaft ein, und Oehler wandte sich strikte dagegen.<sup>86</sup>

Ganz allgemein traten in dieser Zeit die ausländischen Belange im Tagblatt wieder in den Hintergrund. Aktuelle Nachrichten erschienen zu Anfang jeder Nummer bei den Tagesneuigkeiten in Kleindruck oder am Schluss bei den Neuesten Nachrichten. Ansonsten bildeten diese Meldungen die Grundlage für die allgemeinen Betrachtungen in Leitartikeln, eingekauft oder vom AT redigiert. Der aufkommende Faschismus in Italien war ein neuartiges Thema und wird im folgenden Kapitel näher betrachtet. Die Rheinlandbesetzung 1923 ergab erstmals wieder grössere Schlagzeilen und kurzfristig eine Verlagerung der Interessen Richtung Ausland. Ansonsten wurde die Versailler Politik von Tagblatt sehr reserviert behandelt und entsprechend auch die Praxis des Völkerbundes. Noch 1926 schrieb die Redaktion im Jahresrückblick: Die Versailler Politik stehe der Versöhnung entgegen. Frankreich sei Initiant dieser Politik und schaffe sich die Vorherrschaft in Europa mittels Vasallenstaaten in Ost- und Südeuropa. Das Italien Mussolinis versuche eine Bresche in Frankreichs Balkan-Politik zu schlagen. Kurz, die Völkerbunds-Praxis wurde aus deutschem Blickwinkel kritisiert. Dazu wurde sie vor und nach 1920 vor allem innenpolitisch abgewandelt, das heisst als schweizerische Neutralitätspolitik, und was an Massnahmen oder Sanktionen dort beschlossen wurde, diskutierte man vor diesem Hintergrund.

Die Querelen und Abspaltungstendenzen beim Freisinn begleiteten die allgemeine Krise und erzeugten endlose Polemiken. Eine Regierungsrats-Kandidatur der Sozialdemokraten, Lehrer Karl Killer aus Baden, sorgte für Aufregung. Der Regierungsrat der freisinnigen Bauern erhielt die Unterstützung des liberalen Flügels, also des Tagblatts, während die «Neue Aargauer Zeitung» der Radikalen für Killer und damit für eine sozialdemokratische Regierungsverantwortung im Kanton eintrat. Welche Groteske für das AT! Der «Generalstreikführer Killer», der laut eigenen Aussagen eine Schule wünschte, welche die aargauische Jugend zur sozialistischen Revolution vorbereiten müsse, wurde am Ziegelrain (NAZ-Redaktion) als zukünftiger Erziehungsdirektor geadelt und angepriesen. Da die Bauernschaft sowieso dem Freisinn misstraute und mit einer Parteigründung liebäugelte, verschrieb sich das AT voll und ganz dem bäuerlichen Kandidaten. Dies wiederum führte zur Frage, ob sich der linke Parteiflügel endgültig von der Tagblatt-Partei trennen sollte. Die Nichtwahl Killers liess einen Graben zwischen AT und NAZ zurück, aber auch die Tendenz der Bauern, als Wirtschaftspartei selbständige Politik im Aargau zu treiben. Bern war

---

<sup>85</sup> AT, 4. Dezember 1919.

<sup>86</sup> AT, 4. Dezember 1919.

vorausgegangen. 1920 folgte die Gründung einer Bauernpartei im Bezirk Brugg, bald auch andernorts, und am 9. Dezember 1920 wurde das Parteiprogramm der Aargauischen Bauern- und Bürgerpartei zum Leitartikel des Tagblattes. Der Wunsch, in gleicher Weise wie in Bern, das Gewerbe zum Übertritt in die neue Partei zu bewegen, führte zu einem Seilziehen zwischen den Zeitungen und zu grossem Entgegenkommen an die mittelständische Politik. In der politischen Altjahresbetrachtung 1920 feierte die Redaktion des Tagblatts den Sieg über den «Aargauischen Hausfreund», Leitblatt der Bauernpartei. Die Jahresversammlung des Gewerbeverbandes hatte beschlossen, weiterhin bei den historischen Parteien zu politisieren.<sup>87</sup> Dennoch kam es Mitte 1922 zur Gründung einer Mittelstandspartei; diese aber versprach, im Rahmen der freisinnig-demokratischen Partei der Schweiz zu verbleiben.<sup>88</sup> Im Dezember 1922 entstand auf Betreiben von Dr. med. Hans Siegrist, Brugg, die Freisinnige Bürgerpartei des Kantons Aargau. Ein Grossaufruf auf der Frontseite des «Aargauer Tagblattes» machte klar, dass es sich hier um eine Dachorganisation aller liberalen Bezirks- und Ortsgruppen handelte. Fürsprech Dr. O. Meyer, Aarau, hatte den Aufruf mitunterzeichnet. Die im Sommer inszenierte Mittelstandspartei wurde integriert.<sup>89</sup> Die «Schweizer Freie Presse» von Manfred Jäger, Sohn des Nationalrates, wechselte die Hand: Sie wurde von einer Aktiengesellschaft übernommen und sollte, laut ersten Nummern, die neu gegründete Partei, die wegen Versagen der Parteileitung sich hatte absetzen müssen, gegen links abzugrenzen.<sup>90</sup> Zum Verwaltungsrat gehörte auch Dr. Roman Abt; er wird dann – nach dem neuerlichen Zusammenschluss der beiden Flügel,<sup>91</sup> das Badener Presseorgan der Bauern- und Bürgerpartei in die Hände spielen und das Blatt zur offiziellen Tageszeitung dieser aufstrebenden Gruppierung machen. Das frühere Leitorgan, «Der Aargauische Hausfreund» von Brugg, sank zum redaktionell alliierten, dreimal die Woche erscheinenden Nebenblatt herab. Die Aktivitäten von Roman Abt beim Kauf der Freien Presse machen deutlich, dass die Hoffnung auf eine Fusion der Freisinnigen Bürgerpartei mit der Aargauischen Bauernpartei von deren Führer noch nicht abgeschrieben war.

Zu Anfang des Jahres 1923 folgten sich im Tagblatt fast täglich Kommentare zur Parteispaltung und Gehässigkeiten gegenüber dem Präsidenten Hunziker, der auch vom «Badener Tagblatt» und selbstverständlich von der umgepolten Freien Presse als Hauptschuldiger angeklagt wurde. Auch das «Brugger Tagblatt» verfiel der Exkommunikation der «Neuen Aargauer

<sup>87</sup> AT, 31. Dezember 1920.

<sup>88</sup> AT, 24. Juli 1922.

<sup>89</sup> AT, 20. Dezember 1922.

<sup>90</sup> AT, 26. Dezember 1922.

<sup>91</sup> AT, 19. Januar 1925.

Zeitung».<sup>92</sup> Die ganze Schweiz schaute dem Treiben im Aargau, je nach Parteifarbe, bald belustigt, bald verärgert zu. In der liberalen Luzerner Presse, zitierte das AT, würde die Situation wie folgt abgewandelt: «Politisches aus dem Aargau. Vom Freisinn ist wenig Erfreuliches zu berichten. Die radikale Parteileitung und Presse macht alles, dass der letzte Bauer sich abwendet und nun auch Handwerker flüchtig werden.»<sup>93</sup>

Als im Sommer 1923 endlich das Kesseltreiben eingestellt wurde, war dies tatsächlich das Resultat des Wechsels im Parteipräsidium. Mit Oberst Traugott Bruggisser an der Spitze hoffte man auf Versöhnung.<sup>94</sup> Im Rückblick auf das vergangene Jahr wurde damals Zensuren erteilt: «Die freisinnige Presse erhält diesmal vom Parteisekretär keine gute Note», meinte das Tagblatt, und entschuldigte die scharfe Form der Presstexte in dieser Sache damit, dass Zeitungen eben nur das Echo der Verhältnisse sein könnten.<sup>95</sup> Das langsame Zusammenwachsen der beiden Flügel, das 1925 schliesslich zum Wiedereintritt der Freisinnigen Vereinigungen von Aarau und Brugg führte, liess – gerade wegen der Konkurrenz der Presseorgane an diesen Orten – die Gruppierungen intern weiter bestehen, so dass noch 1927 Redaktor Allemann seine Leserschaft belehren musste, dass eine Verlautbarung der Freisinnigen Vereinigung Aarau nichts mit seinem Blatt zu tun habe; er spreche im Namen der Freisinnig-demokratischen Volkspartei Aarau, der fortschrittlichen Gruppierung der Freisinnigen. Er betonte, dass schon mehr als ein Jahrzehnt in Aarau die beiden Vereine separat politisierten.

Die Kriegs- und Krisenjahre hatten den Spielraum des Tagblattes eingeengt und setzten auch dem Ausbau der Redaktion Grenzen. Ein bedeutendes Ereignis für den Zeitungsbetrieb in der Zwischenkriegszeit war der Buchdruckerstreit zum Jahresende 1922. Nachdem in Baden schon vom 24. bis zum 29. November die Arbeit niedergelegt worden war,<sup>96</sup> meldete das Tagblatt am 28. November, dass auch Sauerländer und Trüb, zwei Tage später auch die Druckerei Keller betroffen seien. Ab Samstag, 2. Dezember, wurden alle Betriebe der graphischen Branche in Aarau bestreikt. Das AT wurde am 4. Dezember notdürftig im Umfange von vier Seiten herausgebracht, desgleichen am folgenden Tag. Am 6. Dezember wurde nach Verhandlungen die Arbeit wieder aufgenommen. Solche hautnahe Arbeitskämpfe verhinderten auch, dass die AT-Redaktion die Linke ignorieren oder sich selbst überlassen konnte. Dies zeigte sich vor allem in Wahlzeiten. Aber auch dazwischen fand man gelegentlich Attacken nötig, Reaktionen auf Texte im «Freien Aargauer», nicht selten auch persönliche Anfeindun-

<sup>92</sup> AT, 11. Januar 1923.

<sup>93</sup> AT, 6. Dezember 1922.

<sup>94</sup> AT, 4. Juni 1923.

<sup>95</sup> AT, 8. Juni 1923.

<sup>96</sup> 29. November 1922, von Zürich aus gesteuert.

gen gegenüber Arthur Schmid, der als Nationalrat, Redaktor und Parteisekretär Angriffsflächen in Fülle darbot. Immerhin, weniger als zu erwarten wäre! Der Gegner im eigenen Hause berührte tiefgründiger als das Fernstehende. Neben der Kampagne gegen den Regierungskandidaten Killer 1919 war es der sogenannten Hauskonflikt im «Neuen Freien Aargauer», gemeint ist die Ablösung von Redaktor Schmassmann durch Arthur Schmid, der den Wortwechsel zwischen dem Tagblatt und dem sozialdemokratischen Parteisekretariat anfachte. Da Schmassmann entgegen der offiziellen Parteidoktrin für den Völkerbund eintrat, verlangte der Bezirksvorstand Aarau dessen Ausschluss. Unter dem Titel «Hosianna – Kreuzige!» blies das Tagblatt in die feindliche Glut, wohl in der Absicht, ein lohendes Feuer zu entfachen. Das linke Aareufer trete für Schmassmann, das rechte hingegen für Schmid ein; unter solchen Voraussetzungen sei das Parteiblatt wohl nicht mehr finanzierbar, monierte das AT. Dem «Leninapostel Schmid» wurde merkwürdige Logik vorgehalten, als dieser behauptete, Schmassmann sei freiwillig zurückgetreten. Ob er schliesslich seine ganze grosse Organisation in den Dienst des Auslandes stellen wolle?<sup>97</sup> «Die bolschewistische Agitation zur Zerrüttung unserer Armee» war für das Tagblatt ein Synonym für diese angebliche Hörigkeit.<sup>98</sup> Schmid forderte Redaktor Niggli dann zu einem Rededuell in der Öffentlichkeit heraus, da die einseitig gehaltenen Texte in den konkurrierenden Blättern immer nur den entsprechenden Teil der Bevölkerung erreichten. Niggli machte sich über die Herausforderung von Schmid lustig: Solche Scherze könnten nur einem Demagogen einfallen; der Fechtboden der Presse sei der Austragungsort für Duelle von Journalisten. Nie würde er sich «vor ein sozialdemokratisches Parteigericht» aufbieten lassen. Niggli konnte damals umso freigebiger austeilen, als er sich bereits zu einem Stellenwechsel nach Bern entschlossen hatte.<sup>99</sup> Einige Tage später kommentierte die AT-Redaktion, dass der Abgang Schmassmanns das SP-Sekretariat und die Zeitung in den gleichen Händen liege und damit die aargauische Partei voll im Fahrwasser der Bolschewisten dahintreibe. Das Einleitungswort der neuen Redaktion der Arbeiterpresse, ernannt ab Januar 1921, bestärkte das Tagblatt in seiner Meinung, denn es sollten nun die «Illusionen der kleinen Spiessbürger zerstört» und «die Arbeiter zum revolutionären Marxismus erzogen werden».<sup>100</sup> Als die Sozialisten im Grossen Rat zum Eid oder Gelöbnis eine Klassenkampf-Erklärung einbringen wollten, verschlug es der AT-Redaktion fast die Sprache: damit sei eine politische Zusammenarbeit mit dieser Partei im Aargau ausgeschlossen.

---

<sup>97</sup> AT, 12. Juni 1920.

<sup>98</sup> AT, 5. Juni 1920, Titel des Leitartikels.

<sup>99</sup> AT, 18. Juni 1920.

<sup>100</sup> AT, 5. Januar 1921.

Seit November 1922 versuchte die Tagblatt-Redaktion mit den «Neuen Briefen des Gätterlimachers» die kantonale Politik volkstümlich darzustellen.<sup>101</sup> Aber schon nach wenigen Nummern glitt diese Reihe in die Polemik ab. Der einfache Mann antwortete einem Leserbrief-Autoren, gekränkt und bissig. «Dir ist beim Schreiben die Hand geführt worden und ich kenne ihn, Deinen Schriftsteller. Es ist Arthur, der Selbstherrscher über alle Proletarier.» Dieser würde, statt zu argumentieren, sich über seine Kurzsichtigkeit lustig machen. «Er lacht mich aus wegen meines Glarner Namens.» «Das zieht, meint Arthur.» Der neue AT-Redaktor Friedrich Witz, der sich hier beleidigt zeigte, war sich noch nicht gewohnt, dass im Aargau die Zeitungen mit deren Schreiber gleichgestellt wurden.<sup>102</sup> Mit Friedrich Witz hatte das Tagblatt einen tüchtigen Kulturredaktor engagiert, der als Historiker auch die Kommentare zum Auslandsgeschehen verfasste. Mit dem Augenmass des liberalen Bildungsbürgers wertete er das schamlose Treiben im südlichen und nördlichen Anrainerstaat. Die Schriftleitung der Beilage «Welt und Leben» war ihm alleine anvertraut.<sup>103</sup> Am 30. September 1927 richtete er ein Abschiedswort an seine Leser, nach nur 6 1/2 Jahren Tätigkeit beim AT. Ein eher ungewöhnliches Vorgehen! Aus Zürich kommend, hatte er im Aargau so schnell Fuss gefasst, dass ihm 1925 aufgetragen wurde, eine kurzgefasste Pressegeschichte des Kantons zu verfassen. Dafür sei ihm an dieser Stelle ganz besonders gedankt.<sup>104</sup>

Redaktionell machte das Tagblatt eine Krise durch. Seit 1922 lieferte von Arx die Berichte aus Bern. Im Oktober entschwand auch dessen Name aus dem Impressum: Zimmerlin war allein. Auf den 1. November 1927 wurde Dr. Eduard Lauchenauer, bisher Journalist in St. Gallen, als Chefredaktor gewählt. Mit seinem Leitartikel Redaktions-Antritt stellte er sich dem Publikum vor.<sup>105</sup> Zum Jahresende lancierte das Blatt einen Wettbewerb: «Was wünschen Sie in Ihrer Zeitung zu lesen?», dessen Ergebnisse zwar nach längerer Zeit prämiert, im Detail aber nie ausposaunt wurden. Man zeigte sich erneuerungswillig, liess wohl die eine oder andere Anregung ins Konzept einfließen, ohne sich die Hände zu binden oder in die Karten schauen zu lassen.<sup>106</sup> Der neue Chef organisierte die Redaktion offiziell nach Ressorts, betreute selbst das Inland und das Feuilleton, und stellte ab Juli 1928 Hans Baer für das Auslandsgeschehen und den Nachrichtendienst an.<sup>107</sup> Karl Zimmerlin figurierte weiterhin im Impressum bis zum Juni 1929, ohne speziellen Aufgabenbereich. Seine Stelle wurde auch in der Folge nicht

<sup>101</sup> AT, 1. November 1922. Der Gätterlimacher von 1852 sei wiederauferstanden. Ohne Hinweis auf Augustin Keller oder die Schweizer Volkszeitung, Vorgängerin des Badener Tagblatts.

<sup>102</sup> AT, 30. Oktober 1922.

<sup>103</sup> AT, Dezember 1926.

<sup>104</sup> Aufsatz für Schweiz. Zeitungsverlegerverband.

<sup>105</sup> AT, 1. November 1927.

<sup>106</sup> AT, 24. März 1928.

<sup>107</sup> AT, 2. Juni 1928. Eigentlich: Wahl durch den Verwaltungsrat.

mehr mit einem zeichnungsberechtigten Journalisten besetzt. Das Team Lauchenauer-Baer führte das Blatt durch die Klippen des Frontenfrühlings, bis in der zweiten Hälfte 1936 Baer durch Dr. Helmut Suter ersetzt wurde, der schon seit Mitte Mai beim AT arbeitete und am 1. November zeichnender Redaktor wurde.<sup>108</sup> Baer hatte sich am 16. Mai 1936 verabschiedet, um in ein ihm nahestehendes industrielles Unternehmen einzutreten.<sup>109</sup>

Erst im Laufe des Krieges trat eine neue Veränderung ein: Dr. Lauchenauer wechselte in ein verwandtes Metier: er wurde Sekretär der aargauischen Handelskammer; dies zum Jahresanfang 1943.<sup>110</sup> Sein Platz nahm ab Juli 1943 Dr. W. Gisiger ein. Er übernahm damals das Ressort Ausland, während Suter sich nun dem Inland widmete. Erst 1956, also mehr als ein Jahrzehnt nach dem Zweiten Weltkrieg, erhielt eine Nummer drei Einsitz in die Redaktion, Dr. Kurt Lareida, der 1969 als Nachfolger von Gisiger Chefredaktor und später dann Regierungsrat wurde. Die Expansion der Zeitung in den 60er- und 70er-Jahren dokumentiert sich im sprunghaften Anstieg der Redaktionsmitglieder und der immer feingliedriger aufgefächerten Ressort-Struktur.

## **Unsere Demokratie – ein Luxus?<sup>111</sup>**

### **Der Frontenfrühling und das «Aargauer Tagblatt»**

Es ist bezeichnend, dass beim Tagblatt für die Bearbeitung der Auslandsnachrichten vor 1939 immer der zweite Redaktor zuständig war. Der Chef wollte Politik mitgestalten, nicht vom sichern Port aus kommentieren. Doch hatte das AT 1922 das Glück, an dieser Stelle einen weitsichtige und sattelfeste Persönlichkeit zu haben, die kommendes Unheil im südlichen, dann im nördlichen Nachbarlande zu erahnen vermochte und unentwegt die Fahne des echten Liberalismus hochhielt. Friedrich Witz verlangte am 30. Oktober 1922 kategorisch bei seiner Leserschaft mehr Aufmerksamkeit für das Geschehen in Italien. Was sich nach den Wahlen und dem Sieg Mussolinis abspiele, käme einem Staatsstreich gleich. Zwar führe der neue Ministerpräsident momentan laue Reden. Doch angesichts des aggressiven Nationalismus seiner Partei müssten wir ans Tessin denken. «Der Rest ist Schweigen (Shakespeare)».<sup>112</sup>

Nach dem AT vom 7. November forderte Mussolini die Schweiz indirekt auf, ihm zu seiner Wahl zu gratulieren, was Bundesrat Motta im Namen des ganzen Gremiums flugs besorgte. Während die Linkspresse das Regime Ita-

<sup>108</sup> AT, 31. Oktober 1936.

<sup>109</sup> AT, 16. Mai 1936.

<sup>110</sup> AT, 31. Oktober 1942.

<sup>111</sup> AT, 7. April 1933, Zitat aus der «Ostschweiz».

<sup>112</sup> AT, 30. Oktober 1922.

liens, das die Bekämpfung des Marxismus zum Hauptprogramm entwickelt hatte, selbstverständlich permanent kritisierte, wirkten die Mitteilungen aus Rom oder Mailand in der bürgerlichen Presse reserviert, aber objektiv. Am 11. Juni 1923 brachte es eine Rede Mussolinis im Senat immerhin zum Leitartikel im Tagblatt. Während zum Jahresanfang 1924 die Meldung, dass «La Squilla Italia», die faschistische Zeitung von Lugano seit 1923, in vergrössertem Umfange erscheine, ohne Nebenbemerkung erscheinen konnte,<sup>113</sup> brachten Grenzzwischenfälle im Tessin nun die Redaktion in Alarmstimmung. Faschisten aus Verona und Mailand versuchten, Gesinnungsfreunden ennet der Grenze zu Hilfe zu eilen, was immerhin eine bündsrätliche Intervention auslöste.<sup>114</sup> Die Ermordung Matteottis am 12. Juni 1924 wurde zwar im Tagblatt in gemesseren Worten verurteilt, als dies der «Freie Aargauer» tun musste. Dennoch verfolgte von nun an Redaktor Witz das Treiben der Staatspartei und der Regierung mit Argusaugen.

Zum Jahreswechsel zog er in einem Leitartikel Bilanz: Mussolini habe 1924 viel an Kredit verspielt. Die «hirnlosen Kerle» in seiner Partei hätten den Herrschsüchtigen in eine Krise hineingeritten. Was nütze es, dass der Führer gescheiter sei als die Trabanten? Dem kometenhaften Aufstieg «würde wohl bald auch der kometenhafte Abstieg» folgen. Was die Regierung halte, das sei nicht Geist, sondern System. Der Diktator zeige «den brutalen Willen und andere Tugenden eines grosszügigen Bandenführers».<sup>115</sup> Und am 4. April titelte das Tagblatt: «Mussolini als Kriegsprophet», als er seine militärischen Rüstungsziele bekanntgab. Dass auf Jahresende 1925 die Presse gleichgeschaltet wurde, indem alle Direktoren regierungsfreundlich sein mussten, stiess dem eingefleischten Journalisten besonders sauer auf.<sup>116</sup>

Was an Mussolini-Sympathien noch selten aufgetaucht war, weil man einer Frankreich-kritischen Politik Sinn abgewinnen konnte, musste sich schliesslich ganz verflüchtigen.<sup>117</sup> Mit dem Eintritt Dr. Lauchenaus in die Redaktion erhielt die Haltung zu den diktatorischen Tendenzen in Europa etwas Grundsätzliches. «Wir glauben nicht, dass die deutsche Demokratie als solche krank ist.» Was sich zeigt, ist eine Wachstumskrisis. Der Ausbau ist erreicht. Nun muss jene schöpferische Arbeit folgen, die nicht mehr spektakulär ist. Demokratie ist mühsam. Italien war ausser im lokalen Bereich im Norden nie demokratisch gewesen. Eher wirkte die katholische Kirche als Ordnungsfaktor beispielgebend. Die faschistische Bilanz im sechsten Jahr der Revolution mag negativ sein, Mussolini aber «gehört der

---

<sup>113</sup> AT, 14. Januar 1922.

<sup>114</sup> AT, 14. April 1924.

<sup>115</sup> AT, 6. Januar 1925.

<sup>116</sup> AT, 23. Dezember 1925.

<sup>117</sup> AT, 30. Dezember 1926.

Geschichte an, auch wenn er nichts mehr als eine Episode in der künftigen europäischen Geschichte bedeuten sollte».

Um 1930, als die Jugend hierzulande von der Unruhe erfasst wurde, da musste sich auch das Tagblatt der Kritik stellen. Die liberale Jugend fand – zusammen mit der Neuen Front – dass die «überlieferte Staatsform unzeitgemäss geworden» sei. Sozialdemokratie und Freisinn müssten sich innerlich wandeln; sie seien zu Klassenparteien geworden. Der Verfasser des Leitartikels (P. S.) kritisierte diese Vertreter: «Ihr Blick ist deutlich auf den Faschismus gerichtet.» Immerhin: die Jungen haben den Glauben nicht verloren. Ihre Unruhe entstamme der Verantwortung.<sup>118</sup> Die Meldung, dass sich die liberale Jugend auch im Aargau separat organisieren wolle, wurde als Zeichen der um sich greifenden Unruhe gewertet.<sup>119</sup> Lauchenauer und Baer stellten sich umso deutlicher zu Demokratie und Pluralität, als 1931/32 auch in Deutschland die Radikalen zur Rechten und zur Linken dem Staat liberalen Zuschnittes den Kampf ansagten.

Im ausländischen Jahresrückblick 1932 meinte Baer: «Die Nationalsozialisten waren nahe daran, die Macht zu ergreifen. Dass dies nicht geschehen ist, war in erster Linie Hindenburg und dann Hitlers staatsmännischer Unfähigkeit zuzuschreiben.» «Hitlers demagogisches Blendwerk gelangte nicht zum Siege.» «Für einige Zeit, vielleicht für immer, ist der Nationalsozialismus in Deutschland von der radikalen doktrinären Richtung eines Hitler befreit.»<sup>120</sup> Am gleichen Tag schrieb der Inlandredaktor einen vaterländischen Jahresrückblick. Lauchenauer behandelte die Unruhen in Zürich und Genf, die «Strassenschlachten nach dem Dienstreglement der 3. Internationalen». «Am blutigen 9. November, dem ominösen Revolutionsdatum der Weltgeschichte, zahlten 13 Menschen in der Völkerbundsstadt diese anhaltenden Revolutionsübungen mit dem Tode.» Daraus resultierte bei den Linksparteien «ein demokratisch verbrämtes Bekenntnis zu ihrer Politik und ihrer revolutionären Taktik, und die Erkenntnis der bürgerlichen Mehrheit des Schweizervolkes, dass wir in dieser Kette der blutigen Ereignisse vom Januar bis zum November die klaren Zeichen der planmässigen Vorbereitung der Revolution in der Schweiz vor uns haben, gewissermassen die Wiederholungskurse des Bürgerkrieges.»<sup>121</sup>

Die Verbindung der beiden Texte erbringt die klare Haltung des schweizerischen Bürgertums im Vorfeld der Machtergreifung in Deutschland. Die «üble und traurige Heuchelei» der Linkspresse,<sup>122</sup> einen Kampf gegen den Faschismus im Dienste von Freiheit und Demokratie zu führen, musste entlarvt werden. Die Gefahr für die Innenpolitik komme von links, die Gefahr

<sup>118</sup> AT, 26. Dezember 1930.

<sup>119</sup> AT, 31. Dezember 1930.

<sup>120</sup> AT, 31. Dezember 1932.

<sup>121</sup> AT, 31. Dezember 1932.

<sup>122</sup> AT, 28. Dezember 1932.

für die staatliche Unabhängigkeit aber komme von rechts. Der Kampf zwischen zwei totalitären Systemen ist in jedem Falle kein Engagement für Menschenrechte und Demokratie. Dies könne nur aus der Position des wahren Liberalismus wachsen. Wenn der Freisinn sich im Kampf gegen den unmenschlichen Bolschewismus mit dem Nationalsozialismus treffe, so heisse dies nicht, dass dessen Unmenschlichkeit verkannt würde. In der politischen Praxis gelte aber für die Schweiz: die Gefahr von aussen, die unser Staatswesen direkt bedroht und innerlich erschüttern könnte – sie heisst Faschismus, die Bedrohung durch den Bolschewismus ist schon da, steckt im heutigen Alltag und hat daher unbedingte Priorität. Wenn Bruno Grimm, «volkswirtschaftlicher Mitarbeiter am Freien Aargauer» und Redaktor vom «Volk» in Olten, die Reaktion in Deutschland und in der Schweiz gleichsetzt, so sei dies eine «schwindelhafte Konstruktion».<sup>123</sup>

Chefredaktor Lauchenaer hatte schon einen Monat zuvor bei einem Vortrag in Aarau zum Thema «Abschaffung des Liberalismus» angezeigt, wie dies von aussen rechts und von aussen links verstanden und praktiziert würde. Beide Gegner wollten den Interventionismus, entweder in Form des Korporationenstaates oder in Form der Räterepublik. «Die sogenannte Krisis der liberalen Wirtschaft ist in Tat und Wahrheit der Zusammenbruch einer wirtschaftlichen Interventionspolitik, die das Gegenteil des wirtschaftlichen Liberalismus darstellt.» Aber auch die Zerreissung unseres Volkes in Interessengruppen sei eine Bedrohung unseres Staates: am Ende stehe die Auflösung unserer Volksgemeinschaft.<sup>124</sup> Diese These wurde vom AT unentwegt wiederholt. «Mit der wirtschaftlichen hängt die politische Probe zusammen.»<sup>125</sup> Es ist eine Modetorheit, den «hemmungslosen wirtschaftlichen Egoismus» als ein wesentliches Merkmal des Liberalismus zu bezeichnen. Es wird «das Wohlergehen des Einzelnen von der Wohlfahrt des Ganzen bestimmt». Der leider antiquierte Begriff der Gemeinnützigkeit wird einen neuen, umfassenderen Gehalt bekommen.<sup>126</sup> Solche Zitate, isoliert vorgetragen, liessen sich durchaus als anpasserisch anführen, sie werden im AT aber stets im Gegensatz zu korporativen Modellen verwendet. Noch kurz vor der überraschenden «Machtübernahme» der NSDAP berichtete das AT in einem Aufsatz «Der Diktator über die Schweiz», dass Radek, der 1919 von Lenin ausersehen war, Diktator der «eidgenössischen Sowjetrepublik» zu werden – das Oltener Komitee sollte ihn dazu ausrufen – nun mit Nationalrat Nicole unter einer Decke stecke. Trotz Protesten musste der Bundesrat diesem Sowjetvertreter beim Völkerbund die Einreise in die Schweiz gestatten. Solche Meldungen bewiesen der Leserschaft, was in erster, und was in zweiter Linie zu fürchten und daher zu bekämpfen

<sup>123</sup> AT, 20. Dezember 1932.

<sup>124</sup> AT, 6. Dezember 1932.

<sup>125</sup> AT, 5. Januar 1933.

<sup>126</sup> AT, 7. Januar 1933, Aufsatz im AT von Theodor Gut von der Zürichsee Zeitung.

war. Nach der Überraschung, dass Hindenburg der Harzburger Front vertraute und Hitler als Kanzler akzeptierte, verlegte sich die Hoffnung des Tagblatts auf die Aufpasser, die nötigen Koalitionspartner. Doch – «Wetterleuchten in Deutschland» – das Zentrum lehnte die Zusammenarbeit ab und Neuwahlen drängten sich auf. Das offene Misstrauen Lauchenaus gegenüber Hitler wurde in der Wahlkampfphase gerechtfertigt: in «Hagelwetter über Deutschland» prangerte er das rücksichtslose Vorgehen gegenüber einer kritischen Presse und Beamtenschaft an, ebenso die Aversion Hitlers gegenüber der parlamentarischen Demokratie, ohne Respekt vor Verfassung und Parlament.<sup>127</sup> Wird Hitler zurücktreten, wenn er keine Mehrheit findet? Offen deklarierte damals das AT die Putschgefahr in Deutschland.<sup>128</sup> Die Meinung der NS-Regierung, der Reichstagsbrand sei als «Verzweiflungstat der Kommunisten» zu werten, wurde vorerst akzeptiert, dennoch sickerte Misstrauen an der offiziellen Anklage durch. War der Brand auf Bestellung erfolgt? Der Terror zwang die Vorahnung auf, Deutschland werde entweder dem Kommunismus oder dem Nationalsozialismus verfallen. Am Samstag vor der Wahl prognostizierte die Redaktion: «Deutschland hat die Diktatur, wahrscheinlich jahrelang». Zwei Tage später wurde getitelt: «Hitler Diktator durch den Willen des Volkes». Die «Weimarer Verfassung (...) hat zu existieren aufgehört» und dies nach einem Wahlkampf, «der in Ausmass, Aktivität und Rücksichtslosigkeit alles Bisherige in den Schatten stellt».<sup>129</sup> Aussenpolitisch drohe nun der Schweiz eine Diktatur im Süden wie im Norden. Es sei daher notwendig, der «schweizerischen Wehrhaftigkeit und Landesverteidigung alle wünschbare Aufmerksamkeit» zu schenken. Innenpolitisch werde daraus eine Radikalisierung des Marxismus in der Schweiz resultieren, sofern dies überhaupt noch möglich sei. Die Schweiz als Asyl für Verfolgte werde diese Tendenz weiter vorantreiben. Andererseits könnte der deutsche Rundfunk unsere Kleinbürger beeinflussen. Diese Kreise hätten Hitler zur Macht verholfen. Die «volkstümlichen und primitiven Reden könnten ein Echo auch hieszulande ausüben. Wir müssen geistig Stellung beziehen. Dass die Deutschen einem Führer folgen, dessen Reden einen Eklektizismus primitivster Art verraten, darf nicht auf uns abfärben.»<sup>130</sup> Ein warnender Artikel eines Einsenders Or. «Kleines Erlebnis im neuen Deutschland» mit abschreckenden Beispielen geistiger Verwirrung kommt zum Schluss: «der Funke ist schon über den Rhein gesprungen».<sup>131</sup> Am Tag darauf meldete die Zeitung die Krawalle in Brugg. Die örtlichen Sozialisten versuchten die Versammlung der Nationalen Front, Herausgeberin des «Eisernen Besens», mittels einer

<sup>127</sup> AT, 20. Februar 1933.

<sup>128</sup> AT, 21. Februar 1933.

<sup>129</sup> AT, 6. März 1933.

<sup>130</sup> AT, 11. März 1933.

<sup>131</sup> AT, 31. März 1933.

Saalbesetzung zu verhindern. Für die bürgerlichen Blätter war dies der Anfang der terroristischen Methoden, die in Deutschland zur Eskalation und schliesslich zur Diktatur geführt hatten. Dass dies der «Freie Aargauer» ganz anders wertete, versteht sich von selbst: das Wehret den Anfängen! rechtfertigte auch die Verletzung der Versammlungsfreiheit. Obwohl das Tagblatt am 29. März mit Schlagzeile auf der Frontseite «Der Judenboykott in Deutschland» gemeldet hatte und damit den Protest kundtat, versuchte Lauchenauer den Antisemitismus in Deutschland eine Woche später sachlich zu ergründen. «Hier ist zu sagen, dass die Auseinandersetzungen der Deutschen im Reich mit den reichsdeutschen Israeliten als eine durchaus in den Bereich der inneren Politik fallende Angelegenheit von den Nationalsozialisten und der Regierung betrachtet wird. Die Einmischung des Auslandes musste deshalb auf schärfste Opposition stossen.» Der Antisemitismus sei «wegen Greuelberichten ausländischer Blätter» gewaltig angewachsen. Dabei war dieser längst latent vorhanden, schon zur Zeit Bismarcks. Ein Anwachsen gründete zum Teil in ausländischen Ereignissen: jüdische Intellektuelle waren führend beteiligt an der russischen Revolution und beim blutigen Terror in Ungarn. Dann auch in inländischen Phänomenen: viele Kriegsgewinnler seien Juden gewesen, ihnen gehörten zum Teil die Riesenwarenhäuser, dann nehme ihr Einfluss in der Ärzteschaft und bei den Advokaten laufend zu. Dies möge den Antisemitismus im Reich verständlich machen.

Im übrigen sei es nicht die Reichsregierung, sondern die NS-Partei, die den Boykott lanciert habe, die Regierung habe die Aktion nur toleriert. «Der Boykott wurde nach einem Tage eingestellt.» Diese Darstellung, die sich deutlich von den empörten und emotional gefärbten Kommentaren im «Freien Aargauer» abheben wollte, war sophistisch und schönfärberisch zugleich. Die Judendiskriminierung und damit auch die Verfolgung waren seit 1924 im NS-Parteiprogramm, ideologisch in der NS-Rassenlehre und in Hitlers «Mein Kampf» klar programmiert und damit der Redaktion bekannt. Es brauchte daher keines Propheten, um vorauszusehen, wie sich alles weiterentwickeln und wo es schliesslich enden würde.<sup>132</sup> Geradezu absurd fand Lauchenauer die Meinung Redaktor Rodels, dass der «Freie Aargauer» ein «Kämpfer für Licht und Freiheit» sei, obwohl er mit seinen aufreizenden Kommentaren nur eine Angstpsychose auslöse. Die Gefahren für die Demokratie in unserem Lande wolle das «Aargauer Tagblatt» schon aufzeigen. Diese sybyllinische Bemerkung fasste Redaktor Rodel vom «Freien Aargauer» als klare Drohung an die Adresse seiner Partei auf. Tatsächlich brachte das «Aargauer Tagblatt» am 18. März 1933 das Demokratieverständnis der Sozialdemokraten auf die kurze Formel: «Mit dem Stimmzettel, soweit es geht und der Rest heisst – je nach dem!» Zwar wurde

<sup>132</sup> AT, 7. April 1933.

am SP-Parteitag in Biel Verhandeln und Paktieren mit den Kommunisten abgelehnt und die AT-Redaktion vernahm mit Genugtuung, dass die Anwendung demokratischer Mittel versprochen wurde. Man könnte daher von einem bedingten Bekenntnis zur Demokratie sprechen.<sup>133</sup> Was aber auch zur Demokratie gehören würde, wurde in Brugg vorgeführt, und zwar nicht von den Sozialdemokraten. Unter dem Schutz der bürgerlichen Parteien konnte die Nationale Front ihren seinerzeit von der SP verhinderten Vortragsabend durchführen. Erst jetzt vermochte die Redaktion des AT zum Geist dieser Veranstaltung tatsächlich Stellung nehmen. «Nur ca. 500 Personen» fanden sich ein. Öfters spendete man Applaus auf «reine Anklagen ohne aufbauende Kritik». Zur Sammlung gegen die Interessen- und Bonzen-Politik hätten die bürgerlichen Parteien aufgerufen, längst bevor die Nationale Front geboren war. Die Diskussion bewegte sich auf tiefem Niveau. Vor allem war von der SP nur die dritte und vierte Garnitur anwesend. Die «Grosstuer vom 31. März waren nirgends zu sehen». Die Entfelderpolitik sei eben eine schlechte Grundlage für die wirkliche Auseinandersetzung. Die Behauptung, die Schweiz sei die Zentrale des internationalen Judentums und unser Staat von Sozialisten unterwandert, wurde nur mit Gegenbehauptungen bestritten. Das deutschtümelnde Gehabe, die Harusrufe usw. seien abstoßend, andererseits sei ein Patriotismus unverkennbar.<sup>134</sup> Die sozialistische Presse habe sich in der Kommentierung des Anlasses total verrannt. Sie möchte nun das Bürgertum zu Faschisten machen. Sie möchte als «einzig zuverlässiger Verteidiger der Freiheitsrechte» dastehen. «Wir haben die Redefreiheit wiederhergestellt und haben mit ihnen diskutiert und nicht bloss ihre Aussagen niedergeschrien.»<sup>135</sup> Das Wesensmerkmal des Faschismus ist die Diktatur, die im konkreten Fall sozusagen das sittliche Gewissen des Einzelnen ersetzt! Das alles ist für uns Schweizer nicht geeignet. Uns kann nur die Freiheit helfen.» Die Forderungen «Ausmerzungen alles Ungesunden und Erstarrten», die «Erneuerung der Volksgemeinschaft», der Ersatz der «Proporzerei» durch den «Gemeinschaftsgedanken», enthielten wahre Anliegen. Die Erneuerungsbewegung dürfe nicht bagatellisiert werden.<sup>136</sup> Meldungen von weiteren Frontengründungen wurden kommentarlos eingerückt, zum Teil mit höhnischem Unterton, etwa unter dem Titel: «Ein Fröntchen mehr!», oder die «Ponokratische Front» von Handelslehrer Junker «gegen die Überfremdung und Entartung der arischen Völkerzweige romanischen und germanischen Blutes auf dem Boden der Eidgenossenschaft», was dann am 2. Mai in demselben Blatte als Witz bezeichnet wurde. Die «Neue Helvetische Gesellschaft» kritisierte, dass diese Regeneration durch die «offensichtliche Nachahmung ausländi-

<sup>133</sup> AT, 10. April 1933.

<sup>134</sup> AT, 13. April 1933.

<sup>135</sup> AT, 15. April 1933.

<sup>136</sup> AT, 22. April 1933.

scher Vorgänge kurzzeitige Formen annimmt»: Das Anprangern von Sündenböcken und die Uniformierung gehörten zu dieser Praxis. Der «Schweizerische Vaterländische Verband», der die Bekämpfung des Marxismus, die Wehrhaftigkeit und das Bekenntnis zur Demokratie zum Programm erhoben hatte, musste nach eigenen Angaben auch dafür sorgen, dass die «schweizerische Eigenart rein erhalten bleibe». Am klarsten drückte sich die liberale Jugend in ihrem Aufruf, sich in Flüelen zu treffen, aus: «Gegen die Irreführung der Arbeiterschaft» – aber auch gegen die «Sekretären- und Günstlingswirtschaft eines Korporationenstaates, engstirnigen Antisemitismus und blöde Nachäffung ausländischer Formen.»<sup>137</sup>

Alle diese Verlautbarungen im Tagblatt bewiesen, dass man sich im Bürgertum ernsthaft mit den Kritiken auseinandersetzen wollte, die im Kreise der studentischen Jugend, vorab in Zürich, mehr laut ausgerufen als vorgelesen wurden. Am weitesten kamen die Äusserungen Eugen Birchers im AT den Fronten entgegen. Deutschland habe uns ein «gutes Vorbild gegeben und den Marxismus niedergeschmettert». Die Einzelaktionen der Fronten seien falsch. «Erst wenn die lebensfähigen unter diesen neuen Gebilden sich zur grossen Einheitsfront zusammenschliessen, werden sie siegen. Marschieren sie getrennt, so wird sie der Gegner einzeln erledigen.»<sup>138</sup> Am folgenden Tag konzentrierte sich die Kritik Birchers auf die Geheimorden. «Gelingt es uns, mit diesen Landplagen aufzuräumen, dann braucht uns um die Zukunft unseres Volkes und Staates, selbst wenn sich ringsum Diktaturen erheben sollten, nicht bange sein.»<sup>139</sup> Drei Tage später fusionierte die Nationale und die Neue Front als Partei. Solche Übereinstimmungen mussten die angesprochenen Feinde und möglichen Opfer hellhörig machen und gaben zu Spekulationen Anlass. Lauchenaue war bei einer geschlossenen Versammlung der Nationalen Front in Aarau mit dabei, hörte sich das Referat von Tobler an und berichtete kleingedruckt darüber im AT. Einiges aus früheren Reden sei relativiert worden: die Kritik an den Juden richte sich nicht gegen Einzelne, sondern gegen die Überfremdung. Boykott und Fremdenrecht seien keine Lösungen. Bei Wahlen reiche es nicht, von unten gewählt zu werden, dazu gehöre auch die Bestätigung von oben. Lauchenaue erkannte dem Referenten durchaus Idealismus zu. Aber: die Schweiz sei kein Parteienstaat wie die Weimarer Republik, das Volk hat das letzte Wort. Die Bestätigung von oben hat in unserm Staate keinen Raum – das Volk ist oben. Die bewährte schweizerische Selbstverwaltung stehe einer ständischen Gliederung im Wege. Eine Autarkie sei in unserem Lande nicht machbar. Einer Erneuerung stehe man durchaus offen, wenn es aber um die Zerstörung der wertvollsten Güter gehe, so wer-

<sup>137</sup> AT, 10. Mai 1933.

<sup>138</sup> AT, 12. Mai 1933.

<sup>139</sup> AT, 13. Mai 1933.

den diese Jungen auf Felsengrund stossen. In diesem Bereiche könnten Traditionen nur weitergebildet werden.

Wie weit, respektive wie wenig, die Tagblatt-Redaktion den Fronten entgegenkommen wollte oder konnte, war längst vor der grossen Tagung und Kundgebung in Brugg klar. Der kurze Bericht, in dem aus der Rede Sondereggerts hervorgehoben wurde, dass er der Meinung sei, die Nationale Front verfolge rein revisionistische Züge und nur die böse Presse verleumde die Inhalte und Ziele der Bewegung, war bezüglich Umfang und Plazierung einer Versammlung von immerhin 2500 Personen angemessen. Die Kommentare über die Abstimmung zum Besoldungsabbau und der Nicole-Prozess standen gleichentags im Zentrum des Interesses. Nach den ersten Wahlerfolgen der Fronten im Sommer 1933 kommentierte das Tagblatt: «Hans im Glück waren die Fronten, bis dahin wenig beachtet, jetzt aber plötzlich dadurch überrascht, dass der Same, den der Wind verweht hatte, unversehens aufging. Heute stehen wir in einer Hochkonjunktur dieser neuen politischen Gebilde und bereits drängen sich ihnen nicht bloss die Erweckten und Überzeugten, sondern auch jene zu, die immer bei den Herren der Situation sind, wie der Schatten beim Licht. Heute gibt es Auguren und – Angsthasen, welche die Dritte Schweiz sozusagen schon für die fertige Tatsache von morgen halten.» Aber wer gut zuhört, merkt, dass Skepsis bereits wächst. Die Radikalisierung in Deutschland macht hellhörig. Der Rechtsbolschewismus wächst. Die Sozialdemokraten antworten mit einer bemerkenswerten Sammlung. Auch wenn die Gegensätze die Bürgerlichen spalte, so seien sie sich einig gegenüber sogenannten faschistischen Strömungen. Leider herrsche links immer noch Revolutionsromantik. Eine Einigung aller demokratischen Organisationen wäre wünschbar, einschliesslich der Sozialdemokraten. «Eine Einigung über die marxistischen Grundsätze und einen Kompromiss mit ihnen gibt es dagegen nicht.»<sup>140</sup>

Zum Jahresende zeigte der traditionelle vaterländische Jahresrückblick, dass sich die Redaktion unverrückbar an ihre Linie hielt: Die Linke erliess ein «mehr als problematisches Bekenntnis zur Landesverteidigung». «Die Fronten, obgleich sie erst seit neun Monaten eine wirkliche politische Rolle spielen, gehören bereits zum eisernen Bestand unserer täglichen Parteipolitik. Es hat sich gezeigt: Die Nüchternheit der Schweizer herrscht nicht im erwarteten Masse. Illusionen spielen eine gewaltige Rolle, aber die Desillusionierung kommt von selber.» Im Jahre 1934 sorgten die Schlagzeilen über den Röhm-Putsch und die Meuchelmorde für bessere Einsichten. Das offene geübte Prinzip der Gewalt führte endlich zur Aufforderung der Redaktion an die Leserschaft, Hitlers Buch «Mein Kampf» zu lesen und ernst zu nehmen. 1935, bei den Nationalratswahlen, prellte Gottlieb Duttweiler die Fronten um den Erfolg, indem er die wirklichen patriotischen Unzufriede-

---

<sup>140</sup> AT, 1. Juli 1933.

nen und Erneuerer hinter sich zu scharen wusste und den Fronten nur noch die deutschhörigen Eiferer überliess, die sich mit einem einzigen Sitz in der grossen Kammer begnügen mussten. Und 1936 finden wir im gleichnamigen Rückblick: Die Nationale Front ging nach dem Nürnberger Parteitag in Brugg «offen zum faschistisch-nationalsozialistischen Bekenntnis über».<sup>141</sup>

Nach den Ereignissen in Österreich 1937/38 waren die Anhänger dieser Bewegung gebrandmarkt und galten als gefährlich. Sie selber wirkten nun als Elemente der Überfremdung. Je isolierter die Schweiz wurde, dreiseitig von faschistischen Diktaturen umgeben, erwuchs aus dem Flüchtlingsproblem und der Asylpraxis eine neue Angst vor der Überfremdung der Schweiz. Sie entstammte nicht irgendwelchen rassistischen Ideologien oder Theorien, sondern dem nackten Egoismus oder der Furcht, von Extremisten der undemokratischen Linken unterwandert zu werden. Ein Vortrag von Heinrich Rothmund bei der Neuen Helvetischen Gesellschaft Aarau war so brandaktuell, dass der Bericht darüber am 31. Dezember 1938 die ganze Frontseite des Tagblattes einnahm. Obwohl sich die israelitischen Organisationen bereit erklärt hatten, sich dieser Flüchtlinge anzunehmen, sei nun die Einreise vom eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement abgebremst worden. Der regelmässige Abfluss in Einwanderungsländer müsse zuerst sichergestellt sein, damit diese Leute nicht schliesslich unseren Arbeitsmarkt belasteten. Im weiteren sollten Ausländer als Vorsichtsmassnahme von Vereinsvorständen ausgeschlossen sein. Das Prinzip von Prof. Lorenz, «Die Schweiz den Schweizern», sei zu beherzigen. Ein Brief von Dr. Wartenweiler des Inhalts, man sollte den Emigranten Arbeit geben, so dass sie sich auf die Weiterreise vorbereiten könnten, fand der Referent zu weitgehend, ebenso die Bitte des Herzberg-Hausherrn, man könnte einige Tausend Flüchtlinge zusätzlich aufnehmen. Die gegenwärtige Praxis sei gut schweizerisch. Und dieser Bemerkung hatte das Tagblatt nichts mehr beizufügen.

## Die Kriegsjahre 1939–1945

Weltkriege, die der Schweiz zusetzen und die Armee mobilisieren, sind der Presse – trotz Nachrichtenschwemme – nicht förderlich. Geschäftlich ist im besten Falle Stagnation zu erwarten, journalistisch fehlt die Freiheit zu kommentieren, wie das Herz begehrt. Pressegeschichtlich erbringen Kriegsjahre wenig. Die Zensurmassnahmen, selbst wenn sie im voraus nur in der milden Form der Empfehlung masschneiden, lassen Ecken und Kanten, ja selbst den eigenen Charakter der Blätter verschwinden. Zudem: Die Papierkontingentierung beschränkt den Textraum, das Inseratengeschäft

<sup>141</sup> AT, 31. Dezember 1936.

flaut ab, die Preiskontrolle verhindert die Erhöhung der Abonnementsbeiträge oder beschränkt mindestens den Wettbewerb, das technische, administrative und redaktionelle Personal weilt abwechselungsweise im Aktivdienst und stellt die Verlagsleitung immer wieder vor das Problem, ihr Produkt morgen pünktlich im Briefkasten der Leserschaft zu wissen. Für Neuerungen und Experimente bleibt da kaum Freiraum. Das Improvisieren fordert sowieso die Phantasie und bindet die kreativen Kräfte. Man überlebte – und dies im besten Fall. Seitens der Politik, der Medienwissenschaft, der Staatssicherheit, der Gesetzgebung und Gerichtspraxis ist «Zensur und Selbstzensur»<sup>142</sup> ein attraktives Thema und «Die Sündenböcke der Schweiz»<sup>143</sup> belegen, dass der Ausnahmezustand dem Historiker entgegenkommt und ihn doppelt neugierig macht. Dem historischen Begleiter und Aufbereiter der Zeitungsorgane hingegen kommen solche Zeiten nicht entgegen, beim Inhalt werden nur Nuancen sichtbar, es lohnt sich eher, etwas anzuleuchten als auszuleuchten. Dies umso mehr, als der Aargau von allen Kantonen der schweizerischste ist; man mag untereinander feilschen und streiten, dies auch mit andern Kantonen tun: wenn Bundesbern ruft oder befiehlt, dann steht der Aargauer stramm, selbst dann, wenn dies Opfer erheischt. Während andere Tageszeitungen sich nach dem Kriege brüsten, eine dauernde Gratwanderung zwischen zensurbehördlicher Konfiskation und Toleranz geübt zu haben, selbstverständlich mit gelegentlichen Abstürzen und Verweisen, ist hierzulande selbst der alte Haudegen Arthur Schmid vom «Freien Aargauer» stolz darauf, sich mit Bravour durch die engen Gassen, die Empfehlungen (Selbstzensur) und präventive Wirkung der Nachzensur noch belassen, geschlängelt zu haben. Als Nationalrat und Presse-mann war er sich selbst: für möglichste Belassung der Pressefreiheit. Als Mitglied der «Abteilung Presse und Funkspruch» (APF) aber war er vor allem Aargauer: was geboten war, musste durchgezogen werden, auch unter der Bedingung, wider Willen zum Musterknaben zu werden. Tatsächlich: Keine schwere Massnahme musste je gegenüber einer aargauischen Zeitung ergriffen werden.

Für das «Aargauer Tagblatt» war der Ausbruch des Krieges 1939, im Gegensatz zu 1914, keine Überraschung. Schon das Jahr 1938 bezeichnete die Redaktion als Phase «schwerster seelischer Erschütterungen». Nach dem Überfall auf Österreich habe der Bundesrat die Grenzbrücken verminen lassen. Die «Mobilmachung hing nur an einem Haar».<sup>144</sup> Die Schweizerische Landesausstellung «ist zum Schauplatz eines geradezu rührenden Bekenntnisses zum Genius der Schweizerischen Eidgenossenschaft geworden und sie hat auch im Ausland eine unschätzbare Wirkung hervorgeru-

---

<sup>142</sup> Titel des Buches von Georg Kreis.

<sup>143</sup> Titel des Buches von Gerhard Waeger.

<sup>144</sup> AT, 31. Dezember 1938.

fen.» Die «prekären Aussichten des Münchner Abkommens» hätten im Kleinstaat Schweiz den Wehrwillen und die Bereitschaft gestärkt. Im vaterländischen Jahresrückblick lobte Ende 1939 die Redaktion: Neben der Haltung der Armee war «nichts so eindrucksvoll wie der ruhige Gang des gewohnten politischen Lebens. Es gibt kein anderes Volk, das, unter den Waffen stehend, eine solche demokratische Auseinandersetzung durchführte.»<sup>145</sup> Gemeint waren die National- und Ständeratswahlen 1939.

Der Anblick der Zeitung veränderte sich insofern, als nun Land- und Operationskarten im Textteil zum festen Bestand der Information gehörten. Das Auslandsressort, das heisst das Kriegsgeschehen, erhielt absolute Priorität. Wo sich Parallelen oder Ähnlichkeiten zur eigenen Lage ergaben, verliessen die Kommentare die gewohnte Sachlichkeit und bewiesen tieferes Mitgefühl und Hochachtung, wie im Winter 1939/40 bei Finnlands Heldenkampf.<sup>146</sup> Auch im Inlandteil gehörten Verlautbarungen und Massnahmen des Bundesrates und der Armee zum festen Bestandteil der täglichen Nachrichten. «Dem Nachrichtenwesen ist noch nie eine solche Bedeutung wie heute zugekommen.» Das Armeekommando darf das Pressewesen dank Ermächtigung durch den Bundesrat überwachen und stellt auf das Verantwortungsbewusstsein der Presse ab, bemerkte die Redaktion mit einem gewissen Stolz. Gesinnungsneutralität sei trotzdem nicht gefragt. «Als ein friedliches Volk ist für uns derjenige der Angreifer, der einmarschiert, derjenige der den Krieg eröffnet hat. Dieses unmittelbare Empfinden entbindet uns nicht, die Umstände zu prüfen, unter denen es geschehen ist.»<sup>147</sup> Auch die gewohnten Querelen um den moskowitzischen Einfluss auf die schweizerischen Linksparteien verlor an Gewicht, angesichts der Erkenntnis: «Seit dem deutsch-russischen Pakt wissen wir alle, dass es nicht mehr um Ideologien, sondern um Macht geht.»<sup>148</sup>

Umso überraschter und zerknirschter verkündete die gutwillige Redaktion in einem Avis an die Leser: «Unsere gestrige Nummer ist auf Verfügung der Abt. Presse und Rundfunk im Armeestab wegen einer Meldung betreffend der Einteilung der Armee beschlagnahmt worden. Wir bitten unsere Abonnenten, das Ausbleiben zu entschuldigen.»<sup>149</sup> Auch am Nachtage konnte sich die aufgebrachte Redaktion nicht erholen. Sie beklagte sich in einem halbseitigen Text über die Rechtsunsicherheit. Die überfallartige Aktion sei ohne vorherige Begründung erfolgt. Dieser Warnschuss blieb unseres Wissens die einzige offene Massnahme, die in Aarau stattfand. Die Einschüchterung war so wirksam, dass im Aargau kein Bild eines Armeesackmessers ohne Zensurnummer veröffentlicht worden wäre. Das «Aar-

<sup>145</sup> AT, 30. Dezember 1939.

<sup>146</sup> AT, 22. Dezember 1939.

<sup>147</sup> AT, 19. September 1939.

<sup>148</sup> AT, 19. September 1939.

<sup>149</sup> AT, 27. Dezember 1939.

gauer Tagblatt» hatte gelernt, dass auch Übereifer und Dienstbeflissenheit gegenüber der Armee fatale Folgen zeitigen können. Die Gegenüberstellung von Agenturmeldungen, um den «Sachverhalt, der der Wahrheit nach gewissenhafter Prüfung am nächsten kommt»,<sup>150</sup> darzustellen, wurde so sehr allgemeine Praxis, dass Eigenwilligkeiten der Blätter bezüglich Auswahl kaum mehr sichtbar waren. Was an Kommentaren in Leitartikeln und Aufsätzen der Leserschaft im Laufe des Jahres dargeboten wurde, lässt sich aus dem traditionellen Jahresrückblick mühelos ausziehen und vermittelt so ein kompaktes Bild der geistigen Haltung. 1940 wirkte die Rückschau illusionslos, fast etwas fatalistisch. In materieller Hinsicht gewährte man Hilfe, wo Hilfe begehrt wurde. Im Inland kam sogar die Presse an die Reihe, indem die Zeitungstransporttaxe vom Bundesrat herabgesetzt wurde. Allen Regierungen, vom Kriege verschont, wie im Kriege stehend, wurde bewusst, dass die Propaganda – im Guten wie im Bösen – das bewegende Mittel der Gegenwart ist. Die Kapitulation Pétains im Namen des französischen Staates am 17. Juni war für die Schweiz und Europa ein entscheidendes Datum. «Zwischen englische Blockade und deutsche Gegenblockade gestellt, wurde die Schweiz praktisch in den Lebensraum der Achsenmächte abgedrängt. Es existierte kein europäisches Gleichgewicht mehr. Es ist zu vermuten, dass voraussichtlich das neue Jahr den Endkampf um die massgebende Ordnung Europas bringen wird.»<sup>151</sup> 1941 schwang im vaterländischen Jahresrückblick etwas Wehmut mit, dass auch in der inländischen Politik der «Einfluss weltanschaulicher Lehren» am Schwinden ist. «Noch nie sind diese Lehren so stark hinter den elementaren und gewöhnlichen Dingen des Alltags zurückgetreten, wie im vergangenen Jahr.» Dazu ist der «Einbruch des Landesrings in die Domänen der herkömmlichen Parteien die auffälligste Erscheinung». Er geht den alltäglichen Nöten der Bürger nach, und dies nun vor allem in den Kantonen. Dieselbe Umpolung habe in der Weltpolitik stattgefunden: Die lang verkündete Weltrevolution hat die Form eines Völkerkrieges angenommen. Auch in Russland zeigen sich nach dem deutschen Angriff Formen des klassischen Bürgerkrieges. Wir könnten von einem «Aufstand der Rassen» sprechen. Die europäischen Grossmächte würden dies sehr bald in den Kolonien auch noch zu spüren bekommen. 1942 zog die Redaktion eine eidgenössische Bilanz, nachdem der vierte Winter im Krieg angebrochen war. «Wir wissen nicht, ob wir seinem Ende oder Anfang näher sind.» Wichtig ist: «Wir wissen, was wir wollen! Bereit sein und bereit bleiben.» Zum Überleben in Freiheit lägen die Werte vor allem im eigenen Boden. Der Mangel hat uns dies gelehrt. Mit Rodungen und Bodenverbesserungen haben wir die Ackerfläche ausgedehnt; der Ausgleich der Teuerung hat die Verarmung verhindert. «Wir leben auf

---

<sup>150</sup> AT, 19. September 1939.

<sup>151</sup> AT, 31. Dezember 1940.

Pump, auch wenn wir nun Vollbeschäftigung kennen.» In der Asylfrage habe das Volk dem Bundesrat den Weg gewiesen. Die Hilfsbereitschaft als Pflicht des kriegsverschonten Staates wurde Praxis. Die allgemeine Aufwallung war «so etwas wie ein positiver Volksentscheid». Das Tagblatt habe die traditionellen Beziehungen zu den Nachbarvölkern möglichst wenig mit nutzlosen Auseinandersetzungen belasten wollen. Das AT müsse die Gesinnung nicht wechseln oder mit unfruchtbaren Polemiken bestärken. «Wenn auch die Aussichten der Achse heute schwächer sind als in den Vorjahren», wolle man sich eines Urteils über die Gewinnchancen enthalten. «Selbst der Sieger wird am Ende ärmer dastehen als zu Beginn des Krieges.» Mit dieser Betrachtung endete auch die Ära Lauchenauer beim «Aargauer Tagblatt». 1943 galt zuerst Suter alleine für die Redaktion verantwortlich, aber schon im Juli übernahm Dr. W. Gisiger das Ausland, während Suter für das Inland-Ressort zuständig war. Bis 1946 hiess – laut Impressum – keiner von beiden Chefredaktor.

Gegen Ende des Jahres, veranlasst durch den Rücktritt von Bundesrat Wetter, stand die Diskussion um die sozialdemokratische Regierungsbeteiligung im Bund wieder einmal im Zentrum der Innenpolitik. Selbstverständlich verlangte die Partei eine proportionale Besetzung von zwei Sitzen. Da Pilet-Golaz seitens der Linken immer wieder kritisiert wurde, galt beim AT ein Zweivorschlag als Angriff auf den Aussenminister. Das Tagblatt – obwohl durchaus für eine SP-Bundesratsbeteiligung – wertete diese Angriffe als innenpolitisch unverantwortlich: das Welschland durfte nicht brüskiert werden, nachdem die Kriegsjahre die früheren Differenzen zwischen den Landesteilen eingeebnet hatten.<sup>152</sup> Vor allem die blossen Anspielungen des «Volksrechts» auf Pilet wurde als unfair empfunden; wer Konkretes wüsste, hätte die Pflicht, dies den Kontrollbehörden zu melden. Die ganze Kritik sei eine alte Kopffjagd der «Weltwoche». Das Ansehen der Schweiz im Auslande sei, so das Tagblatt, dank unserem Aussenminister, sehr gut.<sup>153</sup> Obwohl schon am 30. November erklärt worden war, dass Nationalrat Nobs «eine tragbare Kandidatur, die alle Aussicht auf Erfolg hat», sei, begegnete Suter der kommenden Phase der eidgenössischen Politik, «von der vorläufig noch niemand weiss, wohin sie uns führen wird», mit Skepsis. Eine sozialdemokratische Bundesratsminderheit sei immer mitverantwortlich «für die Gesamthaltung der Landesregierung». Ist einmal der Entscheid innerhalb der Regierung gefallen, dann gibt es nur einen Bundesrat.<sup>154</sup> Würde dies eingehalten werden? Am 16. Dezember 1943, nach der guten Wahl von Ernst Nobs, entfiel der kritische Unterton des AT: «Nobs hat seine Gärperiode längst hinter sich. 25 Jahre praktische Tätigkeit haben aus dem Stürmer einen demokratischen Realisten gemacht.» Und ein Jahr

<sup>152</sup> AT, 4. Dezember. 1943.

<sup>153</sup> AT, 3. Dezember 1943.

<sup>154</sup> AT, 30. November 1943.

später bestätigte das AT: «Das neue Jahr hat erstmals einen sozialdemokratischen Bundesrat an der Arbeit gesehen. Er hat getreu seinem Schwur dem Lande gedient wie alle andern auch. Dies darf man in einer bürgerlichen Zeitung anerkennend feststellen.»<sup>155</sup> Steckte vielleicht im Nebensatz die eigentliche Botschaft der Redaktion? Bundesrat Pilet-Golaz war im Laufe des Jahres 1944 überraschend zurückgetreten, als die Verhandlungen mit Russland fehlschlagen wollten. Den Kritiker aber konnte man doch nicht Recht geben. Es gebe keine «schlüssigen Beweise, dass die von der Schweiz angewandte Methode der Grund wäre», für den diplomatischen Echec, und dass damit der Aussenminister die Schuld trage. Niemand von uns möchte von der eingeschlagenen Linie abweichen, es sei denn die Anpasser von 1944, die nicht besser seien als jene von 1940. Was wir jetzt bräuchten, das sei die innere Geschlossenheit. «Vernünftige Sozialdemokraten teilen diese Einsicht, so hat Nationalrat Dr. Arthur Schmid in seinem Votum in der ausserpolitischen Debatte vom 12. Dezember (1944) darauf hingewiesen, wie wichtig es sei, dass die Grossmächte unsern Standpunkt verstehen und respektieren und er hat sodann beigefügt: Ob das geschieht, hängt viel mehr von unserer Haltung im Innern ab, als von all dem, was wir jetzt über die Fehler, die in der Vergangenheit gemacht wurden, sagen, weil die neutrale Schweiz bei Kriegsende nicht damit rechnen kann, dass ihr ohne weiteres und überall das nötige Verständnis entgegengebracht wird.»<sup>156</sup>

Nie waren sich «Aargauer Tagblatt» und «Freier Aargauer» näher, als in dieser Phase der doppelten Bedrohung: noch wütete der Krieg mit all seinen Gefahren für die Schweiz, daneben drohten die Alliierten, die Schweiz in eine mitteleuropäische Strafaktion miteinzubeziehen. Und der von Schmid so oft verhöhnte Suter vermochte den journalistischen Schulterschluss coram publico im Dienste höherer Ziele zu vollziehen. Der Jahresrückblick machte die schweizerische Neutralitätspolitik zum Hauptthema, nachdem sich die Politik 1944 «mit der nackten Existenzsicherung herumgeschlagen» hatte. Unser Sonderdasein liegt im Begriffe der bewaffneten Neutralität. Diese ist und bleibt unser Kompass, meinte die Redaktion. Die «Ganz-Grossen» verstehen unser «Beiseite-Stehen» nicht oder werfen uns – wie zum Beispiel Russland – gar vor, nicht neutral gewesen zu sein! «Wir müssen in weitgehendstem Masse Asyl gewähren, wir müssen uns der Kriegsoffer in und ausserhalb unseres Landes annehmen und helfen, die Wunden des Kampfes zu teilen, wo immer sich hiefür nur eine Gelegenheit bietet.» Mit der Schweizerspende von 100 Mio Franken sollten wir den Dank abstaten, dass unser Land vom «härtesten Kriegsgeschehen verschont geblieben ist».<sup>157</sup>

---

<sup>155</sup> AT, 30. November 1944.

<sup>156</sup> AT, 23. Dezember 1944.

<sup>157</sup> AT, 30. Dezember 1944.

Das Friedensjahr 1945 begann mit einem Paukenschlag: Ein hoher amerikanischer Regierungsbeamter verkündete aller Welt: «Es ist höchste Zeit, die Vorstellung zu zerstreuen, dass die Schweiz ein harmloses neutrales Land ist, welches nur aus Älplern und Jodlern besteht. Man muss vielmehr die Tatsache festnageln, dass ihr fortgesetzter Handel mit Deutschland und die dem Reiche eingeräumten Transporterleichterungen eine Unterstützung des deutschen Kriegseinsatzes und eine Behinderung des Kampfes der Alliierten darstellen.»<sup>158</sup> Das Tagblatt titelte: «Der amerikanische Druck auf die Schweiz», gross und fett auf der Frontseite.

In der Folge blieb dies Thema der tägliche Begleiter der Zeitung. Ansonsten zeigte sich, dass das nahe Ende des Dritten Reiches für die Schweiz fast nur Entlastung brachte. Die ersten Amerikaner an der Schweizer Grenze, am 24. August 1944, wurden von den Schweizern wie Befreier begrüsst.<sup>159</sup> Am 6. Januar 1945 wurden die neuen Bestimmungen für die Presse in einem Aufsatz «Information und Kritik als Staatsproblem» behandelt und dabei die eigene Praxis während des Krieges gerechtfertigt: der Fall Russland hat gezeigt, dass sofort ein Malaise entsteht, wenn das Schweizer Volk erst vom Auslande her informiert wird. Die Zurückhaltungspraxis hat auch ihre Grenzen. Gleichentags wurde das Verbot extremistischer Parteien aufgehoben, was vor allem den Kommunisten wieder die offene Teilnahme an der Politik ermöglichen sollte. Andererseits verlangte die Aussenpolitik, dass die Schweiz Frankreich mit Papier belieferte, was die Kontingente von 80 auf 60 Prozent pro Zeitung verkleinerte. Eine Massnahme, die dem AT, als vorher sorgfältig haushaltendes Unternehmen, kurz nach Kriegsende schwer zusetzte.

Der «Friede in Europa», Schlagzeile auf der Frontseite vom 8. Mai, vermittelte wie überall dieselbe Botschaft: «Tiefe Dankbarkeit erfüllt unsere Herzen», von diesem grausigen Ringen verschont geblieben zu sein.<sup>160</sup> Die Rede des Bundespräsidenten, der Tagesbefehl des Generals wurden gänzlich präsentiert, dann wurde stolz darüber berichtet, wie die Schweiz ebenso rasch, wie sie 1939 mobilisierte, 1945 demobilisiert. Während im Ausland (Nürnberger Prozess) und Inland (Nazi-Ausweisungen) überall abgerechnet wurde, blickte Gisiger Ende Dezember in drei Folgen auf das Kriegs- und Friedensjahr 1945 zurück. «Die Kanonen schweigen. Aber haben wir Frieden?», liess sich als Motto über die Betrachtungen setzen. Suter, als Inlandredaktor, machte den Druck der Alliierten zum Hauptthema des eidgenössischen Rückblickes «Das scheidende Friedensjahr 1945». Damit wurde im voraus skizziert, was die Presse noch jahrelang in Atem halten sollte. Oder sollte hier korrigiert werden: über ein halbes Jahrhundert lang?

<sup>158</sup> AT, 4. Januar 1945.

<sup>159</sup> AT, 31. Dezember 1945.

<sup>160</sup> AT, 8. Mai 1945.

## Das «Badener Tagblatt»

### Der Erste Weltkrieg in der Badener Presse

Der Kaiser-Besuch in der Schweiz 1912 erfuhr im Tagblatt eine Würdigung, die alle Grenzen sprengte, obwohl die Redaktion zu Jahresanfang beteuert hatte, dass sie jeglichen Überschwang weit von sich weise.<sup>161</sup> Schlagzeilen in fetten Lettern an der Spitze des Titelblattes «Wilhelm II. auf Schweizerboden» oder «Das offizielle Diner» und «Kaiser Wilhelms Abschiedsgruss», machten die vier Tage zum Medienereignis des Jahres. Die zwei anderen Badener Tageszeitungen druckten zum Teil die gleichen Agenturmeldungen und Reden ab, aber meist auf der zweiten oder dritten Seite und fast ohne Markierungen. Die Kaiserbegeisterung der Redaktion führte zu Kommentaren wie :«Wilhelm II. ist eine starke, temperamentvolle Persönlichkeit, ein Herrscher von hohem, sittlichem Ernst erfüllt, begeisterungsfähig, durchdrungen von glühender Vaterlandsliebe, von frischem Wagemut.» «Er hat sich als wahrer Friedenskaiser erwiesen», und das soll etwas heissen bei einem Manne, «dem die stärkste Militärmacht der Welt anvertraut ist».<sup>162</sup>

Der Ausbruch des Krieges 1914 hatte die Redaktion des BT derart tief erschüttert, dass die seltenen Kommentare sehr differenziert urteilten und sich von der in der Deutschschweiz üblichen Liebedienerei gegenüber dem siegreichen Nachbarn wohltuend abhoben. Der Durchbruch durch Belgien, «den wir von einem höheren Standpunkt aus verurteilen müssen, ist einer jener Schläge, die im Kriege Erfolg bringen können ...»<sup>163</sup> Die englische Kriegserklärung habe ihre Berechtigung, «auch wenn hier oft gehäht wird, dass es nur gegen die deutsche Flotte geht».<sup>164</sup> Sonst verhielt sich das BT zurückhaltend, obwohl betont wurde, dass für die Presse die Neutralität der Schweiz nicht Maul halten bedeute.<sup>165</sup> Die Kriegsberichterstattung der Agenturen wurde nach Aussage der Redaktion gesichtet und nur Nachrichten verbreitet, «wenn sie Anspruch auf Wahrscheinlichkeit haben». «Unsere Abonnenten werden vielleicht gut tun, wenn sie die Nummern des Badener Tagblatt aufbewahren.»<sup>166</sup> Die «Schweizer Freie Presse» konterte: «Vor einigen Tagen war in einem Blatt, der Name ist mir entfallen, die Aufforderung zu lesen, es seien die Zeitungen dieser kriegerischen Wochen aufzubewahren als Denkmäler einer welthistorischen Epoche. Hat etwas!» Aber die Artikel, die sich nachher als unwahr und erfunden herausstellen, müssten mit Rot- oder Blaustift durchgestrichen werden. Dann beweise

---

<sup>161</sup> BT, 12. Januar 1912.

<sup>162</sup> BT, 3.–7. September 1912.

<sup>163</sup> BT, 7. August 1914.

<sup>164</sup> BT, 7. August 1914.

<sup>165</sup> BT, 10. August 1914.

<sup>166</sup> BT, 17. August 1914.

sich, ob man nur mit leerem Stroh gefüttert worden sei.<sup>167</sup> Aus solchen und anderen Bemerkungen lässt sich heute beweisen, dass die Journalisten ebenfalls an einen Krieg von kurzer Dauer glaubten.

Redaktor Jäger von der SFP machte täglich seine Kommentare in der Rubrik Neues. Es sind kurz und bündige PS-Bemerkungen zu den aufgereihten Nachrichten. Sie stehen von Anfang an im Zeichen von übertriebenen Friedenshoffnungen. Der Wahnsinn des Krieges liess bei ihm keine «schweizer-preussische» Begeisterung aufkommen. Er kritisierte gar die Sophistereien über die Pflicht der Presse, alle Vermutungen und Verdächtigungen zu verbreiten. Statt zu beruhigen, schaffe die Presse so nur Verwirrung und Aufregung.<sup>168</sup> Vor allem die «Gazette de Lausanne» wurde angeprangert. Sie glaube, «über die einzig richtige Interpretation von Neutralität zu verfügen und versuche täglich, die Kluft zwischen Welschland und Deutschschweiz zu erweitern.» Was tatsächlich vorliege, beruhe nur auf Mentalitätsunterschieden und könnte auf die kurze Differenz eingeengt werden: 1. Ein günstiger Ausgang des Krieges für Deutschland, hilft der Schweiz. 2. Ein günstiger Ausgang des Krieges für die Entente hilft der Schweiz.<sup>169</sup>

Die beiden freisinnigen Blätter unterschieden sich nur unbedeutend voneinander; die grossen Momente waren nicht die Siegesmeldungen, sondern alle Formen von Friedensbemühungen. Wilsons Versuche werden gross thematisiert und diskutiert. Dass 1916 eine Pax Americana noch weitgehend eine Pax Germanica war, störte kaum; der Stand der Kriegshandlungen sprach eher für die Mittelmächte, sie hatten ihre Position gehalten: von ihnen Opfer zu verlangen, war unrealistisch.

Die Freie Presse, die wenig gestaltet auf engem Raum möglichst viele Informationen einbringen wollte, machte aus dieser Not eine Tugend. Sie verurteilte lange Kommentare als Kriegsgeschwätz, die Prognosen und Rückblicke zum Jahreswechsel, die morgen schon zur Makulatur gehörten, wurden als verderblich angesehen. Giftspritzende Aufrufe von Schriftstellern wie Gerhard Hauptmann und Romain Rolland seien schlimmer als das Blutvergiessen selber.<sup>170</sup> Das Tagblatt liess im Gegenteil alle diese öffentlichen Reden, zu denen auch Gustav Falke und Spitteler gehörten, in extenso erscheinen. Nationalrat Jäger behauptete in seiner Zeitung: Wenn drei Monate keine Berichte über den Krieg erscheinen würden, der Friede wäre gegeben. Die Presse helfe also, den Krieg zu verlängern. «Zuverlässiger als durch Pazifisten und Sozialisten wird das Ende des Krieges durch den Krieg selber bewirkt, das heisst durch die seelische Wandlung...» der Menschen.<sup>171</sup>

<sup>167</sup> SFP, 20. August 1914.

<sup>168</sup> SFP, 31. August 1914.

<sup>169</sup> SFP, 22. Dezember 1914.

<sup>170</sup> SFP, 5. September 1914.

<sup>171</sup> SFP, 29. Dezember 1914.

Die dritte im Bunde, das «Aargauer Volksblatt», ging eigene Wege. Redaktor Rusch war – entsprechend des schweizerischen Staatsmodells, wie er es sah – für die Erhaltung der Donaumonarchie als Vielvölkerstaat. Daneben sah er im Kampf der Westmächte den Einsatz für die Demokratie, die gegen die preussisch-autokratische Regierungsform vorging. «Man hat sich über eine zu wenig deutsch-freundliche Haltung dieses Blattes beklagt. Allen Reklamanten sei ein für allemal erklärt: Das AV ist ein schweizerisches Blatt».<sup>172</sup> Ein Schweizer kann niemals Nationalist sein. Seine persönliche Haltung sei durchaus konsequent: Demokratie und Vielvölkerstaat. «Das ist gewiss neutraler als wenn wir im Chore der Schweizerpreussen mitbrüllten: Hurra, Germania! Nieder mit Albaon! (sic) Oder?»<sup>173</sup> Doch ein Jahr später musste Rusch sein Redaktionspult räumen. Die sonstige katholische Presse zeigte deutlich mehr Sympathie für die Mittelmächte; vor allem, als der kirchenfeindliche italienische Staat sich zu den Westmächten schlug. So jedenfalls urteilte das BT.<sup>174</sup>

Vor allem die «Botschaft» konnte das Ausscheren von Rusch nicht mehr dulden; immerhin behauptete das «Aargauer Volksblatt», das katholisch-konservative Leitorgan im Kanton zu sein. Der Appenzeller, als gebürtiger Demokrat, schenkte den Aargauern nichts an Kritik bei seinem Abschied. In seinem Artikel geisselte er den Untertanengeist und die Duckerei der Herren, seien sie konservativ oder freisinnig, beiderorts habe er Feinde. «Wir wollten es als Volksblatt schreiben und nicht als Weihrauchkessel vor gnädigen Herren und Oberen schwingen. Zum Ministranten haben wir nie getaucht, weder im kirchlichen noch im politischen Chore.» «So sieht es aus in der Werkstatt dessen, von dem gewisse Kleriker behaupten, er sei Freimaurer, Sozialdemokrat, Apostat, Ketzer – uns nimmts nur Wunder, dass der Teufel uns eine so unbekannte Persönlichkeit ist.» Und all die vorgeannten Attribute wurden nämlich jenen zuerkannt, die den Westmächten nicht alles Böse wünschten.<sup>175</sup> Der Einzug des gefügigeren Dr. Bärlocher reihte das Volksblatt wieder dort ein, wo das katholisch-konservatives Organ zu stehen hatte.

Gegen Ende des Krieges beherrschten dann Friedenspläne und -angebote die Spalten-Diskussion. Sympathien für den Separatfrieden Mittelmächte-Russland förderten auch das Wohlwollen gegenüber der russischen Revolution. Lenin brächte den Frieden; dies allein genügte, seiner Sache den vorläufigen Erfolg zu wünschen. «Intellectuelle haben die Kräfte auf die Bahn des Liberalismus geleitet», kommentierte bald nach dem Zarensturz das Tagblatt, und wir erkennen den Wunsch als Vater des Gedankens. Wanner änderte erst dann seine tägliche Rubrik «Der europäische Krieg», als die

---

<sup>172</sup> AV, 14. August 1914.

<sup>173</sup> AV, 21. Dezember 1914.

<sup>174</sup> BT, 7. Januar 1916.

<sup>175</sup> AV, 30. November 1917.

USA in den Krieg eintraten, das heisst nach dem Aufsatz: «Die Monroe-Doktrin ist gestorben, sie möge in Frieden ruhen».<sup>176</sup> Trotzig hatte er am Begriff europäisch festgehalten, als in andern Blättern Weltkrieg längst Gewohnheit geworden war.

In der Beurteilung der russischen Revolution waren sich übrigens alle drei Tageszeitungen in Baden einig. Nach Titelgrösse und Plazierung gemessen, wurden die Ereignisse in St. Petersburg und Moskau höchstens als Nebenerscheinung des Krieges gewertet. Erst die Unruhen in Zürich, die Petition gegen «Umtriebe von Ausländern in der Schweiz» und der Generalstreik brachten hier eine Wende. Der Friedensbringer Lenin (National-Zeitung im BT) fiel in Ungnade; sein Werk war auch kaum mehr vonnöten. Der Zusammenbruch im Westen liess die Hoffnung auf einen Verständigungsfrieden zerrinnen, und die Pax Americana wurde nun zum Entente-Diktat. Genauso wie am 15. Februar 1917 wurde auch am 23. November 1918 der Aufruf Romain Rollands abgedruckt. Ganz im Sinne des Tagblattes wurde Präsident Wilson vom Philosophen öffentlich aufgerufen, Versöhner zu sein. Wie schon öfters hatte das Tagblatt Artikel der «Nationalzeitung» aus Basel übernommen, die zur Besonnenheit anmahnten. Innenpolitisch wie europaweit seien Neuerungen nötig. Auch den rechten Scharfmachern sei ins Gewissen zu reden.

Innenpolitisch war – neben der Landesversorgung – der Generalstreik das grösste Thema, umso mehr als sich im Raume Zürich-Baden die stärksten Auswirkungen der Unruhen zeigten. Die Samstagsnummer des BT vom 9. November musste wegen des Streiks entfallen. Aber auch am 11. November ruhte in Zürich alle Arbeit. Der Korrespondent des Tagblatts verfasste seinen Situationsbericht, indem er mit dem Velo von Baden nach Zürich radelte und somit über Truppenbewegungen der Kavallerie, als auch über die Scharen von neugierigen Bauern zu berichten wusste, die entlang der Bahnlinie die Eisenbahnzüge mit Bewaffneten einsehen wollten.<sup>177</sup> Am gleichen 11. November meldete das BT die Annahme der Waffenstandsbedingungen durch Deutschland.

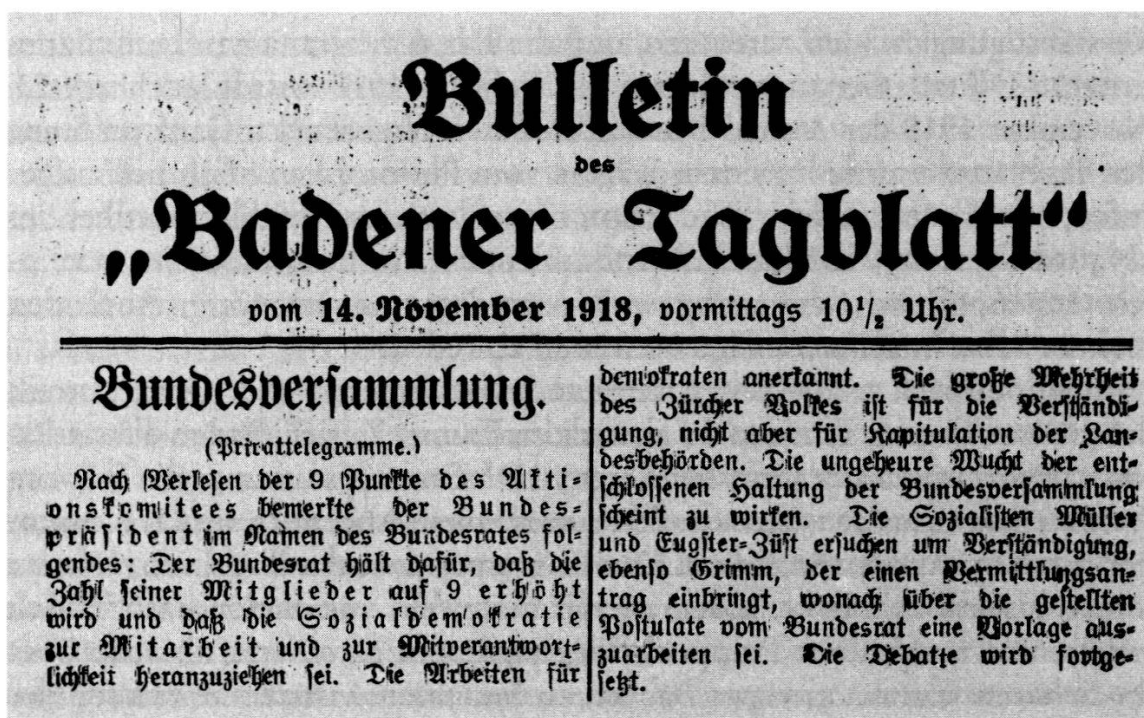
Die Freie Presse klagte: «Für die kleine Tagespresse, und ebenso für unsere Zeitung, die sich während 35 Jahren überhaupt nur unter grössten Opfern des Verlages durchgekämpft hat, war die Kriegszeit ein wahres Martyrium. Nun es überstanden ist, nehmen wir mit frischem Mut den Kampf von Neuem auf.»<sup>178</sup> Tatsächlich musste die Freie Presse schon zu Anfang des Krieges, nämlich am 13. August 1914 melden, dass das «Illustrierte Sonntagsblatt» auf weiteres unterbleiben müsste. Am 7. November 1917 hatte der Bundesrat als Vollmachtsbeschluss verfügt, dass Neugründungen von Zeitungen wegen Papiermangels verboten würden. Da der ent-

<sup>176</sup> BT, 13. April 1917.

<sup>177</sup> BT, 15. November 1918.

<sup>178</sup> SFP, 30. Dezember 1918.

lassene Redaktor Rusch kurz vorher eine neue Zeitung angekündigt hatte, beklagte dieser sich im «Aargauer Volksblatt» bitterlich über diese ungerechte Massnahme. Er müsse den Beschluss als speziell gegen ihn gerichtete Massnahme interpretieren. Der Bundesrat hätte auch andere Blätter, zum Beispiel den dicken «Tages Anzeiger» etwas einschränken können. «Jenen freundlichen Herren, die sogar durchs Telephon die Freudenbotschaft verkündeten, dass nun mit diesem Beschluss der Rusch erledigt sei, möchten wir nahe legen, dass sie damit zwar keineswegs eine Wahrheit, sondern nur ihren eigenen frommen Wunsch ausgesprochen und zugleich ihre wirkliche Gesinnung verraten haben. Erledigen wird uns nur jener, der uns erschaffen hat.»<sup>179</sup>



*Bulletin des Badener Tagblattes während der Landesstreiktage  
am 14. November 1918.*

Der Krieg mag ertragsmässig den drei Blättern in Baden geschadet haben, vom inneren Gehalt her hatten alle nur gewonnen. Das Interesse für die Weltpolitik wurde wach, die grossen ethischen Fragen, Staats- und Regierungsformen erfuhren eine viel subtilere Behandlung als früher. Die Wanner-Presse hatte zudem eine zeitungstechnische Neuerung zu verzeichnen: Am 25. März 1918 erschienen auf Seite 3 erstmals zwei Pressefotos. «Leben und Treiben an Bord des Kriegsschiffes Wolf» und «Deutsches Grossflugzeug vor dem Start», lauteten die Legenden. Bilder blieben zwar auch in der Folge eine Seltenheit. Aber Otto Wanner hatte damit ein Tabu gebrochen: Die stolze Wortpresse räumte der Bildinformation ein Plätzchen ein.

<sup>179</sup> AV, 7. November 1917.

## Die Nachkriegsjahre im BT

«Das Allgemeine Anzeigenblatt für Stadt und Bezirk Baden, sowie für die angrenzenden Landesteile» (Untertitel) war in den ersten Nachkriegsjahren eine eher dürftige Zeitung: wir finden wenig Eigenleistungen der Redaktion, daher auch selten eine Meinungsäußerung. Der Leitartikel entstammte meist einem Artikeldienst oder war der Abdruck einer aktuellen Rede. Der Fortsetzungsroman unter dem Strich umfasste oft die Hälfte der Frontseite. Jede Nummer des vierspaltigen Blattes trug am Ende des Textes den Vermerk: Redaktion, Otto Wanner. Sollte ein weiterer Redaktor beschäftigt worden sein, dann höchstens nebenamtlich für den Auslandteil. Offensichtlich lassen sich folgende politische Vorlieben erkennen: Der Kommentar zur schweizerischen Aussenpolitik war geprägt vom Vertrauen in das Mitarbeiten der Schweiz beim Völkerbund. Der Friedensprozess in Europa wurde praktisch gleichgesetzt mit der Tätigkeit des Völkerbundes. Redaktor Wanner schien sich zudem für volkswirtschaftliche Fragen im engeren Sinne zu interessieren, wobei die monetären Probleme im Vordergrund standen.

Nach 1922 wurde die Person von Mussolini zum Dauerbrenner. Die sich abzeichnende Diktatur in Italien wurde strikte abgelehnt und der Typ faszistischer Politiker in Mussolini selber karikiert. Das böse Lächeln, in dem Verachtung sich ausdrückt, ist ein Teil der Cäsarenmaske. Der Mann spricht und spricht und beweist gerade dadurch seine Unausgeglichenheit.<sup>180</sup> Immer wieder kommt das BT auf diesen Mann und seine Bewegung zurück. Meldungen oder Beschreibungen sollten für sich sprechen. Der zuständige Redaktor zweifelte kaum an der kritischen Haltung seiner Leserschaft.<sup>181</sup> Der Glaube an die Überlegenheit der Demokratie zeigte sich ungebrochen: «Mussolini lenkt ein!» «Er wird wohl erkannt haben, dass eine Diktatur auf die Dauer vom italienischen Volk nicht ertragen werden kann...» Auch bezüglich Deutschlands setzte das BT voll auf den Sieg der demokratischen Kräfte. Die Sozialisten wurden – weil sie dem Kommunismus abgeschworen – zu den Hoffnungsträgern gezählt, nicht aber die Deutschnationalen. Nur die «Alldeutschen Blätter» und die «Organe Moskaus» mussten den Völkerbund immer diskreditieren.<sup>182</sup>

Noch immer stand im Untertitel: «Freisinniges Organ». Der Begriff erhielt in der Nachkriegszeit eine neue Bedeutung, denn er musste neuerdings wieder übergreifend verstanden werden: nicht mehr Demokraten und Liberale mussten vereinigt werden, es galt, die Sezession der Bauernschaft abzdämpfen. In diesem Sinne war das BT zwar offizielles Organ der Partei, verstand sich aber nach der Trennung der Bauern- und Bürgerpartei als

<sup>180</sup> BT, 15. November 1922.

<sup>181</sup> BT, 24. September 1924.

<sup>182</sup> BT, 8. Dezember 1927.

Dach über der freisinnigen Grossfamilie. 1920/21 wurden alle Bemühungen zur Wiedervereinigung wärmstens unterstützt und Tendenzen zur Absonderung bedauert: noch bestand Hoffnung, den Riss zu kitten. Es war Otto Wanner selber, der am 17. Januar 1921 am kantonalen Parteitag dagegen opponierte, dass Regierungsrat Studler, der sich nun als Bauernpartei-Vertreter verstand, bei der Wahlempfehlung als Verräter durchfallen sollte. Er schlug als Kompromiss vor, Studler auf der Liste zu belassen, wenn die Bauern- und Bürgerpartei Gegenrecht halte.<sup>183</sup> Wenigstens ein taktisches Bündnis gegenüber den Roten sollte doch immer wieder möglich sein! Ein Bauernführer aus Möriken bekannte zwar, «der Proporz war die längst erwartete Gelegenheit, sich zu trennen». Die Idee, die Führerschaft der Bauern zur angestammten freisinnigen Partei zurückzuholen, wäre daher «von Anfang an zum Misserfolg verurteilt».<sup>184</sup>

Selbst bei politischen Inseraten stellte Wanner das Ideelle über das Geschäft. Als das «Aargauer Volksblatt» sich darüber entrüstete, dass das BT bei den Badener Kommissionswahlen ausnahmsweise ein sozialdemokratisches Inserat aufgenommen hatte, verteidigte Wanner seinen Entscheid. Die Sozialdemokraten hätten bei den Grossrats- und Gemeinderatswahlen tatsächlich im BT keine Anzeigen unterbringen können. Er selber habe damals ausgeführt, dass die Arbeiter ihre Leute selber propagieren und wählen sollten. Bezüglich der Kommissionswahlen der Gemeinde sei aber die Ablehnung von Inseraten – so die Meinung der Sozialdemokraten – eine Wanner'sche Inkonsequenz. Die in Baden «in allen Schichten gehaltene» Presse müsste bedient werden. «Wir gingen in uns», bekannte Wanner, «und verlangten sachliche Kandidaten-Inserate ohne Polemik.» Sie hätten sich gegenseitig getestet, und hätten den Test bestanden. Nun, da die Sozialdemokraten trotzdem keinen Wahlerfolg verbuchen könnten, dürfe wenigstens die Lokalpresse nicht verantwortlich gemacht werden.

Ein Strauss mit Redaktor Bärlocher vom AV dürfte die politische Ausrichtung des Tagblattes, und damit Otto Wanners, am besten dokumentieren. Die Abstimmung über das Getreidemonopol des Bundes im Dezember 1926 entzweite die Bauern und die Freisinnigen vollends. Das AV musste – immer der Freiämter Bauern gedenkend – über den eigenen Schatten springen und für einmal einem Monopol zustimmen. Wanner bezichtigte Bärlocher der Inkonsequenz, erhielt auf die Anschuldigung aber erst nach der Abstimmung eine Antwort, erst nachdem der Volksblatt-Redaktor glaubte, bei seinem Gegner eine Inkonsequenz geortet zu haben. So bot sich Gelegenheit, Gleiches mit Gleichem zu vergelten, und Wanner der Unehrllichkeit zu zeihen. Auf die Gerichtsdrohung Wanners besänftigte ihn Bärlocher. Er habe nicht im Allgemeinen, sondern nur in diesem Falle die Ehr-

---

<sup>183</sup> BT, 17. Januar 1921.

<sup>184</sup> BT, 7. Januar 1921.

lichkeit Wanners in Zweifel gezogen, sei dabei aber im Schatten des Abstimmungskampfes gestanden. Übrigens: Er beneide ihn, dass er auch die Freiheit besässe, über den Anzeigenteil zu regieren. Das hätte er auch gerne so gehabt. Tatsächlich war die Abstimmung knapp negativ ausgegangen, wobei das AV fast ebensoviele Inserate der (gewerblichen) Contra-Seite übernehmen musste, während das BT den Pro-Annoncen keinen Raum gewährte.<sup>185</sup>

Am 15. Januar 1923 meldete das Tagblatt den Verkauf der Druckerei «Schweizer Freie Presse» von Manfred Jäger mit allen Verlagsrechten an eine neue Aktiengesellschaft. «Als Mitglieder des Verwaltungsrates sind gewählt: Dr. Roman Abt, Fürsprech in Bünzen; Max Hochuli, Fabrikant in Safenwil; Hugo Lüthy, Fürsprech in Brugg.» Damit wurde klar, dass indirekt die Bauern- und Bürgerpartei das Blatt übernommen hatte. Drei Parteizeitungen wurden ab 1923 in Baden herausgegeben, wobei sich zwei als Kantonalblätter verstehen, während das BT als Regionalzeitung angesprochen werden kann. Dies sicherte dem BT das Überleben. Wanner wusste um diese Tatsache und blieb dem Lokalgeschehen immer eifriger zugetan. Vorbei ist in Baden die Zeit der Pressefehden um jeden Preis. Wanner ist sich seiner Sache gewiss: Er war ein Parteimann und verlegte ein parteinahes Blatt. Den Parteiversammlungen gewährte er grösste Aufmerksamkeit und verfasste die meisten Berichte wohl selber, da er sowieso anwesend war. Seine Diskussionsvoten bewiesen es. Dennoch suchte er immer wieder das Dach der gemeinsamen bürgerlichen Politik zu spannen.

Eine grosse Ehre kam ihm zu, als am 7. Februar 1925 anlässlich des freisinnigen Pressetages die Bäderstadt seine Kollegen aus dem ganzen Land willkommen hiess. Die Begrüssungsansprache des einstigen Journalisten, Stadtammann Jäger, wurde im BT ausführlich zitiert. Damit tauchte für einmal im BT ein pressehistorischer Ausspruch auf, nämlich, dass «seit dem Jahre 1836 in Baden nicht weniger als 18 politische Zeitungen erschienen und bald ein längeres, bald ein kürzeres Dasein gefristet haben». Sonst hatte Otto Wanner für zeitungshistorische Rückblicke und Selbstbespiegelungen leider wenig Sinn. Jahresberichte oder Gedanken zum Jahreswechsel hatten einen philosophischen Ansatz oder zeigten höchstens Sensibilität für familiäres oder lokales Brauchtum oder nostalgische Erinnerungen. Ansonsten blieb er Journalist nach Bedeutung des Wortes, ganz auf den Tag bezogen.

Mit andern Blättern stritt er kaum; Auseinandersetzungen fanden eher zwischen Journalisten statt. Entsprechend erfolgten gelegentlich auch Zuwendungen. Gute Worte fand Wanner für den neuen Redaktoren der «Lenzburger Zeitung», Dr. Eugen Landolt, der ebenfalls darauf hoffte, dass die Bauern wieder zur parteipolitischen Einheit mit den Freisinnigen

---

<sup>185</sup> AV, 13. Dezember 1926.

zurückfinden, oder er gratulierte seinem Kollegen vom «Aargauer Tagblatt», Karl Zimmerlin, zur Ernennung als Oberstleutnant.<sup>186</sup> Mit der «Neuen Aargauer Zeitung» geriet der geldwirtschaftlich Interessierte gelegentlich in Clinch,<sup>187</sup> gibt Arthur Schmid vom «Freien Aargauer» eine harte Antwort oder lässt durch Dr. W. Renold den «jugendlichen Landwirtschafts-Redaktor» der «Schweizer Freien Presse» als Demagogen beschimpfen, wenn er sich allzu einseitig für das Getreidemonopol des Bundes stark machte.

Und immer wieder kam die Abneigung gegenüber dem Faschismus in Italien zum Vorschein. Während er 1924 noch vermeinte, Mussolini wolle «in Schönheit sterben», musste er 1925 zur Kenntnis nehmen, dass der Mann an Bedeutung zunahm. Dass dieser zur zweiten Auflage einer Biographie über ihn gar eine Selbstschau als Einleitung verfasste, bestätigte dem BT, dass Sarkasmus berechtigt war. Zeitschrift und Verlag «Das Neue Europa» in Zürich verbreiteten Gespräche mit Mussolini. Dass das Tagblatt darauf eingehe, beruhe alleine auf der Tatsache, dass Worte und Praxis bei diesem Manne nicht übereinstimmten, und die Aussagen daher für sich selber sprächen. Am 21. Dezember 1927 kommentierte das BT einen Vortrag von Prof. Cordella im Rahmen der «Fascio Italiano» in Baden. Im vollbesetzten Saale seinen vor allem Italiener aus der Umgebung versammelt gewesen. Der Inhalt des Vortrages hatte zum Ziel, die Unübertragbarkeit des Faschismus auf andere Staaten und Völker zu beweisen. Alle Nachahmungen anderer Staaten seien fragwürdig. «Am Schlusse des Vortrages wurden die faschistische und die schweizerische Hymne stehend angehört.»<sup>188</sup> Die Veranstaltung trug bei Wanner nicht zur Beruhigung bei. Die Irredenta-Bewegung im Tessin machte ihm Sorgen. Mehrmals wurden auf deren Umtriebe in der italienischen Schweiz hingewiesen. Zum Jahresende 1928 erneuerte der Redaktor im Tagesbericht das Bekenntnis zum Völkerbund,<sup>189</sup> und im Rückblick an der Jahreswende ersorgte er gleicherweise das «anmassende Auftreten des Faschismus und die masslose Sprache der Presse auf der äussersten Linken».<sup>190</sup>

Eigentlich darf Otto Wanner, trotz seines freisinnigen Engagements, nicht als Sozialistenfresser bezichtigt werden. Die Kasino-Vorträge über Wirtschaft wurden sehr fair kommentiert und sowohl die Rede von Fritz Funk (BBC), als auch von Herrmann Greulich fanden als Leitartikel im BT einen gänzlichen Abdruck. Wanner zeigte sich vor allem über Greulichs Einsicht und Bildung beeindruckt. Auch später, 1925, kämpfte Wanners Zeitung für die AHV mit Vehemenz. Das Wohlwollen gegenüber der BBC

<sup>186</sup> BT, 23. Januar 1922.

<sup>187</sup> BT, 29. Januar 1927.

<sup>188</sup> BT, 12. Dezember 1927.

<sup>189</sup> BT, 26. Dezember 1928.

<sup>190</sup> BT, 27. Dezember 1928.

bedeutete immer auch eine Solidarisierung mit dem mittleren Kader der Werkmeister.

Es muss daher nicht wenig erstaunen, dass vom Typographenstreik im November/Dezember 1922 einzig die Druckerei Heller (AV) und Wanner (BT) im Aargau betroffen waren, alle übrigen Mitglieder des Schweizerischen Buchdruckervereins im Kanton blieben unbehelligt. Die Badener Druckerei von Manfred Jäger zeichnete nicht als Mitglied des Verbandes. Am 20. November wurde gemeldet, dass die Verhandlungen der Arbeitgeber mit dem Typographenbund gescheitert seien. Obwohl der Verein weitere Gespräche suchte, drohten die Typographen mit Stilllegung aller Druckereien und demonstrierten ihre Entschlossenheit mit einem Streik in Lausanne und Genf. In Lausanne erschien ein Einheitsblatt der Verbandsmitglieder.

Am Mittwoch, 22. November erschien das BT mit ganz anderem Zeitungskopf; vor allem fehlte das traditionelle Badener Wappen. «An unsere verehrt. Abonnenten!» Der Streikaufruf sei in grösseren Schweizerstädten befolgt worden. «Bereits am Dienstagmorgen haben die Buchdrucker in Baden ihre Arbeit niedergelegt.» Das Tagblatt erscheine gleichwohl; man habe Vorsorge getroffen. «Aus technischen Gründen musste mit Bezug auf die Form einige kleine Abänderungen getroffen werden.» Titelschriften und grössere Lettern weisen auf einen andern Druckort hin. Wohlweislich wird alles weitere geheimgehalten und wird auch nach Beendigung des Streikes verschwiegen. Erst am 29. November erscheint das BT wieder in üblicher Aufmachung. Die Nummern in der Zwischenzeit sind unterzeichnet mit: «Die Redaktionskommission.» Es war der Aargauische Buchdruckerverein, der laut Angaben im BT vom 24. November sowohl das Volksblatt wie das Tagblatt in vollem ungekürztem Umfange herausgab, «wofür ihm die Öffentlichkeit Dank schuldet». Dass Manfred Jäger, der Outsider im Buchdruckergewerbe, am 21. November das Vorgehen der Streikenden als Anarchie kritisiert, am 22. November aber alle Bedingungen des Typographenbundes unterschrieben habe, wird als kopfloses Tun dargestellt. Der Verband hätte ihm – trotz vorgängigem Abseitsstehen – das Blatt aus taktischen Gründen ebenfalls gedruckt.

Da die Streikenden behaupteten, dass sie keine Verschlechterung ihres Arbeitsverhältnisses dulden könnten, davon aber bei den Arbeitgebern nie die Rede war, fragte das Tagblatt den «Freien Aargauer» rhetorisch: «Warum wird eigentlich noch gestreikt?»<sup>191</sup> Wanner findet dafür selber die Antwort: Im Grunde genommen sei der Streik abstimmungspolitisch eingefärbt; die Abstimmung vom 3. Dezember 1922 über das Steuerwesen, das heisst über die Vermögensabgabe mit Pflicht zur Abstempelung des Sparbüchleins – ein Anliegen der Linken – sei der wahre Grund für die Unruhen.

---

<sup>191</sup> BT, 30. November 1922.

Dass Setzer und Drucker der bürgerlichen Presse im Dienste des Nein arbeiten mussten, und mittels Streiken die Werbung dazu eingedämmt werden konnte, war wohl den gewerkschaftlich Organisierten das wichtigste Anliegen. Die Abstimmung erbrachte aber trotzdem eine überwältigende Ablehnung des Anliegens, vor allem des vorgesehenen Verfahrens wegen.

## Die Pflege der lokalen Nachrichten

Obwohl der Verleger und verantwortliche Redaktor nie vergisst, dass das Tagblatt keine kantonale Zeitung sein kann und daher dem lokalen Geschehen die grösste Aufmerksamkeit schenken muss, fand er nie richtig den Mut, das Nächstliegende in seinem Organ entsprechend zusammenzufassen und herauszuheben. Die Rubrik Lokales enthielt eigentlich nur die Vereinstätigkeit in Baden, dazu die kulturellen Veranstaltungen. Selbst Wettlingen ordnete er noch lange der Rubrik Aargau zu. Erst die Hochbrücke schaffte auch im Tagblatt die Verbindung zur Nachbargemeinde. Kurz: das Regionale finden wir an der Spitze des kantonalen Geschehens oder unter den Kleinen Nachrichten. Addieren wir diese Berichte, so resultierte ein ansehnliches Paket von selbstgesammeltem Material aus nächster Nähe.

Zwei Themen beschäftigen die Redaktion im ersten Jahrzehnt nach dem Kriege über die Massen: der Hochbrückenbau und die Surbtalbahn. Während bei ersterem die Skepsis und die Verzögerungstaktik des Gemeinderates von Baden auf ihre Berechtigung durchleuchtet wurden, entwickelte sich beim Bahnprojekt zusehends die Ablehnung. Selbst die grossspurigen Reden der Nationalräte und die Aktivitäten des Komitees wurden als leeres Getue qualifiziert, das höchstens als wahltaktisches Werkzeug diene. Eine Rentabilität stehe ausser jeder Möglichkeit, und der Postautokurs decke die wahren Bedürfnisse besser ab, sofern den Wünschen der Pendler vermehrt Rechnung getragen würde. Dahinter verbarg sich Badener Lokalpolitik: Der Autobetrieb hatte das Surbtal in hohem Grade an die Region Baden angebunden. Der tägliche Zuzug zu den Arbeitsplätzen bei BBC, Merker und Oederlin aus jener Gegend durfte nicht gering eingeschätzt werden. Auf Otto Wanner konnten sich die Badener Industrie- und Gewerbekreise verlassen. Die Huldigungen der Freien Presse an die Surbtalbahn wurden als Parteireklame abgetan,<sup>192</sup> desgleichen die Pro-Politik der «Neuen Aargauer Zeitung» und seines Redaktors Allemann. Auch die Förderung des Hochbrücken-Projektes diene der Prosperität Badens. Dem Verleger stand an der Bruggerstrasse vor Augen, wie sich ein Unternehmen zur Weltfirma entwickelte. Mit BBC stand und fiel Baden als Zentrumsgemeinde. Jedes Geschehen um diese Firma wurde journalistisch registriert. Den Jahresbe-

---

<sup>192</sup> BT, 6. Februar 1926.

richten gebührte immer eine ordentliche Zusammenfassung; Referaten der leitenden Persönlichkeiten eine wohlwollende Kommentierung.

Das einstige Mitglied der Rechnungsprüfungskommission, Wanner, versäumte es nie, auf die ordentlichen Gemeindeversammlungen alle Finanzfragen zu durchleuchten, entsprechende Anträge publizistisch vorzubereiten und nachher das Verfahren und Resultat zu kritisieren. Dass er dabei gelegentlich dem altgedienten Gemeindeammann Jäger in die Quere kam, hinderte ihn nicht an entsprechenden Ausfällen. Wenn Jäger auf Gejohle (gemeint Bravorufe) verzichten zu können glaube, so bleibe nicht vergessen, «dass man früher auch gerne Jubelrufe einsteckte, heute sie aber verachtet, wenn sie den Voten anderer zukomme».<sup>193</sup> Auch den Einpeitschungs-Methoden an Gemeindeversammlungen konnte Wanner wenig abgewinnen.<sup>194</sup> Diese Bemerkung fiel im Tagblatt, als sich Otto Wanner sehr weit aufs Glatteis wagte, nämlich auf die heiklen Fragen der architektonischen Ästhetik. Der Post-Neubau beim Bahnhof, dieses funktionale Bauwerk des Professor Moser, eines gebürtigen Badeners, wurde als beispielhaft gerühmt. Wanner lehnte sich gegen diese Einschätzung auf. Er wollte ein gefälliges Postgebäude, verwahrte sich aber gegen die Unterstellung, dass ihm ein Bau in Palastmanier vorschwebe. Noch an der Gemeindeversammlung versuchte er unter dem Motto «Einfachheit heisse in diesem Falle kurzweg Armseligkeit», den Gemeindebeitrag von 90 000 Franken zu sperren. Er blieb damit in der Minderheit.

Am dichtesten mit Lokalkolorit eingefärbt war der fast wöchentlich wiederkehrende Beitrag «Plauderei vom Turmwächter». In mundartlich gehaltener, bewusst unbeholfener Sprache, erzählte der alte Quadrutter vom Stadtturm aus dem Intimleben der Stadt Baden. Mit Hinweisen auf aktuelle Ereignisse, bei Nennung von Stadtoriginalen und volkstümlich benannten Würdenträgern, unterhielt er die wohlunterrichtete Leserschaft. Nur mühsam lässt sich heute der wahre Gehalt des Textes erfassen. Immerhin scheint der Quadrutter sowohl ein Fastnachtssujet, als auch ein 1. April-Thema gewesen zu sein. Wird er doch einmal scherzhaft als verhaftet gemeldet. Wer diese Texte, im Zeichen von Wein- und Jagdleidenschaft, verfasst hat, wusste damals niemand.

Otto Wanner war ein Badener durch und durch. Zum Lokalen gehörte nichts, was ennet der Limmat geschah. Dies zählte bereits zum weiteren Aargau. Umso teurer war ihm alles, was in der Vaterstadt passierte. Seine Leutseligkeit führte ihn ständig mit Menschen zusammen, die ihn stark beeinflusst hatten und damit auch den Inhalt der Zeitung mitformten. Wenn nach 16 Uhr das Blatt druckfertig war, dann zog es Vater Wanner an den Stammtisch. Zwei Runden standen im Vordergrund: Einmal der Gambri-

---

<sup>193</sup> BT, 27. Januar 1923.

<sup>194</sup> BT, 17. Dezember 1927.



*Das 1961 abgerissene Tagblatt-Gebäude an der Bruggerstrasse und ein Blick in den Maschinensaal im Jahr 1925 (Archiv Wanner).*

nus, zwar «Schwarzer Stamm» geheissen und damit «KK-lastig», bei dem damals aber auch zugewandte Orte willkommen waren. Hier traf er öfters auch Dr. Bärlocher vom Volksblatt an, mit dem er sich ausgezeichnet ver-

stand, auch wenn sich die beiden in ihren Blättern auch gehörig in die Haare geraten konnten. Der Heimweg Wanners endete vor dem Nachtesen auf der Chälberterrasse des Restaurants zum Schlossberg, wo die freisinnige Prominenz Dr. Senn, Dr. Bollag, Dir. Funk (BBC) und Otto Wanner sich zu treffen pflegten, wo aber auch regelmässig Redaktor Billo von der Freien Presse, respektive der Bauern- und Bürgerzeitung aufkreuzte, ebenso Bezirkslehrer Dr. Ludwig Jaeger, Maroni geheissen, Betreuer des Badeblattes und Mitarbeiter beim BT. Die persönliche Freundschaft zwischen Billo – einem stadtbekannten Original – und Wanner reichte soweit, dass jener heimlich noch für das Tagblatt arbeitete, ohne dass dies je bekannt geworden wäre. Wenn dann die andern der Schlossberg-Runde zum Abendbrot dem heimischen Herd zustrebten, setzte Billo seine Wanderschaft durch die Badener Wirtschaftsszene fort, lauschte hier und dort auf den Stadtklatsch und verarbeitete dies alles zu seinem wöchentlichen Bericht «Plauderei vom Turmwächter», verfasst vom alten Quadrutter.

Otto Wanner senior hatte den Grundstein zum gedeihlichen Einvernehmen zwischen der Weltfirma BBC und dem Tagblatt gelegt. Seine tägliche Begegnung mit Direktor Fritz Funk dürfte viel dazu beigetragen haben, dass die Gemeindepolitik sich unternehmerfreundlich entwickelte, was wieder identisch mit der örtlichen freisinnigen Doktrin und der Haltung des Tagblattes war. Die Massgebenden, eben die Mitglieder der Schlossberg-Runde, plädierten für die rasche Verwirklichung der Hochbrücke am jetzigen Standort (nicht beim Theaterplatz), kämpften 1931 gegen die Pläne der SBB, Baden mittels eines Heitersbergtunnels zu umfahren (man gewänne ganze sechs Kilometer) und verhinderten den Bau der Surbtalbahn. Die Freie Presse oder das Volksblatt standen meist auf der Gegenseite. All diese Projekte förderten den Industriestandort Baden.

Durch seine Freundschaft mit Stadtrat Dr. Bollag wäre Wanner auch nie in Versuchung geraten, antisemitische Zwischentöne in seinem Blatt zuzulassen, wie dies sein Konkurrent beim Volksblatt tolerierte oder gar selber auslöste. Die jüdischen Mitbürger von Baden gehörten allesamt zum BT-Leserkreis. Die Flüchtlingsfrage vor dem Zweiten Weltkrieg, aber auch das Auftreten der Fronten im Raum Baden, bei der das BT – mehr Medium als Steuerwerk – die allgemeine Meinung spiegelte und sich bezüglich Existenz der neuen Bewegungen wenig Sorge machte, gehört zum Bereich, den man heute Vater Wanner anlasten könnte. Dazu drängen sich einige Erklärungen familiärer Art auf, Damals, in den 30er-Jahren, war Otto Wanner senior das einsame Zeitungs-Machen total verleidet, umsomehr, als er im Sohn, dem Chemiker Dr. Eugen Wanner, der zwar im Betrieb arbeitete, aber geistig nicht mittragen wollte, keinen echten Nachfolger sah. Er sprach damals oft vom Verkauf des Unternehmens. Sein grosses Werk, den Neu- und Ausbau der Druckerei, die damit auf den neuesten Stand gebracht wurde (alles ohne Transmissionen), hatte ihm finanziell viel abgefordert; dennoch war das

Unternehmen gesund, wenngleich die redaktionelle Arbeit wirklich im Argen lag. Man spürte immer, dass Otto Wanner vom Technischen her zur Zeitung gekommen war. Dass Ende der 30er-Jahre die redaktionelle Arbeit auf Sparflamme lief, findet hier die Erklärung. Die Gespräche auf Samstags-spaziergängen mit seinem jüngeren Sohn Otto, der damals gerade von der Universität Zürich herkam, mitgetragen von der Erneuerungswelle unter den jungen Akademikern, liessen ihn nicht unberührt, ja, stärkten gar seinen gewohnten Patriotismus. Das überraschende Angebot des jungen Juristen, 1938 ins elterliche Unternehmen einzusteigen, wirkte daher wie eine Erlösung für den Vater.<sup>195</sup>

Bei der Übernahme 1938 bestand kaum ein Netz von lokalen Bericht-erstatern und Korrespondenten. Robert Mächler und Dr. Ludwig Jaeger sorgten für die lokalen Texte; letzterer war für Theater, Konzerte und Kurörtliches zuständig, der andere für alle übrigen Veranstaltungen. Das Gemeinde- und Parteipolitische schrieb Vater Wanner noch lange selber. Eigentlich war Eugen Wanner von 1934 an für das Lokale zuständig. Dieser mied aber die redaktionelle Arbeit, kümmerte sich um die technische Herstellung der Zeitung, schickte die beiden andern an die Veranstaltungen und liess ihnen freie Hand. Im Lokalbereich wartete auf die jungen Verleger, vor allem also auf den jüngeren der beiden, eine gewaltige Aufbauarbeit. Aber der Krieg, der damals vor der Türe stand, verhinderte jede Expansion. Die Verhältnisse kamen einer grossen Überlebensübung gleich.

## Frontenfrühling im Tagblatt?

«Die aargauischen Blätter überstanden die wirtschaftlich schwierigen Jahre zwischen den beiden Weltkriegen leidlich. Den nationalsozialistischen Anfechtungen widerstanden sie nicht alle mit gleicher Unbeugsamkeit.»<sup>196</sup> Dass der Verfasser damit auch auf das «Badener Tagblatt» anspielen wollte, ist unverkennbar.<sup>197</sup> Seit dem Erscheinen des dritten Bandes der Aargauer-geschichte hält sich hartnäckig die Meinung, Otto Wanner senior habe dem Nationalsozialismus Sympathien entgegengebracht, weil er der Frontenbe-wegung «ein auffallendes Mass an Vorschusslorbeeren» eingeräumt hätte. «Nicht nur die beflissene Bereitschaft, frontistische Berichte aufzunehmen, sondern auch der Inhalt redaktioneller Kommentare zeugt für das unge-wöhnliche Wohlwollen, das die Fröntler bei dieser Zeitung längere Zeit genossen»<sup>198</sup> urteilt der Autor. Willi Gautschi unterschiebt Wanner zwar nirgendwo in seinem Buch, dass er nazifreundlich gewesen sei. Dennoch

<sup>195</sup> Alles aus Gesprächen mit Dr. Otto Wanner junior.

<sup>196</sup> AT, Abschiedsnummer, 2. November 1996 (H. P. Widmer).

<sup>197</sup> Bestätigung von H. P. Widmer.

<sup>198</sup> Gautschi, KA, Bd. 3, S. 304.

wird den flüchtig Lesenden der Kurzschluss suggeriert, dass, wer die Frontenbewegung, «die auf den Anschluss der Schweiz an Hitlers Deutschland hinwirkte»,<sup>199</sup> toleriert, als nicht resistent gegenüber Nazi-Deutschland angesehen werden müsse. Dieser Analogieschluss ist aber keineswegs zwingend und Gautschi versucht auch gar nicht, einen Beweis dafür zu erbringen, was auch nur mit bösem Willen möglich wäre. Er räumt vielmehr ein, dass sich die bürgerlichen Parteien «in dauernder Auseinandersetzung mit der antimilitaristischen Sozialdemokratie, deren Programm die Forderung nach der Diktatur des Proletariates enthielt», befunden hätten. Er vermittelt den Eindruck, dass die Redaktionen gewisser bürgerlicher Blätter, von sträflicher Naivität geleitet, vor lauter Linkskritik, den gefährlichen Zündstoff im Frontismus in fataler Weise verkannt hätten. In Tat und Wahrheit entstammte die Toleranz gegenüber den Erneuerungsbewegungen bei Wanner einer klaren Prioritätenordnung: die Abwehr von Links- und Rechtsdiktaturen verlangte ein patriotisches Selbstbewusstsein und den Wehrwillen. Beides stand bei den Fronten nicht nur im Schaufenster, sondern entsprach anfangs auch den Abstimmungsparolen und dem Kampf gegenüber ahnungslosen Pazifisten. Wenn diese Jugendorganisationen schon existierten, so waren sie taktisch zu nutzen, auch wenn das Getue absties und die völkischen Ideen als Importprodukt aus dem nördlichen Nachbarlande verachtet und apostrophiert wurden. Nur so kann der redaktionelle Kommentar verstanden werden: «Wir lassen uns dabei von der Erwägung leiten, dass jeder Bewegung manches unreine und unreife Beiwerk anhaftet, das sie in ihrem Fortbildungsprozess abstreifen wird. Jeder klare Wein ist einmal Sauser gewesen.»<sup>200</sup> Oder deutlicher im Sinne von Wanner: Der Sauerteig ist für sich als Backmasse ungeniessbar, aber eingeknetet in eine zwanzigmal so grosse Teigmenge von unschätzbarem Wert.

Otto Wanners immerwährende Praxis, sich mit redaktionellen Kommentaren zurückzuhalten und vorerst nur sich widersprechende Agenturen sprechen zu lassen, schädigten leider seinen Ruf. Der flüchtige Analytiker sucht oder erwartet sofort Entrüstung und Kritik und kann sie nicht finden. Der sorgfältige Leser merkt bald, dass der Tagblatt-Redaktor nicht aus der Hüfte schießt. Gerne wartete er zuerst einen Kommentar der «Schweizer Mittelpresse» ab; war er ihm angenehm, kam er zum Abdruck. Und der Leser merkte zudem: Wanners Demokratieverständnis ist intakt, profiliert schweizerisch; seine Abneigung gegenüber faschistischem Beiwerk klar dokumentierbar und die Verachtung für den Hitlerianismus<sup>201</sup> dutzendfach bewiesen. Redaktor Haas von der Mittelpresse war eher deutschfreundlich ausgerichtet. Die Auswahl Wanners erweist sich als kritisch.

<sup>199</sup> AT, Abschiedsnummer, 2. November 1996.

<sup>200</sup> Gautschi, KA, Bd. 3, S. 304.

<sup>201</sup> BT, 20. Dezember 1930.

Es geht vor allem nicht an, dem Tagblatt deswegen Front-Sympathien zu unterschieben, weil Wanners gleichnamiger Sohn, mitgerissen von der Erneuerungsbewegung an der Universität (Neue Front, Aufgebot usw.) nach Studienabschluss kurzfristig die Ortsgruppe Baden geleitet hatte. Otto Wanner junior hatte vor 1937 nichts mit der Zeitung zu tun, interessierte sich damals überhaupt nicht für das Unternehmen und sah sich in Zukunft eher als Bankjurist denn als Journalist. Er hatte dann schon 1936 dem Fronten-Spuk Valet gesagt.<sup>202</sup> Dass die zornigen Söhne freisinniger Väter aus obigem Grunde beim damaligen Verleger und Redaktor Wohlwollen gefunden hätten, ist doch ein gewagtes Konstrukt.<sup>203</sup> Möglicherweise erhielt deren Berichterstattung etwas leichter Eingang in die Zeitung, als dies sonst geschehen wäre. So Hals über Kopf kann ein Völkerbunds-freund nicht gegenteilige Politik begünstigen. Dr. chem. Eugen Wanner, der ältere Bruder Ottos, arbeitete damals bereits an der Zeitung mit. Er beschäftigte sich aber lieber mit dem Technischen des Betriebes. Als Hauptmann und Sportleiter des Unteroffiziers-Vereins Baden lag ihm der Wehrwille ganz besonders am Herzen. Wie sollte ihm der riesige Aufmarsch zur Ansprache eines Oberstdivisionärs nicht Freude bereitet haben!<sup>204</sup> Aber es steht nicht fest, ob er, im Mai 1933, über die Landsgemeinde in Brugg, bei der Sonderegger sprach, oder die Organisatoren selber den Bericht verfasst hatten.

Wanner betrachtete sein Tagblatt als einziges Regionalblatt des Raumes Baden. Entsprechend grosszügig bot er allen Veranstaltern Anzeigeraum in seinem Organ an, nicht nur bei den Annoncen, sondern auch im Textteil. Bevorzugt waren, entsprechend der freisinnigen Ausrichtung, die Tätigkeit von Vereinen bürgerlicher Observanz, den Staatsbürgern, den Biedermeiern, dem Unteroffiziers-Verein oder der Vaterländischen Vereinigung. Machen wir daher den Vergleich mit einem Aussenseiter, den damals ebenso eifrig tätigen Freiwirtschaftlern, die sich in keiner Weise bei den Fronten einreihen lassen. Bis fünf Mal erschienen Aufrufe zum Besuch eines Vortrages im redigierten Teil, dazu immer die korrespondierenden Inserate. Der Vortrag selber kam dann rund zwei Tage später kommentarlos als Zusammenfassung zum Abdruck, anscheinend abgefasst und eingesandt von einem Sympathisanten. Regelmässig (mit System!) folgte diesem Bericht eine ebenso umfassende Präzisierung gewisser neuralgischer Punkte der Lehre von Gesell. Alles wurde abgedruckt. Wanner, als Bank-Verwaltungsratspräsident, stand diesen Geldtheorien keineswegs freundlich gegenüber; seine wiederkehrenden Bemerkungen und die Auswahl der Artikel zum Geldwesen belegen dies zur Genüge. Die Herausforderung, über politische Dinge zu diskutieren, rechtfertigten selbst solch publizistisches Trommelfeuer.

<sup>202</sup> Interview mit O. Wanner, Neujahrsblätter 1996.

<sup>203</sup> Gautschi, KA, Bd. 3, S. 304.

<sup>204</sup> Veranstalter war die Nationale Front.

Kam der Nonkonformist Wartenweiler nach Baden, so konnten die Veranstalter und er selber von der gleichen grosszügigen Praxis profitieren.

Die Beflissenheit der damaligen Bürger, über Reden und Zeitungsberichte sich bilden zu lassen, darf im Rückblick nie vergessen werden. In den 30er-Jahren wurde bei Vorträgen mit nur 200 Besuchern bereits nach entschuldigenden Gründen gesucht. Das Interesse an Themen oder bestimmten Referenten sprengte alle Grenzen, vor allem jene der einladenden Gruppierung. Das scheint deshalb widersinnig, weil andererseits damals politisch getrennt geturnt, gesungen, musiziert oder die Stammbeiz besucht wurde. Bildung – auch politische – galt offenbar als Ausnahme von der Regel. Anzunehmen, dass an der Versammlung der Nationalen Front 1933 in Brugg, an der Oberstdivisionär Sonderegger sprach, von den 4000 Teilnehmern auch nur die Hälfte Sympathisanten der Fronten gewesen sein könnten, ist absurd.<sup>205</sup>

Nach der Machtübernahme Hitlers, in der Nummer vom 31. Januar 1933, diente die ganze Frontseite der Berichterstattung über die Ereignisse, Reden und Veranstaltungen in Berlin. Dazu gesellten sich Stimmen aus andern Hauptstädten. Bezeichnenderweise fand es Wanner nicht als dringend, sich selber vernehmen zu lassen. Das folgte sehr gemessen und etwas betreten am nächsten Tag. Seine Leserschaft kannte ja dessen innere Haltung. Der Freund des Völkerbundes hatte schon 1930, als die Hitlergarde mit 107 Mandaten in den Reichstag eingezogen war, den Titel gesetzt: «Das Auge des Weltgewissens (in Genf) hat sich umflort.» «Adolf Hitler: das ist das Programm, aber leider keines der friedlichen Erfüllungen.» Leider kann der Hakenkreuzkarneval nicht abgehakt werden. Der Heiland Hitler werde nicht aus Wasser Wein machen können, auch wenn Adolf I. dies verspreche. Eine Weile lang politischer Karneval, das ginge noch an, aber nicht auf die Dauer.<sup>206</sup> Als in Deutschland der Remarque-Film «Im Westen nichts Neues» 1930 (!) verboten wurde – da platzte dem Verleger für einmal der Kragen: «Das Volk der Dichter und Denker geht heute seltsame Wege, und es macht dem Beobachter den Anschein, als ob alle guten Geister sich irgendwo verkrochen hätten und als ob die Kellerasseln der Demagogie sich nach oben geschlichen hätten.»<sup>207</sup> Dem Streit Strasser-Hitler öffnete er bereitwillig die Spalten, weil er hoffte, dass damit der Spuk in Deutschland zu Ende sei. «So wage ich die Voraussage, dass die Entlassung Gregor Strassers der Beginn der Auflösung der Hitlerpartei ist.»<sup>208</sup> Für schweizerische Kopien des Hitlerianismus und Konfusionismus<sup>209</sup> hatte er nur Kopfschütteln übrig. In seinem politischen Jahresrückblick – einen Monat vor der

---

<sup>205</sup> Angaben meines Vaters, der als Gegner der Fronten mit dabei war.

<sup>206</sup> BT, 17. September 1933.

<sup>207</sup> BT, 20. Dezember 1930.

<sup>208</sup> BT, 20. Dezember 1932.

<sup>209</sup> BT, 28. Juni 1931.

Machtübernahme – schrieb er: «Mehr heiteren als ernsten Einschlag hatte das Gastspiel des Herren Fischer, Diggelmann und Konsorten, die sich im Angesicht des grenznahen Propagandafeldzuges des nationalsozialistischen Führers mächtig aufblähten<sup>210</sup> und für kurze Zeit die wundersame Schreckgestalt eines schweizerischen Nationalsozialismus durch die Blätter und Köpfe jagten.»<sup>211</sup>

Vor solchem Hintergrund müssen nun auch die eher gehemmten und kleinlauten Kommentare vom 1. Februar 1933 gewertet werden. Das deutsche Volk hat gewählt: «Die Nationalsozialisten im Besitze der Macht». Allen Mutmassungen der Kommentatoren zum Trotz «besteht ausserhalb des nationalsozialistischen Bannes keine Macht mehr, die sich einem Übergriff des neuen Kanzlers entgegenstellen könnte». «Lassen wir den Mann an der Arbeit. Schiller sagt es im Wallenstein: Es wächst der Mensch mit seinen grössern Zwecken.» Das klingt fatalistisch, ist es aber keineswegs bezogen auf die Schweiz. Bald erscheint das breite Bekenntnis zum Selbstbehauptungswillen der Schweiz vom 9. März 1933: «Seit einigen Wochen ist an unsern Grenzen die zweite Diktatur zur Tatsache geworden.» Bei manchem sei «die Genugtuung über die Tatsache, dass im Reich dem Marxismus der Prozess gemacht wird, mehr oder weniger aufgehoben durch unbehagliche Betrachtungen über die neuen Erschwerungen der Aussenpolitik und über das Schicksal unserer demokratischen Freiheit». In Österreich könnten in Bälde ähnliche Prozesse ablaufen wie im Reich. «Wir Schweizer müssten taub sein, um die scharfen Töne in Bündnisakten und Radiokomentaren nicht zu hören; wir müssten blind sein, wenn wir nicht sehen könnten, dass nach dem österreichisch-deutschen Zusammenschluss unser Land auch militärpolitisch in die heikelste der Situationen gebracht und sozusagen zu einem Korridor zwischen aufgeregten und schwer bewaffneten Nachbarn gemacht würde.» «Es ist schon ein Zeichen der Zeit, wenn in einer aus Deutschland herüberklingenden Wahlrede ein hochgestellter Staatsmann auf das Deutschtum jenseits des Rheins und des Bodensees anspielte und an dessen angeblich deutsch gerichtete Instinkte appellierte.» Diese Sorge stand beim Tagblatt im Vordergrund – und damit jede Unterwühlung des militärischen Verteidigungswillens. Deswegen forderte es den vaterländischen Zusammenschluss, nämlich zwecks gemeinsamer Verteidigung. Angesichts der direkten Bedrohung von aussen, zeigte sich der innere Feind mehr «in den von marxistischen Wirrköpfen verführten pazifistischen Schwärmern» als im Frönlertum. Daher fand das Tagblatt den Vorschlag von Roman Abt, eine umfassende Nationale Volkspartei zu begründen, durchaus prüfenswert.<sup>212</sup> «Wie sich aber die Parteien und Parteigruppen, die selbst dieses rein defensive Bündnis bekritteln oder ablehnen, zu den zahl-

<sup>210</sup> Hitler in Radolfzell. Theodor Fischers «Bund nationalsoz. Eidgenossen».

<sup>211</sup> Gautschi, KA, Bd. 3, S. 305, BT, 31. Dezember 1932.

<sup>212</sup> BT, 18. Januar 1934.

losen neu gebildeten und angriffsgierigen Fronten und Aktionsgemeinschaften verhalten wollen, ist ganz unerfindlich. Jene neuen Gebilde aber sind in Wahrheit nichts anderes als Symptome des grossen Wartens auf die politische und moralische Erneuerung.» Die schweizerische Eigenständigkeit «auf dem Boden der disziplinierten Freiheit und der geführten Demokratie» müsse gesichert, werden. Die Ausdrücke diszipliniert und geführt im vorigen Satze könnten mit bösem Willen wieder missgedeutet werden, wenn nicht im gleichen Satze eine Nachäffung ausländischer Methoden als unschweizerisch abgelehnt worden wäre.<sup>213</sup>

Wenn der Reichstagsbrand<sup>214</sup> oder die Boykotte der jüdischen Geschäfte im Reich mittels Berichten aus deutschen, französischen und britischen Agenturen dem Leser kommentarlos dem eigenen Urteil überlassen werden, entspricht dies Wanner'scher Praxis. Für die Darstellung der eigenen Meinung dienten, wie fast immer, die gelegentlichen allgemeinen Betrachtungen zur schweizerischen Eigenständigkeit. Besonders aufschlussreich der Rückblick «Die Schweiz und das Dritte Reich» im Mai 1935 unter dem Luther-Wort: «Ihr Schweizer habt einen andern Geist als wir», der wahrscheinlich einem Artikeldienst entstammte.

«Es geschehen heute auf deutscher Seite Dinge, wofür der Schweizer auch bei ehrlichem Bestreben, objektiv und neutral zu bleiben, kein Verständnis mehr aufbringen kann.» «Was heute in die Augen springt und wovon die Rede sein soll, das ist die geistige Entfremdung, die von deutscher Seite mit einem Eifer, der einer bessern Sache würdig wäre, betrieben wird.» «In der Welt beachtet man mit Entsetzen die Praxis der Verschleppung, die von Organen der deutschen geheimen Staatspolizei (Gestapo) betrieben wird.» «Es sind ferner die Konzentrationslager, eine Lösung, die man schliesslich als deutsche Eigentümlichkeit gelten lassen könnte, obschon sie unserem Empfinden über gerechte Rechtspflege widerspricht. Da ist ferner die Erwürgung der freien Presse, eine Massnahme (...) die in der Gestalt einer allgemeinen Anordnung doch nichts anderes bezweckt als die Monopolstellung der nationalsozialistischen Presse in Deutschland. Das ist nicht mehr Gleichschaltung, sondern Vernichtung jeder unbequemen Meinungsäusserung und Verhinderung aller Kritik.» «Es gibt heute im Dritten Reich auch in religiösen Fragen keine Toleranz mehr, und gerade das ist es, was nicht bloss den religiös veranlagten Teil des Schweizervolkes, sondern die Schweizer überhaupt befremdet und empört.» «Ebenso abstoßend wirkt es auf das Schweizervolk, dass zahlreiche Geistliche in Konzentrationslager gesteckt worden sind und daselbst wie Verbrecher behandelt werden. Vollends unerklärlich ist es dem Schweizer, wie man in unserem zwanzigsten Jahrhundert zu einem Mythos des Blutes und der Rasse und zu

<sup>213</sup> BT, 21. April 1934.

<sup>214</sup> BT, 1. März 1933.

dem Neuheidentum übergehen kann.» «Wenn das eine rein deutsche Sache sein sollte, dann müsste man auf deutscher Seite den Anspruch, in Kultur und Zivilisation eine massgebende Stellung einzunehmen, sofort aufgeben.»<sup>215</sup> Man könnte einwenden, dass das kleine Tagblatt bezüglich Ausland auf Artikeldienste, wie die Mittelpresse (später Schweizerische Politische Korrespondenz) angewiesen war. Dennoch beweist die Auswahl durch die Redaktion klare Distanz zum neuen Deutschland.

In Zusammenhang mit dem Mord an Gustloff in Davos klagte der Redaktor, dass es äusserst schwer sei, «objektiv zu bleiben», denn Frankfurter, der Täter, habe «der Judenschaft in aller Welt einen üblen Dienst geleistet». Er übernimmt den Leitartikel von Nationalrat Oeri, dem bekannten Kritiker Nazideutschlands, «Grenzen der Toleranz».<sup>216</sup> Schon bei früheren Vorfällen hatte Wanner auf Oeri zurückgegriffen. Die obigen Ausführungen des «Tagblattes» wie die Artikel Oeris sind – angesichts der damaligen Angst vor Provokationen – deutliche Signale und beweisen einmal mehr, dass in der Toleranz gegenüber den Erneuerungsbewegungen, verstanden als Sauerteig der eidgenössischen Politik, nie die geringste Sympathie zu Nazitum und Hitler-Deutschland eingeschlossen war.

Selbstverständlich klagte ein linkes Organ wie der «Freie Aargauer» nicht darüber, dass sich am 31. März 1933 in Brugg ein Versammlungskrawall zugetragen hat. Eine Versammlung der Nationalen Front wurde gesprengt, mittels vorzeitiger Besetzung des Saales durch Sozialdemokraten und durch Absingen der Internationalen. «Gegen die Unterdrückung der Versammlungsfreiheit» erhoben die bürgerlichen Parteien des Bezirks Brugg Protest in einer Resolution, welche am 4. April im BT im vollen Wortlaut veröffentlicht wurde.<sup>217</sup> Soll das Prinzip der Versammlungsfreiheit ernstgenommen werden, muss das Ereignis als «bedauerlicher Versammlungskrawall» bezeichnet werden, wie dies das Tagblatt tat.

Im Artikel «Papierflut über der Schweiz» beklagte sich ein Korrespondent über die übereifrigen Pressedienste des Auslandes. Im Zentrum der Kritik stand die Agentur eines NS-Reichtagsabgeordneten, Theo Habicht, «eines Friedenstörers erster Güte». «Wenn es noch eines Beweises bedürfte, dass in Deutschland gegen Österreich gehetzt wird, dann sehe man sich diesen Pressedienst an, der eine wahre Fabrik für Greuelnachrichten darstellt!» Als der Bundesrat die Parteiuniformen verbot, da erhielt er Applaus,<sup>218</sup> und als er im November 1934 als Retorsionsmassnahme für das Verbot von Schweizer Zeitungen in Deutschland die Einfuhrsperre für wichtige NS-Blätter verhängt hat, da entringt sich dem Redaktor der Zwischenruf: endlich!

<sup>215</sup> BT, Mai 1935.

<sup>216</sup> BT, 18. Februar 1936.

<sup>217</sup> BT, April 1933.

<sup>218</sup> BT, 18. Mai 1933.

Andererseits wurde vom gleichen Tagblatt mit Befriedigung zur Kenntnis genommen, dass derselbe Bundesrat sich damit befasse, dass «in einzelnen Fällen sogar von Blättern ausserhalb des marxistischen Lagers eine regelrecht unannehmbar Sprache gegen das Ausland geführt wird». Sollen bürgerliche Blätter dafür getadelt werden, dass sie direkte Provokationen vermeiden, weil sie nicht wünschen, dass die Schweiz als selbständiger Staat an der Heldenhaftigkeit der Redaktoren untergehen muss?

Halten wir ein- für allemal fest: Es verdient keine Lobpreisung, wenn Sozialisten, Kommunisten und deren Presseorgane dem Nazitum gegenüber immun waren. Diese Lehre hat sich an den Marxisten festgebissen und sie als Feindbild aufgebaut. Die Solidarität mit anderen Gruppierungen, für welche die Konzentrationslager auch bereitet waren, ist eine Selbstverständlichkeit und verdient den Namen Tugend kaum. Es ist auch evident, wenn das «Aargauer Volksblatt» und sein Redaktor, die sich mit der deutschen Zentrumsparterie verbunden fühlten, zuerst das Auf und Ab des Verhältnisses zu Hitler nachvollziehen, um schliesslich nach den eindeutigen Verfolgungen kirchlicher Repräsentanten, den Hitlerstaat als Bastion des Bösen zu verurteilen.

Wenn aber eine Bauernschaft mit Blut- und Bodenmystik als Nährstand geädelt oder dem Gewerbestand durch Verunglimpfung der Warenhäuser und Einheitspreisgeschäfte die Existenz garantiert wird und gleichzeitig die Liberalen als ungefährliche Gestrige Toleranz erfahren, wenn dann eine bürgerliche Presse, laut höheren Normen, diese Ideologie anprangert und das Tun der Anhänger verurteilt, dann dürfen wir Lob spenden. Das Mass richtet sich nach dem Grad der Selbstlosigkeit und der Konsequenz, mit der die menschlichen Grundrechte entsprechend den liberalen Ordnungsprinzipien im eigenen Land selber angewandt und bei andern gefordert worden sind.

Zwischen 1933 und 1936 wollte das BT ganz offensichtlich die Auseinandersetzung der bürgerlichen Parteien mit den Fronten herausfordern: Die patriotische Jugend fördert die politische Gärung; die orientierungslosen Parteien werden mindestens nachdenklich und das ist gut so.<sup>219</sup> Am freisinnigen Parteitag in Olten sei zwar das Unbehagen gegenüber den Fronten zum Ausdruck gekommen, aber nur sachte hätte man Fehler eingestanden. «Ob eine solch schwächliche Haltung letzten Endes zum Vorteil der Parteien und Verbände sich auswirkt oder nicht gerade die Frontenbildung verstärken wird, mag die Zukunft lehren.»<sup>220</sup>

So könnte auch die breite Selbstdarstellung der Nationalen Front vom 20. Mai 1933 verstanden werden. Dieser Leitartikel könnte am ehesten dem BT als übertriebenes Entgegenkommen angelastet werden. Ein redaktionel-

---

<sup>219</sup> BT, 17. Mai 1933.

<sup>220</sup> BT, 13. Mai 1933.

ler Vorspann versuchte, das Vorgehen zu rechtfertigen. Um zu allseitiger Orientierung der Leser beizutragen, sei «einem Anhänger der Nationalen Front Gelegenheit zu geben, uns mit seiner Ideenwelt vertraut zu machen». Diese Charakterisierung der Bewegung könnte nun auf weite Strecken auch von einem enragierten Jungliberalen stammen; von völkischem Gedanken- gut keine Spur. Der Vorwurf der Nachäfferei gehöre zu den gängigen Unterstellungen und Verleumdungen. «Wir bekennen uns zur Demokratie und treten für einen gesunden Föderalismus ein.» «Vollends falsch ist es, hinter dem Korporativismus auch den politischen Faschismus zu vermuten.» Dem politischen Liberalismus sei nie der Kampf angesagt worden; man stehe bloss für einen vernünftigen Nationalismus ein. Und diese Darstellung stammte – eingestandenermassen – vom Studenten Otto Wanner junior.

Diese Offerte zur Selbstdarstellung könnte genauso als Entgegenkommen an die Fronten wie als Weckruf an die Bürgerlichen gewertet werden. Betrachten wir das Datum (20. Mai 1933), müssen wir nicht nur an die Kundgebung der Nationalen Front in Brugg vom 28. Mai denken, sondern vor allem an die angekündigte Diskussion der Neuen Helvetischen Gesellschaft vom 1. Juni 1933 in Baden. Die Kontroverse zwischen Dr. Frick von der Eidgenössischen Front und Dr. Zellweger als Verteidiger der liberalen Auffassung, rief nach einer Vororientierung. Zur Diskussion meldeten sich neben Stadtammann Killer, Dr. Landolt und Dr. Bollag auch Ing. Schaffner und Dir. Zwygart. Kurz, die Auseinandersetzung mit den Erneuerungs- bewegungen war damals ein Muss, und der Antisemitismus bildete in Diskus- sionen meist der einzige Ansatzpunkt für scharfe Kritik. Noch 1937 gab sich die Nationale Front so schweizerisch patriotisch, dass die Keilerei an der Versammlung in Wettingen deswegen anhub, weil eine Gruppe Anwe- sender beim Singen der Nationalhymne sich nicht von den Sitzen erhob<sup>221</sup> und diejenigen, die behaupteten, die Fröntler hätten Schaufenster jüdischer Geschäfte bespuckt und verschmiert, wurde dies selber angelastet oder unterschoben und mit Gericht gedroht, wenn in Zukunft Ähnliches vor- falle.<sup>222</sup> Wahrheit oder Schutzbehauptung? Tatsächlich dürfte die Nationale Front in Baden damals kaum mehr so harmlos gewesen sein. Otto Wanner, junior, hat nämlich 1936 diese Organisation deswegen verlassen, weil sie – trotz dauernden Abwehrens – durch Assoziierung mit verwandten Verbän- den unter deutschen Einfluss geraten sei.<sup>223</sup>

Der Rassismus (Antisemitismus) fand in der Schweiz kaum Boden. Im Zusammenhang mit den Flüchtlingen aus dem Nachbarlande wuchs aber die Angst vor Beeinflussung. Flüchtlinge waren Deutsche, Marxisten und

<sup>221</sup> BT, 9. März 1937.

<sup>222</sup> BT, 14./15. Oktober und 7. November 1936.

<sup>223</sup> Interview: 1996 (O. Wanner trat schon 1933 als Ortsgruppen-Leiter Baden zurück. «Front», 21. November 1933)

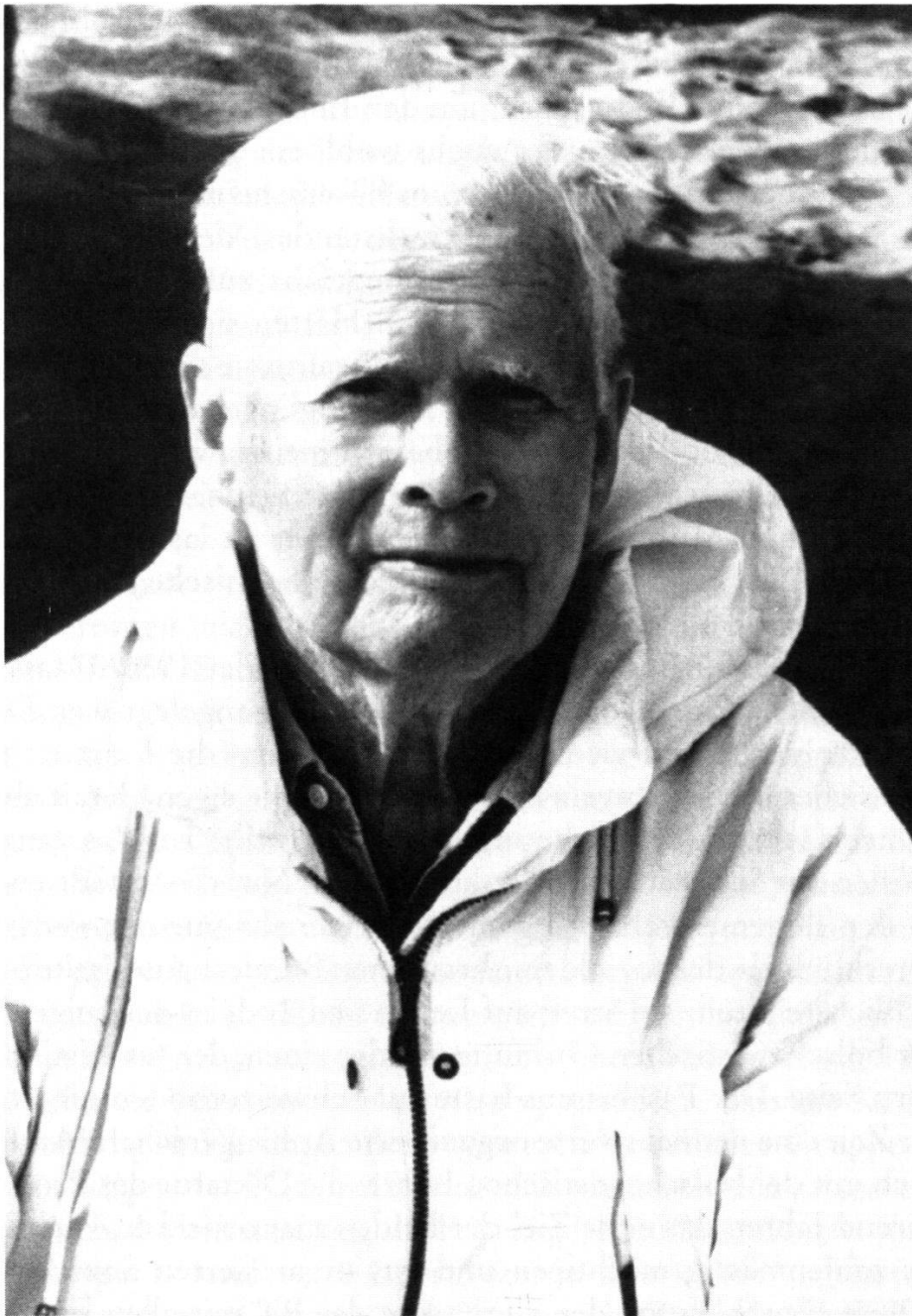
Juden oder sie verkörperten gleich alles zusammen. Das Dasein der Fremden war, weil die Führung der damaligen Linken noch immer armeefeindlich eingestellt war, zu überwachen, um den Einfluss der Leute einzudämmen. Aus diesem Geiste heraus erwuchs wohl jene Formulierung, die uns heutigen Menschen als die anrühligste im BT erscheint: Es hat die «antisemitische Säuberung des Berliner Anwaltstandes, der auffallenderweise mehr als zur Hälfte aus Juden bestand, ungefähr zur Eliminierung eines Viertels des semitischen Elements geführt. Hätten sie statt des die ganze Welt alarmierenden semitisch-arischen Generalrummels einfach beschlossen, lediglich die allzuvielen östlichen Eindringlinge, welche sich vermittelst ihrer Freundin Sozialdemokratie überall hineingewimmelt hatten, wieder hinauswimmeln zu wollen, die angestammten einheimischen jüdischen Volksgenossen und Mitbürger aber ungeschoren zu lassen, so hätte dies wohl die ganze Welt begriffen, die anständige einheimische Judenschaft insgeheim vielleicht am allermeisten...»<sup>224</sup>

Die «Schweizerische Besinnung an der Jahreswende» 1936/37 fasste noch einmal zusammen, wie die damalige Wertordnung angelegt war. Der Völkerbund hatte sich als zu wenig stark erwiesen, um die Existenz unseres Landes zu sichern. Die Schweiz muss alleine auf die eigene Kraft abstellen. Mit der mehrfachen Überzeichnung der Wehranleihe hat das ganze Volk seinen Willen zur Selbständigkeit dokumentiert. Nur die Sozialisten haben sich von der Tatgemeinschaft abgemeldet, vielmehr nur der «verblendete rote Führerklüngel» der sozialdemokratischen Bundeshaus-Fraktion. «Der hauptsächlichste Streit, ein Streit auf Leben und Tod, ist derjenige der Vertreter der bolschewistischen Ordnung auf der einen, der faschistischen auf der andern Seite. Der Faschismus hatte auf Schweizerboden nirgends und zu keiner Zeit eine nennenswerte organisierte Anhängerschaft. Anders verhält es sich mit der bolschewistischen Lehre: die Diktatur des Proletariates war während Jahren das erste Ziel der beiden marxistischen Parteien, also auch der zahlenmässig mächtigen und gut organisierten Sozialdemokratie.»<sup>225</sup> Diese Einschätzung der Lage teilte das BT mit allen bürgerlichen Zeitungen. Das taktische Vorgehen war damit präjudiziert bis zu jenem Zeitpunkt, der nicht nur den Gewerkschaften, sondern auch der sozialdemokratischen Parteileitung ein klares Bekenntnis zur schweizerischen Armee abzurufen vermochte.

Wenn dem Tagblatt und damit Otto Wanner senior aus späterer Sicht Naivität vorgeworfen werden kann, dann bezüglich Einschätzung der Glaubwürdigkeit Hitlers. Friedensbeteuerungen in seinen Reden schenkte er 1933 noch Glauben. Das Tagblatt hielt fest: «Ein Staatsmann hat gesprochen.» «Es sei noch hervorgehoben, dass der Reichstag einstimmig, auch

<sup>224</sup> BT, 18. Mai 1933.

<sup>225</sup> BT, 31. Dezember 1936.



*Otto Wanner (1909–1998, Archiv Wanner).*

mit Einschluss der Sozialdemokraten, die Erklärungen Hitlers gebilligt hat.» Die früheren guten Kanzler seien Erfüllungspolitiker gewesen, «bis schliesslich der Wahnsinn der Reparationen an sich selbst zugrunde gegangen ist». «Der jetzige Kanzler hat das ganze Volk hinter sich, und das gibt ihm die Kraft zu mutvollem Auftreten.» Der Wunsch nach Frieden und Stabilität teilte das BT mit den meisten übrigen Zeitungen, und für die rasche Korrektur der Beurteilung von Hitler sorgte dessen weitere politische Praxis. Man könnte Wanner eher vorwerfen, dass er sich bezüglich Österreichs wegen der offensichtlichen Provokationen von Nazi-Deutschland zum Anschluss-Gegner durchgemausert habe. In den 20er-Jahren, nach Frie-

densschluss, hatte er nämlich diesen Rumpfstaat und das strikte Anschlussverbot kritisiert. Nun verfolgte er die Propaganda und die Interventionen mit grösstem Argwohn. Auch der Drang nach autoritären Staatsformen im Balkan fand beim Demokraten Wanner keine Billigung. «Rumänien wird autoritär regiert.» Das neue Kabinett Gorgus regiert «auf nationalsozialistische Art» und mit gleichem völkischem Extremismus. «Seine Feindschaft gegen den Liberalismus ist bekannt.» Gegeisselt werden Verbote gegenüber Zeitungen in «angeblich jüdischer Hand», desgleichen die Entfernung von Juden aus den öffentlichen Verwaltungen. Das BT teilte die Bestürzung, die unter der dortigen jüdischen Bevölkerung herrschte. Alle diese Formulierungen stammten wahrscheinlich aus Agenturberichten. Aber auch die Auswahl beweist Haltung.

Als am 28. April 1937 die «Schweizer Volksbühne» das Stück «Diktatur» von Karl Freuler in Baden aufführte, das auf weite Strecken eine «einzige Anöderei des heutigen Deutschlands» war, schrieb Paul Haberbosch eine harsche Kritik im BT vom 29. April. Darauf antwortete ihm Freuler in einem privaten Brief und führte unter anderem aus: «Im übrigen soll wie ich höre, das B.Tgbl. frontistisch eingestellt sein; das macht Ihre vernichtende Kritik ohne weiteres begreiflich.» Darauf konterte Haberbosch brieflich: «Das Badener Tagblatt, das von meinem Schwiegervater redigiert wird, ist ebenso wenig frontistisch eingestellt als ich selbst. Es mag sie vielleicht interessieren, dass ich ausgesprochener Gegner des Dritten Reiches und seiner Machthaber bin. Seit zwanzig Jahren bin ich Abonnent der National-Zeitung! Angriffe des Nebelspaltes auf Nationalsozialisten und Fascisten erfreuen mein Herz. Ich ertrage es aber nicht, solche Kost stundenlang vorgesetzt zu bekommen, besonders nicht auf offener Bühne.» Der «Schwank gehört m. E. nicht (...) ins Repertoire der Schweizerischen Volksbühne». Damit wird einmal mehr bewiesen, dass sich die Kritik am Nationalsozialismus zwischen sozialdemokratischer und bürgerlicher Seite vor allem im Stil unterschieden. Um etwas nicht zu goutieren, brauchte man nicht zu den Erneuerern zu gehören. Haberbosch wusste sich hierin mit dem Schwiegervater einig. Dieses private Zeugnis mag als Schlusspunkt zum Thema BT in den 30er-Jahren dienen.

Die Grossratswahlen vom März 1937 brachten dann praktisch das Ende des Frontenfrühlings in Baden. Das Auftauchen des Landesrings der Unabhängigen, der die wirklich schweizerischen Erneuerungspostulate abdeckte, das NS-Unwesen aber der Nationalen Front beliess, nahm dieser den Wind aus den Segeln. Zwar nahmen 300 Personen an deren Veranstaltung in der Linde teil,<sup>226</sup> aber nur 185 Stimmen sammelte diese Partei in Baden (493 im Bezirk). Ein weiterer Beweis dafür, dass die Zuhörerschaft zum Teil auch damals aus Neugierigen und nicht nur aus Anhängern

---

<sup>226</sup> BT, 12. März 1937.

bestand. Im Tagblatt setzten sich die Parteien sowohl im Text- wie im Inseratenteil ausgiebig mit dem Landesring und Duttweiler auseinander. Nur mühsam versuchten sich auch die Fröntler in die Streitereien einzuschalten. Während die Unabhängigen drei Sitze im Bezirk erreichten, vermochte die Nationale Front 1937 das erste und zugleich letzte Grossratsmandat im Kanton zu erobern.

Die letzte Betrachtung, noch von Vater Wanner veranlasst, zum Jahresende 1938, war vor allem jener Abmachung gewidmet, «die unter der Bezeichnung der Friede von München in die Weltgeschichte eingegangen ist.» Er wird heute schon «von einer gewissen internationalen Presse» als feige Kapitulation gebrandmarkt. «Fest steht jedoch, dass an jenem historischen Morgen des 30. September alle Völker der Welt aufatmeten, als die furchtbare Drohung eines neuen Weltkrieges von ihnen genommen war.» Die Rückschau kommt zum Schluss: Die kleinen Staaten haben «eines gelernt: dass der sicherste Verlass nicht der auf andere oder auf papierene internationale Institutionen ist, sondern nur auf die eigene Kraft, geschöpft aus der nationalen Eintracht und dem unerschütterlichen nationalen Existenzwillen».<sup>227</sup> Am folgenden Tag verkündete das Tagblatt: «Mit dem Jahreswechsel übergebe ich den Verlag des Badener Tagblatt und die Buchdruckerei meinen Söhnen Eugen und Otto Wanner.» Damit scheidet der Vater endgültig aus dem Betrieb aus.<sup>228</sup>

Das folgende Jahr bot keine Möglichkeit mehr, in der Meinung auch nur zu lavieren. Der Hitler-Stalin-Pakt liess jeden Zweifel darüber verblassen, dass beide Mächte imperialistische Ziele verfolgen, und der Beweis wurde von den Diktatoren auch Schlag auf Schlag geliefert. Der heldenhafte Verteidigungskrieg der Finnen wurde im BT wie in allen Schweizer Zeitungen von links bis rechts zum grossen Vorbild. Am Jahresende gedachte der Redaktor dieses Krieges und zitierte aus der Resolution der skandinavischen Wissenschaftler: «Finnlands Kampf ist der Kampf Nordeuropas. Er soll der des ganzen Abendlandes werden!»<sup>229</sup>

## Kriegs- und Zensurjahre

Wie schon der Vater waren auch die beiden Nachfolger im Betrieb Offiziere und daher vom Aktivdienst besonders betroffen. Eugen, Kompaniekommandant, erhielt nur selten Urlaub; Otto, dem ein Reitunfall im Dienst eine weitere militärische Karriere verbaute, blieb Oberleutnant und war daher leichter abkömmlich. Dies trug dazu bei, dass er sich mehr als sein Bruder

---

<sup>227</sup> BT, 30. Dezember 1938.

<sup>228</sup> Interview 1996.

<sup>229</sup> BT, 29. Dezember 1939.

der Zeitung widmen konnte. Aber auch der technische Betrieb litt unter der Grenzbesetzung. Bis zu seinem Tode 1941 konnte der Vater noch mit linker Hand die Druckerei führen, dem Inhalt der Zeitung waren aber die Turbulenzen wenig zuträglich. Krieg und Mobilmachung dünnen sowieso die journalistische Arbeit aus, verurteilen Zeitungen, Sprachrohr von Staats- und Armeeführung zu werden und verlagern die Verantwortung der Redaktion auf das sorgfältige Filtrieren der einlaufenden Texte und die Harmonisierung der Meinungen. Das Abklappern der Beiträge, das Abwägen der veröffentlichten Kommentare, erbringen bei den politischen Zeitungen von damals wenig. Der heutige Beurteiler durchpflügt mit grösserem Ertrag die Weisungen der Zensurbehörde APF und vermag dann abzuschätzen, was alles nicht veröffentlicht werden durfte. Dass vom BT eine reiche Dokumentation zu diesem Thema erhalten geblieben ist, verdanken wir Otto Wanner junior, der uns den betreffenden Ordner zur Durchsicht überlassen hat.



*Zeitungskopf des Badener Tagblatts vom 28. Mai 1941.*

Aller Vorwarnungen zum Trotz glaubte Otto Wanner junior bis 1939 nicht daran, dass Hitler «so einfältig sei», einen Weltkrieg vom Zaune zu brechen.<sup>230</sup> Minister Frölicher, der Cousin seiner Ehefrau, bestärkte ihn in dieser Meinung. So war nichts im Geschäft für eine Generalmobilmachung vorbereitet. Die Leute verschwanden innert Tagen aus dem Hause und auch die beiden Inhaber mussten einrücken. In den ersten sechs Wochen waren die Ehefrau von Otto Wanner und die Schwester Doris für den Inhalt der Zeitung verantwortlich. Sie hatten von diesem Metier keine Ahnung. Otto weilte damals bei der Festung Sargans. In seiner Not schnitt er drei ihm genehme Artikel aus dortigen Lokalzeitungen aus, sandte sie seiner Frau, auf dass doch gelegentlich ein echter Leitartikel an der Spitze des Tagblattes stünde. Am Samstag darauf musste er entdecken, dass alle drei Beiträge in derselben Nummer aufeinander folgten. Seine Frau entschuldigte das Vorgehen mit dem Hinweis, dass sie kein anderes Material für die Frontseite gehabt hätte. Ein sprechendes Beispiel, wie man sich anfänglich durchgewurstelt hatte.

<sup>230</sup> Otto Wanner, Gespräch vom 21. November 1997.

So war man dann glücklich, mit Dr. iur. Emil Baldinger, der wegen einer Sprachbehinderung zwar nicht dienstfrei, aber doch meist freigestellt war, über den ganzen Weltkrieg hinweg einen Redaktor zu haben, der die Herausgabe eines täglichen Blattes sicherstellte. Aber auch er musste eifrig kontrolliert werden, denn Zuverlässigkeit war nicht seine Sache. Baldinger war eine eigenwillige Person, zechte gerne und verkaufte unter der Hand seine Artikel an andere Zeitungen. Doch man war auf ihn angewiesen; er gehörte auch nach seinem Austritt gleichsam zum Inventar und behielt einen Schlüssel zur Druckerei. Er selber war inzwischen so kauzig geworden, dass er den 1948 neuangestellten Dr. Güntert als Konkurrenten ansah und ihn in seiner Arbeit als Redaktor zu behindern versuchte. So schlich er sich des Nachts in die Redaktionsräume und stahl oder versteckte ihm alles Schreibmaterial, meinend, dass er so am folgenden Tage nichts leisten könnte. Seinen Lebensabend verbrachte er in Baden und ist 1996 hochbetagt verstorben.

Das Kommentieren der allgemeinen Kriegslage war eine besonders heikle Angelegenheit. Im Einvernehmen mit dem «Aargauer Tagblatt» pflegte Oberstdivisionär Eugen Bircher, der zwar BGB-Nationalrat war, auch dem «Badener Tagblatt» seine Einschätzungen und Prognosen zuzusenden. Der militärische Fachmann lehnte sich mit seinen Expertisen etwas gar weit «aus dem Fenster». Eine Mahnung der Abteilung Presse und Funk-spruch (APF) an die BT-Redaktion vom 22. Oktober 1942 wiederholte die alte Weisung, dass gewagte Kombinationen und Vermutungen bei kriegerischen Vorgängen zu unterbleiben hätten. Was im Leitartikel des Vortages stehe, überschreite die Grenze des Zulässigen: der russischen Kriegsleitung würden Belehrungen erteilt, am Südflügel bei Stalingrad den Befehlshabern Führungsschwäche vorgeworfen und erklärt, dass die strategische Entscheidung schon gefallen und weiterer Widerstandsversuch der Russen nur noch eine Prestigefrage sei. Für die wilde Schreiberei Birchers musste die verantwortliche Redaktion geradestehen. Genauso bei Berichten von Gemeindeversammlungen oder Korrespondenzen aus Gemeindegemeinden: erfolgte auch nur die Bemerkung, dass ein bestimmter Lehrer im Militärdienst weile, ein gewisser Saal von Truppen besetzt oder eine Luftschutzübung verschoben worden sei, so erfolgte straks eine Mahnung oder gar eine Verwarnung durch den Pressechef des Territorial-Kommandos 5, dem die Überwachung und die Vorzensur des BT zugeteilt war. Das Nennen von militärischen Einteilungen, Kommandostellen, Beförderungen, bis zum Bezeichnen eines Leiters von Armeesport-Wettkämpfen war verboten, sofern es nicht eine offizielle Verlautbarung war, die dann sogar veröffentlicht werden musste. Alle Korrespondenz-Nachrichten aus Nah und Fern mussten auf solche Fussangeln abgeklopft werden – selbst der Kurven-Ausbau einer Ortsverbindungsstrasse oder gewisse Veränderungen an einem Kraftwerkbau waren strategisch wichtige Angaben und daher untersagt. Im

Wanner-Haus, wo Spontaneität und Grosszügigkeit herrschten und die Mitarbeiter an der lockeren Leine geführt wurden, war das Resultat entsprechend: 19 Rügen, 4 Mahnungen, 14 Verwarnungen, 1 Verweis und die Beschlagnahmung der Nummer vom 15. April 1943 war das Resultat von sechs Jahre Krieg und Überwachung. Die schärfste Sanktion erfolgte, weil das BT über den Absturz eines amerikanischen Flugzeugs in Birmenstorf im Detail berichtet hatte und den Text auch mit offensichtlichen Sympathien für die Alliierten sprachlich abfasste. Der Kontrollstelle hatte vor allem die Formulierung in die Nase gestochen, dass «dem ausländischen Fliegersoldaten ein währschaftes Frühstück eidgenössischer Prägung als Willkommgruss» verabreicht worden sei. Und dies nach der Verletzung des schweizerischen Luftraumes und nachdem der betreffende Flieger kurz vorher in unserm nördlichen Nachbarland eine Stadt bombardiert hatte! Eine solche Berichterstattung schlage «der von den Landesbehörden sorgsam befolgten Neutralitätspolitik ins Gesicht».<sup>231</sup>

Nicht alle Verstösse des BT geschahen aus Versehen oder aus Nachlässigkeit. Bei der Titelgebung war die Parteinahme für die Alliierten immer wieder allzu durchsichtig und wurde von der Überwachung auch entsprechend gerügt. Einige Beispiele mögen genügen: «Krisenzeichen in Italien» (1. Mai 1942), «Der Umschwung in Frankreich» (Vichy, 17. April 1942), ein Lichtblick sei der tapfere Widerstand der amerikanischen Truppen aus den Philippinen. Vor allem zu Anfang des Krieges musste die Wanner-Redaktion dazu erzogen werden, nichts Rühmendes oder Hämisches in die Überschriften einfliessen zu lassen. «Ausgerechnet in Berlin wird über Terror geklagt»; «Berlin spricht von Würde», oder: «Eine glänzende Leistung unserer treffsicheren Luftwaffe», als drei deutsche Flugzeuge abgeschossen wurden, galten als krasse Verstösse gegen die Weisungen der APF. Härtere Massnahmen wurden angedroht.<sup>232</sup> Das Damokles-Schwert über dem Haupte der Verantwortlichen, wobei vor allem Otto Wanner (Flaboffizier!) gemeint war, zeitigte Wirkung; man gewöhnte sich an die Bevormundung. Selbst der Beschlagnahmungs-Nummer ging eine Anfrage an die Kontrollstelle voraus, ob das BT über den Flugzeugabsturz im Lokalbereich berichten dürfe. Dies wurde gestattet unter der Auflage, dass keine Detail vermittelt würden. Dem Bericht wurde grossspurig der Vermerk: Veröffentlichung gemäss zuständigen Ter. Kdo gestattet angefügt, was die Parteinahme zur offiziellen stempelte und erst recht die Strafe rechtfertigte. Zwar wurde sie nur als leichte Massnahme eingestuft; für die Verleger aber galt das Ausfallen einer Nummer als gewichtiger wirtschaftlicher Verlust.

Am 18. Juni 1945 teilte die APF allen Zeitungsredaktionen mit, dass der Bundesrat an seiner Sitzung am selben Tag die Aufhebung des Beschlusses

<sup>231</sup> Brief von Hptm Baer, Ter Kdo 5, Pressechef, 16. April 1943.

<sup>232</sup> Brief vom 3. Juni 1940.

vom 31. Mai 1940 betreffend die Überwachung der schweizerischen Presse beschlossen habe. So war auch die Zensur im militärischen Bereich aufgehoben. Damit waren die kritischen Jahre für die eidgenössische Politik aber noch längst nicht ausgestanden. Die Rationierung der Lebensmittel und die Engpässe in der Brennstoff-Versorgungslage mit entsprechenden Verlautbarungen, zu deren Publikation die Presseorgane verpflichtet waren, gehörten zur Tagesordnung. Die Papierkontingentierung wurde sogar verschärft. Die Schweiz segelte seit Jahresanfang 1945 in unsicherem Fahrwasser, die neutrale Haltung wurde von den Siegermächten nicht honoriert. Im Gegenteil: die Isolation setzte die offizielle Politik auf die Anklagebank. Feilschereien um Vermögenswerte, Goldhandel und um diplomatische Beziehungen mit der UdSSR füllten die Spalten aller schweizerischen Zeitungen.

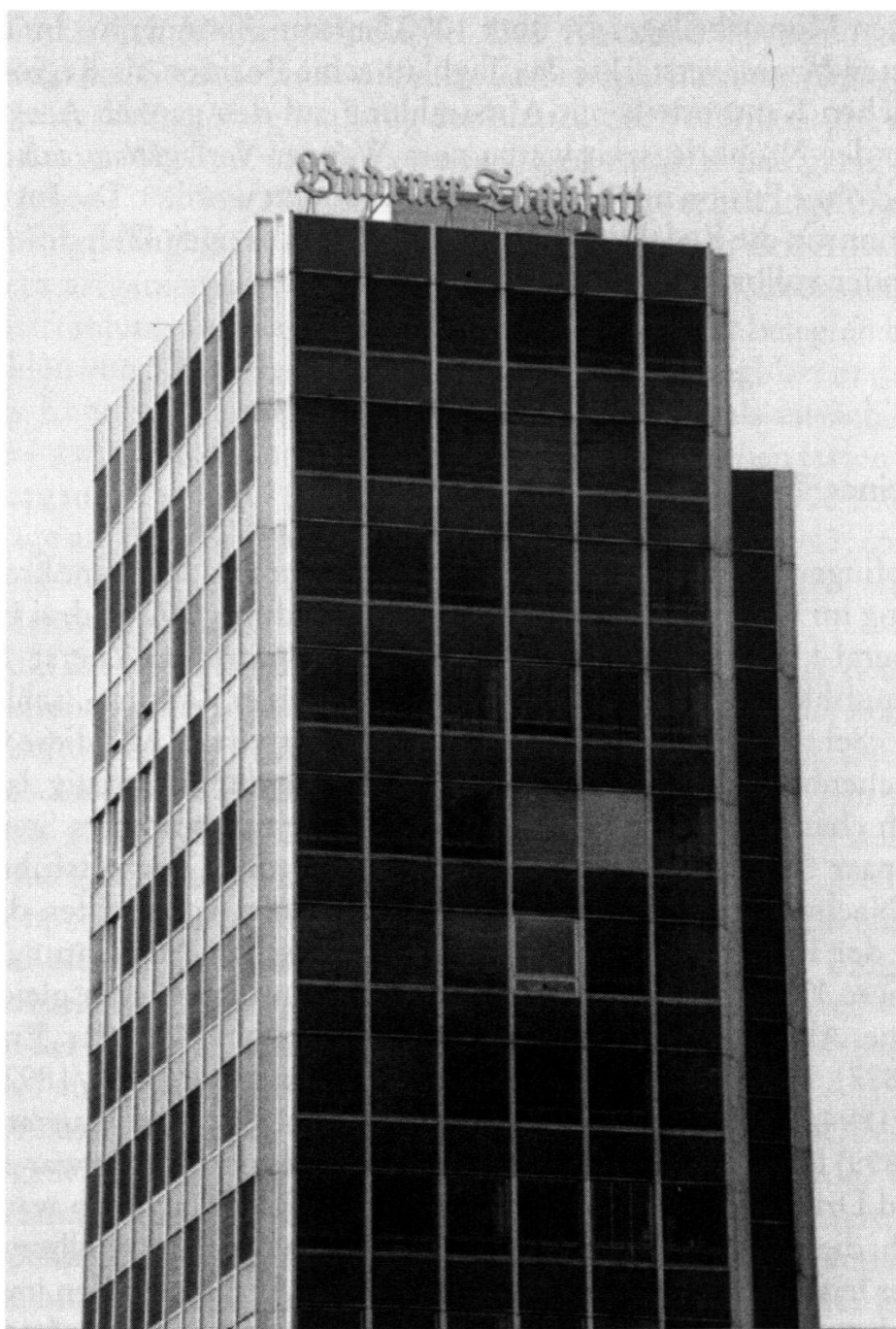
Beim «Badener Tagblatt» hing in der Nachkriegszeit der Haussegen nicht immer gerade. Eugen und Otto hatten sich während des Krieges in ihrer Berufsauffassung entfremdet: Eugen, der Setzer genannt, wünschte nach seiner Rückkehr ins Zivilleben einen ruhigen Geschäftsgang in alten Geleisen, Otto, elf Jahre jünger, hatte sich in den Kriegsjahren intensiv um die Zeitung gekümmert und ahnte die Entwicklungsmöglichkeiten, die sich dem Presseunternehmen darboten. Lokalblatt oder Regionalblatt, das war damals die Frage. In der Folge setzte sich das Ausbau-Konzept durch. 1945, bei Kriegsende, stand die Auflage bei 6500; sie war geringer als jene des «Aargauer Volksblatts». Die «Schweizer Freie Presse», von 1924–1938 bäuerliche Tageszeitung, war als dreimal wöchentlich erscheinende «Aargauische Bauern- und Bürgerzeitung» keine Konkurrenz mehr. «1948 kam es zur Anstellung von Dr. Hans Güntert, der die Ressorts Kanton und Eidgenossenschaft versah. Erstmals hatte nun das Badener Tagblatt eine eigene Grossrats-Berichterstattung samt profilierter Kommentierung. Dies war der erste Schritt zur kantonalen Resonanz des Blattes. Das BT wurde zu einem Faktor in der aargauischen Politik.»<sup>233</sup>

Die Anschaffung einer grösseren Rotationsdruck-Maschine und die Verkehrssanierungs-Varianten brachten den Bruch zwischen den Brüdern. Für Otto war die Linienführung der Bruggerstrasse mitten durch das bisherige Druckereigebäude eine einmalige Chance zum neuen Aufbruch. Das Tagblatt-Hochhaus, eine gewagte Investition, zeugt noch heute von jener Stimmung und Ära. Für Eugen war schon die Anschaffung einer Occasions-Druckerei der NZZ eine Grosshanserei. Er wollte sich vom Betrieb absetzen und verlangte die Auszahlung. Es gab ein Feilschen um den Betrag, da die Familien AG zu je 50 Prozent angelegt war. Seine Vorstellung, damit Millionär zu werden, waren bald ausgeträumt, er musste sich mit rund 300 000 Franken zufrieden geben. Er eröffnete in der Folge ein Chemie-

---

<sup>233</sup> BT, 2. November 1996, letzte Nummer, Woldemar Muischneek.

labor in Wettingen, nachdem er schon vorher mit Druckfarben experimentiert hatte.<sup>234</sup>



*Aufbruchstimmung: Das Tagblatt-Hochhaus in Baden (Archiv Wanner).*

Das war im Jahre 1956. Damals trat Dr. Werner Geissberger – wie Hans Güntert von Lenzburg kommend – in die Redaktion ein und führte mit einem stark ausgebauten Regionalteil dem BT eine weitere Leserschaft zu. Aus der Auflage von 10 000 im Jahre 1956 wurde innert zwölf Jahren bis

---

<sup>234</sup> Otto Wanner, Gespräch vom 21. November 1997.

1968 eine solche von 20 000. Mit dem Ausbau des Sportteiles durch Walter Zehnder und der Integration der «Aargauer Blätter», redigiert von Werner Geissberger, Anton Krättli und Woldemar Muischneek, einer kulturell-politischen Monatsbeilage, die über 1000 Separat-Abonnenten im übrigen Kantonsteil besass, verstärkte das Tagblatt seine Position als Regionalblatt des östlichen Kantonsteils mit Ausstrahlung auf den ganzen Aargau. Die Chancen der Nachkriegszeit waren vom Wanner-Verlagshaus aus eigener Kraft und ohne Fusion mit andern Blättern genutzt worden. Die Investition des Gewinns in die Redaktion hatte in der kleinräumigen Welt des Aargaus fast Wunder vollbracht.

## Das «Zofinger Tagblatt»

### Allgemeines <sup>235</sup>

Das «Zofinger Tagblatt», von Anfang an Sprachrohr der demokratischen Bewegung im Westaargau, hatte seit seiner Gründung 1873 in drei Etappen nach liberal-konservativen Konkurrenzblättern gerufen: Zuerst 1872/73 den «Republikaner», dann 1883 die «Neue Zofinger Zeitung», schliesslich 1886 die «Schweizer Tagespost» («Zofinger Tagespost»). Alle diese Organe – ob Wochenblatt oder Tageszeitung – hielten sich nur kurzfristig, ja, waren praktisch chancenlos. Die Nachkommen des Zeitungspioniers Steinegger, das Ehepaar Siebenmann-Steinegger, dann aber der Geschäftsführer und spätere Nachfolger im Geschäft, Rudolf Fehlmann, vermochten das erste Tagblatt der Region, trotz der einseitigen politischen Ausrichtung, sicher durch diese Klippen zu steuern, und sie schufen dem Organ gleichzeitig eine treue Abonnentenschaft. Die linksfreisinnigen Kämpfer Emil Näf (1877–1887), Hans Müri (1887–1891), Arthur Bauhofer (1891/1892), Otto Weber (1894/1895), Karl Eugen Züblin (1896/1897) und Cajetan Bienz (1897–1899) lösten sich in rascher Folge als Redaktoren ab. Es war der Verleger und Drucker, der die Kontinuität sicherstellte. Beachtlich war schon, dass sich diese kleine Tageszeitung fast lückenlos einen vollberuflichen Redaktor leisten konnte. Die meisten Blätter im Aargau wurden im letzten Jahrhundert vom Verleger selbst redigiert; nur Aktiengesellschaften waren gezwungen, einen Schriftleiter zu beschäftigen.

An der Schwelle des 20. Jahrhunderts übernahm Johann Fehlmann junior 1902 Druck, Verlag und Redaktion des «Zofinger Tagblattes». Schon seit Ende der 70er-Jahre im Geschäft seines Vaters tätig, unterstützte er nach dessen Tod 1895 seine Mutter, die offiziell das Unternehmen weiterführte. Ausgebildet im väterlichen Betrieb, dann in Paris und Stuttgart,

---

<sup>235</sup> Der folgende Abschnitt nach Paul Ehinger, 125 Jahre Zofinger Tagblatt.

zeigte er sich in allen Sparten der schwarzen Kunst zuhause, führte aber auch eine gewandte Feder, war daher durchaus imstande, die Redaktion selber zu besorgen. Die technischen Neuerungen waren aber dem Patron selbstverständlich höchstes Anliegen. Der Ankauf einer zweiten Presse, einer modernen Setzmaschine und des Gasbetriebs für diese Anlagen führten zur äusserlichen Ausgestaltung des Blattes, zur Vergrösserung des Formats und zum Wechsel von der zweispaltigen zur dreispaltigen Zeitungsseite im Jahre 1888. Seit 1891 erschienen auch öfters achtseitige Nummern. Das «Zofinger Tagblatt» schaffte damit auch äusserlich den Anschluss an die andern aargauischen Blätter, die mittels pompösen Namens auf kantonale Ausstrahlung angelegt waren. In Tat und Wahrheit belegten die Auflagenzahlen von 5000 Exemplaren 1914, dass sich das Tagblatt in der Westecke des Kantons – und die Kantonsgrenze war damals tatsächlich eine Barriere – zwischen den andern Tagblättern durchaus sehen lassen konnte: Das «Aargauer Tagblatt» (ohne «Volksfreund») gab 1905 4900 Exemplare als Auflage an, das «Badener Tagblatt» eindeutig weniger (1945: 6500) und die Parteiblätter «Freier Aargauer» und «Aargauer Volksblatt» waren gerade in der Startphase.

Obwohl Demokraten und Liberale sich 1895 zur freisinnig-demokratischen Partei zusammengeschlossen hatten, vermochten sich die konkurrierenden Zeitungen der beiden Flügel politisch nicht zu finden. Dies offenbarte sich im Bezirk Zofingen nicht, weil hier zur Zeit der Jahrhundertwende das gleichwertige Gegenblatt fehlte und der Zofinger Freisinn damals im Aargau praktisch zur tonangebenden Richtung wurde. Der Gottesfriede konnte und durfte in der aargauischen Partei damals nicht einkehren. Da das «Zofinger Tagblatt» den Blättern des ehemals rechten Flügels weiterhin suspekt erschien, hörten die liberal-konservativen Blätter – und sie waren in der Mehrzahl – nicht auf, dem ZT auf die Finger zu schauen und ihm öfters auch verbal einige Rutenstreiche zu verabreichen.

Es ist richtig, wenn der Chronist des «Zofinger Tagblatts» schreibt, dass der Aargauer Freisinn als ganzes nach rechts gedrückt wurde, weil die Arbeiterschaft, früher im demokratischen Grütliverein organisiert, sich im linken Spektrum als militante Sozialdemokratie festsetzte. Das änderte aber nichts daran, dass – gesamtaargauisch gesehen – der Freisinn der Zofinger Art ein Links-Freisinn blieb. Otto Hunziker, Gerichtspräsident und Nationalrat, 1911–1939, hiess als aargauischer Parteipräsident bei den Alt-Liberalen ein Rosenroter und erlebte parteiintern laufend Anfeindungen der schlimmsten Sorte, bis er 1923, von den einen betrauert, von den andern beklatscht, seinen Rücktritt nahm. Selbst die Abtrennung der Bauernpartei vermochte nicht, die restlichen Freisinnigen zu einigen. Da Hunziker von der Bezirkspartei Zofingen immer eifrig gestützt wurde, blieb auch das «Zofinger Tagblatt» in der linken Ecke. Sicher, so präsentierte sich die politische Lage nicht aus der Sicht der Zofinger Region, aber der andern Presse-

zentren des Kantons. Und die «Neue Aargauer Zeitung» formierte seit 1912 eine Art Supervision über die linke Bürgerlichkeit.



*Das 1923 bezogene Gebäude des «Zofinger Tagblatts» an der Hinteren Hauptgasse (125 Jahre ZT).*

### **Was zählte man damals zur Linkspolitik?**

Zum ersten waren schon die Menschen, die aus der Staatskrippe frassen, suspekt. Wenn solche Leute zudem noch Angestelltenpolitik im engeren Sinne trieben, verloren sie auch geistig die Distanz zum Staate, zu jenem Gebilde, das der individuellen Freiheit im Wege stand und allerorten die private Initiative behinderte. Dann war auch dieser Moloch selber gefrässig: vieles wollten die Demokraten, später die rosaroten Freisinnigen, dem Staate überantworten oder ihm überlassen: Post, Bahn, Kantonalkassen, Bergwerke, Wasserwerke, Feuer- und Mobiliarversicherung etc. Dies zeigte sich durchaus auch bei kantonalen Fragen und Abstimmungen. Eigentlich war bloss das Wehr- und Schulwesen eine Domäne des Staates nach bürgerlichem Zuschnitt. Selbst Konzessionszahlungen (Wasserwerke, Salinen) durften den Start und die Fortentwicklung des Geschäftsganges der Produktionsstätten nicht behindern.

Gehen wir nun diesen Themen im «Zofinger Tagblatt» nach, so finden wir selbst im Katalog der Beispiele, die der Historiker Paul Ehinger anführt, Haltungen und Parolen, die als rosenrot galten, da zur Zeit Hunzikers an den Parteiversammlungen der Freisinnigen meist knapp die Hälfte der An-

wesenden für die fortschrittliche Variante plädierte, während sich die Mehrheit der Blätter über die Demagogie des Präsidenten ausliessen und gelegentlich in der Kampfphase auch Gegensteuer gaben. Oft hiess damals die Bezeichnung freisinnig rosarot, während diejenigen, welche sich als wahre Liberale bezeichneten im katholisch-konservativen Lager Verbündete suchten. Die Abgrenzungen gegenüber dem Klassenkämpferischen, das Fördern der gelben Gewerkschaften, das Ringen um breitere Volksbildung und Besserstellung der Lehrer, die Kranken- und Unfallversicherung usw. waren typisch für den linken Flügel der freisinnig-demokratischen Partei im Kanton Aargau und gehörten nicht zu den Prioritäten der aargauischen Liberalen von damals. Die Sozialpolitik, wie von Ehinger beschrieben wurde, gehörte nicht zum Allgemeingut der Partei; sie wurde zum Beispiel im Bezirk Kulm nach der Jahrhundertwende vom «Wynentaler Blatt» (demokratisch), nicht aber vom «Echo vom Homberg» (liberal) vertreten. Die Sozialdemokraten rieben sich auch nicht an den Herrenblättern – die trieben nach ihrer Ansicht sowieso in trüben Gewässern vor sich hin – sondern an jenen, die ihnen nahe waren und ihnen politisch ins Gehege kamen. Und dazu gehörte das «Zofinger Tagblatt», selbst noch in der ersten Zeit von Albert Maurers Redaktionstätigkeit.

Das «Zofinger Tagblatt» war offenbar abonniert auf die Depeschenagentur und für Artikel und Kommentare auf die Schweizerische Mittelpresse (später Schweizerische politische Korrespondenz). Die Haltung zum kaiserlichen Deutschen Reich, insbesondere anlässlich der Kaiser-Manöver 1912 und die Reaktionen beim Ausbruch des Ersten Weltkrieges bestätigen diese Annahme. Johann Fehlmann hatte damals wohl kaum die zeitliche Musse, sich eingehend mit der Aussenpolitik auseinanderzusetzen. Was an lokalem Stoff anfiel und was an Fülle von den Agenturen geliefert wurde, beschäftigte einen nebenberuflichen Redaktor vollends; und Fehlmanns Haupttätigkeit war das technische Fertigen der Zeitung und der Betrieb der Akzidenzdruckerei, die – wie fast überall im Aargau – den Luxus des Zeitungsmachens überhaupt ermöglichte. Es brauchte einen eigenwilligen Kopf und eine gute Portion Zivilcourage damals, eine andere Ansicht als die gängigen Agenturen zu verbreiten – und deren Haltung war eindeutig wilhelminisch. Das «Zofinger Tagblatt» machte da keine Ausnahme.

## Die Ära Maurer

Am 2. Juni 1914 – also kurz vor Ausbruch des Weltkrieges – wurde Albert Maurer Redaktor des Blattes. Diese Persönlichkeit sollte über vier Jahrzehnte die Zeitung prägen und die Auseinandersetzungen mit den andern massgeblichen Blättern im Aargau nicht scheuen. Er hatte von 1914 bis 1956, anfänglich als Alleinredaktor, später als Chefredaktor, «seine Zeitung

mit hoher journalistischer Begabung und mit vorbildlicher Pflichterfüllung betreut». «Er darf füglich als Vater des Zofinger Tagblatts bezeichnet werden.»<sup>236</sup> Ihm war auch die härteste Prüfungszeit der Presse, die Krisenjahre und der Frontenfrühling, aufgetragen.

1882 in Münster im Elsass geboren, absolvierte er seine Lehre in der einheimischen Druckerei als Handsetzer. Seine Wanderschaft führte ihn nach Zürich, Berlin und Leipzig zur Weiterbildung als Maschinensetzer. 1909 trat er beim «St. Galler Stadtanzeiger» ein. Schon dort wurde er als ständiger Berichtersteller herangezogen. Die erste redaktionelle Stelle versah Maurer in Glarus, darauf folgte die Betreuung des «Zofinger Tagblattes» im Einmannsystem. Die Aktualität seines Blattes war ihm höchstes Anliegen. Früheste Informationen von kantonalen Stellen kamen ihm dank persönlicher Beziehungen zu Regierungs- und Parlamentarierkreisen zu. Es war sein Stolz, «über alle wichtigen Begebenheiten und Vorkommnisse in Bund, Kanton und Gemeinden schon in der nächsten Ausgabe seiner Zeitung Bericht zu erstatten.»<sup>237</sup> «Dazu war er Meister in der journalistischer Technik und schrieb mit leichter Feder in glänzendem Stil.»<sup>238</sup> Dieses Beziehungsnetz war dem neuen Redaktor nicht vererbt oder geschenkt worden. In den ersten Jahren beschwerte sich Maurer immer wieder über die Residenzpresse, die eilfertiger mit offiziellen Dokumenten versehen werde. Zudem führte er einen dauernden Kampf um eine bessere Platzierung der Presseleute im Grossen Rat. Nirgendwo würden die Journalisten so jämmerlich behandelt, wie in Aarau. Man hätte nicht einmal Sichtverbindung mit den Referenten. Mit Fehlinformationen müssten Gross- und Regierungsräte daher rechnen.<sup>239</sup>

Albert Maurer wurde seit seinem Antritt in Zofingen der besonderen Kontrolle des «Freien Aargauers» unterstellt. Eigentlich lauerte für die Arbeiterpresse eine doppelte Gefahr: der neue Redaktor könnte zu linksdemokratisch sein, dann würde das «Zofinger Tagblatt» zum unliebsamen Konkurrenten; er könnte aber auch die Tendenz verstärken, dass das traditionell angestelltenfreundliche Blatt zum bourgeoisien Organ würde, was 1918 mit der Übernahme durch die Fabrikanten tatsächlich passierte. Auch dies müsste mit entsprechenden Kommentaren quittiert werden. Die ersten Jahre Maurers, noch in der Ära Fehlmann, blieben da noch unbestimmter. Am 6. Juni 1914 finden wir im «Freien Aargauer» die erste Abrechnung mit dem neuen Redaktor des ZT, der in seinem Einstand einen eher demokratischen Standpunkt einnahm: wir sollten Sozialpolitik und Wirtschaftspolitik betreiben. Unser Partner ist jener, der «vom Klassenkampf ablässt, der auf einem gewissen Boden zwar viel Blüten treibt, aber wenig Früchte trägt».

<sup>236</sup> Aus Ehinger, S. 67. Aus der Rede von H. Ringier, Verwaltungsratspräsident.

<sup>237</sup> Ehinger, S. 68.

<sup>238</sup> Hans Ringier: Rede an der Trauerfeier.

<sup>239</sup> ZT, 20. Januar 1915 und 2. Februar 1916.

Sozialreformen müssten mit der «allgemeinen wirtschaftlichen Lage in Einklang» gebracht werden.<sup>240</sup> Genau diese Sprache provoziert den schärfsten Widerspruch, denn blosses Hohnlachen wirkte als Antwort misslich. Maurers Lob auf Demokratie und Demokraten müssten dann an der Haltung zum Proporz gemessen werden, meinte der «Freie Aargauer».

Der Stil des ZT vor dem Amtsantritt Maurers war bedeutend rüder gewesen und geprägt von demokratisch eingefärbter Polemik. Die Streitereien in der freisinnigen Partei waren damals weniger eine Frage der Programmpunkte, als des Stiles. So waren noch im Mai Ratsberichte aus dem Grossen Rat und aus dem Bundeshaus durchsetzt mit «Bravo, Grosser Beifall, Lebhaftige Zustimmung» usw., wenn es sich um eigene Leute handelte, doppelte Ausrufe- oder Fragezeichen, «Zwischenrufe» etc. zierten die Satzenden, wenn konservativere Parteifreunde sich äusserten.<sup>241</sup> Ein weiteres Beispiel: Im Januar zuvor musste sich das ZT dagegen verteidigen, 1913 den Untergang der Spar- und Leihkasse am Ort verursacht zu haben. Mit ihren ungeRechtfertigten Anwürfen sei so lange Kreditschädigung betrieben worden, bis von den Kunden 500 000 Franken in Kürze zurückgezogen wurden, sodass sich die Kasse an die Kantonbank anlehnen musste.<sup>242</sup> Solche Kämpfe und Krämpfe hatten das Tagblatt beim hiesigen Gewerbe nicht unbedingt beliebter gemacht.

Zwei Elemente prägten das persönliche politische Engagement Maurers in der Anfangszeit: der Streit mit den extremen Kräften der Arbeiterpartei und die Verhinderung und Diskreditierung der Proporzidee. Dabei spielte er mit offenen Karten: es geht um die Sicherung der bürgerlichen Machtstellung auf allen Ebenen des Gemeinwesens. Das bald darauf einbrechende Kriegsgeschehen mit all seinem Elend berührte den Elsässer Maurer mehr als seine Berufskollegen im Kanton. Das Geschehen im Wasgau wurde immer wieder detailliert übermittelt. Seine Sympathien neigten sich nicht grundsätzlich auf die Seite der Mittelmächte; sie wurden aber durch Ungeschicklichkeiten der französischen Politik gegenüber der Schweiz dorthin getrieben. Das Manifest Spittlers wurde im ZT von einem Einsender, unter dem Titel «Anderer Meinung», hart angegriffen: «England ist nicht unser Freund.» «Ist nicht Deutschland der Überfallene und Einkreiste, der von seinen wirtschaftlichen Neidern zur Strecke gebracht werden soll?» Dies die in der Deutschschweiz gängige Meinung, druckfrisch der deutschen Propagandamaschinerie entnommen. In einem Nachwort zeigte sich der Redaktor gelassener und differenzierter: Man hätte nun beide Seiten zum Wort kommen lassen. Es gelte zu bedenken, dass die Schweiz im 19. Jahrhundert vieles von England bekommen habe. Diese Bemerkung wollte die Leserschaft daran erinnern, dass auch ein Kampf zwischen autokratischem

<sup>240</sup> ZT, 2. Juni 1914.

<sup>241</sup> ZT, 25. Mai 1914.

<sup>242</sup> ZT, 5. Januar 1914.

und demokratischem Prinzip stattfinde; und Maurer nahm mit dieser Anmerkung eine Haltung vorweg, die hierzulande sonst erst nach 1916 vertreten wurde.<sup>243</sup>

Ende 1915 schrieb er über ein kriegstolles Europa, vom Heldenmut der französischen Truppen, aber einer Kriegsbilanz zu Gunsten der Mittelmächte. Wieder dieser Drang nach Unparteilichkeit! Seine Meinungsfreiheit bewahrte er sich auch, als der Chefchirurg des Kantonsspitals, Dr. Eugen Bircher, seine Sofia-Mission durchführte und dabei den Regierungsrat dem Spott der Öffentlichkeit aussetzte. Dass Bircher mehr Freude am Militär als an der Medizin zeigte, war dem Kritiker Stein des Anstosses und sollte zu Konsequenzen führen. Die Gutmütigkeit der aargauischen Regierung war nicht mehr tolerierbar.<sup>244</sup> Die grundsätzliche Aversion gegen den Marxismus in der sozialdemokratischen Partei schlug um zu Spott und Hohn, als diese den Krieg zur Revolution umpolen wollte, und die schweizerischen Trabanten sich zur Internationalen bekannten. Schon vorher setzte Maurer häufig verletzende Attribute, wenn er von der roten Parteiwäsche und den Akteuren im Nationalrat zu berichten hatte.<sup>245</sup> Nun aber schrieb er von Demagogen und Terroristen, die an der roten Tagsatzung vor 400 Menschen in Aarau sprachen. Grimm und Konsorten verwandelten den Anlass zu einem Jungbrunnentag, der das reine Prinzip einführte und damit alle gemässigten Grütlianer ab- und austossen musste. Die Ultrasozialisten, die Grimm-Naine-Graber-Platten, hätten diesen nichts mehr zu bieten.<sup>246</sup>

An der Jahreswende 1917/18 glaubte die Redaktion an einen bald zu Ende gehenden Krieg und begrüsste die mächtige demokratische Welle, die über Mitsprache des Volkes eine friedlichere Zukunft verspreche.<sup>247</sup> Zwar kam auch Russlands Zerrüttung nach der Revolution zur Sprache, aber die Hoffnungen auf Brest-Litowsk und einen allgemeinen Frieden machten den Putsch der Maximalisten und die Niederlage Kerenskys zu einem Ereignis, das die Welt eher dem Frieden näher zu bringen versprach, als dass dieser Umsturz in Zofingen als Bedrohung empfunden worden wäre.<sup>248</sup> Vergleichen wir diese Meinungen mit der Altjahresbetrachtung «Aufrecht weiter!»<sup>249</sup> oder «Das Jahr 1918»<sup>250</sup> einige Tage früher, so stellen wir ein Jahr danach eine grosse Ernüchterung fest. Die Putschversuche der Sozialisten in Deutschland und der Schweiz (Generalstreik), die Ausweisung der Sowjet-Botschaft verlangten von den bürgerlichen Parteien wie von der Redak-

---

<sup>243</sup> Lang, Gustav Adolf. Kampfplatz der Meinungen (über NZZ).

<sup>244</sup> ZT, 2./3. Dezember 1915.

<sup>245</sup> ZT, 31. Dezember 1914.

<sup>246</sup> ZT, anfangs 1916.

<sup>247</sup> ZT, 31. Dezember 1917.

<sup>248</sup> ZT, 8., 10. und 13. November 1917.

<sup>249</sup> ZT, 31. Dezember 1917.

<sup>250</sup> ZT, 28. Dezember 1918.

tion des «Zofinger Tagblatts» einerseits eine harte Abgrenzung nach links (Mittelstandsvereinigung des Bezirks Zofingen), anderseits das Zugeständnis, dass soziale Reformen nötig seien. Die wirtschaftliche Neuordnung sei die Sache aller, auch der Neutralen.

Aussenpolitisch sagte damals Maurer voraus, dass die Spannungen der Nationalitäten anhalten, und Rasse gegen Rasse streiten werde. Die ausgleichende Gerechtigkeit sei schlimm mit den Kronenträger Europas verfahren. Präsident Wilson bleibe die Hoffnung Europas. Die Betrachtungen Maurers am Ende des letzten Kriesjahres schliessen folgerichtig an seine früheren Kommentare an; ihm waren durch die Zeitläufte keine politischen Purzelbäume aufgetragen, wie andern Redaktoren im Aargau. Dies ist umso bemerkenswerter, als am 1. September die Ära Fehlmann brüsk zu Ende ging. Doch die Redaktion konnte auch unter neuer Leitung ihren Dienst ohne Zäsur weiter versehen.

## Der Feind steht links – oder halblinks

Nach der Übernahme des Blattes durch die Fabrikanten 1918, der entsprechenden Leitung durch den Verwaltungsrat, war die politische Position klar vorgegeben. Die unruhige, gefährliche Zeit<sup>251</sup> um den Generalstreik tat ein übriges, der Zeitung die klare bürgerliche Richtung zu weisen. Die Bemerkung, «die Partei hatte nie eine Befehlsgewalt über die Zeitung» ist bei einem Blatt liberalen Zuschnittes völlig überflüssig; uns ist nirgendwo im Aargau ein Redaktionsstatut begegnet, das eine Befehlsgewalt der freisinnig-demokratischen Partei über eine bürgerliche Zeitung postuliert hätte. Daher kann immer nur von Parteinähe gesprochen werden und diese muss aus den Kommentaren, respektive der Auswahl der weltanschaulich orientierten Agenturbeiträgen abgeleitet werden. Die Offenheit bezüglich Informationen aus dem linken politischen Lager kann dabei völlig verschieden gehandhabt werden und sagt nichts über die politische Richtung des Blattes aus, sondern ist eine blosse Frage des Stiles. Informationen können auch dazu verwendet werden, vernichtende Kommentare zu alimentieren und Analysen mit negativen Folgerungen anzufügen. Zeitungen, die in den 30er-Jahren zum Beispiel den sogenannten Erneuerern ihre Spalten öffneten, waren deswegen noch lange nicht frontenfreundliche Blätter.

---

<sup>251</sup> Titel in Ehinger, S. 63. Ringier am 31. Dezember 1966. Verwaltungsrat der «Zofinger Tagblatt AG» 1918 (Die Fabrikanten): Dr. Hans Ringier, Fürsprech, von und in Zofingen, Ernst Stalder, Fabrikdirektor von Rüegsau, in Zofingen, Paul Albrecht Siegfried, Fabrikdirektor, von und in Züringen, Fritz Hochuli, Fabrikant, von und in Safenwil, Karl Matter, Fabrikant, von und in Kölliken, Otto Krauer, Fabrikant, von Zürich, in Rothrist, Dr. Hans Fehlmann, von und in Zofingen

Die Zeit der Diskussionen über den Gossratsproporz 1920 ist besonders aufschlussreich zur Eingliederung des ZT in die freisinnige Parteistruktur zur Zeit Albert Maurers. Der Regierungsrat hatte unter dem Druck der öffentlichen Meinung sofort nach dem Generalstreik ein Proporz-Gesetz für das Parlament ausgearbeitet. Aber erst am 5. September 1920 kam die Sache zur Abstimmung und zum positiven Abschluss (Initiative der SP vom Frühjahr 1919). Der Meinungswechsel der freisinnigen Grossrats-Fraktion führte zu einem Zerwürfnis zwischen der Partei und einem Teil der Presse, nämlich «Brugger» und «Zofinger Tagblatt». «Zu den Warnern vor dem Spaltpilz des proportionalen Wahlsystems gehörte auch das Zofinger Tagblatt. Es hielt sich dabei an die grundsätzliche Zweckbestimmung seiner publizistischen Tätigkeit: ein aufbauender Faktor im Leben des demokratischen Staates zu sein. Aber die freisinnig-demokratische Partei, der das Blatt gesinnungsmässig, in aller Dispositionsfreiheit, verbunden blieb, glaubte der damaligen Zeitströmung eine Konzession schuldig zu sein. Sie gab die Parole zugunsten des proportionalen Wahlsystems aus.»<sup>252</sup>

Wie sehr Maurer und das «Zofinger Tagblatt» den Kampf gegen den Proporzgedanken geistig-politisch beschäftigten, beweist die Abhandlung zum 75jährigen Bestehen des ZT vom 18. April 1947. Die ganze neuere Geschichte des Blattes wurde beherrscht von diesem Thema. Der Proporz – ob gesetzlich festgelegter oder freiwilliger wie beim Regierungsrat – hat die «Zertrümmerung der freisinnig-demokratischen Mehrheitsstellung» im Kanton vollbracht, wozu die Redaktion nur tiefstes Bedauern ausdrücken konnte. So wurde das «Zofinger Tagblatt» ab 1919 – päpstlicher als der Papst – zum kompromisslosen Organ der Machtverteidigung, die für die freisinnige Konzession an die damaligen Zustände kein Verständnis aufbringen konnte.

So wurde Albert Maurer auch zusehends zum Ziel des Angriffs des «Freien Aargauers», respektive Arthur Schmidts, und der Zofinger Redaktor zögerte auch nicht, zurückzugeben oder darauf neuerdings auszuteilen. Gleiches galt – auch ohne ständige Querelen – von der katholisch-konservativen Presse. Christliche oder kirchliche Politik war für den zutiefst liberalen Maurer schon immer suspekt gewesen, die Artung seines Pressekollegen Rusch vom «Aargauer Volksblatt», den er von der Grossratsarbeit her kannte, machten ihm diese Kreise noch anrühiger. Weihnachten 1914 bot Anlass zu grundsätzlichen Gedanken. «Friede auf Erden!» Viele sprechen von Frieden, und schaffen ihn nicht. «Am widerspruchsvollsten ist die Haltung jener, die überzeugt, mit dem Urheber des Festes der Liebe auf gutem Fusse zu stehen – den Krieg nicht nur verherrlichen durch das leichtfertige Wort, sondern durch die frevle Tat.» Am sympathischsten sind Redaktor Maurer die «Priester ihres eigenen Gewissens, die die Ideale der Menschheit

---

<sup>252</sup> ZT, 18. April 1947 Jubiläumsnummer.

vertreten.» «Nieder die Waffen der brutalen Macht!»<sup>253</sup> Von Separat-Patrioten schrieb Maurer, als einzelne katholische Geistliche gegen die Frauenspende für die im Krieg in Not geratenen Menschen Einspruch erhoben. Nun suchte Redaktor Rusch dieser «Ungeheuerlichkeit ein politisches Mäntelchen» umzuhängen. Er unterscheide folglich zwischen katholischen und freisinnigen Frauen, wenn es um rein vaterländische Wohltätigkeit gehe. Das sei reine Parteibüffelei!<sup>254</sup>

Als die «ultramontanen Heisssporne des obern Freiamtes» statt des einzigen freisinnigen Gossratskandidaten des Bezirks Muri Pfarrer Balmer aus Auw durchdrückten, da schimpfte Maurer in kulturkämpferischer Manier vom schwarzen Aufmarsch der aufrichtigen Proporzfreunde, wenn es um ihren Machtanspruch gehe, eingedenk dessen, dass die Katholisch-konservativen sich sonst in dieser Frage den Roten anschlossen.<sup>255</sup> Und so trafen sich die Schwarzen und die Roten bei gewissen Fragen in schöner Freundschaft und gingen Arm in Arm, wie der Zofinger Redaktor nach einer freisinnigen Kundgebung in Baden bitter bemerkte; man werde bei Gelegenheit diesen Abtrünnigen der Bürgerlichkeit mit ihrer verwerflichen Kampfweise eine deutliche Antwort erteilen.

Auch nachdem Rusch bei den Seinigen in Ungnade gefallen war, hielten die Spannungen zwischen dem «Aargauer Volksblatt» und dem «Zofinger Tagblatt» an. Albert Maurer stand für den Nachfolger Bärlocher in der freigeistigen Ecke und seine Aussagen waren damit für immer etikettiert. Wenn Maurer fürchte, dass die freisinnige Areligiosität von der katholisch-konservativen Religiosität und der sozialistischen Antireligiosität zerdrückt und zerpulvert wird, dann stamme diese Kriegsansage aus unverdächtigem Munde.<sup>256</sup> Und als Bärlocher, nach Annahme des Kantonsspitalgesetzes, die Wunden lecken musste, weil seine Parole knapp unterlegen war, erteilte er den Sozialdemokraten gute Noten. Sie hätten sich im Kampf vornehmer benommen als die Freisinnigen. Dies brachte Maurer auf die Palme: Die parteipolitische Grundsatzlosigkeit der Konservativen sei ja nicht neu, das schwarz-rote Liebäugeln ebensowenig. Wer sich so fromm gibt, der durfte – so dachte wohl Maurer – dem Teufel auch nicht den kleinen Finger reichen.

Der Buchdruckerstreit von 1922 hat dann nicht wenig dazu beigetragen, dass alle linksverdächtigen Allüren für Maurers Blatt ausgeblendet und andernorts bekämpft werden mussten. Damals fühlte sich das «Zofinger Tagblatt» ganz besonders betroffen. Dass damals alleine die politische Presse bestreikt wurde – die Ringier-Druckerei blieb davon unbehelligt – bewies ihm, dass die Frage der Arbeitsbedingungen nur vordergründig war, in Tat und Wahrheit galt es, die Abstimmungspropaganda gegen die Vermö-

<sup>253</sup> ZT, 24. Dezember 1914.

<sup>254</sup> ZT, 17. Januar 1916.

<sup>255</sup> ZT, 1. Februar 1916.

<sup>256</sup> AV, 20. Dezember 1927.

gensabgabe zu unterdrücken. Diese Einsicht war von andern Redaktoren längst publiziert und als undemokratisch angeprangert worden. Dass der Streik zehn Tage über die Abstimmung hinaus dauerte, hatte schliesslich mehr mit Gesichtswahrung der Arbeiterpartei nach verlorener Schlacht als mit Lohnforderungen zu tun.

## Das Verhältnis zum Dritten Reich

Um das Verhältnis einer Zeitung zum Nationalsozialismus abzuklären, kann nicht mit der Machtergreifung im Januar 1933 begonnen werden. Die Veröffentlichung des NS-Parteiprogrammes 1920, das die Zerstörung der Demokratie und die Diskriminierung gewisser Bevölkerungsteile, also die Aufhebung der Gleichheit postulierte, muss einen Redaktor liberaler Prägung aufrütteln. Er kann unmöglich das Auf und Ab im Wahlerfolg melden, ohne dass der Abscheu vor einer derartigen Gruppierung sichtbar würde.

Dabei ist zu beachten, dass eine lokale Tageszeitung kaum Gelegenheit bekommt, sich eingehend mit einer extremen Kleinpartei eines Nachbarstaates auseinanderzusetzen. Die Erfahrung, dass eine politische Gruppierung gleichsam aus dem Nichts kommend in einer einzigen Wahl zur zweitgrössten Kraft aufrückt, war ohne Beispiel. Die Verpflichtung eines Journalisten, über wirre Programme zu berichten, kann erst nach 1930, oder eigentlich erst nach 1933 gefordert werden, wenn entsprechende Erdrutsche drohen oder schon erfolgt sind. Noch im September 1930, also vor den verhängnisvollen Neuwahlen, sprach Zuversicht aus der Maurer'schen Prognose: «Der politische Bergrutsch in Deutschland» nannte zwar die «besonders revanchelüsternen Gruppen» als Gefahr, sah aber in der NSDAP im speziellen keine kriminelle oder terroristische Aktionäre. Offensichtlich hatte er sich damals mit deren Programm noch nicht näher auseinandergesetzt. «Wenn eine Regierung arbeitsfähig werden soll, dann muss sie alle verfassungstreuen Kräfte, die in dem Raume zwischen den radikalen Gegnern des Systems (Nationalsozialisten und Deutschnationale auf der Rechten, sowie Kommunisten auf der Linken) noch vorhanden sind, rasch und entschlossen zusammenfassen.»<sup>257</sup> Die innenpolitischen Programmpunkte, die zwischen Deutschnationalen und der NSDAP Welten klaffen lassen und letztere zu einer möglichen kriminellen Organisation machen, rühren Redaktoren nur dann auf, wenn sie direkte Auswirkungen über die Grenze hinweg voraussehen mussten.

Die Rückwirkungen der deutschen Reichstagswahlen, bei denen überraschend 107 Nazi-Vertreter gewählt wurden, lassen wieder nur zwischenstaatliche Befürchtungen zu: «Indem die französischen Nationalisten das

---

<sup>257</sup> ZT, 16. September 1930.

aussenpolitische Programm der Hitlerleute dem eigenen Volke als Schreckensgespenst vorhalten, verschweigen sie allerdings, dass es mit der Verwirklichung dieses Programmes gute Weile haben dürfte...» Frankreich hätte es zudem in den Händen, dass den Nazis die Felle davonschwimmen. Wieder war nur der aggressive Charakter dieser Partei nach aussen hin für das Zofinger Publikum erwähnenswert; die NSDAP wurde als nationalistische Gruppierung unter anderen empfunden.<sup>258</sup> Die Redaktion vermochte das Resultat sogar als Beruhigungspille zu deuten: Die Putschabsichten Hitlers, die von deutschen Sozialdemokraten immer wieder befürchtet wurden, seien nun hinfällig; der Weg über Wahlen zeige sich als erfolgversprechender.<sup>259</sup> Die Eröffnung des Reichstages mit den theatralischen Szenen der Radikalen wurden im «Zofinger Tagblatt» mit allen Einzelheiten des Treibens dargestellt. Noch waren die Kräfte der Demokratie plus jene des alten Deutschlands in der Überzahl. In der Neujahrsbetrachtung bezeichnete Maurer die Situation im Reichstag allerdings als katastrophal.<sup>260</sup>

Im Dezember 1931 nahm er Abschied von einem Prüfungsjahr, denn offene und verschleierte Diktaturen ringsum würden das Zusammenleben bestimmen. Dass dabei wieder nur die offizielle Politik der näheren Prüfung wert war, muss im nachhinein als Fehlverhalten taxiert werden. Schon am 27. Juli 1931 berichtete nämlich die «Deutsche Rundschau», dass das traditionelle Lager des jüdischen Pfadfinderbundes nicht mehr durchgeführt würde, da man für die Sicherheit nicht garantieren könne. Ist dies bereits das prophezeite Dritte Reich? Die Meldung wollte aufzeigen, wie weit es auf deutschem Boden durch die Toleranz der Nazi-Aktivitäten schon gekommen war. Dies sollte auch im folgenden Jahr nicht besser werden. Mit der Machtergreifung wurde die Redaktion stark von der Verantwortung entbunden, gleichsam mit dem Stethoskop den deutschen Volkskörper abzuhorchen, denn nun lieferten die Agenturen täglich Meldungen und Kommentare pfannenfertig ins Haus. In allen bürgerlichen Zeitungen finden wir dieselben geschönten Lebensläufe von Hitler, dieselben Informationen über den Reichstagsbrand und die politischen Folgen.<sup>261</sup> Am ehesten noch geben die Titel Aufschluss über die Haltung des damaligen Alleinverantwortlichen der lokalen Tageszeitung.

Sobald die Drohgebärden des NS-Systems auch die Schweiz direkt oder indirekt berühren, die Heim-ins-Reich-Propaganda die umliegenden Staaten behelligten oder gar die Annexion drohte, war die Feindschaft gegenüber Hitler-Deutschland eine Selbstverständlichkeit und kaum mehr der Erwähnung wert. Aufschlussreicher sind die Kommentare zur Frontenbe-

<sup>258</sup> ZT, 18. September 1930.

<sup>259</sup> ZT, 19. September 1930.

<sup>260</sup> ZT, 31. Dezember 1930.

<sup>261</sup> Vor allem die Mittelpresse.

wegung 1933/34. Die Spiegelungen im Erscheinungsbild, der Wortwahl und im Programm gewisser Fronten provozieren Bemerkungen und Urteile der Redaktion. Wir ersehen, was das ZT von der NS-Bewegung hält und ob das Menschenverachtende und Verbrecherische auch klar erkannt wird. Antisemitismus im eigentlichen Sinne des Wortes gehörte damals nicht zur politischen Kultur der liberalen Blätter; einheimische Juden gehörten überall zu den eifrigsten Lesern und Inserenten dieser Organe. Toleranz gegenüber Organisationen, die ein Judenproblem in der Schweiz postulierten oder konstruierten, war bereits eine antisemitische Haltung. Diesen Stellen gilt unsere Aufmerksamkeit.

## Hitlerianismus im Nachbarstaat

Das «Zofinger Tagblatt» vertrat in bezug auf die NSDAP und ihr Wachsen im deutschen Volk eine betont schweizerische Sicht. Die Demokratie liberaler Prägung, das heisst der Geist von Weimar stand in Gefahr und damit auch unser Staatswesen; dazu fügte sich die völkische Staatsidee, die den eidgenössischen Bundesstaat in seinem Selbstverständnis in Frage stellen konnte. Dabei reduzierte sich das Interesse auf die Frage: «Wie hältst Du es mit der einheitsstaatlichen Diktatur?» Wer eine derartige Schweiz ablehnte, verurteilte auch die Entwicklung im «fernen Nachbarstaat, ja, bedauerte selbst das irregeführte Volk, und rüstete sich geistig und materiell, den Übergriff auf das eigene Land mit Wehr und Waffen aufzuhalten.» Ein «Freier Aargauer» hingegen legte ganz andere Massstäbe an. Der Internationalismus verleitete dazu, die Grenzen zu ignorieren. Deutsche sozialistische Agenturen und Korrespondenten bedienten die Linkspresse in der Schweiz mit Material. Das tägliche Anteilnehmen an Verfolgungen im Reich, vor allem an Parteigenossen, rückten die allgemeinen Menschenrechte ins Zentrum. Daneben verblassten Staatsnotwendigkeiten, Ordnung und Verteidigung. Die spezielle Lage der Schweiz wurde geflissentlich übersehen; damit entfiel auch die militärische Abwehr an den Grenzen des schweizerischen Rechtsraumes, der sowieso von einem bürgerlichen, das heisst kapitalistischen Recht dominiert war. In dieser Wertung des Feindbildes gründete der Antagonismus zwischen der aargauischen Arbeiterpresse und dem «Zofinger Tagblatt», respektive zwischen Schmid und Maurer. Am klarsten äusserte sich diese Differenz in einer Kontroverse am 11. April 1933. «Mit Blindheit geschlagen!» titelte Arthur Schmid und warf der bürgerlichen Presse vor, das Menschenverachtende im Faschismus zu übersehen und daher auch Frontenversammlungen zu tolerieren. «Selber mit Blindheit geschlagen», konterte das «Zofinger Tagblatt», wenn ein Redaktor und Politiker wie Schmid ignoriert, dass nur eine starke Armee verhindert, dass der Unrechtsstaat auch auf unser Gebiet expandiert.

Die dauernden Wahlkämpfe 1932/33 im Reich rückten ein für allemal die deutsche Innenpolitik ins Zentrum des Interesses. Fast täglich erschienen im ZT nun Berichte oder gar Leitartikel auf der Frontseite zu diesem Thema. Eine Rechts- oder Linksdiktatur wurde als Gefahr gleichermaßen gefürchtet. Dazu gesellten sich Verstösse gegenüber demokratischen Gepflogenheiten und das Missachten rechtlicher Formen. Wohl bewusst und gewollt nicht im Vordergrund stand die Toleranz gegenüber Intoleranten, vorab der Moskowiter, die über internationalistische Ideologie und Verflechtung die Schweiz scheinbar viel direkter bedrohten, als alle Formen des Nationalismus im Süden und Norden des Landes. Die linke Gefahr konnte man auch mit dem Grenzschutz nicht abwehren; sie bedrohte die Milizarmee von innen, während helvetonationalistische Bewegungen, trotz Anruchigkeit, in der wichtigsten Frage, nämlich der Wehrhaftigkeit, loyal erschienen.

Die Hitlerianer, so wurden sie von Maurer im ZT immer wieder verächtlich geheissen, genossen keinerlei Sympathie. Der Wahlkampf in Deutschland spielte sich in einem Jargon ab, vor dem jede sachliche Auseinandersetzung sich in ein Mausloch verkriechen muss.<sup>262</sup> Käme einmal die NSDAP an die Macht, und wäre es auch nur in einem deutschen Teilstaat, «dann wäre es aus mit den Phrasen». Dass daraus auch aussenpolitische Verunsicherung resultiert, konnte nicht übersehen werden. «Wie Hitler hetzt», lautete eine Meldung über eine Rede Hitlers, in der er erklärte, der Lausanner Vertrag, der Deutschland eine Belastung von drei Milliarden bringe, werde in sechs Monaten nicht mehr drei Mark wert sein.<sup>263</sup> Die «Diktatur in Preussen», auch wenn nur als Notmassnahme und durch den Zentristen von Papen inszeniert, galt nicht als harmlos, denn im Hintergrund «steht die Diktatur Hitlers!»<sup>264</sup> Nachdem die NSDAP mit 229 Sitzen die weitaus stärkste Partei des Reichstages geworden war, musste mit Hitler gerechnet werden. Dennoch verebbte der Hohn nicht. Dem Nazihäuptling wurde ein Lebenslauf gewidmet; immerhin war er Kandidat für das Amt des Reichspräsidenten gewesen.<sup>265</sup> «Wotans Geist erwacht!», der Schwur-Text der Stahlhelme und ähnliche Berichte beweisen, dass man Exzesse nationalistischer Art weniger als Bedrohung ansah, als die kleinsten Regungen von internationalistischen Organisationen. «Armes Deutschland, erwache!», lautete der mitleidige Kommentar der Zofinger Redaktion.<sup>266</sup>

Dass «der gezähmte Hitler» mit seinen Millionenschulden im Januar 1933 einer Koalitionsregierung beitreten musste, sah man mehr als Weg zur Mässigung, denn als Gefahr an. «Ist damit die revolutionäre Periode der

---

<sup>262</sup> ZT, 18. Juli 1932.

<sup>263</sup> ZT, 12. Juli 1932.

<sup>264</sup> ZT, 22. Juli 1932.

<sup>265</sup> ZT, 23. November 1932.

<sup>266</sup> ZT, 10. September 1932.

Nationalsozialisten abgeschlossen? Wir wissen es nicht.»<sup>267</sup> «Hitlers erste Kraftproben» wurden noch als Anleihen beim Bolschewismus bezeichnet, und die Angst wuchs erst, als Notverordnungen die Presse in Fesseln legte. Nun spielte auch bei der bürgerlichen Presse ein Solidaritäts-Effekt. «Dass wir uns in Deutschland erstmals wieder einem gewissen Dauerzustand gegenübersehen»,<sup>268</sup> konnte angesichts der Massnahmen nach dem Reichstagsbrand nicht beruhigen. «Hitler im neutralen Lichte» konnte auch bei guter Beleuchtung nichts Gutes in Wesen und Politik finden: Gefühle des Abscheus seien für Schweizer selbstverständlich, aber auch des Mitleids für das deutsche Volk.<sup>269</sup>

Der Judenboykott 1933 erfuhr im «Zofinger Tagblatt» genauso harsche Kritik, als dann 1938 die Reichskristallnacht die Redaktion empörte. Dies wurde von Ehinger in seiner Monographie eindrücklich dargestellt und belegt.<sup>270</sup> Sowohl der Terror im Reich vor der Machtergreifung, als auch die offiziellen Massnahmen des Dritten Reiches, wie Säuberungen und Ausschlussungen, sorgten für direkte Wirkungen auf die Schweiz: Flüchtlinge! Die Flüchtlingsfrage<sup>271</sup> war längst vor dem Krieg ein Thema, das die öffentliche Meinung beschäftigte; hier ging es um das Teilen des kargen Brotes mit Menschen, die kaum mehr in unbehelligten Drittstaaten Aufnahme finden konnten. In den 30er-Jahren stand das Teilen der Arbeit im Zentrum, vor allem mit Intellektuellen, die unbedingt im deutschen Sprachraum verbleiben wollten. Im Kriege – unter Zensur – handelte es sich vorwiegend um offizielle Verlautbarungen, früher aber um direkte oder indirekte Meinungen der Redaktion. Und Flüchtlinge waren das letzte, was die Schweiz 1933 in grösster Wirtschaftskrise ertragen wollte. Das «Zofinger Tagblatt» unterschied sich in den Reaktionen damals kaum von andern bürgerlichen Blättern im Aargau. Die Schweizer Mittelpresse lieferte die Fakten und besorgte die Kommentare. Wir erkennen noch heute: Asyl hiess Zuflucht, und Zuflucht bedeutete stilles, dankbares Dasein, ohne Behelligung der inneren und äussern Politik und ohne Belastung des angespannten Arbeitsmarktes. Alles andere führte zu Unannehmlichkeiten.

Dass Rassistisches nicht mitspielt, bewies der erste Flüchtlingsstrom im Februar 1933, also vor dem Judenboykott. Die «Massenflucht aus Deutschland» schwemmte vor allem Kommunisten in die Nachbarstaaten. Österreich müsse nun sein weitgehendes Asylgesetz revidieren. Auch in der Schweiz dürften Rückschläge zu erwarten sein. Zu verhindern wäre jedenfalls, dass solche staatsfeindlichen Elemente in unserm Lande irgendwelche

<sup>267</sup> ZT, 7. Februar 1933.

<sup>268</sup> ZT, 9. März 1933.

<sup>269</sup> ZT, 4. März 1933.

<sup>270</sup> Ehinger, S. 90–92.

<sup>271</sup> Ehinger, S. 90–92.

Tätigkeit entfalten könnten.<sup>272</sup> Verschärfte Kontrollen wurden gefordert, um die Bescherung, die uns zurzeit an der Nordgrenze bedroht, abzuwehren.<sup>273</sup> Vergleiche mit den Flüchtlingen 1848 hinkten; damals suchten uns Freunde unserer staatlichen Entwicklung auf, nicht Agitatoren im Gastland. Es kann daher nicht erstaunen, dass man die Konzentration von SA-Einheiten im Grenzgebiet unausgesprochen als hilfreiche Massnahme ansah, obwohl die Übernahme der Polizeigewalt durch eine Partei-Schägertruppe eigentlich missliebig sein müsste.<sup>274</sup>

Rund einen Monat später: «Der Judenboykott in Deutschland», immer wieder frontseitig gemeldet, löste eine neue Flüchtlingswelle aus. Gleicherweise wurden «Massnahmen gegen eine Überrumpelung unserer Grenzen durch Juden, die aus Deutschland flüchten», gefordert, denn dieser Zustrom könnte zu Unannehmlichkeiten führen. Wieder stand die Arbeitslosigkeit der eigenen Bevölkerung im Brennpunkt des Interesses. «Es ist andererseits klar, dass den Einreisenden, die in der Schweiz nur eine stille Zuflucht suchen, diese nicht verwehrt werden kann.»<sup>275</sup> Sicher hätte man eine Intervention Englands begrüsst, wenn sogar das faschistische Italien die braune Revolution nicht mehr verstehen konnte. «Die deutsche Judenverfolgung erfährt in der ganzen Presse und öffentlichen Meinung der Schweiz einmütige Verurteilung.»<sup>276</sup> Diese übelsten Erfahrungen mit dem Furor Teutonicus veranlasse die Frage, ob in Deutschland eigentlich eine Parteileitung die Politik bestimme. Doch alle Hoffnungen auf ausländischen Druck auf das Hitlerregime zerschlugen sich, angesichts folgender Meldung im «Zofinger Tagblatt»: «Der Ehrenvorsitzende des Judenkongresses, Rabbiner Weiss, und der Präsident dieses Kongresses, Deutsch, erklärten sich mit dem Wunsche des Staatsdepartementes (USA) einverstanden, wonach Amerika sich weiterhin jeder Äusserung zum Boykott gegenüber Deutschland enthalte.»

## Hitlerianismus im Inland

Nicht ohne Schadenfreude meldete das «Zofinger Tagblatt» vom links-rechts Terror im roten Zürich: «Die Sozialisten regieren nach bürgerlichen Methoden.» Einst hätten sie «das Recht auf die Strasse gefordert», nun seien sie «Gefangene ihrer eigenen Vergangenheit» geworden.<sup>277</sup> Ein «schweizerischer Nationalsozialismus»,<sup>278</sup> wie er in der Delegation an der Radolfzel-

<sup>272</sup> ZT, 10. Februar 1933.

<sup>273</sup> ZT, 9. März 1933.

<sup>274</sup> ZT, 10. März 1933.

<sup>275</sup> ZT, 1. April 1933.

<sup>276</sup> ZT, 1. und 3. April 1933.

<sup>277</sup> ZT, 2. Juli 1932.

<sup>278</sup> ZT, 5. August 1932, Leitartikel.

ler Versammlung aufgefahren sei, stosse überall in der Schweiz auf Ablehnung. Das «Feldgeschrei der eidgenössischen Hilterianer», «die nicht wissen, was sie der schweizerischen Demokratie zu verdanken haben», stosse die Hakenkreuzler ins Abseits. Das ZT ist überzeugt davon, dass diese Bewegung nicht auf die Schweiz übergreifen kann. «Die wenigen National-Sozialisten werden sich höchstens auf eine blöde antisemitische Propaganda verlegen können, für welche das Schweizervolk bisher kein Verständnis hatte und nie Verständnis haben wird.»<sup>279</sup> Der Hausierverkauf des «Eisernen Besens» sei in St. Gallen vom Regierungsrat verboten worden, denn der Inhalt verletze das sittliche Empfinden, wenn Juden aufs schärfste angegriffen und deren Dasein als Gefahr für die arische Rasse gewertet würden. Ein Hausier-Patent könne durchaus mit Auflagen verbunden sein; die Presse- und Meinungsfreiheit werden dadurch nicht eingeschränkt.<sup>280</sup>

Sehr irritiert war Maurer über die «Nationale Erneuerung» an einer «Landsgemeinde des Mittelstandes» unter Nationalrat Joss und René Sonderegger in der Zürcher Stadthalle, denn es sprachen dort auch Tobler, Wyler und Dr. Zahnder, bekannte Front-Politiker. Das ZT, mit eindeutiger Tendenz zur mittelständischen Politik, vermerkte beruhigend, dass dort nichts gegen die Juden ausgesagt worden sei.<sup>281</sup> Im Gegensatz dazu bemerkte die Redaktion bei den Referaten von Rüeegsegger und Dr. Wyss an der Brugger Front-Versammlung: «Ihre Ausführungen liessen einen starken antimarxistischen und antisemitischen Einschlag der Bewegung erkennen.» Das Absingen der Landeshymne am Schluss der Veranstaltung verunsicherte das ZT immer wieder in der brüsken Ablehnung des ganzen Frontenfrühlings.<sup>282</sup>

Die Redaktion anerkannte den «Warnruf Reformierter im Ausland», die auf die deutschen Christen und ihre Anlehnung an den NS-Staat reagierten.<sup>283</sup> Ebenso erlebte die «übertriebene Beschuldigung von Juden und Freimaurer» eine Abfuhr. Dennoch sah Maurer ein neues politisches Werden<sup>284</sup> als Chance für die freisinnige Partei, wie dies auch Wanner im «Badener Tagblatt» gleichzeitig zu erkennen vermeinte. Alles, was unschweizerisch war erregte Argwohn und dämpfte die Aufbruchstimmung. Seit dem Judenboykott war «der moralische Kredit der Hitlerregierung entschieden herabgesetzt».<sup>285</sup> «Kein Hitlerspuk?» fragte rhetorisch Dr. Urs Dietschi (Olten), Redaktor der «Liberalen Jugend» im ZT. «Der letzte, der von der Liberalen Jugend der Schweiz noch zu Ihnen hielt, zieht von dannen», ruft Dietschi Tobler und seiner Nationalen Front nach; alles sei Nachäfferei und

<sup>279</sup> ZT, 7. September 1932.

<sup>280</sup> ZT, 6. Oktober 1932.

<sup>281</sup> ZT, 3. April 1933.

<sup>282</sup> ZT, 20./24./26. April 1933.

<sup>283</sup> ZT, 20. April 1933.

<sup>284</sup> ZT, 27. April 1933.

<sup>285</sup> ZT, 3. April 1933.

damit Verrat an der Schweiz. Ebenso äusserte sich der Gelehrte Prof. Dr. Walter Burckhardt, Bern, im Aufsatz «Faschistische oder demokratische Schweiz». Der schweizerische Staat «ist demokratisch, mehrstämmig und ein Rechtsstaat, oder er ist nicht». Maurer zitiert die Worte Burckhardts mit dem Zusatz, dass solches in den «Schweizer Monatsheften» zu finden war, «die jetzt ganz unter der Flagge der Neuen Front segeln». Dieser deutliche Hinweis ist zu diesem Zeitpunkt bemerkenswert und stellt der Redaktion ein gutes Zeugnis aus. Auch die Kommentare zur Kundgebung von Ende Mai in Brugg wissen genau zu unterscheiden: «Jeder sagt etwas anderes – nur im Heruntermachen sind sie sich einig.» Dass ein verdienter Oberst sich zum Sprachrohr einer solchen Veranstaltung machen lässt, sei nur zu bedauern.<sup>286</sup> Obgleich die Fronten versucht seien, ihre Programme immer mehr den bürgerlichen Parteien anzupassen, sei Vorsicht am Platze: vor Juden- und Freimaurerhetze seien sie nicht gefeit.

Mit dem bekannten «Aufruf an die junge Aargauergeneration!» der Jungliberalen am 30. Dezember 1933 waren die Plänkeleien der Aargauer Presse mit den fragwürdigen Erneuerern weitgehend vorüber. Da vermochten auch die deutschfreundlichen Einschätzungen Dr. Eugen Birchers «Deutsche Einheit – Schweizerische Fronten», mit dem Tenor, «Das deutsche Volk ist verwandelt», nichts zu ändern.<sup>287</sup> Der Chirurg und Heerführer mochte seine Einsichten und Verdienste haben,<sup>288</sup> das «Zofinger Tagblatt» nahm schon damals eindeutig Abstand von der braunen Beeinflussung, hier und dort und überall.

So können wir die Schlussfolgerungen Ehingers, folgend den Abklärungen von Klaus Paar im «Zofinger Tagblatt» 1933–1945, voll übernehmen: Kein Antisemitismus. Paar vermutete, «dass diese Haltung mit der traditionsgemäss liberalen Haltung der Redaktion zusammenhängt». Die Parolen und Kommentare des ZT zu einschlägigen Abstimmungen vor dem Zweiten Weltkrieg, wie Totalrevision der Bundesverfassung 1935 und Freimaurerinitiative 1937, die Ehinger in seiner Darstellung als Kronzeugen angerufen hatte, können daher voll bestätigt werden.<sup>289</sup>

## Die Kriegsjahre

Wie in allen bürgerlichen Blättern erbringen die Nachrichten und Kommentare zum Kriegsgeschehen 1939–1945 wenig Aufschluss über die Haltung der Redaktion und den Charakter des Presseorgans. Die Zensur vereinheitlichte das Bild derart, dass nur selten – selbst bei Übertretungen –

<sup>286</sup> ZT, 27. Mai 1933.

<sup>287</sup> ZT, 10., 11. und 12. Mai 1933.

<sup>288</sup> ZT, 28. April 1933.

<sup>289</sup> Ehinger, S. 84.

eigenständige Ansichten abgeleitet werden könnten. Die meisten Kritiken oder Schelten der Zensurbehörden betrafen Unaufmerksamkeiten oder die Leichtfertigkeiten des zuständigen Redaktors. Die bei Ehinger angeführten elf Fälle von Beanstandungen oder Verwarnungen, die militärische Schutzbestimmungen betrafen, kamen bei allen Blättern vor und zeigen, dass auch Albert Maurer mit Schneiden und Streichen nichts Unmenschliches vollbracht hatte, indem ihm dann und wann eine gefährliche Angabe eines Korrespondenten durch die Latte ging. Die angeführte Meldung über eine Strassenkorrektur im Bezirk Kulm im September 1942 war offenbar im «Zofinger Tagblatt» zuerst veröffentlicht, dann von andern aargauischen Blättern übernommen worden. Auch diese wurden verwarnt, obwohl in Briefen des Territorial-Kommandos 5 das ZT klar als Urheber erkannt war.<sup>290</sup>



*Neuer Kopf des Zofinger Tagblatts vom 3. Januar 1953.*

Die Flüchtlingsfrage war bei den Zeitungen in Aarau und Baden schon deshalb ein Thema, weil lokale Veranstaltungen zu Reportagen und Diskussionen Anlass gaben. Im «Zofinger Tagblatt» wurden selbst auswärtige Anlässe zur Flüchtlingsfrage ausgiebig kommentiert und die Politik des Bundesrates von 1942 auch mit deutlichen Worten kritisiert: «Wir sind daran, Schuld, furchtbare Schuld auf uns zu laden».<sup>291</sup> Wie in andern Zeitungen im Aargau wurden vor allem zwei Sparten der Flüchtlingspraxis angekreidet: Der gewerbsmässig illegale Grenzübertritt, «eine Gefahr für die innere Sicherheit» der Schweiz und zweitens die Weigerung von typischen Asylländern wie USA und Kanada, uns die Flüchtlinge abzunehmen. Man wäre gerne der Pflicht, als Erstaufnahmeland Asyl zu bieten nachgekommen, wenn die klassischen Einwanderungsstaaten die Schweiz als Durchgangsland anerkannt und sich ihrer bedient hätten. Aber die Härte der dortigen Regierungen beeinflusste auch die rigoroseste Zurückweisungspraxis in der Schweiz. Das war die öffentliche Meinung der damaligen Zeit – auch im Raume Zofingen – und das Tagblatt konnte und durfte nicht

<sup>290</sup> Dossier des BT zur Zensur im Zweiten Weltkrieg.

<sup>291</sup> Nach Ehinger, S. 91 (F.Z. im ZT).

mehr als Spiegelbild dieser Haltung sein. Zeitungen sind in Kriegszeiten keine Erziehungsorgane; sie sind lediglich Führungsinstrumente der offiziellen Politik. Und dies im Inlandteil noch mehr als in der Aussenpolitik.

## Das «Brugger Tagblatt»

### Klein und lokal – aber beständig

Der Brugger Zeitungsstreit zwischen Demokraten und Liberalen um die Jahrhundertwende (1900/1906) hatte das «Brugger Tagblatt» hervorgebracht.<sup>292</sup> Der Effingerhof, Verlag und Druckerei, konnte damit seine Überlegenheit beweisen. Die Tageszeitung trug in Erinnerung an diese Kampfzeit während Jahrzehnten den Untertitel «Aargauische Zeitung», der Name des kurzlebigen, eingegangenen Konkurrenzblattes. Die Kurzfassung, die zweimal die Woche erscheinende Bruder-Zeitung «Aargauischer Hausfreund», erschien ab 1907 fusioniert mit dem «Brugger Anzeiger». Damit war für mehr als zehn Jahre die Brugger Zeitungslandschaft wohlbestellt und liberal-konservativ eingefärbt. Beide Organe trugen finanziell sich selber und fungierten gleichzeitig als Aushängeschild für die Kundendruckerei des Effingerhofes.

Dass der Hausfreund mit seiner bald 50jährigen Tradition florierte, kann nicht weiter erstaunen. Die Überraschung bildete vielmehr das «Brugger Tagblatt» – konkurriert in der Landschaft des Bezirks durch den betriebseigenen Hausfreund – das gleichwohl genügend Lebensraum vorfand oder sich diesen zu schaffen wusste. Allein der regionale Zentralismus in Brugg war es, der dies Wunder möglich machte. Der Bezirk Brugg ist der einzige im Aargau, der anfangs des Jahrhunderts nicht einen zweiten Pressestandort aufwies. Das «Brugger Tagblatt» des Effingerhofes 1907 war nicht anders gestaltet, als das Blatt vom 2. Oktober 1900, nämlich vier Seiten, dreispaltig, von mittlerem Format. Damals war, nach kurzem Probelauf als zweispaltiges Miniblättchen, seit dem 26. März, die Tageszeitung aus Angst vor einer allfälligen Konkurrenz ausgebaut worden. 1907 versuchte man, den Brugger Geschäftsleuten, die sich für Beibehaltung der Tageszeitung eingesetzt hatten, ein gefälliges Produkt anzubieten.

Vor dem Ersten Weltkrieg war das Tagblatt ein Organ, das inhaltlich und wirtschaftlich wohl nur knapp über die Runden kam. Eine einzige Seite mit Anzeigen sorgte für die materielle Grundlage. Der redigierte Inhalt blieb dürftig: über zwei bis drei Seiten zieht sich der Roman unter dem Strich dahin, eingekauftes, feuilletonistisches Kurzfutter zwängte sich zwischen Volkswirtschaftliches und Kleine Zeitung und am Schluss des Textteiles

---

<sup>292</sup> Müller, Bd. 1, S.112.

füllten – je nach anstehendem Raum – Auszüge aus dem Amtsblatt die restlichen Spalten. Am Samstag brachte die Ausländische Wochenschau des Redaktors etwas fremden Wind in die Seiten. Das dreispaltige Blatt war 1912 noch so zurückhaltend, dass normalerweise nie ein Titel die Spaltenlinie überschritt. Nur die Wahl des Bruggers Edmund Schulthess in den Bundesrat kam am 17. und 18. Juli 1912 ganz gross heraus, und der Text über dieses Ereignis füllte mehr als die Frontseite. Erst zum Jahresanfang 1913 wurde das «Illustrierte Unterhaltungsblatt» zum Wochenende beigelegt, eine Fremdproduktion schweizerischen Ursprung, wie die Abonnen-tenwerbung bekanntgab. Bilder fanden nur selten Eingang in die Zeitung und stammten meist aus ausländischen Quellen. Das Vaterländische wurde gross gepflegt, schon bei Redaktor Aellen, ab 4. März 1912 auch von seinem Nachfolger J. Frey.

Wie im Aussehen, so auch im Inhalt, bot sich das «Brugger Tagblatt» gesamthaft als Muster eines gemässigt bürgerlichen Blattes an. Die Ovation für den einheimischen Bundesrat – einziger Ausrutscher, mit Wiederholung bei jedem grösseren Auftritt und den Präsidialjahren – musste man dem freisinnigen Organ verzeihen. Ende 1912 wurde das Format abermals vergrössert und das Blatt dennoch als das billigste tägliche Organ im Aargau zum Preise von fünf Franken pro Halbjahr angepriesen. Der Stolz auf Verfassung und Vaterland blickte nicht nur durch die Zeilen, sondern wurde permanent und plakativ gepflegt. Die beiden Genfer Politiker, Grossrat Dr. Oltramare und Regierungsrat Pérréard wurden im Artikel «Eine Entgleisung» angeklagt, sich überall in der lateinischen Welt zu Hause zu fühlen. Sie waren bei einer Ansprache im französischen Annecy dabei ertappt worden, Frankreich als Heimat zu bezeichnen. Das Beispiel nahm vorweg, was in der Kriegszeit mental zum Zerwürfnis zwischen den Sprachregionen führen wird. Die Freude, dass der deutsche Kaiser auf Staatsbesuch kommen wird, trat schon aus der Anzeige zu Beginn des Jahres 1912 zutage. Die Schweiz wüsste, was sie Europa schuldig sei und werde den Friedenskaiser würdig empfangen. Als aber in der deutschen Presse der Satz auftauchte, in der Schweiz herrsche eine ungeheure Freude, reagierte die Redaktion ungehalten und versah das Attribut mit einem eingeklammerten Fragezeichen. Vorsicht, wenn Überheblichkeit durchschimmert! So wurden die Reportagen im September 1912 über die Kaisermanöver<sup>293</sup> vor allem als eine hohe Ehre, die unserm Lande erwiesen wurde, ausgestaltet.<sup>294</sup> Das Ansehen unserer Wehrkraft durch den Kaiserbesuch hätte in Europa mächtig gewonnen und die Schweiz in Wilhelm II. einen guten und mächtigen Freund gewonnen.<sup>295</sup> Aus allem, was in den Vorkriegsjahren in diesem Blatte kommentiert wurde, entströmt ein unglaublicher Optimismus. Jene Kreise der Linken,

<sup>293</sup> BrT, 4./5. und 7. September 1912.

<sup>294</sup> BrT, 4. September 1912.

<sup>295</sup> BrT, 31. August 1912.

die nur das Geschäft des Hetzens und Verhetzens pflegten, seien Elemente, die immer auf Anhang zählen können, aber nie bestimmenden Einfluss auf unser Land auszuüben vermöchten.

## Der unpassende Krieg

Redaktor Frey, vom «Zofinger Tagblatt» kommend, hat die Brugger Bevölkerung während des ganzen Weltkrieges journalistisch begleitet. In seiner Rubrik «Rundschau» hat er – typisch «Brugger Tagblatt» – bis zum Ausbruch 1914 nicht an den Krieg geglaubt. Zwar brachte das Attentat von Sarajewo eine kritische Situation in Belgrad, und die Hetzereien der serbischen Presse provozierten die Forderungen Österreichs. Erst die Einführung der Pressezensur in der Donaumonarchie bewies die ernste Lage.<sup>296</sup> Erstaunt zeigte sich die Redaktion gleichwohl über die Abrüstung in Britannien, wenn doch ein europäischer Krieg vielleicht näher ist als irgend ein anderer. Aber noch am 28. Juli titelte man: «Serbisch-österreichischer Konflikt» über dem Leitartikel – dann am folgenden Tag: «Österreichisch-serbischer Krieg». Die neuesten Ereignisse wurden zum Anlass genommen, in einem Fenster auf der Frontseite für ein Abonnement zu werben.<sup>297</sup> Mit der «Piquetstellung der Schweizer Armee» am 1. August bereitete man die Leserschaft darauf vor, dass der Krieg vielleicht nicht lokalisiert werden könne, denn Russland mobilisiert im grossen Stil.<sup>298</sup>

Der Tag der Bundesfeier war für den Redaktor unvereinbar mit dem Verhalten gewisser egoistischer Eidgenossen, die unverantwortliche Masseneinkäufe tätigten oder in unsinniger Weise ihr Geld bei den Banken abholten. Am 6. August lautete die Überschrift «Der europäische Krieg», und Frey verglich die Grenzbesetzung von 1870 und 1914. Welch ein Unterschied! «Wie nervös ist das Volk in diesen 44 Jahren geworden.» Wie sehr sei doch die Angstmeierei gewachsen. Dann häufen sich täglich die vorsorglichen Massnahmen des Bundesrates. Ab 15. August ist «Der europäische Krieg» Alltag geworden. Die Agenturberichte wurden meist nur kurz zusammengestellt, ohne Kommentar. Die letzten Meldungen folgten in der neuen Rubrik Drahtnachrichten im Telegrammstil. Das Thema Neutralität der Schweiz wurde zum einzigen Sachgebiet, das immer und immer wieder ausgiebig behandelt wurde. Eine Parteinahme für Deutschland, wie andernorts üblich in der Deutschschweiz, lässt sich im «Brugger Tagblatt» kaum ausmachen. Die reichste Quelle für die persönlichen Ansichten von Frey sind seine Betrachtungen «Zur Jahreswende». Sie beweisen Vertrauen in die Fürsorge der Behörden, nennen den Krieg Ende 1914 erstmals Weltkrieg,

<sup>296</sup> BrT, 24./25. Juli 1914.

<sup>297</sup> BrT, 30. Juli und 27. August 1914, «konzentrierte Berichterstattung».

<sup>298</sup> BrT, 30. Juli 1914.

verdanken die Schweiz als Friedensinsel der Vorsehung, lassen aber auch die Sorge um unser Land als Willensnation erkennen, vorab wegen des Grabens zwischen den Sprachregionen. Dennoch! Die bösen Kriegsjahre hätten sich auch positiv auf uns ausgewirkt: Grössere Zufriedenheit und Einfachheit seien zurückgekehrt. Und am 6. Januar 1915 konnte ein Leitartikel «Vor hundert Jahren» das Werden der Neutralitätsurkunde feiern und damit die unbeugsame Haltung des eidgenössischen Staatswesens bekräftigen.

Die vertanen Friedenschancen wurden von Frey immer wieder beklagt. In seinem letzten Auftreten im Tagblatt, am 30. September 1918, bäumte sich noch einmal sein ganzes Wesen gegen die Ursachen von Streit und Krieg auf. Mehr Aufrichtigkeit wurde gefordert. Hass, Neid, Gewinn- und Genussucht, auch im kleineren Kreis, nicht nur unter den Völkern, würden zum erbarmungslosen Kampf – bis zum Endsiege! führen. Dann liess er einen zürcherischen Politiker, der den Dank der Republik erfahren hatte, stellvertretend über das mangelnde Vertrauen klagen. In der gleichen Nummer gab Frey seine Demission auf Ende des Monats bekannt.<sup>299</sup> War es eine Kampf-Kündigung?

Tatsächlich hatte sich Frey von der Mittelmächte-Euphorie nie anstecken lassen. Vielleicht liegt hierin ein Grund für Unstimmigkeiten, wie dies auch andernorts geschehen. Am 2. September hatte er noch ein «Offenes Geständnis» eines in der Schweiz lebenden Deutschen aus der «Frankfurter Zeitung» eingerückt. Darin wurde geklagt, dass nun auch die Deutschschweizer Entente-freundlich würden, denn der «urteilslose Teil der Bevölkerung (das heisst der weitaus grösste Teil) ist immer dort, woher er sein Brot garantiert bekommt.» Die Schweiz sei unendlich viel abhängiger von der Entente als von den Mittelmächten. Daher werde Druck ausgeübt. Dann aber gebe es auch ideelle Gründe – und hier müssten wir Redaktor Frey einordnen. Der eidgenössische Demokrat fühle sich wesensverwandter mit Frankreich und der USA. Das grossartige Auftreten gewisser Deutscher in der Schweiz führe zu Abwehrreaktionen. Der Stolz auf führende Militärpersonen beleidige den Schweizer, vor allem, wenn er darin Kritik an seiner Armee wittere. Dieses Bildnis, von einem informierten Ausländer skizziert und wohl nur abgeschrieben, trifft die allgemeine Kriegshaltung des «Brugger Tagblattes» so treffend, dass damit das Credo des Redaktors eingefasst ist.

Der mit Zutrauen des Verwaltungsrates betraute H. Siegrist als neuer Schriftleiter kommentierte einerseits noch die Liquidierung des Krieges, anderseits die Aktionen der roten Brigaden im Aus- und Inland. Sein Jahresrückblick sah das Deutsche Reich zu Anfang des Jahres 1918 noch auf dem Höhepunkt seiner Macht. Nach dem Zusammenbruch Russlands hätte Friede geschlossen werden sollen. Damals aber wollte Ludendorff nicht.

---

<sup>299</sup> BrT, 30. September 1914.

Damit schlug die Sterbestunde eines überlebten, militärisch-autokratischen Monarchismus. Zum «Altjahr-Abend 1918» in derselben Zeitungsnummer wurde der Militarismus, der angeblich in Deutschland verkörpert sei, als unausrottbar bezeichnet, solange der Geist – und zwar überall – ein anderer werde. Dies sei schliesslich kein «Erbteil der germanischen Rasse» – der Ungeist sei auch in Paris, London und Rom vertreten. Nur Wilson und der Papst hätten sich selbstlos für Recht eingesetzt.

Ein Hauch des Bolschewismus und die roten Standarten wären über die Zentralstaaten hinweggegangen. Auch die Schweiz erlebte diesbezüglich ein schweres Jahr. «Die Wurzeln der Unruhe sind noch nicht ausgerodet».<sup>300</sup> Die Sozialdemokraten in der Schweiz wurden am 7. November als Anhänger Lenins titulierte, die mit «dem erlösenden Brand» drohten. Damals wandte sich Stadttammann Riniker auf der Frontseite der Lokalzeitung «An die Bevölkerung von Brugg und Umgebung», um sie vor der roten Flut zu warnen. Einen Tag später rief gleichenorts Dr. Eugen Bircher zur Mitgliedschaft bei der «Vereinigung vaterländisch Gesinnter» auf. Als Schlusspunkt des Landesstreiks erschien im BrT ein Gedicht: «Hymne an das Vaterland» und ein Artikel mit dem Tenor: «Die Lösung der sozialen Frage auf dem Wege der Gesetzgebung», denn die Lage ist «nicht so harmlos, wie man gerne glauben möchte»; die revolutionäre Stimmung «dauere vielerorts an».<sup>301</sup> Damit wurde die altgewohnte Zuversicht im «Brugger Tagblatt» ersetzt durch die permanente Sorge vor der roten Gefahr.

## Krise der freisinnigen Partei – Schweiz in kritischer Lage

Die Zwanziger Jahre wurden eingeleitet von einem erneuten Redaktorenwechsel. F. W. Konrad ersetzte H. Siegrist, der an anderer Stelle der Front den Kampf weiterführen wollte. Vaterland und Demokratie seien für ihn unverrückbar, bekannte er in seiner Abschiedsadresse, es sei aber die Einwohnerschaft der Stadt Brugg zu grossen Teilen lau und untätig. «Die Zeiten sind ernst. Gewisse Kräfte untergraben die Schweiz.» Für den Abwehrkampf müsse sich die freisinnig-demokratische Partei erneuern.

Und der neue Redaktor beschwor in seinen Richtlinien zwar eine elastischere Haltung in der Taktik, nicht aber in der Abwehr des Klassenkampfes. «Die Lehre Lenins ist die Bergpredigt Satans.» Den Arbeitern, die sich unter Hetzern nicht wohlfühlen, wollen wir die Hand reichen. Dem Staat sei aufgetragen, zur Schonung der wirtschaftlich Schwachen beizutragen – aber nicht mehr. Die «Verfassung ist gestaltbar – nicht starr.» Die Zusammenarbeit mit andern bürgerlichen Parteien dränge sich auf. «Der Idealist

<sup>300</sup> BrT, 31. Dezember 1918.

<sup>301</sup> BrT, 15./16. und 19. November 1918.

von heute ist der Realist von morgen.» Alles kleinliche Gezänk sollte man beiseite lassen.<sup>302</sup> Das sind Erklärungen, die das «Brugger Tagblatt» weiter an die Seite der Vaterländischen Vereinigung drängen und daher den Proport für den Aargau strikte ablehnen, denn dies schwäche nur die Position der Bürgerlichen. Der Bauernverband, der damals zum Teil zur eigenen Partei gerinnen wollte, betreibe mit der Unterstützung dieses Anliegens der Linken «die Radaupolitik der Moskowiter». Die Milchpreis-Politik der SP dürfte ihnen bald die Augen öffnen. Trotz redaktioneller Warnung erhielt Fritz Zaugg Raum und Gelegenheit im Tagblatt, den gegenteiligen Standpunkt zu vertreten.<sup>303</sup> Einig mit den Katholisch-konservativen<sup>304</sup> warnte die Redaktion die Bauern vor einer Sezession: «Spielt nicht mit dem Feuer!» Die Zertrümmerung des Freisinns sei die Freude der Sozialisten. Der Kampf sei eine Weltanschauungsfrage, keine Wirtschaftssache.<sup>305</sup>

Im Aufsatz «Ludendorff und Lenin» ortete F. W. Konrad zweierlei Gefahren aus dem Ausland: die Militarisierung nach preussischem Vorbild mit Vertrustung und Profitsucht im Wirtschaftlichen einerseits, die gewalttätige Lehre des Bolschewismus andererseits. Zudem richte sich der Kampf gegen die Diktatur von der Strasse – von links und rechts. Diese Bekenntnisse hören sich an wie ein Aktionsprogramm des Tagblattes für die Zwanziger Jahre. Der Redaktion fehlte damals auch nicht der Mut, Anwürfen des «Temps» und anderer Weltzeitungen in Frankreich an die Adresse der unbeschädigten Neutralen furchtlos entgegenzutreten: «Dass wir aber nach allen Opfern, die die Neutralität uns kostete, nachträglich auch noch an der Liquidation des Krieges uns beteiligen wollen (sic), das muss man sich in Frankreich und anderswo aus dem Kopfe schlagen.» Der patriotische Konrad bewies sich nicht nur als aggressiver Journalist, sondern auch als Poet. Gedichte und Novellen aus seiner Feder fanden damals Eingang ins Feuilleton des BrT. Doch schon nach vier Monaten räumte er seinen Sessel.

Arthur Lory, der 1921 auf ihn folgte, setzte die vaterländische Kampagne fort, rügte das rüpelhafte Benehmen ausländischer Gäste in der Schweiz, kritisierte aber auch die Entente-Politik, die nun in der Schweiz propagandistische Stützpunkte errichten wolle. Am härtesten traf dies das neue Blatt «Der Eidgenosse», ein Wochenblatt aus Aarau 1923, das vor allem Scherenschnitte nach immer dem gleichen Prinzip aneinanderreichte, nämlich Hetzberichte fremder Blätter gegen Frankreich. Dass dieses Machwerk, in armseligem Kauderwelsch aus französischen Blättern übersetzt, sich anmassend Eidgenosse nannte und vom «Aargauer Tagblatt» noch gerühmt wurde, war für Lory der Gipfel der Geschmacklosigkeit.

<sup>302</sup> BrT, 9. August 1920.

<sup>303</sup> BrT, 31. August 1920.

<sup>304</sup> BrT, im «Wohler Anzeiger».

<sup>305</sup> BrT, 16. September 1920.

In der Zeit Dr. Sondereggers, des Nachfolgers, wurde das Mitgefühl für die Bedrängten des Völkerbundes zum System erhoben: «Wo wäre ein Volk, das noch Lebenskraft in sich spürt, das nicht den Willen hätte, verlorene Macht neu zu gewinnen?» Unter diesem Motto stand nicht nur das Verständnis für die deutsche nationalistische Politik, sondern auch die Sympathien für Mussolini. Sein Werdegang, ausführlich aufgezeigt in einem Leitartikel, erfährt eine positive Würdigung. «Mussolini ist ein Phänomen, wohl mehr Phänomen als grosser Mann mit bleibenden Werken.» Als «aussergewöhnliche Gestalt der Nachkriegszeit ragt er weit hinaus über Poincaré, Herriot, Mac Donald oder Stresemann». «Weltgeschichte aber wird er nicht machen, (...) und hoffentlich wird er nicht lächerlich werden».<sup>306</sup> Diese Einordnung, vor allem die hohe Einschätzung Stresemanns, lassen Toleranz für deutschnationale Politik erkennen, ohne dass dies expressis verbis in Kommentaren angemerkt worden wäre.

Das Ausland war bis 1930 vor allem über den Völkerbund, den Haager Gerichtshof und die internationalen Konferenzen gegenwärtig, dazu gesellte sich die offizielle Politik unserer Nachbarstaaten. Das war die Schwäche der kleinen, lokalen Tagblätter. Die Innenpolitik Deutschland kam im Detail nie zum Zuge. Daher war ein Parteiprogramm, wie das des Nationalsozialismus, dieser Leserschaft kaum bekannt. Im allgemeinen Tohuwabohu der Nachkriegszeit wirkte selbst der Münchner Putsch Hitlers 1923 als ein Ereignis unter andern. Die kleine Vertretung der Hitlertrabanten als Opposition im Reichstag bildete eine Splittergruppe unter anderen und war in der Schweiz kaum der Erwähnung wert. Eine der grössten Erkenntnisse des nachgeborenen Lesers damaliger Blätter ist, dass der provinzielle Konsument über das Verbrecherische der neuen Rechtsideologie kaum eine Ahnung haben konnte. Wenn dann 1930 die NSDAP mit 107 Sitzen plötzlich im Reichstag mächtig in Erscheinung tritt, fordert sie auch von der Schweizer Lokalpresse Aufmerksamkeit, plötzlich, unvorbereitet. Doch Sonderegger, 38jähriger Vater zweier Kinder, war infolge einer Blutvergiftung am 29. September 1930 gestorben und konnte diese Wende in der Politik nicht mehr kommentieren. Aus dem Nekrolog erfahren wir, dass er vorher in der eidgenössischen Militärbibliothek, dann im vaterländischen Verband gearbeitet hatte. Das Vaterländische in der Ära Sonderegger war wohl nie so ausgeprägt in Erscheinung getreten, wie im Zusammenhang mit dem eidgenössischen Schützenfest 1924 in Aarau. Die ausgedehnten Reportagen und Ranglisten füllten vom 18. Juli bis zum 6. August jeden Tag zwei Seiten, das heisst weit über die Hälfte des Textteiles. Daneben verblassten und schrumpften alle übrigen Nachrichten und Berichte, selbst das Innenpolitische. Wie hätte damals im «Brugger Tagblatt» das Postulat der Ausbürgerung von Juden im Programm der NSDAP thematisiert werden sollen!

---

<sup>306</sup> BrT, 9. Juli 1921.

Nachdem G. Sommerhalder schon vorher in Vertretung die Redaktion geführt hatte, wurde er ab dem 6. Dezember 1930 offizieller Nachfolger. In seiner Einführung, die eigentlich nicht mehr vonnöten war, bekannte er sich als Mitglied der freisinnigen Partei und betrachtete es als Fügung, dass gleichzeitig der Beginn der Regeneration im Aargau vor 100 Jahren gefeiert wurde. In diesem Geiste, das heisst liberal im wahrsten Sinne des Wortes, beurteilte er die Lage der Schweiz und ihre Politik. Eine Zeitung sollte bilden und erziehen und zur eidgenössischen Selbstbesinnung führen. Einige vaterländische Intellektuelle aus dem Welschland drängten nach einer autoritären Ordnung in unserm Land. Dies sei nicht nötig: unsere Demokratie sei vital, dies sei 1918 bewiesen worden (wohl eine Anspielung auf den Generalstreik). Unsere moralischen Werte genügten, um das popularitäts-haschende Treiben gewisser Elemente einzudämmen und die Verpöbelung zu bekämpfen.<sup>307</sup> Deutschland würde «mit gesenktem Panier dem Jahreswechsel entgegengehen». Die Reichstagswahlen, «die einer Partei ungeahnte Erfolge brachten, welche überhaupt kein diskutierbares politisches Ziel ihr eigen nennen kann», müsse erschrecken. Eigenartigerweise war damals die Redaktion des Lobes voll über Österreich, das sich von diesem Geist freihalten könne.

Am 11. September 1931 wurde Sommerhalder erstmals im Impressum als abwesend gemeldet. Diese Bemerkung wiederholte sich in der Folge, dann verschwand sie – ohne je eine Erklärung verlauten zu lassen. Am 1. November erschien erstmals Dr. M. Fischer als Redaktor. Er war es, der am Jahresende eine Betrachtung machte, die Deutschland im Zusammenhang mit der internationalen Lage wieder ins Zentrum rückte. Die neue Kraft im Reichstag und die dortigen Turbulenzen liessen auch keine andere Wahl. Die Schweiz wirke als Banquier Europas und sei daher mit der internationalen Politik engstens verquickt. Als Financier Deutschlands könne die Schweiz nicht wünschen, dass dieser Staat bankrott gehe. Ein Absetzen der Reparationszahlungen sei daher zu begrüssen.

## Brauner Einfluss?

Schon vor der Ära des Redaktors Max Fischer 1932 zeigte sich das «Brugger Tagblatt» weitgehend immun gegenüber den Einflüssen autoritärer Staatssysteme, vor allem bezüglich der völkischen Propaganda. «Die italienische Situation ist, laut einem Bericht aus Rom, zwar auch kritisch, aber dank faschistischer Disziplin moderater: die Auflösung der andern Parteien genügte, um die allgemein auflösenden Einflüsse zu neutralisieren.»<sup>308</sup>

---

<sup>307</sup> BrT, 31. Dezember 1930.

<sup>308</sup> BrT, 5. Februar 1932.

«Mussolini hat wenigstens Geist; Hitler verbreitet blosse Platinen.» Die Hitler'sche Lehre «verurteilt alles, was uns teuer ist» in der Schweiz. In den Bildern aus dem deutschen Wahlkampf wurden die Reden Hitlers breit wiedergegeben, aber auch die Befürchtung geäussert, dass sich aus Hasardeuren eine Partei der Unzufriedenen formieren könnte, die schliesslich zur Macht käme.<sup>309</sup> Einem schweizerischen Nationalsozialismus wurde nicht nur eine Absage erteilt, sondern ihm jede Chance abgesprochen: Die «Schweiz ist einig in der innenpolitischen Ablehnung Hitlers und seiner Gedankengänge für unser Land und Volk. Einig sind die Parteien, die Behörden, die Parlamente, einig ist der Bundesrat in der Auffassung, dass die Nationalsozialisten in der Schweiz nichts zu tun haben.»<sup>310</sup>

Als Hitler, «der Baumeister», im Januar 1933 zum deutschen Reichskanzler aufrückte, da predigte Redaktor Fischer vom sichern Port aus: «Deutschland erwache!» Der Autoritätsgedanke im Nazismus beweise Machtdenken in Reinkultur; es wirke darin weder eine Autorität des Staates, noch Gottes, noch irgend eines Prinzips. Und er zitierte Feuchtwanger über Hitler: «Ein guter Trommler, sonst ein kapitales Rindviech.»<sup>311</sup> Die erste Gefahr für den benachbarten Kleinstaat sah Max Fischer im einsetzenden Flüchtlingsstrom. Die Ausgrenzungen, bewirkt durch das Hitlertum, produziere Flüchtlinge, die materielle Güter in Sicherheit bringen wollen oder Flüchtlinge, die nichts als demagogische Fähigkeiten haben. Beide Sorten seien bei uns unerwünscht. Dennoch gezieme dem Kleinstaat eine diplomatischere Sprache als der Grossmacht. Ausdrücke wie Barbaren, braune Bestien, Bluthunde, Kriegsgurgeln etc., wie sie vom «Freien Aargauer» täglich verwendet würden, erschwerten bloss unsere Aussenpolitik.<sup>312</sup>

Dennoch vermittelte das Tagblatt an drei aufeinanderfolgenden Tagen eine ausführliche Berichterstattung unter dem Titel «Die Judenhetze in Deutschland»,<sup>313</sup> und am nächsten Tag setzte die Redaktion zu einer Meldung der Agentur den Titel: «Der deutsche Judenboykott beginnt». Wenn der «Freie Aargauer» sich darüber beklagte, dass bürgerliche Blätter im Aargau die Verfolgungen im Nazi-Reich ignorierten,<sup>314</sup> so war dies unzutreffend; es war die verhaltene Entrüstung in redaktionellen Kommentaren, die Arthur Schmid nicht überzeugen konnte. Sein Vorurteil, dass bürgerliche Blätter sowieso die braune Gefahr und Brutalität ignorierten und Verfolgungen der Kommunisten gar begrüßen würden, bedurfte schärfster Töne, um abgedämpft zu werden, Dass der Nationalen Front bei ihrer Ver-

<sup>309</sup> BrT, 6. und 12. April 1932.

<sup>310</sup> BrT, 17. August 1932.

<sup>311</sup> BrT, 4. Februar 1933.

<sup>312</sup> BrT, 14. März 1933.

<sup>313</sup> BrT, 29./30./31. März 1933.

<sup>314</sup> FA, 8. Mai, 1. Juni, 2. Juni 1933.

sammlung in Brugg nicht das Maul verbunden wurde, nur um die verfassungsmässigen Grundrechte zu wahren und das «Brugger Tagblatt», zusammen mit andern bürgerlichen Blättern deren Manifestation tolerierten, galt dem Arbeiterblatt schon als suspekt.

Redaktor Fischer samt Korrespondent Bader wollten aber über die Inhalte der Frontisten-Reden urteilen und suchten daher die sachliche Auseinandersetzung. Das Vaterländische darin könnte man gutheissen, wenn nicht gleichzeitig die ganze heutige Politik als verkommen abgetan und heruntergemacht würde. Das Tagblatt beschwerte sich darüber, dass der Freisinn als Kapitalistenpartei angeschwärzt würde. Dennoch scheint die redaktionelle Kritik an der Judenhetze der Fronten die Ausgrenzung einer wirtschaftlichen Potenz mehr zu zählen als die Menschenrechte: «Wir wissen wohl, dass jeder Appell an den Judenhass in unserem Volk geneigte Ohren findet, weil die Antipathie vielfach tief sitzt.» Aber die Ausschaltung der Juden bedeutete der «Verlust eines unstreitbar aktiven Fermentes von unserem Wirtschaftsleben, und wer dies leugnet, weiss nicht, was Volkswirtschaft ist».<sup>315</sup> Die grosse Fronten-Kundgebung in Brugg fand in Fischers Bericht «Freie Gedanken zur Frontenbewegung» eine ausführliche Kommentierung. «Drei Viertel werden aus purer Neugierde nach Brugg marschiert sein...» «Viele sind enttäuscht wieder zu den Penaten zurückgekehrt», wurde schon am 29. Mai danach berichtet. Dann aber, am 3. Juni, lässt er Argumente sprechen. Nicht die Parteien seien zu kritisieren; die Auswirkungen des Proporzes würden unser System kompromittieren. Hier wäre mit Reformen anzusetzen. Die Anklage an die Adresse von Freimaurern und Judentum würden weit übers Ziel hinausschiessen. Ja, der Arbeiter soll befreit werden! Aber weder rote noch braune Verführer seien dazu imstande. Zum Jahresschluss 1933 bekannten sich Redaktor Max Fischer und Jules Keller, Wohlen, offen zur jungliberalen Bewegung und grenzten sich von den Erneuerern klar ab: «Die Fronten und Bünde haben eine Entwicklung erfahren, die weite Kreise der jungen Generation ein Mitmarschieren ganz verunmöglicht. Dies deshalb, weil Idee und Tat dieser Gruppe den freiheitlich-demokratischen Grundprinzipien, auf denen allein eine kulturversöhnende Schweiz ein Existenzrecht besitzt, widersprechen.»<sup>316</sup> Die Situation im nördlichen Nachbarland disqualifiziert alle Trabanten oder Nazi-Bewunderer in der Schweiz: «Zu Tausenden und Aber-tausenden wanderten Oppositionelle und Oppositionsverdächtige in Konzentrationslager.» «Alle bürgerlichen Freiheiten ... verschwanden» während des Jahres, und dass die ganze Jugenderziehung in die Hände des Staates gelange, sei vollends unakzeptabel.

---

<sup>315</sup> BrT, 13. April 1933.

<sup>316</sup> BrT, 30. Dezember 1933, «Aufruf an die junge Aargauergeneration».

Damit hatte sich die Redaktion politisch festgelegt; nicht nur Dr. Max Fischer, sondern auch Dr. Lukas Bader, der bei Abwesenheit des Redaktors seit 1933 immer wieder die Vertretung machte oder auch gelegentlich als Berichterstatter wirkte.<sup>317</sup> Als Fischer am 30. April 1935 von seinem Posten zurücktrat, sprang Bader wieder als Stellvertreter ein. Am 1. August 1935 trat Werner Burger mit einem «Wort zum Gruss» die Nachfolge an, kehrte aber am 30. April des folgenden Jahres der Schreibearbeit den Rücken, um sich wider der Musik zu widmen. Bis zum 31. August wirkte Dr. Beer an gleicher Stelle, um dann endgültig Dr. Lukas Bader Platz zu machen, der das «Brugger Tagblatt» für über 30 Jahre prägen sollte. Sein geistiger Habitus war seit Jahren durch seine gelegentliche Mitarbeit bekannt, und als Alleinredaktor bis 1967 bürgte er nicht nur für Kontinuität, sondern auch für einen lauteren Patriotismus, wie er 1939–1945 gefragt und vonnöten war. Die meisten Vorgänger hatte ihre Stellung beim Tagblatt nur als Sprungbrett benutzt und verschwanden spätestens nach fünf Jahren wieder von der Bildfläche, Sonderegger war die löbliche Ausnahme. Diese Unruhe hatte nun ein Ende.

### **Das Brugger-Blättli zwischen den Fronten**

Als am 25. März 1950 das «Brugger Tagblatt» das halbe Jahrhundert mit einer Jubiläumsnummer feiern konnte, berichtete der langjährige Redaktor von seiner Arbeit in kritischer Zeit. Vorerst die Stellungnahme «im schicksalsschweren Jahre 1938»: Die Toleranz und die liberale Gesinnung darf uns nicht daran hindern, «all das abzulehnen, was unschweizerisch ist. Darunter verstehen wir nicht nur die totalitären Theorien aus Norden, Süden und Osten, sondern auch das unschweizerische Gebaren innerhalb der Landesgrenzen. Es ist übrigens erfreulich, dass soviel Abwehrwillen, besonders bei der Jugend vorhanden ist. Ein vielstämmiges und vielgestaltiges Volk, wie wir sind, verträgt keine Einseitigkeit. Also gegen Kommunismus und Faschismus, aber nicht nur gegen das eine oder andere.» Dann lehnte Bader aber auch eine etikettierte geistige Landesverteidigung ab, die nur dem Egoismus diene. «Wir wollen nicht Konjunkturpatrioten sein, die nur dann ein Vaterland anerkennen, wenn es ihnen mit Subventionen unter die Arme greift...»

Die Kriegs- und Zensurzeit schilderte Bader im Kapitel «Als Soldat am Redaktionstisch». Die eingekapselte Pressefreiheit machte ihm wenig Mühe, da er seine Arbeit als Militärdienst verstand. Wir haben gelernt, «unsere Zunge zu zähmen, unsere Worte abzuwägen und unser Denken zu kontrollieren». Umso mehr regte er sich auf über die blauen Blätter, die sich

---

<sup>317</sup> BrT, 13. Februar 1933, 12. April 1933 usw.

immer an der Grenze des Erlaubten bewegen. Dennoch freute auch er sich auf die Rückkehr zur verfassungsmässig garantierten Pressefreiheit 1945. Die Bemerkungen zum Tage des Waffenstillstandes wuchsen nicht nur aus der Erleichterung heraus, die 2000 Tage leidlich überstanden zu haben; er gedachte auch der Millionen von Deutschen, die nun todmüde «nach Osten und Westen – in die Gefangenschaft!» wandern müssen. «Wo sind sie hin? – die Feldherren und Generäle, die Führer, Reichs-, Gau- und Parteileiter? Verschwunden – verweht!», damals noch nicht wissend, dass sie bald in den Strudel der Entnazifizierung geraten sollten und ihnen zum Teil Zuchthaus oder Strang warteten.



*Lukas Bader (1899–1972), langjähriger Redaktor des «Brugger Tagblatts»  
(Bild: Hans-Peter Widmer).*

Bei seinem Abschied vom Redaktionspult, am 31. August 1968, kamen auch die weiteren 18 Jahre zur Sprache. Er hatte in seinen Gedanken «Am Rande» und im «Bildchen des Tages» sich immer wieder in besonderer Weise den Lesern zugewandt. Er berichtete vom unerwarteten Konjunkturaufschwung, in einer Zeit des unbändigen Fortschritts und von der sozialen Unrast, die heute so viele Länder erfasst hat. Dann aber kam er auf die Lage des eigenen Blattes zu sprechen: «Natürlich fehlten auch die struben Zeiten nicht, wenn zum Beispiel parteipolitische Kämpfe und in den letzten Jahren der nie erklärte kalte Zeitungskrieg auszuhalten waren.» Ein Hinweis auf die beengende Lage der kleinen Tageszeitung an der Streitfront von «Aargauer» und «Badener Tagblatt»! Vielleicht ahnte Bader schon damals, dass rund ein Jahr später Zeitung und Verlag vom AT geschluckt würden. Sein junger Mitarbeiter Hans Peter Widmer, der seit 1964 den Chef entlasten durfte, widmete seinem Lehrmeister eine warmherzige Abschieds-Laudatio. Der letzte Redaktor, der zum selbständigen Tagblatt stiess, war dann Ernst Rothenbach. Widmer und Rothenbach sollten in der Folge auch die Lokalredaktion beim Kopfblatt des «Aargauer Tagblatts» betreuen.

Der Übergang am 1. Oktober 1969 verlief nicht ohne Nebengeräusche. Zum einen hängt das Selbstbewusstsein einer Region an ihrem Aushängeschild, dem eigenständigen Tagblatt – und nicht nur am Titel. Zum andern war das Zusammengehen mit dem AT ein Affront gegenüber dem BT. Daher schürte die damalige Badener Forumszeitung diese Unzufriedenheit und den Unwillen der Bevölkerung. Schliesslich betrachtete man dort die Region des aargauischen Wasserschlosses als eigenes Terrain, das weit von Aarau entfernt liegt. Die Ankündigung im «Brugger Tagblatt», dass die geschätzten Abonnenten in Zukunft eine erweiterte eigene Zeitung geboten werde und dies nur auf einer technischen und administrativen Zusammenarbeit mit dem AT-Verlag beruhe, stiess den BT-Leuten sauer auf. «Das Brugger Tagblatt bleibt euses Blatt,» galt in Baden als besondere Provokation. Aber auch Hans Peter Widmer legte die Angriffe des BT auf die Goldwaage und reagierte sehr emotional und angriffig. Einige Titel oder Wendungen seien hier kurz zitiert: «Wer ist unabhängig? Ein Eigengoal des Badener Tagblattes.» «Üble Anschuldigungen und Verdrehungen tiefer gehängt.» «In besagtem Artikel wird zum Beispiel geschrieben, dass es bei der technischen und administrativen Kollaboration – das Wort ist dem Badener Verleger aus den betreffenden Jahren vor und während dem zweiten Weltkrieg bestens bekannt – um mehr gehe, nämlich um eine Todesanzeige für das Brugger Blättli. Wie despektierlich man in Baden über unser Blatt redet!» Der Nekrolog, den man in Baden verfasst habe, sei gehässig, Man merke, dass eigentlich die Geburt eines starken, neuen «Brugger Tagblatts» zu feiern wäre. Und dies missfalle.<sup>318</sup>

---

<sup>318</sup> BrT, 27. September 1969.

Tatsächlich müsste man in der Fachsprache das «Brugger Tagblatt» nach 1969 als Kopfblatt des AT bezeichnen, auch wenn der Lokalteil tatsächlich für diese Region gegenüber früher kaum verkleinert wurde. Von 1969 bis zur Fusion der beiden grossen Tageszeitungen 1996 zierte der alte Titel noch diese Splitausgabe. Dann aber wurde nicht nur dieser Name, sondern auch die journalistische Sonderbehandlung des Bezirks Brugg zu einem Stück Geschichte.<sup>319</sup>

## Die «Neue Aargauer Zeitung»

### Weder rechts noch links: vorwärts!

Am 21. Dezember 1912, also kurz vor der Erneuerung der Jahresabonnemente, erschien die erste Nummer der «Neuen Aargauer Zeitung», darauf ausgehend, dass 8200 Bezüger neu akquiriert oder den andern Zeitungen entzogen werden könnten. Das Angebot erwies sich als erstaunlich: ausser der vierspaltigen, grossformatigen Tageszeitung von acht Seiten, wurde ein mehrseitiges «Illustriertes Sonntagsblatt» wöchentlich, und eine historisch-literarische «Aargauer Chronik», monatlich, versprochen. Hinter der «radikal-fortschrittlichen Vereinigung» standen offenbar Leute, die dem Unternehmen Rückhalt und Sicherheit garantierten; die vielen grossformatigen Inserate würden dasselbe bezeugen. Oder nach eigenem Zeugnis: Dass eine «gesunde Finanzierung vorgenommen werden konnte», verdanke die NAZ der Genossenschaft Gleichgesinnter, die mit je 50 Franken den erfolgreichen Start sicherten.

«Was wir wollen?, zu einer Zeit, da der Staat in schwierigster Lage ist und ein Grossteil der aargauischen freisinnigen Zeitungsorgane missmutig dem Fortschrittsgedanken im Aargau den Tod oder doch einen längeren Schlaf angesagt hat?» Die NAZ möchte dazu den alten Leitspruch Augustin Kellers hochhalten: «Nur immer vorwärts, Freunde!» Und das Geleitwort führte weiter aus: Die Spaltung in der «einen, einigen(!) und unteilbaren» Partei müsse überwunden werden, auf dass die Bündnispolitik der katholisch-konservativen Partei nicht mehr die Situation ausnützen könne, die letztlich auch sie selber kompromittiert. «Nicht Krieg und Spaltung also bringen wir in die freisinnig-demokratischen Partei»; wir vollbringen die

<sup>319</sup> Liste der Redaktoren: P.K. Scholer (1898 (bis 1900 Hausfreund)–20. Mai 1911), H. Aellen (15. Juli 1911–1. März 1912), J. Frey (1. März 1912–30. September 1918), H. Siegrist (1. Oktober 1918–31. Juli 1920), F.W. Konrad (1. August–31. Dezember 1920), A. Lory (1. Januar 1921–30. Juni 1924), Dr. V. Sonderegger (1. Juli 1924–30. September 1930), G. Sommerhalder (1. Oktober 1930–30. September 1931), Dr. M. Fischer (1. November 1931–31. Mai 1935), W. Burger (1. August 1935–30. April 1936), Dr. O. Beer (1. Juni–31. August 1936), Dr. L. Bader (1. September 1936–31. August 1968), H.P. Widmer (3. Januar 1964–zum AT), E. Rothenbach (Dezember 1968–zum AT).

«umfassende Arbeit der Sammlung». Die tonangebende Politik des Bezirks Aarau in der kantonalen Partei sei verspielt worden durch die beiden kantonalen Blätter der aargauischen Residenz, die in gewohnter Übereinstimmung die Meinung vertreten, dass Stillstand, ja gar Rückschritt das Losungswort sei. Die Perspektive Allemanns, dass die Provinz sich von Aarau gelöst habe, geht von der Annahme aus, dass im Aargau vor 1912 so etwas wie Zeitungen von kantonalem Zuschnitt existiert, und diese Blätter durch das abschätzige und höhnische Wesen der Massgebenden ihre Rolle verwirkt hätten. Nun kommt die Neue und übernimmt diese Aufgabe. Der Aarauer Standort vernebelte Hermann Allemann die Sicht.

Die äusseren Bezirke müssten wieder mit den Freisinnigen des mittleren Aargaus zusammenwirken, ist eine derart schiefe Optik, dass das geplante Unternehmen kaum ein Erfolg werden konnte. Einen aargauischen Zentralismus hat es weder partei- noch pressepolitisch je gegeben. Schon für Brugg oder Lenzburg gilt der Bezirk Aarau ebenso als Grenzregion wie Zofingen oder das Freiamt. Der Begriff Residenz ist im Aargau immer nur ironisch verwendet worden. Somit konnte die «Neue Aargauer Zeitung» nur ein zusätzliches Angebot sein, ein Sprachrohr der links-bürgerlichen Kräfte. Da der alte Keller am Rain mit seinen Nachrichten diese Aufgabe nicht mehr wahrnehmen konnte, weil seine Glut erloschen war, wollte die Neue unter jugendlich-stürmischer Leitung früher oder später deren Platz einnehmen und sie überflüssig machen. Aber die NAZ wird ebensowenig zum kantonal aargauischen Organ werden, als irgend ein Blatt vorher, weil dies dem Wesen des Aargaus zu widersprechen schien.

Der Leitartikel der Nummer 5 der NAZ (27. Dezember) wird, unter dem Titel «Tartüferie» zur eigentlichen Abrechnung mit den Nachrichten. Das Kellerblatt drehe nun alles um, nachdem es ihm nicht gelungen sei, den fortschrittlichen Parteipräsidenten Nationalrat Hunziker von Zofingen zu stürzen und damit die Partei zu dominieren. Dieser habe mit «persönlichen Unterhandlungen mit dem Verleger Keller» versucht, die «Aargauer Nachrichten» «die vom Organ der radikalen Parteirichtung zu einem Familienblatt geworden sind, durch Erwerbung ihrem Zweck wieder zurückzugewinnen». «Zwei Glieder der Familie Keller, Herr Landammann (Emil Keller) und Herr Fürsprecher Dr. Keller in Brugg, die beide unter dem Odium der Familiendynastie wohl unverdientermassen zu leiden haben, schienen denn auch mit der Abtretung des Blattes zu sympathisieren. Aber der Wille zur Macht hat im Familienrat die Oberhand gewonnen.» Man wolle seitens der NAZ von nun an die Nachrichten nach Möglichkeit rechts liegen lassen. In der gleichen Nummer wurde bekanntgegeben, dass schon über 150 NAZ-Genossenschafter ihren Beitrag einbezahlt hätten und damit eine Druckerei mit einer Doppelschnellpresse eingerichtet werden könnte. Der Vorstand bestehe aus Dr. E. Wildi, Zofingen; Fabrikant C. Attenhofer, Zurich und Dr. Roman Abt, Wohlen.

Von rechts liegenlassen finden wir in der Folge keine Spur. Die aargauische Innenpolitik wurde weitgehend von den Streitereien im Freisinn bestimmt. Schon am 28. Dezember 1912 erlebten die verflossenen Ständeratswahlen eine Wiederaufbereitung in einem Leitartikel. Die Grundsatzpolitik stehe der Personenpolitik entgegen. Die Linksfreisinnigen (Rheinkreis-Freisinnige) würden seit der Fusion 1894 dauernd übergangen, auch wenn sie an kantonalen Parteitage jeweils Mehrheiten erzielten. Am 4. Januar 1913 wurde das «Aargauer Tagblatt» mit einer Anklageschrift bezüglich Tartüferie den Nachrichten gleichgestellt, und in den folgenden Monaten erschien ungefähr jede Woche einmal ein Grundsatzartikel, der die echt freisinnige Politik von der Keller'schen Familienpolitik abgrenzte. Die Gründung der freisinnigen Vereinigung Aarau, eine Sammlung der konservativen Kräfte in der Partei, verstärkte die Spaltungstendenz und bereitete die Grossrats- und Stadtratswahlen vom März 1913 vor. Der Kandidat der Fortschrittlichen in Aarau, Hengherr, erhielt im «Aargauer Tagblatt» weder Raum für Einsendungen noch für Inserate. Gleiches Verhalten zeigten die Nachrichten, und Allemann überliess diese Zeitung, «welche trotz ihres Rutsches nach rechts offenbar den ihnen angenehmen Platz an der Seite des Aargauer Tagblattes noch nicht haben finden können, ihrer Täubi.»<sup>320</sup> Nach einem Jahr sozialliberaler Politik und wiederkehrender Standpauken, adressiert an die pressepolitischen Gegner derselben Partei, charakterisierte sich die «Neue Aargauer Zeitung» selber als «frisch, unentwegt und furchtlos», die ehrliche, fortschrittliche Volkspolitik betreibe.<sup>321</sup> «Die Jungen haben sich daran gemacht, etwas am Staatskarren zu stossen», der scharfe politische Wind im Aargau halte die «Zöttelikappen immer in Bewegung», blase «den Puder aus den Perücken» und entferne die «alten Spinnhuppen».<sup>322</sup>

Schon 1913 erlebte die Beilagenpalette eine Erweiterung: neben der Chronik und der Illustrierten Wochenschau erschien monatlich das humoristische Unterhaltungsblatt «Die Salzbüchse». Es hielt sich nur bis zum 4. April 1914. Zum Jahresende 1914 verschwand auch die Chronik, wohl als Sparmassnahme im Zeichen des Weltkrieges. Die Illustrierte Wochenrundschau konnte sich halten, obgleich sie sich als ausländisches Produkt entpuppte. Ein Lapsus bei einer Bildlegende brachte dies an den Tag: «Unsere siegreichen Kämpfe in Belgien» war nicht – wie üblich – im Sinne der schweizerischen Neutralität umgemodelt worden. Die NAZ-Redaktion entschuldigte sich bei der aufgebrachten Leserschaft mit dem Hinweis, dass die technische Produktion der Beilage eben in Düsseldorf erfolge.<sup>323</sup>

<sup>320</sup> NAZ, 8. März 1913.

<sup>321</sup> NAZ, 24. Dezember 1913.

<sup>322</sup> NAZ, 27. Dezember 1913.

<sup>323</sup> Das Redaktions- und Verwaltungsbüro der NAZ befand sich seit dem Anfang am Ziegelrain 399 in Aarau.

Was schon zu Beginn des Blattes propagiert worden war, die Totalrevision der Verfassung, wurde im Neujahrswunsch von 1914 zum Programm erhoben. Redaktor Allemann war überzeugt davon, dass grundsätzliche Politik und damit Neuorientierung der Parteien nur über die Gestaltung eines neuen Grundgesetzes in Kanton und Bund möglich sei. Damit würde auch das leidige Taktieren und Paktieren unterschiedlichster Gruppierungen hintertrieben, das heute die aargauische Politik korrumpiere und die ehrwürdige Staatspartei entzweie. Besonders anstössig war für Allemann das Zusammengehen der Liberalen mit den Katholisch-Konservativen. Tradition und Kulturkampf verboten solche Konkordate. Und er wusste sich zu rächen: Lugte irgendwann in den Nachrichten wieder der alte Keller des 19. Jahrhunderts aus den Zeilen heraus, so war Allemann der erste, der die Katholiken auf den böartigen Jesuitenfresser hinwies. Er versuchte, Öl ins Feuer zu giessen. Der alte Keller lasse «den grössten Artikel gegen Katholiken abgehen», nachdem die Ständeratswahl seines Sohnes unter Beihilfe der Konservativen gelungen sei. Unter dem Titel «Stinkkuten im Land» verdamme ein Kulturkämpfer alten Stils in den Nachrichten die Kapuziner-Exerzitien. Und das Volksblatt reagierte prompt: «Dem alten Keller ist nichts anzuhaben, der ist eine politische Leiche so wie so. Aber dieser Keller hat Söhne, die ihr Geld im famosen Presseunternehmen ihres Herrn Papa haben und die längst von unserer Seite in aller Höflichkeit gebeten wurden, ihren Vater doch einmal zur Vernunft zu mahnen. Oft versprochen sie's... Das nächstmal werden wir an den Ton ihres Familienjournals gegen uns denken. Die Dynastie Keller, die ihre Throne auf die Trümmer der von ihr verspaltenen freisinnigen Partei aufbaute, (...) kann mit Katholiken nicht machen, was sie will und lassen uns nicht mit nachträglichem Bedauern abspeisen.»<sup>324</sup> Damit war erreicht, was Allemann zur Therapie andienen wollte. Die gelegentlichen Haken, die gegenüber dem «Aargauer Tagblatt» geschlagen wurden, muten daneben harmlos an. Etwa so, wenn sich das Tagblatt über die verspätete Schneeräumung an der Bahnhofstrasse beschwert hatte. Reaktion der NAZ: «Es müssen noch mehr Radikale in den Stadtrat, damit auch vor dem Aargauer Tagblatt der Dreck weggeputzt wird.»<sup>325</sup>

Bis zum Kriegsausbruch bevorzugte die NAZ eindeutig die Innen- und Kantonspolitik. Dem Lokalen galt fast nur politisches Interesse, und das Ausland führte ein Schattendasein. Selbst der Mord von Sarajewo erhielt weder die Ehre eines grösseren Titels, noch einige Zeilen in Fettdruck. Erst der Text des österreichischen Ultimatums an Serbien wurde auf der dritten Seite durch andere Schrift herausgehoben.<sup>326</sup> Am folgenden Tag finden wir auf der Frontseite einen ausführlichen Kommentar «zum österr.-serbischen

<sup>324</sup> AV, zitiert in NAZ, 23. Januar 1914.

<sup>325</sup> NAZ, 27. Januar 1914.

<sup>326</sup> NAZ, 24. Juli 1914.



*Maienzug an der Kasinostrasse um 1940 mit dem Haus der «Neuen Aargauer Zeitung» am linken Bildrand (Stadtmuseum Aarau).*

Kriegsgespentst». Allemann wollte nicht an einen kommenden Krieg glauben. Am 28. Juli finden wir in derselben Nummer: «Will Russland Krieg?». «Es gibt doch keinen Krieg», «es wird nichts so heiss gegessen...» «Die serbische Grenze überschritten?» Ein dauerndes Lavieren zwischen Friedenshoffnung und der Begründung von Kriegsnotwendigkeit.

Als Krieg und Mobilisierung Tatsache waren, da verdammt die NAZ-Redaktion als erstes jede Gesinnungsneutralität: die Leisetreterei, die es allen Nationen recht machen will, dieses, «um Gotteswillen sagt und schreibt nichts über diesen oder jenen Staat...» «Wer schwiege, der hat kein Blut in den Adern.» Obwohl Allemann nicht zu den Kriegsgurgeln gezählt werden kann und nur zurückhaltend Sympathien zum wilhelminischen Reich dokumentiert, lässt doch die Wortwahl gelegentlich aufschrecken: «Dieses urgewaltige Ringen, ganz Europa in Waffen, ein Völkerkampf um Existenz und Ehre – und wir sollten uns bei jedem Wort, das wir sagen, ängstlich umgucken».<sup>327</sup> Noch glaubte auch die NAZ an einen kurzfristigen Krieg. In einem Fenster warb das Blatt um Abonnenten: dieser interessanten Zeit, in der «die grossen Mittelmächte mit aller Kraft um den Sieg ringen», gebühre das Aufbewahren der Zeitungen als historische Dokumentation.<sup>328</sup> Und zum Jahreswechsel, beim Rückblick, lobte die Redaktion die ungeheure Kampfkraft der Deutschen und liess durchbli-

<sup>327</sup> NAZ, 8. August 1914.

<sup>328</sup> NAZ, 15. August 1914.

cken, «dass Russland einen Konflikt erwartete oder wünschte», dies beweise «seine von langer Hand vorbereitete Mobilisation». Was der Schweiz in dieser schweren Zeit zu wünschen sei? «Ein gesunder nationaler Egoismus!»<sup>329</sup>

Längst war das Weltkriegs-Geschehen an die Spitze der Nachrichten gerutscht, und die Innenpolitik war durchsetzt von offiziellen Verlautbarungen und Militär- wie Versorgungsnachrichten. Trotz klarem Ja zur Landesverteidigung fehlten die Warnungen nie, der notleidenden Bevölkerung zu gedenken und den sozialen Schutz nicht zu vernachlässigen. Die Meldungen aus dem Westen wie dem Osten brachten häufig nichts Neues; der Agentur Wolf wurde offensichtlich mehr Glauben geschenkt als Reuter und Havas, bis 1917 durch die Ereignisse in St. Petersburg ein neues Element ins grauenvolle Einerlei trat. Die Revolution warf erneut die Frage auf: «Krieg oder Frieden?»

Die grosse Hoffnung der NAZ, dass das Ende des Zarentums auch die allgemeine Waffenruhe bringen könnte, ist unverkennbar. Selbst die bolschewistische Machtübernahme im November 1917 erschreckte nicht, da die erste republikanische Regierung am Bündnis mit den Westalliierten festhielt und die Fortsetzung der Kampfhandlungen abzusehen war. Alle Meldungen über die Lenin'sche Revolution waren wohlwollend und den Friedenswillen anerkennend. Brest-Litowsk galt vorerst als Signal zum allgemeinen Friedensschluss, die Entente-Mächte eingeschlossen. Erst im Januar 1918 folgte die Ernüchterung: Lenin erhielt Lob für seinen Frieden um jeden Preis; die ehemaligen Alliierten Russlands empfangen nur Tadel: «Nun, da doch wieder Krieg ist, können Westmächte nicht mehr als Befreier angesehen werden.»<sup>330</sup> Allemann änderte daher 1918 seine Meinung bezüglich der Kriegsparteien nicht; er bleibt gedämpft deutschfreundlich und sei es auch nur, um einen ausgewogenen Frieden einzuleiten.

Ähnlich wie bei andern bürgerlichen Blättern im Aargau bekam die bolschewistische Revolution in Russland erst durch den Landesstreik – und die vermeintliche Korrespondenz mit Moskau – den Anstrich des Bedrohlichen. Trotz Sympathien des «bürgerlichen Linksblocks» für gewisse Anliegen des Oltner Komitees – die Totalrevision der Verfassung und eine Neuwahl des Parlamentes nach Proporzsystem gehörten zum Ideengut der Fortschrittlichen und Demokraten – schockierte die ideologisch getrimmte Weisung, dass die sozialistischen Blätter erscheinen sollten, während die arbeitswilligen Arbeiter der NAZ gezwungen wurden, ihre Tätigkeit einzustellen. Wer die Pressefreiheit derart niederknüppelt, hat die demokratische Legitimation verspielt.<sup>331</sup> Tatsächlich erschien am 13. November nur ein einseitig bedruckter Handzettel, der zur bürgerlichen Protestversammlung

<sup>329</sup> NAZ, 31. Dezember 1914.

<sup>330</sup> NAZ, 7. und 14. Februar 1918.

<sup>331</sup> NAZ, 9. und 15. November 1918.

in Aarau aufrief. Auch die Zeitung des 14. November bestand nur aus der Frontseite der üblichen Zeitung. Schon die Nummer vom 9. des Monats wurde angeblich nur mit Hilfspersonal hergestellt. Es kann daher nicht erstaunen, dass mitten in der Streikphase, am 12. November «Lenins Instruktionen an die Schweiz. Sozialdemokratische Partei» der NAZ als Leitartikel diene, obwohl es sich um eine Zusammenstellung von Zitaten aus früheren Jahren handelte. Der Titel wirkte, und er korrespondierte mit der bundesrätlichen Ausweisung der Bolschewisten, der Botschaftsangehörigen, die am 9. November im Blatte gemeldet worden war.

Dennoch fasste die Redaktion der NAZ schnell wieder Tritt und urteilte sofort nach dem gescheiterten Landesstreik differenziert und einsichtig. Das Oltner Komitee habe der sozialdemokratischen Sache mit dieser Aktion einen schlechten Dienst erwiesen. Man wisse, dass diese politische Aktion eigentlich auf Frühjahr 1919 geplant gewesen sei. Das Truppenaufgebot des Bundesrates hätte leider die Blitzaktion ausgelöst. Das Oltner Komitee führte sich auf wie eine Nebenregierung, vermochte aber diesen überheblichen Stolz nicht auf das Fussvolk zu übertragen. Damit musste das Unternehmen fallieren. Dennoch sei auch die gute Wirkung des Landesstreiks zu beachten: die Geister seien aufgerüttelt worden; tatsächlich müssten wir alle einen Schritt nach links tun. Mit der Totalrevision würden verschiedenen Anliegen angegangen: die Alters- und Invalidenversicherung, das Frauenstimmrecht, die Tilgung der Kriegsschuld, die Demokratisierung der Armee und die Kürzung der Militärausgaben.<sup>332</sup>

Und bei der Rückblende beim Jahreswechsel meinte Allemann: Der Bolschewismus liege, auch wenn verschiedenen Experimente misslungen seien, in der Zeitströmung. Ihn lächerlich zu machen, das gehe nicht an. Er sei die Reaktion auf Kapitalismus und Imperialismus. Die Bürgerlich-Fortschrittlichen würden nur so weit mitgehen, als dies aus Kulturgründen verantwortlich erscheine. Ohne die Intellektuellen könne kein lebensfähiger Staat geschaffen werden, und ohne Sentimentalität habe kein Staat Dauer. Dem bedrohten Mittelstande, dem Handwerk und Gewerbe, gehöre zur Zeit grösste Aufmerksamkeit.<sup>333</sup> Damit hatte die NAZ zur Politik der Nachkriegszeit klar Stellung bezogen, und das Wort der Redaktion war dem linken Flügel der aargauischen Partei weitgehend auch Programm.

## Goldene 20er-Jahre?

Zwischen dem «Aargauer Tagblatt» zur rechten und dem «Freien Aargauer» zur linken Seite, verbrachte die «Neue Aargauer Zeitung» ein unsicheres Dasein. Redaktor Hermann Allemann «hatte es in jeder Beziehung

---

<sup>332</sup> NAZ, 15. November 1918.

<sup>333</sup> NAZ, 28. und 31. Dezember 1918.

schwerer als seine Kollegen». «Die materielle Basis, auf welcher diese Zeitung beruhte, war gerade noch tragfähig genug, das Dasein zu fristen und die Leser, die sich vornehmlich aus Beamten und Angestellten rekrutierten, Tag für Tag mit den wichtigsten Aktualitäten zu versorgen.» So schilderte der spätere Feuilleton-Redaktor des «Aargauer Tagblattes», Paul Erismann, viele Jahre später jene Zeitung, die ihm die ersten journalistischen Gehversuche ermöglicht hatte.<sup>334</sup> Er verfasste im gleichen Zuge eine persönlich geprägte Dankadresse an seinen damaligen Lehrmeister Allemann, dem nicht einmal die Ehre zuteil wurde, «im Biographischen Lexikon des Aargaus 1803 bis 1957 Aufnahme zu finden, was er wirklich verdient hätte». «Allemann, ein heissblütiger und kampfgeohnter Solothurner, war ein entsprechend forschender Journalist, dem es nichts ausmachte, seinen weltanschaulichen Gegnern Widerpart zu bieten, was er auch, so lange er im Saft war, mit Schneid besorgte und deshalb von seinen Gegnern entsprechend ernst genommen wurde.» Der «aufrechte und vielbefehdete Mann, verbittert und mutlos geworden», wie ihm scheine, «habe Aarau im Laufe des Weltkrieges verlassen».<sup>335</sup>

Der Erste Weltkrieg war für alle Zeitungen eine harte Belastungsprobe. Dies galt insbesondere für den Neuling. Die Lage der «Neuen Aargauer Zeitung» wurde aber nicht besser, als 1920 auf der rechten Seite des politischen Spektrums noch die Abspaltung der Bauern- und Bürgerpartei erfolgte, zur Linken sich die Kommunisten absonderten. Allemann rückte das «Aargauer Tagblatt» gerne in die Nähe der neuen bäuerlichen Wirtschaftspartei, um im Aargau wieder klare Fronten und feste Lager zu schaffen. Das AT habe «bekanntlich bei den verflossenen Nationalratswahlen 1922 seine Hauptpropaganda für die Bauernpartei und insbesondere Nationalrat Dr. Abt entfaltet». Ähnliches ereigne sich in Brugg. Auf dem Redaktionsbüro im Effingerhof bestehe ein journalistisches Idyll, mehr lustig als tragisch, denn am gleichen Pult gegenüber arbeiteten der Redaktor des «Brugger Tagblattes», freisinnig, und derjenige des «Aargauischen Hausfreundes», Bauernpartei.<sup>336</sup> Dass Redaktor Lory vom «Brugger Tagblatt» im Richtungsstreit zwischen den Flügeln im aargauischen Freisinn eher den Brückenschlag zu den Bauern als zu den Radikalen wünscht und Dr. Abt seine Polemiken auch im Tagblatt unterbringen könne, liesse sich aus dieser Situation bestens erklären.

Persönlich mehr zu schaffen machte Allemann, dass Eugen Keller seinen «Generalanzeiger» nun auch noch politisierte, was man – seiner Ansicht nach – bei einem Gratis-Inseratenblättchen eigentlich vermeiden sollte. Und auch dieser neigte eher zur Bauern- und Bürgerpartei, und er Sorge sich nur vordergründig um die Lage der Freisinnigen, jener Partei, der er in frü-

<sup>334</sup> AT 12. Juni 1972, 125 Jahre AT.

<sup>335</sup> Allemann hat den Aargau vor dem Zweiten Weltkrieg verlassen.

<sup>336</sup> NAZ, 17. Juni 1922.

heren Zeiten zugunsten Keller'scher Sesselpolitik Rückenschüsse verpasste.<sup>337</sup> Damit begannen offenbar halbvernarbte Wunden wieder zu bluten an. Er hiess Eugen Keller einen «politischen Reklameschreier». Die «Schweizer Freie Presse», Baden, frühere Mitstreiterin auf der demokratisch-radikalen Linie, das «Streitrösslein» des «Idealpolitikers Jäger», ging durch Verkauf in die «wirtschaftliche Unabhängigkeit».<sup>338</sup> Nachdem bekannt wurde, dass Dr. Abt seine Finger im Spiel um dieses Presseorgan hatte, sind die Polemiken der Freien Presse als das zu würdigen, was sie sind – Artikel aus parteiegnerischen Küche!<sup>339</sup> Kurz: Durch die Aufgliederung des Parteienspektrums rechts entstand dort ein Gedränge, und die «Neue Aargauer Zeitung» wurde weiter nach links gestossen.

Dies wiederum zwang Allemann, eine scharfe Abgrenzung zu den Sozialisten zu vollziehen. Die Gefahr eines bolschewistischen Umsturzes in Italien nach dem Ersten Weltkrieg<sup>340</sup> machte es der NAZ leicht, das Zerstörungswerk des Kommunismus im Süden als direkte Bedrohung schweizerischer Existenz (Handelswege) darzustellen.<sup>341</sup> Moskowiter, dort wie hierzulande, bildeten die grösste Gefahr. Aber – dies ist wieder typisch für Allemann – bei den Kommunisten weiss man wenigstens, wer sie sind. Der Parteitag der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz 1920 habe aber gezeigt, dass die Opportunitäts-Revolutionäre dort, trotz Abspaltung, immer noch das Sagen hätten. Die Diktatur der Proletariats sei nicht aus dem Vokabular gestrichen worden.<sup>342</sup> So würden sich alleine die fortschrittlichen Demokraten als Sozialreformer betätigen, und dies rechtfertigte seinen eigenen Kampf mit der Feder. «Im heutigen Geisteskampf um eine neue Staats- und Gesellschaftsordnung» bedeute das Mittel der Presse alleweil Macht,<sup>343</sup> war seine Meinung, und diesem Ringen opferte er gerne den Einsatz an Zeit und Kraft.

Dabei erwies sich Allemann keineswegs als stur. Als echter Liberaler war er fähig, den Vortrag von Hermann Greulich in Baden lobend zu kommentieren; und als er, nach dem Tode Lenins, dessen Wesen und Werk gerecht werden wollte, machte er die historisch trübe Bemerkung: «Wir leben noch zu nah in der Zeit der sozialen Umgruppierungen, als dass die Persönlichkeit Lenins objektiv gewürdigt werden könnte.»<sup>344</sup> Wenn die Beamten- und Angestelltenpolitik der «Neuen Aargauer Zeitung» oder ihres Chefs im Grossen Rat nicht ganz mit der Gewerkschaftslinie korrespondierte, dann musste Allemann die Kritik seines Widersachers Arthur Schmid im «Freien

<sup>337</sup> NAZ, 7. Juli 1920.

<sup>338</sup> NAZ, 20. Dezember 1922.

<sup>339</sup> NAZ, 30. Dezember 1922.

<sup>340</sup> NAZ, 24. Juni 1920.

<sup>341</sup> NAZ, 24. Juni 1920.

<sup>342</sup> NAZ, 16. Dezember 1920.

<sup>343</sup> NAZ, 18. Dezember 1920, Abonnementseinladung.

<sup>344</sup> NAZ, 23. Januar 1924.

Aargauer» parieren, ohne dass ein späteres Zusammenspannen bei anderen Sachfragen in Zukunft verbaut würde. Eine ständige Gratwanderung! Allemann behauptete, dass der Grosse Rat an Ansehen eingebüsst hätte, seit der Proporz die Stellung der Sozialdemokraten verstärken konnte. Es liege aber nicht an den Personen, sondern an der Politik, die von ihnen betrieben werde. Die politischen Windmühlen werden dauernd in Gang gehalten, und aus allem und jedem Kapital geschlagen, nur um präsent zu scheinen.<sup>345</sup> Immerhin: Einen Feind konnten die beiden Linksblätter fast immer gemeinsam angehen, Dr. Laur, der Bauern-Lobbyist. Ob Getreide- oder Milchpreis, seine Lohn-Preisvorstellungen stachen gleicherweise in die Nase. Laur betreibe genauso Klassenpolitik wie die Kommunisten.<sup>346</sup> Mit dem Artikel «Der drohende Bauernpolitiker und die grün-rote Allianz» unterschob Allemann Dr. Laur gar opportunistische Spaltungstaktik, nur um seine wirtschaftlichen Bauernanliegen unter Dach und Fach zu bringen.<sup>347</sup>

Zum Jahresende gedachte der Gründer und Chef des Blattes immer wieder der grossen Zielsetzung seiner Medienarbeit, nämlich dann, wenn den Abonnenten die weitere Zustellung der NAZ schmackhaft gemacht werden musste. Dann begnügte er sich nicht mit blossen Aufrufen, sondern verbreitete eine Art Grundsatzerklärung. Eine Wende bedeutete die Betrachtung Ende 1924. Der Aufbruchstimmung nach dem Kriege folgte damals die Enttäuschung. Allemann sah das Ende der Friedensgarantien herannahen. Die Kriegsmöglichkeiten seien grösser geworden. «1924 schliesst auf der ganzen Linie mit einem moralischen und sachlichen Defizit.»<sup>348</sup> Nicht zuletzt gründeten diese pessimistischen Prognosen in den faschistischen Umtrieben in den Nachbarstaaten. Die «Neue Aargauer Zeitung» zeigte keine zwiespältige Haltung zu Mussolini und dem italienischen Faschismus. Aber Allemanns Zeitung fehlte jene sensible Ernsthaftigkeit, die den «Freien Aargauer» auf diesem Sektor auszeichnete. Die theatralische Kulisse, die den Duce und seine Bewegung umgab, erlaubte auch einmal schmunzelnde Ironie. Arthur Schmid beachtete mehr die Programme; Allemann den äusseren Aufzug. Auf Mussolini und seine Trabanten wurde man in der Schweiz vor allem aufmerksam, als die Schwarzhemden aus Como und Varese nach Mendrisio zogen, um auf fremden Territorium ein Denkmal einzuweihen, das patriotisch-italienisch ausgerichtet war. Das nationalistische Getue beleidigt das schweizerische Staatsbewusstsein. Als Antwort auf die Berner-Proteste folgte dann die Anklage an die helvetische Sprachmehrheit, das Tessin germanisieren zu wollen. Die Zeitung «Ambrosiano» aus Mailand versuchte, eine Irredenta-Bewegung auszulösen. Das

<sup>345</sup> NAZ, 25. Januar 1926.

<sup>346</sup> NAZ, 31. Januar 1924.

<sup>347</sup> NAZ, 6. Januar 1926.

<sup>348</sup> NAZ, 31. Dezember 1924.

Trommelfeuer der hiesigen Presse veranlasste Mussolini, sich von der Aktion zu distanzieren. Damals reagierte die bürgerliche Presse der Schweiz, so auch Allemann, bloss auf die Untaten einer ausländischen Partei, denn der Faschismus verkörperte erst nach dem 30. Oktober 1922 den Staat. Am 21. Dezember behandelte Allemann das neue Italien unter dem Titel «Das Mussolinisch regierte Italien». Viele hätten erwartet, dass der Duce als Ministerpräsident, im Besitze der legitimen Regierungsgewalt, sich dem bestehenden Staat ein- und anpasse. Das Gegenteil sei geschehen: Er habe den Staat sich selber angepasst. Doch: Unruhen und Unsicherheit hätten nicht zugenommen. Im Gegenteil! Mit dem Stolz und dem neuen Bewusstsein hätten auch Sauberkeit und Pünktlichkeit Einzug gehalten. Mit der neuen Ordnung sei die kommunistische Machtübernahme verhindert, Italien stabilisiert worden. Was wollte man in der Schweiz noch mehr? Die Nachrichten über das neue Italien versiegt.

Dann der Mord an Matteotti! Auf die Trauerfeierlichkeiten und Ehrungen folgten die Anklagen. Die Regierung wurde verantwortlich gemacht. Dem neuen Geist schenkte nun auch die bürgerliche Presse der Schweiz mehr Beachtung. Allemann erklärte, dass er das Wiedererwachen der politischen Opposition in Italien begrüsse. Der Duce sei von düsteren Männern umgeben. Mussolinis System habe durch Mord selber einen lebensgefährlichen Stoss erhalten. Das Gegenteil wurde wahr: Das System verdichtete sich zum Einparteienstaat. Und die Schweiz musste erkennen: «Der Faschismus ist seinem Wesen nach imperialistisch und expansiv.»<sup>349</sup> Das schweizerische Militärbudget müsse der Unklarheit der Aussenpolitik unserer Nachbarstaaten Rechnung tragen, meinte die NAZ. Der Faschismus sei eine «Krankheitserscheinung der Nachkriegszeit». Solange die internationale Zusammenarbeit nicht ausreiche, die wirtschaftliche Lage Italiens ins Lot zu bringen, sei die Schweiz als Nachbar gefährdet.<sup>350</sup> Als Mussolini im Januar bombastisch 1926 zum Jahr des Schweigens erklärte, da ernsthafte Arbeit durch Reden nur behindert werde, da konnte es Allemann nicht lassen, mit Augenzwinkern fleissig von Duce-Brandreden zu berichten.<sup>351</sup>

Um so ernster nahm die «Neue Aargauer Zeitung» seit Beginn das barbarische Treiben im nördlichen Nachbarland. Zwar wurde auch hier das Programm kaum zu Kenntnis genommen und analysiert, doch die Aktionen, die daraus resultierten, schreckten auf. Unter dem Titel, «Die rechtsradikale Hetze gegen Hindenburg» sei im völkischen Blatt «Hakenkreuz» bewiesen worden, dass Hindenburg – im Gegensatz zum reinen Germanen Ludendorff – nur ein Slawe sei. Denn deutsch könne nicht sein, wer einen Locarno-Pakt unterzeichnet; er wird automatisch zum «Judendiener».

<sup>349</sup> NAZ, 19. Januar 1926.

<sup>350</sup> NAZ, 19. Januar 1926.

<sup>351</sup> NAZ, 26. Januar 1926.

«Gewiss sind derartige Äusserungen nur noch pathologisch zu verstehen. Aber sie sind Symptome des Grades der Vergiftung», ergänzte damals Allemann mit viel Einsicht. Noch war die Hitlerbewegung erst eine extreme Kleinpartei, dennoch wurde deren Treiben viel aufmerksamer nachgezeichnet, als dies beim italienischen Faschismus geschehen war. «Hitler, der deutsche Mussolini!» Und es wurde sein Wiedererscheinen auf der politischen Plattform nach dem Löwenbräukellerputsch mit Argwohn verfolgt. Denn nun versuchte er sich ein klassisches Mäntelchen umzuhängen: er trat in Weimar vor dem Denkmal Goethes und Schillers auf. Doch welch ein Gegensatz! urteilte der Redaktor. Seine Trabanten veranstalteten wüste Exzesse, Trunkenheit und Zechprellereien waren in Weimar an der Tagesordnung. Die Gefolgschaft Hitlers sei ein eigentliches Lumpenproletariat. «Der organisierte internationale Gegenterror aller helleren Köpfe ist fällig...», meinte die NAZ, verschweigend, was bereits im Parteiprogramm eigentlich als Anstiftung zum Verbrechen bezeichnet werden müsste.

Hermann Allemann war schon durch sein grossrätliches Engagement mehr der aargauischen Kantons- als der Aussenpolitik zugetan. Die «Neue Aargauer Zeitung» trug ihren Namen zu Recht. Raummässig war das Geschehen nur Staffage zur Arena, in der die dramatischen Szenen eidgenössischer und kantonaler Politik ausgetragen wurden. Die Idee einer selbständigen aargauischen Elektrizitätspolitik ohne Nordostschweizerische Kraftwerke beflügelte den Chefredaktor mehr als jene Neuerungskvisionen, die – angeblich oder wirklich – die jungen Geister in ganz Europa erfüllten und verwirrten. Dabei ist ihm zugute zu halten, dass er, mindestens zeitweise, die Redaktion im Alleingang bewältigen musste. In den Sommerferien erschien jeweils als Verantwortlicher «i. V. Dr. E. Kleinert» im Impressum, was nicht heisst, dass der Vorgenannte ständig im Redaktionsbüro tätig war.

Die NAZ erwies sich allgemein als eher geizig mit internen Mitteilungen. Klar ist, dass 1922–1924 Dr. Kurt Schenker neben Allemann als verantwortlich zeichnete. Er dürfte von Paul Künzli abgelöst worden sein, der sich zum Jahresende 1928 von der Leserschaft verabschiedet hat und dabei auf fast drei Jahre Tätigkeit am hiesigen Blatt verweisen konnte.<sup>352</sup> Er wechselte zur «Volkswacht am Bodensee» in Romanshorn. Ob die Besetzung der Redaktion wohl nur eine Frage der Finanzen des Blattes war? Kantige Persönlichkeiten wie Allemann zeigten immer etwelche Mühe, andere Götter neben sich zu dulden. Meinungen und Tendenzen eines Blattes sind solchen Leitfiguren daher auch voll anzulasten. Der junge Paul Erismann, später Mitarbeiter, dann Redaktor am «Aargauer Tagblatt», der ihn als gewandter Lehrmeister bewunderte, hatte sicher weniger Mühe, seinen Kurs zu befolgen, als versierte Journalisten, die ihre eigenen Weltanschauungen mitbrachten.

---

<sup>352</sup> NAZ, 24. Dezember 1928, «Zum Abschied».

Bezüglich der Auswahl seiner Mitstreiter sollte der Meister der NAZ noch einige bittere Erfahrungen machen.

### Hitler, eine Witzfigur – Stalin, ein Irrer ?

Um 1930 war das «Tägliche Anzeigenblatt für Aarau und die Mittelschweiz», wie das Blatt im Untertitel hiess, etabliert und weitgehend das persönliche Werk Allemanns. Entsprechend des Haupttitels wurde der Rubrik Aargau die grösste Aufmerksamkeit zuteil. Der Auslandteil «Vom Tage» war nur eine kurze selbstredigierte Übersicht, dazu gelegentlich ein eingekaufter Aufsatz oder ein Mitarbeiter-Artikel. Eidgenossenschaft, das heisst die Bundespolitik, füllte ca. eine Spalte, gleicherweise der Abschnitt Kantone. Nur selten, gelegentlich am Samstag, erlaubte der Inserateneingang ein zweites Blatt; die vierseitige, vierspaltige, grossformatige Zeitung mit einer Inseratenseite war die Regel. Der Roman «unter dem Strich» auf der Frontseite ergänzte das Erscheinungsbild: eine ordentliche, kleine Tageszeitung. Die feuilletonistische Beilage «Das interessante Blatt» ergänzte das Angebot an die Abonnenten. Nationalrat Hunziker blieb weiterhin diesem Presseorgan zugetan und bedachte es mit Artikeln zur Bundespolitik, wie jene Seiten über Landesverteidigung» im Juli 1930, die sich über mehrere Nummern hinwegzogen. Die einstige beschränkte Sympathie zum Staatsmann Lenin übertrug sich in keiner Weise auf dessen Nachfolger. Stalin wurde nicht nur als Diktator beschimpft, sondern gar mit beleidigenden Attributen bedacht. Ungeniert titelte Allemann: «Ein geisteskranker Staatenlenker und seine Meute.»<sup>353</sup>

Die Entwicklung im Deutschen Reich war das Hauptthema der Meldungen in der Auslandspalte, ebenso der gelegentlichen kommentierenden Beiträge. Die wiederkehrenden Neuwahlen erfüllten den Redaktor mit Sorgen. «Die Extremisten sind obenauf gekommen», meldete er am 16. September 1930. «Hitler hat die bürgerliche Front eingedrückt.» Aber auch der Vormarsch der Linksextremen sei bedenklich. «Die Grundstimmung der deutschen Volksseele ist heute dumpfe Verzweiflung.» Noch wirkt das Urteil über Hitler keineswegs schroff, sondern gedämpft abwartend. «Hitler ist ein Idealist, ein Phantast.» Er hat sich vom Anstreicher empor gearbeitet und will der Cromwell Deutschlands sein. Er wird aber keine konservative Revolution in Deutschland machen. Dem Führer der NSDAP wird offenbar mehr Maulheldentum als wirkliches Tun zugetraut, daher die uns Heutige überraschende Gelassenheit. Ins gleiche Kapitel gehört die Kritik an Frankreichs Aufrüstung. Sie wirke provokativ und wachse aus einer Panik heraus. Deutschland sei total ungefährlich. Selbst Hitler betone, dass die National-

---

<sup>353</sup> NAZ, 15. Juli 1930.

sozialisten nur Revolutionäre des Geistes seien.<sup>354</sup> Allemann glaubte solchen Beteuerungen mehr als den geplanten programmatischen Aktivitäten, die daraus folgen müssten. Oder war er darüber nicht informiert? Hat er Ideologie und Richtlinien der NSDAP gar nie zu Kenntnis genommen? Die Rückblende am Schlusse des Jahres verströmte jedenfalls einen ungebrochenen Optimismus: Die Zukunft gehört dem sozialen Liberalismus.<sup>355</sup>

Selbst als die «Neue Aargauer Zeitung» 1933 verkünden musste, Hitler Reichskanzler, kennt Allemann noch keine Furcht: Obwohl er inzwischen die NSDAP als gewissenlose Bande erfahren hatte, sieht er Hitler mehr als Witz- denn als Hitzfigur. Aussenpolitisch sei er überzeugt davon, «dass Hitler nicht daran denke, Deutschland zum Austritt aus dem Völkerbund zu bringen».<sup>356</sup> «Hitler, der Herold des dritten Reiches» habe nun die Regierung zu bestellen, dem Vizekanzler von Papen komme dabei die Rolle der Gouvernante zu. Die bisher Ernannten bildeten eine hübsche Gesellschaft, meinte er ironisch. Hindenburg bringe es fertig, «den von Hass zerfressenen nationalsozialistischen Rufer im Streit und Exponenten einer absolut ausschliesslichen Partei zum deutschen Reichskanzler zu berufen». Deutschland werde es nicht erspart bleiben, «am Nationalsozialismus durchzuseuchen».

Die NAZ kritisierte nun wenigstens die neuen Machthaber, die unser nördliches Nachbarland aussenpolitisch destabilisierten und auch uns direkt verunsicherten. Gleiches galt bezüglich des südlichen Nachbarn. Bei der Spitzelaffäre, die das faschistische Italien in der Schweiz auslöste, wurde zwar die Schwäche des Bundesrates kritisiert: «Macht ist vor Recht gegangen!», dies bezeuge die Formulierung auf Verlangen Mussolinis.<sup>357</sup> Doch dem nationalsozialistischen oder faschistischen Getue wurde nur die Angst vor Abhängigkeiten und der eigene Stolz gegenübergestellt, nicht die höheren Werte von Freiheit und Menschlichkeit. Hier erwies sich Allemann lange Zeit auf einem Auge blind. Die Untaten der Stalin-Doktrin wurden gut und klar aufgelistet. Das Schema, dass Antimarxismus in jedweder Form die Schweiz vor Bösem bewahre, spukte auch durch die Redaktionsstube der NAZ. So konnte sich diese Zeitung 1933 nicht mehr für die Ständerats-Kandidatur Killer erwärmen, auch wenn dessen Wahl dem bisher gehegten Demokratieverständnis entsprechen würde. Sie übte, im Gegenteil, starke Kritik an den «bolschewisierten Sozialisten im Aargau», was 1933 allen Erfahrungen widersprach. Dem taktischen Lavieren Arthur Schmidts konnte Allemann nichts abgewinnen. Wer gegen Stalin war, musste dies neuerdings bei jedem Satz bekennen. Gleiches von sich bezüglich der «Witzfigur Hitlers» zu verlangen, fiel ihm schon gar nicht ein.

<sup>354</sup> NAZ, 17. September 1930.

<sup>355</sup> NAZ, 31. Dezember 1930.

<sup>356</sup> NAZ, 30. Juni 1933.

<sup>357</sup> NAZ, 4. Februar 1933.

## Der Fronten-Frühling in der NAZ

Wie in vielen andern bürgerlichen Blättern wurde das fremde Getue und die Harus-Rufe bei der Veranstaltung von Oberstdivisionär Sonderegger und der Führer der Neuen und Nationalen Front gerügt. Der nüchterne Tatsachensinn des Schweizers lasse sich durch solches Gepränge nicht irritieren.<sup>358</sup> Tags darauf wurde Allemann endlich deutlicher; er verliess die ausgetretenen Pfade der Kritik von Äusserlichkeiten. In der Schweiz, Henri Dunant und Pestalozzi verpflichtet, sei kein Raum für Judenhetze.<sup>359</sup> Der «lächerliche Abklatsch des deutschen Vorbildes»<sup>360</sup> und die «unwürdige Kriecherei» eines Theodor Fischers samt dessen Antisemitismus könne nicht goutiert werden.<sup>361</sup> Und damit war Allemann eindeutig und klar positioniert. Am 4. Mai verfasste er eine ausführliche Kritik am Faschismus in der Schweiz. Zwei Tage später erliess die Liberale Jugend der Schweiz an ihrer Tagung einen Aufruf «An die junge Schweiz!», der sich klar von Diktatur und Unmenschlichkeit absetzte.<sup>362</sup> Schon vorher rang sich der Redaktor im Artikel «Sozialdemokratie und Landesverteidigung» dazu durch, die Moskowiter-Panik abzulegen und eine gemeinsame Abwehr des Ungeistes einzuleiten. «Wenn jetzt in der Schweiz nicht alle Anhänger der Demokratie, eingeschlossen die Sozialdemokraten, zusammenstehen, wird auch unser Land von aussen und innen überschwemmt von der faschistischen Sturzflut!»<sup>363</sup>

Daran änderte sich auch nichts, als Eugen Bircher als Gast-Journalist vom Chirurgenkongress in Deutschland berichtete und dabei in hohem Masse politisch wurde: die Deutschen seien mit dem neuen Regime stolzer und selbstsicherer geworden. Das Volk sei wie verwandelt. Die unsagbare Korruption der sozialdemokratischen Partei, «der Staat als Futterkrippe der Bonzen ist heute endgültig zerschlagen». Zwar sei er gegen die Übertragung ausländischer Erscheinungen. Offensichtlich bewunderte er die «Wiederaufrichtung des nationalen Wehrwillens», der in die Aufrüstung ausmünden musste. Die Brugger Versammlung der Fronten, an der auch Eugen Bircher teilnahm, erfuhr nur eine kurze und nüchterne Berichterstattung.<sup>364</sup> Doch die geistige Auseinandersetzung mit den Inhalten der Frontenbewegung füllte vor und nach dieser Kundgebung die Spalten der NAZ. Das «es wird nicht diskutiert» im Programm von Vindonissa, schockierte Allemann derart, dass er ausrief: «Wir fragen uns: Wie lange schauen die Behörden diesen Hetzversammlungen noch untätig zu?»<sup>365</sup>

<sup>358</sup> NAZ, 24. April 1933.

<sup>359</sup> NAZ, 25. April 1933.

<sup>360</sup> NAZ, 27. April 1933.

<sup>361</sup> Theodor Fischer: Präsident der Nationalsozialistischen Eidgenossen.

<sup>362</sup> NAZ, 6. Mai 1933.

<sup>363</sup> NAZ, 29. April 1933.

<sup>364</sup> NAZ, 31. Mai 1933.

<sup>365</sup> NAZ, 27. Mai 1933.

Seit dem 7. Mai 1932 wurde im Impressum Herr Dr. H. A. Wyss als zeichnungsberechtigter Redaktor für den Auslandsteil, das Feuilleton und die lokale Berichterstattung genannt. Er hatte schon vorher einige Monate in der Redaktion mitgearbeitet.<sup>366</sup> Ab Februar 1933 aber verschwand dieser Name brüsk aus dem Blatte, ohne dass dazu eine Erklärung erschienen wäre. Am 31. Mai tauchte derselbige Dr. Wyss als Redner neben Rüeegsegger im Roten Haus in Brugg bei der Fröntler-Versammlung auf.<sup>367</sup> Ziehen wir die Berichterstattung und vor allem die Bewertungen im Januar 1933 in der NAZ zurate, so steigt die Vermutung auf, dass ideelle Differenzen zwischen den zwei zeichnenden Redaktoren zu einem Bruch geführt hatten. Dr. H. A. Wyss ist wohl identisch mit den Personalien eines Dr. iur. auf S. 372 im Werke von Glaus, «Die Nationale Front». In jener Liste wurden nur ausgewiesene Mitglieder der Nationalen Front auf ihr Herkommen und den Bildungsgang durchleuchtet. Dass er mitten im Teig drin steckte, dürfte auch dadurch bewiesen sein, dass er parallel zur Arbeit an der NAZ für Dr. Oehlers «Monatshefte» Beiträge verfasste.<sup>368</sup> In seiner Studentenzeit gehörte er zum Kreise des «Zürcher Student», der damals ganz im Fahrwasser der Neuen Front segelte.

Erst am 19. August meldete der Verwaltungsrat: «Mit heute zeichnet als verantwortlicher Redaktor Dr. iur. G. Zeugin, der seit Beginn dieses Jahres an unserem Blatte tätig ist.» War man mit dieser Neuerwerbung vom Regen in die Traufe geraten? Mit Zeugin wurde die Auslands-Berichterstattung, vorab jene aus dem nördlichen und südlichen Nachbarlande, keineswegs objektiviert. Im Gegenteil: Zwischen den offenkundigen Sympathien für die Erneuerungen in den betreffenden Staaten und der Ablehnung jeder frontistischen Erweckung des Schweizervolkes im Inland-Ressort lag eine redaktionelle Unvereinbarkeit. Tatsächlich erschien auch Dr. G. Zeugin damals als Mitarbeiter der «Schweizerischen Monatshefte». Obwohl er im April 1934 den Schwenker zu den «Nationalen Hefte» des Dr. Oehlers, das eindeutig zum Markenzeichen der Fronten wurde, nicht mitmachte,<sup>369</sup> so gehörte er 1933 doch noch zum personellen Epizentrum der Erneuerungsbewegung.<sup>370</sup> Schon nach zwei Jahren meldete der Verwaltungsrat: «Mit heute scheidet Herr Dr. G. Zeugin aus unserem Dienste aus, um der Berufung als Redaktor der Neuen Basler Zeitung zu folgen.» Eine vielsagende Berufung! Die «Neue Basler Zeitung» war das frontistische Organ, bei dem der aargauische Kantonsarchivar Dr. Hektor Ammann im Verwaltungsrat sass und das 1939 vom Bundesrat verboten werden musste. So kommt es nicht von ungefähr, dass 1939 Allemann bei seinem Abschiedsgruss und

---

<sup>366</sup> NAZ, 7. Mai 1932, «Interne Meldung».

<sup>367</sup> Gautschi, KA, S. 304 und 590.

<sup>368</sup> Glaus, Nationale Front, S. 395.

<sup>369</sup> Glaus, S. 197.

<sup>370</sup> Ein Dr. E. Zeugin, Teufen, ist Unterzeichner der Eingabe der 200, 1940.

Rückblick auf sein Lebenswerk, die NAZ, ausführte: «So hat die NAZ sogar vom Frontenfrühling 1933 einen Gifthauch verspürt» und dabei an die beiden Redaktoren gedacht, die ihn kurzfristig begleitet hatten.

In der Zeit von 1933–1939 erschienen immer häufiger Informationen von jungliberaler Seite, und es ist offensichtlich, dass mindestens einer der Redaktoren dorthin orientiert war. Im Umkreis der Jungliberalen Gruppe an der Zürcher Universität wie in der Stadtpartei, war zwischen 1931 und 1934 die Grenze zu den Fronten nie klar gezogen worden. Die Anliegen, Totalrevision der Bundesverfassung und Erneuerung der politischen Führung im Sinne der Wyss'schen «natürlichen Autorität der Führung und Gefolgschaft»<sup>371</sup> war beiden Bewegungen eigen. Im Aargau setzten sich die Jungliberalen deutlicher von den Fronten ab. Wahlkämpfe liessen kaum mehr zu, von Brückenschlag zwischen getrennten Brüdern zu schreiben, wie dies in Zürich geschah.<sup>372</sup> Die «Neue Aargauer Zeitung» war darauf angewiesen, Hefe im Teig zu sein, ansonsten hatte sie ihre Existenzberechtigung verwirkt. Dem selbständigen Agieren der Jungliberalen Bewegung musste die NAZ als Sprachrohr dienen. Die Mitarbeit von E. B. Gross (-ss) muss daher längst vor 1939, als die Zeitung offizielles Organ dieser Partei wurde, datiert werden. 1947, bei der Umwandlung der NAZ in ein Wochenblatt, schrieb Gross, dass er jetzt im 12. Jahr in der Redaktion arbeite, was bedeutet, in Einsatz kam, auch wenn er im Impressum nicht genannt wurde.

Die eigentliche Zäsur aber erfolgte zum Jahreswechsel 1939/40. Am 30. Dezember musste der Gründer, Hermann Allemann, Verkörperung und Seele des Blattes, nach 27 Jahren verabschiedet werden. Gross, sein Nachfolger als Chefredaktor, bezeichnete ihn nicht nur als grossen Könnern im Journalismus, sondern auch als Spezialisten in sozialpolitischen Fragen. Die berufliche Veränderung führe ihn zum «Landboten» nach Winterthur. Dass Allemann mit Wehmut sein Lebenswerk in andere Hände legte, lässt sein Abschiedswort vermuten. Zum letzten Mal habe er an einer Sitzung des Grossen Rates teilgenommen, dem er seit 1926 angehört habe. Als Solothurner sei er in die aargauische Politik eingestiegen und habe sich durch Presse und Parlament immer mehr mit diesem Kanton identifiziert. Am 27. Dezember 1937, anlässlich des 25jährigen Geburtstag der NAZ, hatte er Kämpfe und Erfolge des radikal-demokratischen Flügels der freisinnigen Partei aufgelistet. Sie sind praktisch deckungsgleich mit der Politik Hermann Allemanns. Dass die NAZ wiederum die linke Seite des Freisinns markiere, nun aber als Blatt der Jungliberalen, vermag zwar etwas zu trösten. Dennoch will er sich offenbar nicht ganz in den Dienst dieser Bewegung stellen und überlässt das Steuer Gross und den neuen Besitzern.

---

<sup>371</sup> Monatshefte, zit. in Glaus, S. 52.

<sup>372</sup> Bis 1940, nach Glaus, S. 272.

## Organ der Jungliberalen

Das Blatt nannte sich auch 1940 «Freisinnig-demokratisches Organ für den Kanton Aargau». Aber im Programm «Unsere Aufgabe» wurde der neue Chef deutlich: «Wenn die aargauische Jungliberale Bewegung sich entschlossen hat, über die NAZ intensiver als bisher in die politische Diskussion einzugreifen und an der Bildung der öffentlichen Meinung teilzunehmen, so geschieht es nicht deshalb, damit ein neuer Hecht im Karpfenteich der Parteien nach Beute schnappt, sondern aus dem Gefühl der Mitverantwortung um die Zukunft.» Und es erschien am 2. Januar 1940 erstmals der Name E. B. Gross im Impressum, wenn gleich sein Zeichen lange vorher schon die Beiträge markiert hatte.

Es war kurz vor dem Zweiten Weltkrieg, als die Jungliberalen an die Stelle des radikalen Flügels der freisinnig-demokratischen Partei traten, aber ganz eigenständig Politik betrieben. Daher benötigte man ein eigenes Presseorgan. Das Zauberwort hiess damals: Neues Europa. Eine heimtückische Idee, solange sie mit deutscher Vorherrschaft und faschistischem Führerstaat verbunden wurde. Ein neues europäisches Lebens- und Selbstgefühl sollte eine Chance haben, aber ohne Zwang.<sup>373</sup> Finnlands Freiheitskampf gegen die sowjetische Übermacht, aber auch die Verhaftung von Oberst Fonjallaz als Spion, markierten die Gefahren, die jedem Kleinstaat drohten. Als der Bundesrat das Buch von Rausching, «Gespräche mit Hitler» aus Sorge um die völkerrechtlichen Beziehungen verbot, da begehrte die NAZ auf und bewies mehr Liberalität und Unerschrockenheit als zum Beispiel das «Aargauer Tagblatt», das die bundesrätliche Weisung verteidigte.<sup>374</sup> «Das ist nicht nur ein Münsterchen, sondern ein Muster von journalistischem Verantwortungsbewusstsein, auf das sich das A.T. schon etwas zugute tun darf», kommentierte Redaktor Gross ironisch die Leisetreterei.<sup>375</sup>

Ab 10. Mai 1940 führte das Blatt erstmals den Untertitel: «Demokratische Tageszeitung für den Kanton Aargau». Der neue Name am Vortage des deutschen Überfalls im Westen war mehr als eine Parteimarke: in einem Umfeld von diktatorischen Manifestationen wurde damit schweizerische Eigenart demonstriert, genauso wie der Landigeist dies begründet hatte. In vielen Äusserungen, ja selbst in der Wortwahl blitzte diese Eigenheit auf. Bis zum Kriegsende vermochte sich die Zeitung zu halten, obwohl normalerweise nicht mehr als eine halbe Seite Inserate akquiriert werden konnten. Am 8. August 1946 kam das Aus für die Tageszeitung. Redaktor Gross bekannte in seinem Rückblick, dass die Zeit, in der das weltanschauliche Element die Politik bestimmte, vorüber sei; Parteien hätten sich vermehrt

<sup>373</sup> NAZ, 2. Januar 1940.

<sup>374</sup> Kreis, Zensur und Selbstzensur, S. 140, 344 und 375.

<sup>375</sup> NAZ, 17. Februar 1940.

in Interessengruppen verwandelt. Die Weltmacht Radio verwandle zunehmend die Informationsbedürfnisse. Die Tempo-Übermittlung der Nachrichten sei nicht mehr Sache der Presse, umsomehr aber die sorgfältige Kommentierung. Daher müsse die NAZ zum Wochenblatt werden. Nur sachte konnte mit dieser Argumentation verschleiert werden, dass der Zeitung ganz einfach das Publikum fehlte. Wenn nach einem Jahr schliesslich auch die Wochenzeitung die Segel streicht, so entlarvt sich der wahre Grund des Abbaues.

Die Konzeption der Wochenzeitung war inhaltlich und gestalterisch durchaus attraktiv. Ein modernes Erscheinungsbild, vierspaltig, Antiqua-Schrift, mit vielfältigen Titeln, mit Wechsel der Schrifttypen, Einsprengsel-Texte, die zweispaltig gehalten waren, näherte sich die NAZ auch optisch den gehobenen Zeitschriften an. Obwohl das Experiment gescheitert war, hielten offenbar die Träger an ihrem Konzept fest: ein kommentierendes Wochenorgan wäre im Aargau ein Bedürfnis. Die bedrückendste Erfahrung sei gewesen, den Kreis nicht weiter ausdehnen zu können, da die materielle Unsicherheit, auf der der Versuch fussen musste, bald stark ins Gewicht fiel. Das Blatt schluckte die Überschüsse und zuletzt auch den Zins für die Genossenschaftsanteile (der Druckerei), so dass das Unternehmen keine Reserven bilden konnte.<sup>376</sup>

«Das Verlagsrecht der Zeitung geht auf die neue Gesellschaft über, die es damit in der Hand hat, von diesem Rechte zur gegebenen Zeit wieder Gebrauch zu machen.» So verabschiedete sich der Vorstand der bisherigen Genossenschaft «Buchdruckerei Neue Aargauer Zeitung» von der Leserschaft, noch immer im Bewusstsein, dass zwar das kommentierende Wochenblatt vorläufig zum letzten Mal erschienen ist, dass diese Marktlücke im Aargau früher oder später aber doch noch geschlossen werden müsse.

---

<sup>376</sup> Schlusswort, 4. Juli 1947.

# Die Arbeiterpresse

## Der «Freie Aargauer»

### Die parteieigene Zeitung

«Die Entstehung einer eigenen Parteipresse haben die Sozialdemokraten einem Streik der Aarauer Typographen zu verdanken. Als 1904/05 im Zusammenhang mit einer Arbeitsniederlegung um die Forderung höherer Löhne und gewerkschaftlicher Anerkennung die Druckereibesitzer der Kantonshauptstadt einzelne Mitglieder der Typographia aussperrten, gründeten diese in der Folge als Genossenschaft eine bescheidene Druckerei, um auf eigene Rechnung zu arbeiten.»<sup>1</sup> «Unter diesen befanden sich die Genossen Hans Küng, Emil Kälin, Moritz Gisler und Robert Birrer.»<sup>2</sup> Ihr Ziel war die Herausgabe einer Arbeiterzeitung. Kälin, Gisler und Birrer zeichneten als Inhaber des neuen Blattes; so vermerkte es das Impressum im Kopf der ersten Nummer. «Am 22. April 1906 ratifizierte eine Delegiertenversammlung der aargauischen Arbeitervereine in Baden den Vertrag, wonach die Aarauer Druckereigenossenschaft Herstellung und Vertrieb eines eigenen Parteiblattes übernahm. Am 1. Mai 1906 erschien unter dem Titel «Der Freie Aargauer» die erste Nummer einer sozialdemokratischen Zeitung, die vorerst zweimal wöchentlich im bescheidenen Umfang von vier dreispaltigen Seiten herauskam.»<sup>3</sup>

Die Druckerei befand sich am Graben (Grabenallee 215) in Aarau. Das Produkt, ein vierseitiges Blättchen, trug oft «eher den Charakter eines grösseren Flugblattes», meinte der Chronist Willi Gautschi.<sup>4</sup> Er urteilte dabei entsprechend der Rückschau der späteren Redaktoren Arthur Schmid<sup>5</sup> und Armin Bolliger,<sup>6</sup> die aus der Position der Glanzzeit des «Freien Aargauers», einerseits das frühe Presseorgan belächelten, andererseits die Pionierzeit von damals verklärt darstellten. Tatsächlich war das Blatt nicht bescheidener als vergleichbare Zeitungen in Aarau zur selben Zeit, zum Beispiel der «Aargauische Anzeiger» Gottfried Kellers, der damals auch zweimal wöchentlich erschien und von gleichem Umfange war. Aber auch die drei Tageszeitungen des Hauptortes hatten kaum das Format, sich mit den traditionsreichen Organen der grossen Schweizerstädte zu messen.

<sup>1</sup> Gautschi, KA, Bd. 3, S. 81.

<sup>2</sup> Bolliger Armin, in 75 Jahre FA.

<sup>3</sup> Gautschi, KA, Bd. 3, S. 81.

<sup>4</sup> Gautschi, KA, S. 81. In Wirklichkeit: Die Partei bot nur moralische Unterstützung. Die Defizite wurden von der Druckereigenossenschaft getragen.

<sup>5</sup> 50 Jahre FA.

<sup>6</sup> 75 Jahre FA.

Die Rückblende verzerrte auch die damalige parteipolitische Lage. Trotz deftiger Sprache und ideologischer Wertung entsprach die Analyse durchaus der aargauischen Realität von 1906: «Der einstige stolze Freisinn der aargauischen Radikalen treibt dem moralischen Bankrott entgegen, er ist faul bis ins Mark und unfähig, an der Lösung der grossen brennenden Tagesfragen mitzuarbeiten.» Dieser Satz aus der ersten Nummer des «Freien Aargauers» vom 1. Mai 1906 wurde von den späteren Redaktoren als «kühne Worte in einer Zeit, wo der Freisinn noch allmächtig war», bezeichnet. Zu Unrecht! Die Pressestruktur von Aarau 1906 und die drei um ihr Überleben ringenden Tageszeitungen, entsprechend den verfeindeten Flügeln des liberalen Lagers, zeugen überdeutlich von der Neutralisierung der politischen Macht. Die Allmacht der freisinnigen Partei war lediglich eine statistische Grösse, messbar in Anteilen im Regierungs- und Grossrat. In Wahrheit müsste von Zersetzungerscheinungen gesprochen werden, die geradezu nach einer Sammlung der oppositionellen Kräfte riefen. Das Mittel, das die Zentralisierung der Arbeitervereine schliesslich vollbrachte, war die eigenen Presse.

Dass die einstigen Streikführer und Ausgesperrten in den Spalten ihres Blattes mit Kritik nicht geizten und klassenkämpferisch auftraten, kann nicht erstaunen. Versöhnliche Worte, Ausgleich und Vergleich, lieferte der Grütlianer schon seit Jahren; dasselbe zu bieten, benötigte es keines neuen Blattes. Die harte Arbeitswelt unverblümt anzuprangern, wurde erleichtert durch die Anonymität. Sie wurde anfänglich – aus begreiflichen Gründen – konsequent eingehalten; wir finden weder einen Redaktor, noch Namen von Mitarbeitern, nur der Hinweis, «Verantwortlich: Die Redaktionskommission». Dass die Inhaber namentlich aufgeführt wurden, hat wohl nur presserechtliche Gründe: wird kein Redaktor genannt, muss der Verleger den Kopf hinhalten. Das eigene Parteiblatt benötigte natürliche Personen für mögliche Anklagen und Strafen, sogenannte Sitzredaktoren, egal, ob diese je einen Text formuliert hatten. Die parteieigene Zeitung, das war ein Novum in der aargauischen Presselandschaft.

Wenn der «Freie Aargauer» Flugblattcharakter aufwies, dann nur, weil er aussparte, aussparen musste, was Tageszeitungen verschiedenen Couleurs der Leserschaft bereits serviert hatten. Er konnte nur parteiliches und parteiisches Korrektiv sein. Die neue aargauische Arbeiterzeitung hatte durchaus Vorbilder, so das Ende des 19. Jahrhunderts gegründete «Volksrecht» in Zürich, der «Demokrat» in Luzern und die «Freie Zeitung» in Olten.

Wenn im Leitartikel «Was wir wollen? Ein offenes Wort an das arbeitende Volk des Kantons Aargau» ein Programm eröffnet wurde, so unterschied es sich nur wenig vom breitspurigen Geleitwort eines bürgerlichen Neulings im Blätterwald: «Aufklärung der arbeitenden Bevölkerung über die kulturellen Aufgaben eines freien, sich selbst regierenden Volkes; Erziehung zur selbständigen Auffassung und Beurteilung aller wirtschaftlichen

und politischen Tagesfragen. Verbreitung von Wissen und Bildung in den unteren Volksschichten, Hebung der moralischen Lebensauffassung, Weckung des Sinnes für die sittlichen und geistigen Ideale freier und ihrer Würde sich bewussten Glieder der grossen Allgemeinheit.» Nur der vorher ausgesparte Programmpunkt, «planmässige Agitation und Organisation aller unselbständig Erwerbenden für die Ziele der ökonomischen und politischen Tätigkeit der Arbeiterschaft», wird dem Erscheinungsdatum, dem 1. Mai, gerecht. Dieser allein deutete auf die marxistische Doktrin hin, die damals den verwendeten Begriffen und Adjektiven der wohlklingenden – scheinbar harmlosen – Zielsetzungen innewohnten.

Was damals – offenbar mit bescheidenem Erfolg – versucht wurde, klärte sich Jahre später, nämlich 1912, beim Umbau in eine Tageszeitung deutlicher auf. Damals gestand man ein, dass das Ziel mit einem zwei oder dreimal wöchentlich erscheinenden Blatte nicht zu erfüllen war. Erst jetzt, mit dem neuen Tagblatt, war «dem Arbeiter Gelegenheit gegeben, den bürgerlichen Zeitungen den Laufpass zu geben». So wird «nun auch der Familienkreis der Moral der Kapitalisten und Reaktionäre entrückt und mit der sozialistischen Weltanschauung bekannt gemacht. Die Frauen und auch die Kinder werden nicht mehr von seichten Romanen der oberen Stände vergiftet und mit allen möglichen Lügennachrichten gefüttert werden. Hingegen werden sie nun zu gesundem Urteil über die gegenwärtige Weltordnung kommen und gleich dem kämpfenden Familienvater klassenbewusst werden.»<sup>7</sup> Solange der Durst nach täglicher Information durch bürgerliche Tageblätter gestillt wurde, vermochte das nur ergänzende Organ die Arbeiter nicht zum Klassenkampf zu mobilisieren. Erst wenn Speise und Trank ausschliesslich aus eigener Küche stammte, konnte Körper und Geist gesunden, und der Leser wurde zum Streben für wahre Menschlichkeit gestählt.

Der dürftige «Freie Aargauer» aus der Anfangszeit war aber in der Auswahl der Beiträge durchaus zielbewusst; er verstand sich als Ergänzung und Berichtigung bürgerlicher Nachrichtenblätter. Andere Wertungen waren einzubringen, nicht die Wiederholung von längst breitgewalzten Fakten. Titel von Leitartikeln wie «Maulkrattengesetz», «Die heutige Gesellschaftsordnung», «Lehrer und Politik», «Klassenpolitik – Klassenjustiz», «Über Arbeitszeitverkürzung» deuten an, dass 1906 noch die Hoffnung gehegt wurde, dem Abonnentenkreis ein eigenes Bewusstsein zu vermitteln. Zudem ergaben Scherenschnitte aus allen übrigen Arbeiterorganen den Stoff aus dem Kreise der Gewerkschaften und Kantonalparteien. Alle diese Haus-Mitteilungen füllten die Spalten Eidgenossenschaft und Kantone. Die Redaktionskommission, laut Kopf der Zeitung auch 1907 verantwortlich für den Inhalt, konzentrierte sich pflichtschuldig auf jene Themen und Berichte, die in den Tageszeitungen unterdrückt wurden oder zu kurz

---

<sup>7</sup> FA, 23. März 1912.

kamen und das Selbstbewusstsein der Arbeiterschaft stärkten. Ein Dauerbrenner eigener Art war die Auseinandersetzung mit der gelben Arbeiterpartei und der gelben Arbeiterzeitung. Die dauernde Entlarvung der nicht-klassenkämpferischen Arbeiterpartei als hinterhältige Scheinorganisation kapitalistischer Ausbeuter zur Verlockung der Arbeiterschaft und zur Spaltung des Proletariats, war heilige Pflicht dieses Blattes. Es galt, die «trügerische Idylle» von Meister und Arbeiter zu zerstören. Es gibt keine Genossenschaftsbetriebe in der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung.<sup>8</sup>

Was wohl schon vorher gang und gäbe war, dass nämlich die Redaktion vorab vom Parteisekretariat und vom Vorstand wahrgenommen wurde, wird 1910 zur Gewissheit. Im Kopf der Zeitung zeichnete die «Aarg. Arbeiterpartei: Kantonalvorstand Baden. Sekretariat, Rathausgasse 81, 1. Etage, Baden» als verantwortliches Gremium.<sup>9</sup> «Heinrich von der Festung» formulierte damals die Wünsche zum neuen Jahr: ein besseres Verhalten der organisierten Arbeiter, der vermehrte Einsatz für eine bessere Wirtschafts- und Weltordnung und «geläuterte Kräfte des Geistes, der Zucht und Herrschaft über sich selbst». Während dieses Jahres wurde wöchentlich eine Gratisbeilage mitgeliefert, die einen Romantext in Fortsetzungen anbot. Im Dezember 1910 rückte dieses Feuilleton unter den Strich der normalen vierseitigen Ausgabe. Im Begleittext «Aufwärts und vorwärts» zur Umgestaltung des Blattes wird sichtbar, dass die Parteipresse laufend nach ihrer besten Form strebt: «Wohl wurden gar oft Klagen laut im eigenen Lager über die Ausgestaltung unseres Parteiorgans.» Es sei aber zu bedenken, dass das Unternehmen ein grosses finanzielles Risiko bedeute. «Ein zu rasches Dreinfahren hätte unter Umständen das Verschwinden des Freien Aargauers bedeuten können.» Im Gegensatz zur Gründerzeit vor fünf Jahren, seien die Verhältnisse etwas andere geworden, die Partei sei erstarkt und damit auch das Publikationsorgan. Noch immer werden keine Redaktoren mit Namen erwähnt. Am 17. Dezember 1910 wurde das dreimalige Erscheinen für 1911 angezeigt. Zu den gewerkschaftlichen Anliegen stiessen in diesem Jahr vermehrt die Anprangerungen der bäuerlichen Begehrlichkeit. Das Kapitel «Preise und Löhne» war damals weitgehend ein Machtkampf mit Dr. Laur in Bern; er sollte nach seinem Umzug nach Brugg in Zukunft noch häufiger Ziel der journalistischen Polemiken sein.

Am 12. Januar 1911, nachdem der «Freie Aargauer» nun dreimal wöchentlich, nämlich am Dienstag, Donnerstag und Samstag, herausgebracht wurde, meldete sich die Redaktion im Leitartikel «Unser kantonales Parteiorgan» in eigener Sache zum Wort. Eigentlich hätten viele Leser gewünscht, dass man das bescheidene Organ in eine Tageszeitung ausbauen würde. Doch dazu habe die Kraft nicht ausgereicht. Mit der bescheidenen

<sup>8</sup> Z. B. FA, 7. November 1906.

<sup>9</sup> Im «Neuen Freien Aargauer» vom 23. Januar 1913 wird ein Urteil publiziert, das den ehemaligen Redaktor Gisler Moritz des FA betrifft. Freispruch!



Aarau, Dienstag 1. Mai 1906 Nr. 1 Erster Jahrgang

---

# Der Freie Aargauer.

Offizielles Organ der Arbeiterpartei des Kantons Aargau.

Erscheint Mittwoch und Samstag.

<p><b>Abonnementpreis:</b></p> <p>             Jährlich . . . . . Fr. 8. —              Halbjährlich . . . . . Fr. 4. 50              Vierteljährlich . . . . . Fr. 2. 25           </p>	<p>             Expedition, Druck und Verlag der Buchdruckerei des freien Aargauer, Aarau, Grabenacker 215.              Inhaber: Emil Kälin, Moriz Giesler und Robert Bierer.           </p> <p style="text-align: center; font-size: small;">Inserate werden in der Tendenz "sozial" Fr. 215 entgegengenommen.</p>	<p><b>Insertionspreis:</b></p> <p>             Die einseitige Zeile oder deren              Raum 10 Ct. Wiederholungen Rabatt,              Gießengasse und Verordnungsamt 5 Ct.              per Zeile.           </p>
--	--	---

*Der Redaktionsstandort des «Freien Aargauers» 1912–1918 und der erste Zeitungskopf von 1906 (70 Jahre Freier Aargauer).*

Erweiterung könnte das Angebot vorderhand erweitert und eine unabhängige, nicht gekaufte Meinung vertreten werden.<sup>10</sup> Am 21. Dezember 1911 wurde im «Freien Aargauer» erstmals eröffnet, dass sich das Blatt im Laufe des folgenden Jahres in eine Tageszeitung verwandeln werde. Das Zusammengehen mit den Bruderparteien von Luzern und Solothurn wurde damals angesagt; eine Pressunion Aargau müsste zu diesem Zwecke noch gegründet werden, auf dass in allen drei Kantonen gleiche Bedingungen vorlägen. Es würde in jedem der drei Sektionen eine zusätzliche Seite produziert; damit käme die ordentliche Nummer auf sechs Seiten. Eine Woche später, am aargauischen Parteitag, referierte Präsident Otto Suter über die Pressefrage. «Das gegenseitige Verhältnis liegt so, dass die Partei finanziell an das Organ gar nichts leistet, sondern nur die sogenannte moralische Unterstützung zusicherte. Das ganze Risiko liege auf den Schultern der Verleger. Wie es hier steht, haben die Genossen an den Parteitagen schon wiederholt hören können. Die Verleger lehnen es mit Recht ab, Jahr für Jahr die Defizite zu tragen.» Mit der Gründung der Pressunion Aargau werde eine Aktiengesellschaft geschaffen. 32 Aktien à 250 Franken entfallen auf unsern Kanton. Jeder Parteigenosse wird Mitglied der Pressunion mit einem Anteilschein von 5 Franken (Organisationen 25 Franken). «Die Zeichnung von wenigstens einem Anteilschein sollte jedem Genossen möglich sein.» Die Parteikasse spendiere 500 Franken. Einstimmig wurde der Antrag zur Gründung einer kantonalen Pressunion beschlossen.<sup>11</sup>

Was sich nun zu Anfang 1912 zutrug, gehört zu den betrüblichsten Kapiteln der Geschichte des «Freien Aargauers». Offenbar wurde von der Pressunion ein offenes Konkurrenzverfahren für den Druckauftrag eröffnet, wobei es zum einen um den Druck des Hauptblattes, zum andern um die Fertigung der kantonalen Einlageseite ging. Hatten die Inhaber der parteinahen Genossenschaftsdruckerei zu hoch gepokert oder war tatsächlich die Pressunion zum voraus darauf aus, das Verhältnis zum bisherigen Verleger aufzulösen? Schon die Verhandlungen mussten in einem aufgeladenen Klima stattgefunden haben. Während anfangs noch Aufrufe zum Zeichnen von Anteilscheinen im alten «Freien Aargauer» markant und wiederholt im Textteil vorzufinden waren, versiegte bald jede Information über das weitere Geschehen. Am 20. Februar platzte Moritz Gisler mit einer Erklärung heraus: «Wie die gestrigen Tagesblätter bereits berichteten, hat der Unterzeichnete seine sämtlichen bisher innegehabten Ämter, die er im Dienste der Arbeiterschaft und im Sinne und Geiste der modernen Arbeiterbewegung nach bestem Wissen und Gewissen vertrat, der Arbeiterunion Aarau zur Verfügung gestellt.» (Grossrat, Bezirksrichter) Der Schritt sei wohlüberlegt geschehen. Was bisher keine Repressalie zustande gebracht hatte, «das hat

<sup>10</sup> FA, 12. Januar 1911.

<sup>11</sup> FA, 28. Dezember 1911.

nunmehr Neid, Missgunst und Unverstand einer Anzahl sog. Genossen zustande gebracht. Brutaler als die Arbeitgeber anno 1905 mit uns verfahren, verfährt eine irregeleitete Masse Proletarier mit den derzeitigen Verlegern des «Freien Aargauers» (...) Schwer ist uns der Abschied aus der Partei geworden, allein ich scheide ohne Groll und wünsche, dass die Sache der Arbeiterschaft auch ohne meine Mithilfe vorwärtsgehe. Moritz Gisler.» «Anschliessend hieran erklären die Unterzeichneten, dass die Herausgabe des «Freien Aargauers» ab 1. April 1912 nicht mehr durch sie erfolgt. Ob, wo und wann derselbe künftig erscheint, wissen wir heute noch nicht. Moritz Gisler, Emil Kälin, Robert Birrer.»

Am 24. Februar veröffentlichte Gisler ein «Letztes Wort» zur verkarreten Situation, nachdem in der ganzen Presse des Aargaus über das Zerwürfnis in der sozialdemokratischen Partei gemutmasst und spekuliert worden war. «Die Arbeiterunion Aarau fühlte sich veranlasst, eine Erklärung, die im «Freien Aargauer» keine Aufnahme fand, in der bürgerlichen Presse zu erlassen. Einige Sätze derselben veranlassten uns, die Aufnahme zu verweigern, weil dieselben der Wahrheit nicht entsprechen.» Man wollte darin beweisen, dass nicht die Arbeiterunion die Urheberin der Missstimmung und daher der Demission sei. Aber: Immer wieder sei ihm der Brotkorb vorgeworfen worden. Seit 1906 hätten sie ein Arbeiterbrot genossen, das «karg und bitter» war. Sie hätten eine genau berechnete Offerte gemacht, die eher zu tief angesetzt war. Er lasse sich nicht als privatkapitalistischer Ausbeuter hinstellen. «Als Äquivalent verlangten wir dagegen, dass uns für die bestehenden Defizite eine entsprechende Rückzahlung gewährt werde und dass die Arbeitervereine nach Möglichkeit ihre Druckarbeiten in unserer Druckerei herstellen lassen.» Eine Selbstverständlichkeit in andern Kantonalparteien. Man wollte uns den «Freien Aargauer» entreissen, um ihn dorthin zu bringen, «wo man ihn schon längst haben wollte». Ein bewährter Arbeiterführer habe einmal gesagt: «Der schlechteste Arbeitgeber ist der Arbeiter selbst.» Trotz Drohung Gislers, auf weitere Verdächtigungen nur noch vor dem Richter zu antworten (24. Februar 1912), erfolgte am 2. März noch einmal eine Erklärung der Arbeiterpartei Aargau. Sie hätte mit den Verhandlungen nichts zu schaffen; dies sei Sache der Pressunion gewesen. In der Partei bestünden keine Missstände, daher könnte auch nicht von Irreleitung von Proletariern gesprochen werden.

Nicht nur im Aargau wurde gegen die neue Konzeption des Presseorgans opponiert, sondern auch in Luzern. Die Belegschaft der bisher beauftragten Druckerei, konnte den Beschluss nicht akzeptieren. Am 5. März wurde unter Aarau gemeldet: «Die Typographia Aarau hat am letzten Samstag in gutbesuchter Versammlung mit erdrückender Mehrheit den Austritt aus der Arbeiterunion Aarau und der Pressunion beschlossen und ist damit dem Beispiel der Typographia Luzern gefolgt.» Damit war offenbar der Draht zwischen den alten und neuen Zeitungsmachern gerissen. Am

14. März erschien im «Freien Aargauer» ein Mitgeteilt: «Wie man vernimmt erscheint das Organ der aargauischen Arbeiterpartei vom 25. März an unter dem Titel «Neuer Freier Aargauer» und wird in der Buchdruckerei W. Trösch in Olten hergestellt.» Und mit dem Vertrag lief auch der pionierhafte «Freie Aargauer» aus; wir finden kein Adieu an die Leserschaft, kein gegenseitiges Dankeschön. Und es bleibt dem Aussenstehenden nur die Bemerkung im Kopf, dass der beigezogene Vermittler von ausserhalb des Kantons weniger vermittelt, als eine Stellenvermittlung betrieben habe. Wer wurde da indirekt beschuldigt? Sind die Vorwürfe an die Adresse Oberentfelden gerichtet? Deutete man damit auf ein Zusammenwirken von Otto Suter und Arthur Schmid hin?

## Die Tageszeitung

Am 23. März 1912 erschien die erste Nummer der sozialdemokratischen Tageszeitung «für die Ur- und Mittelschweiz» unter dem veränderten Namen «Neuer Freier Aargauer». Unter diesem Titel wird das Blatt bis 1932 laufen. Die Aargauer, Solothurner und Urschweizer Genossen hatten sich zusammengefunden, mit einer leistungsfähigen Zeitung die bürgerlichen Blätter aus den Arbeiterwohnungen zu vertreiben. Als Redaktoren zeichneten Jaques Schmid (SO), Ernst Nobs (LU), Adolf Lienhard (SO) und Otto Suter (AG). Die Titel der früheren Bruderzeitungen in Luzern und Olten, «Demokrat» und «Freie Zeitung» blieben erhalten. Den Druck für die Solothurner und Aargauer Ausgabe besorgte die Rotationsdruckerei Trösch in Olten: für die aargauische Partei ein Affront gegenüber der streitbaren Genossenschaftsdruckerei am Graben. Das Innerschweizer Blatt wurde in Luzern produziert. Inserate und Lokalteil des «Demokrat» blieben selbständig. Der Leitartikel «Aufstieg!» war durchsetzt von klassenkämpferischen Parolen. Das Geleitwort zum Teil Aargau verfasste ein A. S., was wohl Arthur Schmid heissen dürfte, ein Ökonomie-Student, der kürzlich (1911) der Partei beigetreten war und später offen bekannte, durch Redaktor Otto Suter Sozialist geworden zu sein. Anstelle der seichten Romane bürgerlicher Blätter figurierte unter dem Strich «Die Mutter» von Maxim Gorki. Der «Neue Freie Aargauer» umfasste acht Seiten, wovon vier Inserate aus den Kantonen Aargau und Solothurn, aber keine aus der Zentralschweiz enthielten. Das Verhältnis mit den Luzerner Genossen schien Ende Mai noch nicht völlig geklärt. Am 4. Juni erfolgte eine Richtigstellung: Der «Demokrat» müsste weiterhin eigene Wege gehen können. Am 1. Juli konnte dieser melden, dass er mit 6000 Abonnenten den Luzerner «Tagesanzeiger» (später LNN) überrundet habe.

Der Rubrik Kanton Aargau wurde oft ein zusätzliches «Zum Geleit» vorangestellt; obwohl sich die neue Tageszeitung auf der Frontseite bil-

dungsbeflissen nie ohne ausführlichen Leitartikel präsentierte. Redaktor Suter aus Oberentfelden wusste nur zu gut, dass der Aargauer Arbeiter anders geführt werden musste, als der Proletarier in städtischen Orten wie Olten und Luzern. Im Grundsatzartikel «Der Sozialismus auf dem Lande» gestand er ein, dass der Bauernsohn als Arbeiter für systemverändernde Gedankengänge wenig übrig habe. Es sei schwierig, ihn zu mobilisieren. Aber: auch dieser Teil der Erwerbstätigen begänne nun zu erwachen.

Nach den harten Auseinandersetzungen in der aargauischen Sozialdemokratie im Vorfeld der Neukonzeption der Parteipresse, war offenbar von bürgerlicher Seite zu früh gelacht worden: man hatte ob der Streitereien das sichere Ende erwartet.<sup>12</sup> Das Organ der Arbeiterschaft sei bereits auf den 1. April totgesagt worden. «Da frohlockten die Herren! Und heute?» Sie ärgern sich über die reiche Tageszeitung. Nur Hass, Neid und Wut veranlasse Rusch vom «Aargauer Volksblatt» den «Neuen Freien Aargauer» mit Kritik zu übergiessen. «Im Stadium des Katzenjammers» entsetze er sich über den Roman von Maxim Gorki und über die «Hochpeitschung der Leidenschaften» durch die Auswahl der Nachrichten und Wertungen. Er verurteile die Redaktion und ihre Moral; derweilen möchte er die Arbeit und die soziale Fragen zu einer Art Gottesdienst machen.<sup>13</sup> Die «Neue Rheinfelder Zeitung» urteile objektiver und sei des Lobes voll über das Presseerzeugnis der Arbeiterschaft.<sup>14</sup> Die Sondernummer zum 1. Mai stand 1912 im Zeichen der Forderung nach dem Achtstunden-Tag. Das Inseratenvolumen bei Sonderausgaben war erstaunlich und wohl darauf zurückzuführen, dass Wirts- und Geschäftsleute, welche den «Neuen Freien Aargauer» durch Abonnements unterstützten, von der Zeitung veröffentlicht und der Leserschaft besonders empfohlen wurden.<sup>15</sup> Am 20. Dezember erfolgte gar ein Aufruf, die Festeinkäufe nur bei Firmen zu tätigen, die im NFA inserierten. «Ignoriert die andern Geschäfte, tragt das Geld dorthin, wo euer Blatt mit Inseraten bedacht wird! Wer uns nicht berücksichtigt, soll auf die Arbeiterbatzen verzichten!»<sup>16</sup>

«Arbeiter! Jetzt raffe dich auf aus deiner Gleichgültigkeit.» «Arbeiter! die bürgerliche Zeitung erzieht dein Weib und deine Kinder zu Feinden deiner Klasse. Fort darum mit ihr aus deinem Heim und hinein die Arbeiterzeitung, die von Arbeitern für die Arbeiter geschrieben wird.»<sup>17</sup> Dieser Aufruf erfolgte fettgedruckt unter dem Kopf der Zeitung. Er fasste zusammen, was in den verflossenen Monaten Inhalt der Arbeiterpresse gewesen war und bestätigte das angewandte Konzept für das künftige Jahr. Zuerst war das

<sup>12</sup> FA, 27. März 1912.

<sup>13</sup> FA, 3. und 5. April 1912.

<sup>14</sup> FA, 5. und 10. April 1912.

<sup>15</sup> FA, 27. März 1912.

<sup>16</sup> FA, 20. Dezember 1912.

<sup>17</sup> FA, 13. Dezember 1912.

Eigenleben zu pflegen: Der 70. Geburtstag von Herrmann Greulich füllte eine ganze Frontseite. Zum Tod von August Bebel am 14. August 1913 wurde dessen Leben und Wirken ausführlich dargelegt. Bildnisse der sozialistischen Pioniere wurden als Zeichnungen wiedergegeben. Dann: Vertreter der Partei in Parlamentsberichten waren entweder mit ihren Voten herausgehoben oder ihre Rede wörtlich abgedruckt. Sie beherrschten schon rein optisch das Ratsgeschehen. Wichtige ausserkantonale Arbeitnehmer-Politik wurde in Leit- oder Grundsatzartikeln behandelt und nachvollzogen. Die Zeitung sollte zur Bildungsanstalt des Arbeiters werden. Voraussetzung, dass die anspruchsvolle Kost genossen und verdaut werden konnte, war die Pflege des Volksschulunterrichtes. Immer und überall setzte sich das Blatt für Verbesserung im Schulwesen ein. «Der Lehrer ist ein Proletarier. Er braucht Unterstützung. Sonst wird er ein Knecht der Dorf-magnaten.»<sup>18</sup> Die Anprangerung der Kinderarbeit in der aargauischen Tabakindustrie nach der Dissertation von Clara Wirth, St. Gallen,<sup>19</sup> klagte nicht nur die Ausbeutung an, sondern das Abhalten vom Schulunterricht und die Übermüdung, die Jugendliche in ihrer Reife und Eigenständigkeit behinderten.

Am 26. März verschwindet Adolf Lienhard als Redaktor aus dem Impressum. Wie weit er redaktionell tätig war und welche regionale oder sachliche Sparte ihm anvertraut war, gab die Zeitung nie preis. Er taucht später als Adjunkt des eidgenössischen Fabrikinspektorates in Zürich wieder auf.<sup>20</sup> Am 1. Dezember 1913 wurde gemeldet, dass Genosse Ernst Nobs, gegenwärtig am «Centralschweizer Demokrat», als Nachfolger von Genosse Müller an die «Volksstimme» in St. Gallen gewählt worden sei. Mit seinem Abgang beim «Demokrat» in Luzern im Februar 1914 fehlt auch seine Mitarbeit am «Neuen Freien Aargauer». Sein Name wurde im Impressum vorläufig nicht ersetzt. Erst am 30. Juni erscheint ein neuer Name: Heinrich Schöttli, und dies just vor Ausbruch des Krieges. Die häufigen krankheitsbedingten Absenzen von Otto Suter haben die Arbeit offenbar erschwert. Am 28. Juli 1914 wurde gebeten, «bis zur Gesundung des Genossen Suter» alle Korrespondenzen nach Baden (Sekretariat) einzusenden. Die Mobilmachung riss auch ins Redaktionsteam Lücken: Heinrich Schöttli wurde als abwesend angezeigt, während Otto Suter ab dem 7. September wieder ans Redaktionspult zurückkehrte. Bis zum 3. November 1914 lautete die Übertitelung des Kriegsgeschehens: «Der europäische Krieg». Schon nach wenigen Wochen wurde die Verarmung der Arbeiterfamilien beklagt und die Hoffnung gehegt, dass sich dieser Krieg nicht räumlich und zeitlich noch weiter ausdehne. «Trotz dem Kriegstaumel, der in allen bürgerlichen Blättern spaltenlang sich dokumentiert», sei Hoffnung

<sup>18</sup> FA, 24. April 1912.

<sup>19</sup> FA, 30. Dezember 1912.

<sup>20</sup> NFA, 16. April 1930.

auf baldigen Frieden gegeben.<sup>21</sup> Und bisher ungewohnte Worte ertönen auch im «Neuen Freien Aargauer»: «Wie ein Mann muss sich das Schweizervolk erheben zum Schutze des Landes, zum Schutze von Weib und Kind. Alle Parteigezänke haben aufzuhören und alle Energie muss für den Bestand und die Wohlfahrt des Schweizerlandes und seines Volkes aufgebracht werden.» «Werden wir zu essen haben?» Das Blatt warnte, wie alle andern, vor Hysterie und Masseneinkäufen.<sup>22</sup> «Indem die Sozialdemokratie die Kriegssteuer bewilligte, erfüllte sie nicht nur ihr oft gegebenes Versprechen, dem Vaterlande in der Stunde der Not beizustehen. Sie zertrat auch für alle Zeit die giftige Verleumdung der Gegner, die sie des Vaterlandsverrats beschuldigten.»<sup>23</sup>

Seit dem Kaiserbesuch, bei den Manövern 1912, war der preussische Geist, ja sogar der überpreussische Geist im Offizierskorps der schweizerischen Armee eine Provokation für die sozialdemokratische Presse. Es gebe weder eine Offiziersehre noch einen Korpsgeist. Eine Volks-Verteidigung verlangte nach einer Volksarmee, die keine Offizierskaste brauchen konnte. Als am 3. November 1914 zum letzten Male der Titel «Der europäische Krieg» erschien, da zeigte das Parteiorgan mit dem Leitartikel «Die Maske fällt» auch erstmals den äusseren und inneren Wandel an: «Der Verteidigungskrieg ist bereits zum Raubkrieg geworden.» Die Äusserungen deutscher sozialistischer Abgeordneten wie Liebknecht und andern werden zitiert, und internationale Solidarität zeichnet sich ab. «Der Kampf gegen den Zarismus» von Leo Trotzky, Dumaabgeordneter, zur Zeit in Zürich, prognostizierte: Die Dynastien werden sich vereinigen, und die Reaktion wird stärker denn je werden. Die Sozialisten müssten sich einmischen und die Rechnungen stören.<sup>24</sup> Das Manifest der deutschen Sozialisten, in der Hoffnung auf den französischen Sieg und die Einführung der Republik im deutschen Reich aufblitzt, geniesst das Wohlwollen der aargauischen sozialdemokratischen Partei und ihrer Presse.

Am 2., 4. und 5. Januar 1915 wurde «Unser Schweizer Standpunkt» von Carl Spitteler gänzlich abgedruckt. «Ist dieser Krieg der letzte Krieg?» fragte Papa Greulich am 18. Januar und entwickelte die Idee des Zusammenschlusses des ganzen Kontinents zu einer einzigen europäischen Republik. Die Zertrümmerung der 2. Arbeiterinternationalen durch den Krieg erhielt neue Aktualität durch eine Artikelserie, verfasst von Trotzky.<sup>25</sup> Auch im «Neuen Freien Aargauer» wurde das Vaterländische immer mehr durch Internationales ersetzt. Dem Dynastischen im Auslande entsprach in der Schweiz die Offizierskaste. Nationalrat Grimm möchte zum Militärbudget

<sup>21</sup> NFA, 31. Juli 1914.

<sup>22</sup> NFA, 1. August 1914.

<sup>23</sup> NFA, 17. August 1914.

<sup>24</sup> NFA, 29. November 1914.

<sup>25</sup> NFA, 2., 3., 4. März 1915.

erst dann Ja sagen, wenn die schweizerische Armee in ein wahres Volksheer verwandelt sei.<sup>26</sup> Im Nationalrat wurde der Antrag der Sozialdemokraten abgelehnt, die Kriegskostenfrage vom Volke absegnen zu lassen. Unentwegt wurde das aristokratische Gehabe im Offiziersstande in Zeitungsmeldungen kritisiert. Militär-Gerichts-Entscheide sorgten mehrmals für Entlarvung der personellen Verquickung von Wirtschaftsmacht, politischer und militärischer Führung. Kriegskommentare und innenpolitische Stellungnahmen zogen unentwegt auf jenes Ereignis zu, das vom 5. bis 8. September 1915 in Zimmerwald stattfand: die internationale sozialistische Konferenz. Erst am 18. September brachte der «Neue Freie Aargauer» auf dem Titelblatt die Proklamation. Die Schweizer Delegation unter Robert Grimm und Charles Naine ergänzte den verabschiedeten Text mit den Worten: «Seit Ausbruch des Krieges habt ihr eure Tatkraft, euren Mut, eure Ausdauer in den Dienst der herrschenden Klasse gestellt. Nun gilt es, für die eigene Sache, für die heiligen Ziele des Sozialismus» etc. einzutreten.

Diese Eröffnung erfolgte am Tage vor dem eidgenössischen Betttag, der sonst für christlich-vaterländische Gedenkworte reserviert war. In der Folge wurden Friedensdemonstrationen in der ganzen Schweiz organisiert und in der Parteipresse angezeigt und kommentiert. Im Leitartikel «Wir protestieren!» gegen diesen Krieg, stand das Bekenntnis: «Aber der Krieg wird das Grab eurer kapitalistisch-militaristischen Welt, und der Sozialismus wird sich darüber erheben wie die Sonne des Tages über die nächtliche Finsternis. Das ist unser Glaube!»<sup>27</sup> Der Aargauer Parteitag der SP vom 22. November ergab mit 330:51 Stimmen Zustimmung zur Zimmerwalder Proklamation, und dies bedeutete gleichzeitig als Ziel: die Demokratisierung der Armee. Ab diesem Datum verschwand in der Zeitung konsequent «Der Weltkrieg» von der Frontseite und wechselte auf die dritte Seite. Dafür rückten die sozialistischen Themen an die Spitze des redigierten Teiles. Gleichzeitig distanzierten sich fast alle Sektionen der Grütlianer von diesem Aarauer Beschluss. Der «Neue Freie Aargauer» kommentierte die Meldung aus dem «Zofinger Tagblatt» selbstbewusst: Die Genossen weinten diesen Chauvinisten keine Tränen nach; wem die neue Haltung nicht passe, der solle gehen.<sup>28</sup>

## Das Werkzeug der nahen, kommenden Revolution

Den Stand des Krieges am 6. Januar 1916 brachte die aargauische Linkspresse auf den einfachen Nenner: «Keine Regierung will aufhören, bevor sie Siegerin ist. Also müssen die Völker selber zum Rechten sehen.» Die

<sup>26</sup> NFA, 17. Dezember 1914.

<sup>27</sup> NFA, 2. Oktober 1915.

<sup>28</sup> NFA, 10. Dezember 1915.

Oberstenaffäre wurde zum täglichen Beweis, dass der «gute Geist der Milizarmee» durch das Offizierskorps zerstört wird. Die Verhöre wurden ausführlich zitiert, und der Freispruch, respektive die blossе disziplinarische Bestrafung empfand das Blatt als den Gipfel der Unverfrorenheit. Lanciert wurde daher die Initiative zur Abschaffung der Militärjustiz, mit täglichen Aufrufen zur Unterschriftensammlung. Die Innenpolitik wurde immer häufiger zum Schlagabtausch zwischen bürgerlichen und sozialistischen Blättern. Verzerrungen, Unterschiebungen, Verleumdungen wurden hüben und drüben zur permanenten Anschuldigung – vorab auf den Frontseiten zu finden. Der «illegale Demonstrationszug» der sozialistischen «Freien Jugend» durch Zürich, von Polizei und Militär auseinander gesprengt, hiess im «Neuen Freien Aargauer»: «Spaziergang der Freien Jugend durch Zürichs Strassen». Die Begriffe wurden immer verwirrlicher; Missverständnisse waren vorprogrammiert. Das Friedensangebot der Zentralmächte vom Dezember 1916 gab der bürgerlichen Presse Anlass zu Hoffnungen; der «Neue Freie Aargauer» zeigte sich mehr als skeptisch. Es sind die Regierungen, die Entgegenkommen signalisieren und darauf Antwort geben; nicht einmal die Parlamente decken die Verhandlungen. Es gibt keinen «Frieden um jeden Preis». «Friede auf Erden kann das Volk nur selbst sich geben»: am Ende des Klassenkampfes. «Alles andere ist Schaum und Lüge.»<sup>29</sup> Oder mit den Worten vom 21. März 1916: «So lange die kapitalistische Wirtschaftsordnung existiert, wird und muss es Krieg geben.» Entsprechend säuerlich reagierten die linken Zeitungen auf die Friedensinitiative Präsident Wilsons zum Jahresende, dem Seufzer «endlich!» zum Trotz. Wilson müsste zuerst bei sich selber beginnen, und die Kriegslieferungen der USA unterbinden. «Ein weiteres Kriegsjahr kann die Menschheit nicht ertragen! Es geht über die Kraft!» Nur der Sozialismus kann uns vom Kriege erlösen.

Im Jahre 1916 schied schon am 4. Januar Heinrich Schöttli aus der Redaktion aus; am 19. Januar trat Max Rüdт an seine Stelle. Obwohl sonst nur selten Kommentare oder Artikel aus der Feder der Redaktion gekennzeichnet waren, so wurden doch seine Gelegenheitsgedichte immer von ihm signiert. Nach eineinhalb Jahren, am 25. September 1917, schied aber Rüdт wieder aus.

Die turbulenten Ereignisse des dritten Kriegsjahres spiegelten sich auch im «Neuen Freien Aargauer». Der Abbruch der diplomatischen Beziehungen der USA zu Deutschland, die Unterstützung der Friedensinitiative Wilsons durch den schweizerischen Bundesrat zum Jahreswechsel, veranlassten Papa Greulich, ein Bekenntnis zur Landesverteidigung abzulegen. Am 5. Februar 1917 war dies eine Schlagzeile wert. Sofort wurde klar, dass die Zeitung auf der Gegenseite stand, als Robert Grimm zwei Tage darauf seine

---

<sup>29</sup> NFA, 16. Dezember 1916.

eigene Form des Pazifismus erläuterte: die Oberstenaffäre habe bewiesen, dass in der heutigen Welt die Grenzen zwischen Angriffs- und Verteidigungskrieg verwischt seien: auch Wirtschaftstätigkeit könne einen Angriff auslösen, respektive ausführen. Die Demokratie der Schweiz diene nicht der Arbeiterschaft. Daher müsse der Klassenkampf über allem stehen. Einige Tage darauf erschien die «hocherfreuliche Meldung», dass in St. Petersburg die Revolution ausgebrochen sei und man daher Rückwirkung erwarten dürfe.<sup>30</sup> Die Abdankung des Zaren und der Sieg der gemässigten Elemente um Kerensky lösten in der sozialistischen Presse nur wenig Freude aus. Die SPS bekundete Sympathie an die Adresse der Genossen und Arbeiter Russlands, aber verbunden mit dem Aufruf: «Nieder mit dem Krieg! Es lebe die soziale Revolution!»<sup>31</sup> «Wird die Revolution den Krieg töten oder der Krieg die Revolution?»<sup>32</sup> Für die aargauische sozialdemokratische Presse stand fest: «Der Antimilitarismus ist eine soziale Pflicht.» Als Logik der Tatsachen bezeichnete der «Neue Freie Aargauer» die Reise der Genossen Lenin und weiterer Emigranten durchs Reich nach Russland.<sup>33</sup> Am 6. November fürchtete die Zeitung einen neuen reaktionären Staatsstreich in Russland. Drei Tage später konnte aufgetatmet werden: Die «neue russische Revolution für den Frieden» gewann die Oberhand. Die neuen Machthaber, die Bolschewiki, sie wollen Frieden um jeden Preis. «Alles wartet nur auf das deutsche Proletariat, um gemeinsam dem Kriege ein Ende zu machen.»<sup>34</sup> Eine Revolution ohne Blutvergiessen habe in Russland stattgefunden.<sup>35</sup> Die bürgerlichen Blätter sprechen von Gewaltherrschaft der Bolschewiki.<sup>36</sup> «Die Verleumdung der russischen Revolution» ist ohne Beispiel. Die bürgerliche Presse ist «die Dienerin der wahren Schurken.» Daraus folge die grösste Perversität. Die russischen Revolutionäre, «die die Welt befreien wollen von diesen blut- und geldgierigen Scheusalen, die nennt sie Mörder!»<sup>37</sup>

Einige Tage danach wurde durch Redaktor Jacques Schmid die bedauerliche «Erdrosselung der sozialistischen Revolution in Russland durch den deutschen Militarismus» erklärt und erläutert: Wenn die Ukraine und Finnland von Russland abgetrennt werden und gleichzeitig die Rote Armee demobilisiert, dann werde die Revolution erstickt.<sup>38</sup> Die Hoffnung auf die deutsche Arbeiterschaft erwies sich als eitel. Das Schlagwort «Krieg dem Kriege!» verfiel nicht. Die «Sozial-Patrioten» im Reich verfassten schon im

<sup>30</sup> NFA, 16. März 1917.

<sup>31</sup> NFA, 24. März 1917.

<sup>32</sup> NFA, 28. März 1917.

<sup>33</sup> NFA, 28. Juli 1917.

<sup>34</sup> NFA, 9. November 1917.

<sup>35</sup> NFA, 10. November 1917.

<sup>36</sup> NFA, 9. Februar 1918.

<sup>37</sup> NFA, 21. Februar 1918.

<sup>38</sup> NFA, 28. Februar 1918.

November 1917 eine Absage an die Diktatur des Proletariats,<sup>39</sup> und Redaktor Jacques Schmid behauptete, dass die deutschen Arbeiter leider immer noch «in hündischem Gehorsam» verharrten.<sup>40</sup> So wurde aus der friedlichen Revolution der wildeste Bürgerkrieg in Russland.<sup>41</sup> Den Ereignissen in Russland entsprechend, bewerteten die Redaktoren der Linkspresse die innenpolitischen Auseinandersetzungen in der Schweiz. Ohne Echowirkung in Westeuropa, vorab in der Schweiz, musste die eingeleitete Revolution in Russland versiegen und versickern. Es sind weniger die Proklamationen und Forderungen der organisierten Arbeiter im März und November 1918, die den Bürgerlichen den nackten Schrecken vor dem Umsturz einjagten, als die täglichen Kommentare in der sozialdemokratischen Presse, vorab im «Neuen Freien Aargauer». Wenn in späteren Analysen und Betrachtungen die Reaktion und der Militäreinsatz im Generalstreik als unverhältnismässig bewertet wurde,<sup>42</sup> so kommt dabei die Presse eindeutig zu kurz, die korrespondierend zum Geschehen in Russland, das eigene Verhalten programmieren wollte. Die Drahtziehertheorie hatte hier ihren Ursprung. So kommentierte das Blatt am 14. März zum Thema «Die Eisenbahner und der Generalstreik»: «Solange in den kriegsführenden Staaten die Gewehre nicht rückwärts gerichtet, oder zu allermindestens weggeworfen werden, dürfen wir nicht daran denken, unsere soziale Macht in die wirkliche Tat umzusetzen: In dem Augenblicke, wo die Niederlage der Waffen erfolgt, werden auch wir unsere Forderungen stellen. Damit wäre dann auch der Moment für die Eisenbahner gekommen, in Reih und Glied mit der gesamten Arbeiterschaft zu marschieren.» Das war noch Leninismus in Reinkultur und malte automatisch die baldige Diktatur des Proletariats als Teufel an die Wand. Selbst der versierteste bürgerliche Leser war kaum in der Lage, den Schwenker wahrzunehmen, den die SPS kurz vor dem Landesstreik noch vollzog, als das bolschewistische Regiment in Russland bei Partei und Presse in Ungnade fiel, weil es danach aussah, dass es sich mit den Mittelmächten verbünde. Dies ergäbe eine kommunistisch-imperialistische Ehe und wäre unakzeptabel. «Lenin und Konsorten als unbelehrbare Starrköpfe» werden «ihre eigenen Wege gehen, Wege, auf denen ihnen weder das russische Volk noch das Weltproletariat folgen wird und die zum Untergang des Bolschewismus führen.»<sup>43</sup>

Auch bei voller Erkenntnis dieser Distanzierung konnte ein negativ Indoktrinierte die massigen Forderungen des Streik-Komitees als taktische Massnahme oder als vorläufige Zwischenetappe werten, und musste daher den Anfängen wehren. Unter diesen Auspizien fanden dann die

<sup>39</sup> NFA, 14. November 1918.

<sup>40</sup> NFA, 19. November 1918.

<sup>41</sup> NFA, 13. November 1918.

<sup>42</sup> Siehe Gautschi Willi: Landesstreik.

<sup>43</sup> NFA, 18. September 1918.

bekannten Abwehrmechanismen auf den Landesstreik von 1918 statt. Im Oktober 1918, also mitten in diesen Ereignissen, starb der Vater des «Neuen Freien Aargauers», Otto Suter, an den Folgen seines Lungentuberkulose-Leidens. Immer wieder hatte er Heilung im Sanatorium Barmelweid gesucht. Ursprünglich Schlosser, wechselte er ins Pressewesen als Administrator beim «Grütli» und übernahm 1912 die Leitung des Blattes der Presseunion «Neuer Freier Aargauer». Seit 1909 war er Mitglied des Grossen Rates, 1909–1913 auch Gemeinderat in Oberentfelden. 1913 wurde er aus dem dörflichen Amte weggewählt; dafür wirkte er seither als Schulpfle-gepräsident. 1912 stellte ihn die Partei als Nationalrats-Kandidaten dem freisinnigen Regierungsrat Emil Keller entgegen, was ihm zeitlebens den Zorn des «Alten am Rain» zugezogen hatte. Dem jungen Ökonomiestu-denten aus dem Dorfe, Arthur Schmid, wurde er zum politischen Ziehvater und Vorbild. Ohne seine administrative und redaktionelle Tätigkeit ist die Pionierzeit der sozialdemokratischen Presse im Aargau nicht vorstellbar.<sup>44</sup> Das entstandene Vakuum und die äusseren Ereignisse des Landesstreiks warfen auch das alte Konzept der gemeinsamen Tageszeitung für die Mittel-schweiz über den Haufen. Und wie der Phönix aus der Asche erstand eine rein aargauische Arbeiterzeitung unter der Redaktion von Pfarrer Sigmund Büchi. Die turbulenten Ereignisse um Druckerei und Zeitung spielten sich bereits in Aarau ab.

Am 9. November, dem Tage des Proteststreikes in allen Städten, erschien die letzte Nummer der alten Tageszeitung mit folgender Ankün-digung: «Am nächsten Montag, den 11. November wird der NFA zum ersten Mal seit 1912 wieder in Aarau erscheinen, erstellt in der Druckerei der politisch und gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft des Kan-tons Aargau.» Es folgte das Bekenntnis zum aargauischen Kampfblatt, das nun nicht mehr mit Solothurn und Luzern geteilt werden müsse, sowie Worte des Gedenkens für den Wegbereiter des Konzepts, Redaktor Otto Suter, und endigte mit dem Satz: «Mit der Unterstützung aller jener, die sich bewusst sind, an einer neuen Welt zu bauen, wird der NFA blühen und gedeihen.» Die Statuten zum neuen Blatt waren schon am 8. Septem-ber verabschiedet worden.<sup>45</sup> Die erste Nummer kam dann erst am 12. November heraus. Die Druckereigenossenschaft und die Zeitung hatten laut Impressum ihren Geschäftssitz an der Kirchgasse 36 in Aarau. Noch am 13. November, während des Landesstreiks, verkündete das Blatt selbstsicher, dass der richtige Moment zu Verhandlungen verpasst worden sei: «Es kann kein bürgerlicher Friede mehr werden.» Die Ausgabe des folgenden Tages umfasste nur zwei Seiten und enthielt den Aufruf «An die aargauische Arbeiterschaft». Es wurde darin angeprangert, dass die Buch-

---

<sup>44</sup> NFA, 24. Oktober 1918, Nekrolog.

<sup>45</sup> NFA, 18. November 1918.

druckerei unter Zensur und Militäraufsicht gestellt worden sei. Gleichentags wurde aber in Olten der Abbruch des Landesstreiks auf 24 Uhr beschlossen, so dass sich Beschlüsse und Massnahmen der organisierten Arbeiterschaft gegenüber der «Belagerung» erübrigten. Die telegrafisch einberufene ausserordentliche Bundesversammlung zeigte, dass die Ereignisse je nach Standort widersprüchlich beurteilt wurden. Der «Neue Freie Aargauer» kommentierte in Versform: «Unsere Führer könnt ihr richten, doch die Wahrheit nicht vernichten.»<sup>46</sup>

Was sich tatsächlich im Vorfeld des Generalstreiks im Aargau abgespielt hatte, wieweit Beeinflussung vom Ausland im «Neuen Freien Aargauer» sich niedergeschlagen hat, kann leider in den Original-Blättern nicht mehr überprüft werden. Es verbleiben als Nachrichten nur die Reaktionen in bürgerlichen Blättern. Da das Blatt damals vor allem ein Oltener Produkt war, das heisst ganz nahe beim Streikkomitee beheimatet war, wäre uns diese Quelle wertvoll. Aber die Nummern vom Januar bis November 1918 fehlen in allen Sammelbänden. Ein eigenartiger Zufall!<sup>47</sup>

## Arbeiterzeitung und bürgerliche Presse

Die Gründung des «Neuen Freien Aargauers» 1912 war just in die Zeit einer neuerlichen Fusion der verfeindeten Flügel der freisinnig-demokratischen Partei des Kantons Aargau gefallen. Gottfried Keller, der alte Scharfmacher, hatte kürzlich seinen «Aargauischen Anzeiger» durch Kauf der «Aargauer Nachrichten» zum Hauptorgan der linken Freisinnigen verschmolzen und die erneuerte Tageszeitung zum Dauerkampf mit dem «Aargauer Tagblatt» aufgerüstet. Eine Fehlspekulation! Die Fusionspartei scharte sich um das Tagblatt, nicht um die Nachrichten. Die sozialistische Presse prognostizierte: die Nachrichten als linksfreisinniges Organ wird zwischen Tagblatt und «Neuem Freien Aargauer» zerrieben werden. Der neue Verleger ist nicht der Mann, der hier helfen könnte. Auch das Tagblatt erwarte nichts Gutes, wenn der «Alte am Rain» «den Sturz der früheren Zentralsonne am Himmel der aargauischen freisinnigen Partei in die düstern Tiefen des heutigen Kellers ermisst. In der Erkenntnis dieser Dekadenz dürfte wohl die Triebfeder der modernen Klagelieder Jeremiae am Rain draussen zu suchen sein.»<sup>48</sup> Keller musste in dieser heiklen Situation wieder einen eigenständigen Standort beziehen. Nun suchen die Nachrichten wieder Linkspolitik zu betreiben, nachdem sie noch kürzlich den Proporz bekämpft hatten, höhnte der «Neue Freie Aargauer», aber die Fusionsbrü-

<sup>46</sup> NFA, 29. November 1918.

<sup>47</sup> Selbst in der Landesbibliothek!

<sup>48</sup> NFA, 30. März 1912.

der werden sich nach altem Muster immer dann zusammenfinden, wenn es gegen die Linken geht.<sup>49</sup>

Im Mai fanden Nationalrats-Ersatzwahlen statt. Als die Roten es wagten, Regierungsrat Emil Keller Otto Suter als Kandidaten entgegenzustellen, da sei «der Alte am Rain» böse geworden. Wer seiner Familienpolitik im Wege stehe, der müsse dessen Seitenhiebe erwarten. Schon am 27. Juni 1912 konnte der NFA melden, dass eine neuerliche linke Abspaltung, die «radikal-fortschrittliche Vereinigung», sich beim Freisinn abzeichne, hinter der wohl wieder die Nachrichten stünden. Das Programm der neuen Vereinigung sei weitgehend den Sozialisten abgeluchst; doch man wisse, dass eine solche Proklamation nur ein Schönwetter-Programm sei. Der wahre Arbeiter wisse, dass er Befreiung von den Fesseln nur durch sich selbst erfahren könne. In Wirklichkeit standen hinter der neuerlichen Spaltung mehr regionale und persönliche Ambitionen. Die Kandidatur Attenhofer (Zurzach) für die Ständeratswahl war den Aarauern nicht genehm. Man wollte sich die Bevogtung durch Baden und Zofingen nicht länger gefallen lassen. Gottfried Keller junior, der an der Parteiversammlung Unterlegene, erfuhr die Förderung durch Vaters Nachrichten und wurde gewählt. Die Arbeiterpresse suchte sich aus dem Streite herauszuhalten; die Partei beschloss Stimmfreigabe.

Dennoch schlug das Ereignis auf den «Neuen Freien Aargauer» zurück. Der Streit im Verlagshaus Keller, die Abspaltung der «radikal-fortschrittlichen Vereinigung» von den Nachrichten, führte zur Gründung einer neuen, nun «echt freisinnigen» Tageszeitung unter Redaktor Allemann. Als Angestellter der Nachrichten wollte er die Familienpolitik des Altmeisters Keller nicht mehr mittragen. Die rote Arbeiterzeitung erwartete, dass im neuen Blatt vor allem gelbe Arbeiterpolitik betrieben werde.<sup>50</sup> Die «Neue Aargauer Zeitung» wurde nun zum häufigsten Gegner der sozialdemokratischen Presse. Das Tagblatt war als Herrenblatt klar positioniert; die Nachrichten waren eher zu bemitleiden; das Allemann-Blatt aber bot eine breite Reibungsfläche dar, stand dem «Neuen Freien Aargauer» zu nahe und war daher Schritt auf Schritt zu kontrollieren und zu kritisieren.

Der dissidente Ständerat Gottfried Keller wurde in Bern nicht in die Fraktion aufgenommen. Offiziell galten die Nachrichten nicht mehr als Organ der Partei. Dennoch trug das Keller-Blatt im Titel: «Freisinnig-demokratisches Organ des Kantons Aargau». «So kommt uns die Sache vor wie in der Fabel, wo sich das Huhn mit Pfauenfedern schmückt, aber trotz diesem Schmuck eben Huhn bleibt – die Nachrichten aber trotz dem Titel – reaktionär bis an die Knochen!», höhnte der NFA.<sup>51</sup> Drei Tage später entlarvte sich auch die «Neue Aargauer Zeitung» als bürgerliche Bewahrerin.

<sup>49</sup> NFA, 30. März 1912.

<sup>50</sup> NFA, 11. Oktober und 18. November 1912.

<sup>51</sup> NFA, 28. Mai 1913.

Alle drei freisinnigen Zeitungen von Aarau seien gegen den Proporz, das ganze reaktionäre Dreigestirn. Die Gründung der «Neuen Aargauer Zeitung» sei daher – nach Meinung des NFA – völlig überflüssig gewesen.<sup>52</sup>

«Der Alte am Rain», dessen Journalistik selbst vom Tagblatt einmal als gemein und feig bezeichnet worden war, verspeise täglich zwei Schwarze und vier Rote, spottete das sozialdemokratische Blatt. Wenn dessen Familie «Ämtli» ergattern wolle, dann verspeise er nur noch Rote; den Schwarzen aber mache er «Büs-Büs». Der arme Mann! Eine Zeitung von Bedeutung hat er in ein Winkelblättchen verwandelt. Nun verweist er die Sozialisten auf ihr früheres Programm der Völkerversöhnung und behauptet dreist, die Partei habe nichts geleistet, das edle Programm hätte nichts getaugt. Als wenn die sozialdemokratische Partei 1914 stark genug gewesen wäre, ihren Willen zu diktieren. Da Keller wohl um diese Tatsache weiss, entlarve er sich mit seinem Hohn als Befürworter des Krieges.<sup>53</sup> Da Keller das Spotten über die Roten nicht lassen konnte, wurde er selber immer wieder vom «Neuen Freien Aargauer» auf die Schippe genommen. «Der Brieggi am Rain kanns immer noch nicht verwinden, dass die Kriegssteuer im allgemeinen auf die Schultern geladen wurden, die sie leicht tragen können.» Seine Idee, dass diejenigen, die von der Steuer nicht betroffen werden, eigentlich nicht stimmen sollten, hätte zur Konsequenz, dass wir die ganze Demokratie einpacken könnten.<sup>54</sup> Verglichen mit den Nachrichten liess man das Tagblatt weit eher gewähren. Offenbar glaubten die Verantwortlichen des NFA, dass der Arbeiter eher versucht war, das frühere Demokratenblatt oder die «Neue Aargauer Zeitung» zu halten; so dass vor allem diese Organe zu disqualifizieren und aus den Wohnungen zu vertreiben waren.

Die rote Gewerkschaft stand vor und während des Ersten Weltkrieges in dauernder Auseinandersetzung mit den katholischen und freisinnigen Arbeitnehmerorganisationen, den schwarzen und gelben Gewerkschaften. Vorerst galt das Augenmerk dem «Aargauer Volksblatt» in Baden. Dessen Redaktor, Johann Baptist Rusch, gehörte zum christlich-sozialen Flügel der katholisch-konservativen Partei und galt als Exponent der schwarzen Arbeitnehmer. Dabei blieb Rusch keine Antwort schuldig. Rusch («vielleicht Diminutiv von Rausch»), müsse ja selber zugeben, dass der Christlichsoziale gar kein richtiger Arbeiter sei.<sup>55</sup> Die Kirche erweise sich laufend als Dienerin des Kapitalismus. Im Italienerinnenheim der Windischer Textilunternehmer würde die Demut gefördert: in Reih und Glied strömten die Lohn-Sklavinnen zum befohlenen Kirchgang.<sup>56</sup> Aber Herr Rusch finde sogar das Seminar Wettingen ausnahmsweise rühmend, wenn die Lehr-

<sup>52</sup> NFA, 31. Mai 1913.

<sup>53</sup> NFA, 23. September 1914.

<sup>54</sup> NFA, 12. Juni 1915.

<sup>55</sup> NFA, 3. April 1912

<sup>56</sup> NFA, 13. April 1912.

amtskandidaten schöne Messen singen. Im Gegensatz dazu wünschte der NFA überhaupt keine solche und ähnliche Aktivitäten: daraus entstünden nur Abhängigkeiten, und sei es auch nur bezüglich gewisser Lehrpersonen.<sup>57</sup> Wir brauchen den Kampf, nicht Gottergebenheit! Rusch bezichtigt nun die Arbeiterzeitung der Katholikenfeindlichkeit. Davon sei keine Rede, konterte deren Redaktion: wenn aber die katholischen Arbeiter gegen uns arbeiten, so sei die Kritik berechtigt, ebenso gegenüber einer Kirche, die den Kapitalisten diene. Aber Rusch möchte gerne den Sittenrichter spielen. Ein Mann, von dem das «Badener Tagblatt» sagt, er sei «ein Faulpelz, der morgens nicht aus den Federn wolle, ein Kerl, dem man morgens schon verdientermassen die Höschen klopfen sollte, ein arroganter Knabe, der von der Leitung eines politischen Blattes keine Ahnung habe, ein Kerl, der nicht lesen könne» nehme sich heraus, den «Neuen Freien Aargauer» zu kritisieren.<sup>58</sup>

Christlich-soziale Politik ohne Klassenkampf endige darin, dass der christliche Staat Streikbrecher freispreche, die auf Streikende schiessen. Dabei wolle wahres Christentum – wie es Professor Ragaz verstehe – dass Jesus eine neue Welt verkünde, entsprechend der sozialistischen Lehre. Im Zusammenhang mit einem Anlass der Arbeiterturnvereine verdamnte Rusch, dieser «politische Bajazzo», die ganze Turnerei; sie erzeuge nur freche und undisziplinierte Soldaten. Unter dem Titel «So'n Windhund» protestierten selbst der «Grütli» und die Freie Presse gegen das Volksblatt. 600 Turner aus zwei Vereinen versammelten sich in Baden zu einer Protestkundgebung und der «Neue Freie Aargauer» rief zum Boykott aller Wirtschaften auf, in denen diese katholische Aargauer Zeitung aufliege.<sup>59</sup>

Der Streit mit den «Gelben» ist ebenfalls in die Zeit vor dem Ersten Weltkrieg einzuordnen. Er bekam zusätzlichen Auftrieb, als der Exgenosse Pechota aus Winterthur sich 1912 in den Dienst «Kampf dem Klassenkampf» stellte und der Haupt-Propagandist der bürgerlichen Gewerkschaft wurde. Da im Sommer 1912 in Zürich ein Generalstreik stattfand, war das Thema «Judasse» in der Sozialistenpresse aktuell: die Schwarzen und die Gelben waren als Streikbrecher aufgetreten, galten als Verräter, und ihre Organisationen hiessen nun Ableger der Kapitalisten, eingesetzt nach dem Motto: «Teile und herrsche».<sup>60</sup> Die Diskussion im aargauischen Grossen Rat um das Verbot von Streikposten einerseits, das Verbot von schwarzen Listen, in denen streikwillige, klassenkämpferische Arbeiter angeprangert wurden, andererseits, veranlasste den «Neuen Freien Aargauer», die «Neue Aargauer Zeitung» als Blatt gelber Arbeiterpolitik anzuschwärzen, die nur

---

<sup>57</sup> NFA, 12. April 1912.

<sup>58</sup> NFA, 14. April 1912.

<sup>59</sup> NFA, 15. Juli 1912.

<sup>60</sup> NFA, 20. Juli 1912.

das Interesse der Patrone vertrete. Dies sei nun die verheissene echt freisinnige Zeitung!<sup>61</sup>

Anfangs Februar 1913 versammelten sich die Gelben, der «Freie Arbeiterbund», in Aarau. 150 Leute waren im Saal; der höhnische Bericht des NFA bekannte, dass dies vorwiegend aufgebotene sozialdemokratische Parteimitglieder gewesen seien. Mit 130:16 Stimmen votierte die Versammlung gegen die Bildung einer Aarauer Sektion der «Gelben Streikbrechertruppe».<sup>62</sup> Als Pechota, «der Überläufer», dem Abtrünnigen, F. Szell-Fröhlich, der von den Gelben zu den Roten gewechselt hatte, in dessen Büro eindrang, um belastendes Material im Schreibtisch zu behändigen, da eröffnete die sozialdemokratische Presse eine eigentliche Hatz auf Pechota, den das Blatt als Charakterlump bezeichnete. Entlarvt wurde von Szell vor allem, dass Herr Nationalrat Sulzer-Ziegler, der Fabrikant, Sponsor der «Freien Arbeiterzeitung» gewesen sei und damit klar wurde, dass der gelbe Spuk nur ein Manöver der Arbeitgeberpolitik sei. Das «gelbe Verlegenheitsgestammel», Szell sei nur Administrator, nicht Redaktor der Zeitung gewesen, täusche nicht darüber hinweg.<sup>63</sup> Vorübergehend zogen sich die Gelben etwas zurück; der NFA vermutete mehrere Male, dass das Spiel wohl aus sei. «Zur Erheiterung: Im Bund und andern Freisinnblättern wagt sich der Unternehmerklüngel wieder allmählich auf die Socken, um von der gelben Sauce, die Herr Szell-Fröhlich umgeschüttet, noch zu retten, was zu retten ist.»<sup>64</sup> Aber kurz darauf setzte im Aargauer Arbeiterblatt die Kontroverse mit den Gelben wieder ein. Vor allem die «Schweizer Freie Presse» in Baden zeige eine Vorliebe für gelbe Produkte. Die Nähe zur Grütlibewegung rückte auch diese einstige Demokraten-Zeitung neben die «Neue Aargauer Zeitung» und die «Aargauer Nachrichten». Während des Krieges, mit dem Aufkommen des Pazifismus, rückte diese Arbeitnehmerorganisation wieder ins Schussfeld der Roten, da die meisten Sektionen für die wehrhafte Schweiz einstanden. Je ideologischer der Kampf im Lauf des Krieges wurde, desto seltener erschienen Querelen der verschiedenen Gewerkschaften im «Neuen Freien Aargauer». Die grossen weltanschaulichen Themen verdrängten den innenpolitischen Kleinkram.

Zäher hielt sich der Streit mit Redaktor Rusch. Dieser bemühte sich, den Marxismus als revolutionäre Doktrin, fern jeder christlichen Ethik, für katholische Arbeiter zu diskreditieren. Der NFA seinerseits bemühte sich, der bürgerlichen Presse nachzuweisen, dass im Lehrgebäude des Sozialismus nichts von gewaltsamer Revolution gesagt wird. «Von einer Katastrophentheorie, wie sie uns die Gegner unterschieben, kann die Rede nicht

<sup>61</sup> NFA, 18. November 1912.

<sup>62</sup> NFA, 3. Februar 1913.

<sup>63</sup> NFA, 14. und 17. April. Ausführliche Darstellung der ganzen Affäre im Artikel «Aus dem gelben Sumpf» vom 5. Dezember 1913 in NFA.

<sup>64</sup> NFA, 6. Januar 1914.

sein.»<sup>65</sup> «Die Sozialdemokratie sucht ihr Ziel auf gesetzmässigem Wege zu erreichen...»<sup>66</sup> Anstatt zur organischen Überwindung von Widerständen aufzurufen, wollten die christlichen Gewerkschaften die ständischen Unterschiede als gottgewollt hinnehmen.<sup>67</sup> Und so würden von Redaktor Rusch «fast in jeder Nummer einige Sozialisten verspiesen.»<sup>68</sup>

Der Erste Weltkrieg brachte zuerst thematisch einige Änderungen, aber Rusch und das «Volksblatt» blieben im Schussfeld. Die anfängliche Rusch'sche Kritik an den Serben wurde als «christliche Kriegsverhetzung» titulierte und die KuK-Republikaner trieben es am buntesten, obgleich von dieser Seite eigentlich der Friedensaufruf «Krieg dem Kriege» zu erwarten wäre.<sup>69</sup> Als dann das grause Völkerringen einsetzte, forderte der «Neue Freie Aargauer» das Volksblatt auf, dies nun als Strafgericht Gottes zu werten. Weshalb aber müsse diese Katastrophe immer vor allem die Armen betreffen? Ganz zu Anfang hoffte die Redaktion der sozialdemokratischen Zeitung noch auf den Aufstand des russischen Volkes gegen den Krieg: «Das Schicksal Europas in den Händen der Arbeiter Petersburgs», titelte die Zeitung. Aber: «Die verbrecherische Provokation der ungarischen Magnaten und der österreichischen Pfaffen hat ihre Wirkung gehabt.» Die Kettenreaktion der Kriegserklärungen werde begünstigt von den «Regierungsbanditen in St. Petersburg».<sup>70</sup> Damals, als es um die Donaumonarchie alleine ging, zeigte Rusch noch unverhohlenen Sympathie für die Haltung der KuK-Monarchie. Die spätere, eigenwillige Meinung Ruschs zum Kriegsgeschehen bewirkte, dass das Volksblatt nur noch selten unter die Lupe des «Neuen Freien Aargauers» rutschte. «Abscheulich zahm sei's im konservativen Blätterwald geworden, findet der Redaktor des Zentralorgans der aargauischen katholisch-konservativen Partei», zitierte die Arbeiterzeitung und gab Rusch sogar recht. Sein Engagement für die Entente schaffte ihm ebenso Sympathie bei der Linken, als er bei den Bruderzeitungen in Ungnade fiel. «Wir halten treu zur preussisch-österreichischen Fahne», hätten die katholisch-konservativen «Neuen Zürcher Nachrichten» verlauten lassen. Wer sich so vernehmen lasse, zähle zu den «unverantwortlichen Narren» unserer Zeit, meinte der NFA, und Rusch hätte ihm wohl zugestimmt.

Der Presseprozess von Dr. O. Meyer, Aarau, gegen Rusch und das «Aargauer Volksblatt» zum Artikel «Stimmen im Sturm», ausführlich dargestellt in der Arbeiterpresse am 3. Juni 1916, dürfte mitverantwortlich für den Sturz des kämpferischen Redaktors gewesen sein. Am 15. Dezember 1917 wurde

---

<sup>65</sup> NFA, 6. Januar 1914.

<sup>66</sup> NFA, 6. Januar 1914.

<sup>67</sup> NFA, 13. Januar 1914.

<sup>68</sup> NFA, 12. Mai 1914.

<sup>69</sup> NFA, 28. Juli 1914.

<sup>70</sup> NFA, 27. Juli 1914.

emotionslos gemeldet, dass Dr. phil. A. Bärlocher aus St. Gallen Rusch in der Leitung des Volksblattes abgelöst habe. Damit wurde es stiller zwischen den konkurrierenden Blättern. Der neue Schreiber gehörte eher dem bäuerlich-gewerblichen Flügel der Partei an und machte wenig Arbeitnehmerpolitik.

## Die Ära Arthur Schmid beginnt

Pfarrer Büchis Tätigkeit als Redaktor des «Neuen Freien Aargauers» war nur von kurzer Dauer. Schon Anfangs Juni 1919 reichte er seine Entlassung ein. Dennoch müssen wir das Wirken eines Theologen fast als folgerichtige Politik nach dem Ersten Weltkrieg ansehen: Partei und Presse beriefen sich in ihrem Pazifismus häufiger als früher auf die christliche Friedensbotschaft. In mehreren Artikeln hatte sich der Safenwiler Pfarrer Barth schon früher in dieser Zeitung politisch engagiert.<sup>71</sup> Die Berufung auf Professor Ragaz<sup>72</sup> gehörte schon zum Vorkriegsritual des Blattes und bekam 1918 neuen Auftrieb.<sup>73</sup> Nun, da sich die Aargauer Sektion von Lenin, aber auch von Platten losgesagt hatte,<sup>74</sup> wollte auch der Nachfolger von Büchi, Otto Schmassmann, in seinen Spuren wandeln. Der Kritik von katholischen Pfarrherren an der sozialistischen Friedenspolitik, begegnete er angeblich in einer «bodenlos frechen» und «lümmelhaften» Sprache,<sup>75</sup> auch wenn er erklärtermassen nicht auf Revolution setzte. Übrigens: seine rüde Sprache disqualifizierte auch die Bürgerwehren des Obersten Eugen Bircher als vaterländische Bolschewiki.

Am 14. März 1920 wurde Dr. Arthur Schmid als Parteisekretär der Aargauer Sozialdemokraten gewählt. Das «Aargauer Tagblatt» kommentierte: Der neue Mann stehe «fest auf dem Boden des Bolschewismus». Selbst Schmassmann müsse nun noch weiter nach links rücken. Tatsächlich setzte sofort ein interner Streit um die Form des Pazifismus ein. Schmassmann behauptete, dass der Pazifismus der Aargauer Sozialdemokraten konsequent sei; es wäre verfehlt zu sagen, «heute brauchen wir die Maschinengewehre noch nicht, erst morgen».<sup>76</sup> Schmid veröffentlichte sofort den gegenteiligen Standpunkt und bat ihn, sich mit persönlichen Ansichten zurückzuhalten.<sup>77</sup> Ausgehend auf die Parteinahme von Professor Ragaz, die

<sup>71</sup> FA, 23./26./28./30. Dezember 1911. «Jesus Christus und die soziale Bewegung» (Vortrag vom 17. Dezember 1911) und NFA, 9. Mai 1914, vor allem 3. September 1917. Grabpredigt für einen sozialistischen Arbeiter, als Leitartikel.

<sup>72</sup> NFA, 31. Mai 1912.

<sup>73</sup> NFA, August 1915. «Altes und neues Christentum» von Pfarrer Mayer, Emmen.

<sup>74</sup> NFA, 5. Januar 1920.

<sup>75</sup> NFA, 5. März 1920, zuerst Pfarrer Koch von Tägerig, dann der Pfarrer von Kaisten.

<sup>76</sup> NFA, 20. April 1920.

<sup>77</sup> NFA, 26. April 1920.

Schweiz solle dem Völkerbund beitreten,<sup>78</sup> versuchte Schmassmann zu vermitteln: «Der Sozialist kann nur der schärfste Gegner des Völkerbundes sein; dieses Völkerbundes». Daher sei er gegen den Völkerbund – aber für den Eintritt der Schweiz. Nur so lasse sich der Völkerbund vollenden.<sup>79</sup> Das aargauische Sekretariat war – wie die schweizerische Partei auch – gegen eine Mitgliedschaft der Schweiz. Im Parteiblatt wurde die Stimmung immer gereizter. Das «Volksrecht» müsse sich im Aargau nicht als Schiedsrichter aufspielen. Sie hätten Sozialdemokratie, nicht Sozialdiktatur, wettete Schmassmann. Als danach in Oberentfelden diskutiert wurde, ob ein Ausschlussverfahren einzuleiten sei, spekulierten die bürgerlichen Blätter auf eine Parteispaltung. «Zofinger Tagblatt», «Aargauer Tagblatt» und «Neue Aargauer Zeitung» würden von der Tätigkeit der Extremisten berichten: «Ein Leitartikel der Entstellungen». Aber Schmassmann lieferte selber die nötigen Worthülsen, kritisierte das «Oberentfelder Ketzergericht», das den Verräter Schmassmann absägen wollte, und ihn des «politischen Streikbruches» bezichtigte.<sup>80</sup> Der neue Parteisekretär versuchte Klarheit zu schaffen: Die persönliche Meinung habe hinter der proletarischen Disziplin zurückzutreten. Nach der Parolenfassung der Partei bleibe kein Raum mehr für abweichende Ansichten. Im Monat Juni weilte Schmassmann in den Ferien, während die bürgerliche Presse über die Entzweiung weiter mutmasste. Er meldete sich am 30. Juni wieder zurück, und zwar mit einem hochgestochenen, verwirralichen Leitartikel, «Der erste Schritt zum Völkerbund». Eine absichtliche Provokation! Zwei Tage später meldete der Vorstand der sozialdemokratischen Presseunion, dass «O. Schmassmann seine redaktionelle Tätigkeit bis auf weiteres eingestellt» habe. Am 11. Juli fand eine Aussprache statt, und in geheimer Abstimmung wurde das Vorgehen des Vorstandes gutgeheissen.<sup>81</sup> Am 21. Juli wurde per Inserat ein neuer Redaktor gesucht. Damit war die Ära Schmassmann zu Ende. Vorläufig zeichnete eine Redaktionskommission als verantwortlich, wobei vorab das Parteisekretariat gemeint war, das am 17. Juli 1920 seine Tätigkeit aufnahm. 1921 schrieb Schmassmann dann in der «Neuen Zürcher Zeitung» einen Artikel: «Mein Austritt aus der sozialdemokratischen Partei». Der NFA quittierte: «Endlich am richtigen Platze!» Etwas Pazifismus und Völkerbundsbegeisterung bei bürgerlicher Denkweise reichten nicht aus, ein sozialdemokratisches Blatt zu leiten.<sup>82</sup> Am 29. November 1921 musste das Blatt melden, dass Schmassmann an Blinddarmentzündung gestorben sei.<sup>83</sup>

<sup>78</sup> NFA, 7. Mai 1920.

<sup>79</sup> NFA, 11. und 18. Mai 1920.

<sup>80</sup> NFA, 29. Mai, 3. Juni, 4. Juni 1920.

<sup>81</sup> NFA, 13. Juli 1920.

<sup>82</sup> NFA, 18. Januar 1921.

<sup>83</sup> NFA, 29. November 1921.



*Arthur Schmid sen. (1889–1958), die Stimme der aargauischen Sozialdemokratie.*

Dr. oec. Arthur Schmid war keineswegs auf eine Tätigkeit im Aargau angewiesen. Zwar musste er bei seiner kaufmännischen Tätigkeit im Tessin und der Arbeitslosigkeit in Zürich die Härte der Krise erfahren und wusste die Zeit für die Doktorarbeit zu nutzen. Dann aber hatte er in kürzester Zeit alles erreicht, was einem ambitionierten Politiker erstrebenswert erschien. Ursprünglich Handelslehrer am KV Winterthur, wurde er 1917 in den Kantonsrat gewählt, 1919 kam er als vollamtliches Exekutivmitglied in den Winterthurer Stadtrat und im gleichen Jahre – bei den ersten Proporzwahlen – als Vertreter des Aargaus in den Nationalrat. Um für den Aargau zu kandidieren, musste er auf den Stadtratsstuhl verzichten. So meldete er sich für den Posten des aargauischen Parteisekretärs, leitete interimistisch nach Schmassmann die Redaktionskommission des «Neuen Freien Aargauers»

und war damit praktisch ab Juli 1920 dessen Redaktor. 1921 trat er in den aargauischen Grossen Rat ein, wurde 1925 in den Gemeinderat von Oberentfelden gewählt und übernahm im gleichen Jahr das Fraktionspräsidium im aargauischen Parlament. Mit dem Umzug in den Aargau hatte er auf eine übersichtliche, gut dotierte Stellung als Berufspolitiker verzichtet, um eine vielschichtige und äusserst aufwendige Kampf- und Krampfarbeit zu leisten. Reizte die politische Bildungs- und Führungsaufgabe oder war es das Heimweh, das ihn nach Oberentfelden zurückholte? Tatsache ist, dass Arthur Schmid auch in der Zürcher Zeit den «Neuen Freien Aargauer» mit Artikeln und vor allem mit engagierten Gedichten zu besonderen Anlässen beliefert hatte und offensichtlich mit den Aargauer Genossen verbunden bleiben wollte. Damit dürften beide Triebkräfte gleicherweise am Werk gewesen sein.<sup>84</sup>

Die Affäre Schmassmann sei keine Personenfrage, sondern eine reine Sachfrage gewesen, belehrte gleich zu Beginn seiner Tätigkeit Arthur Schmid die bürgerliche Presse. Und er forderte Josef Niggli, Redaktor am «Aargauer Tagblatt», zum öffentlichen Wortgefecht heraus.<sup>85</sup> Die Schimpfwörter «Bolschewisten und Russen», die allen angehängt wurden, die Kritik am bürgerlichen Staat anbringen, belege den Mangel an wirklichen Argumenten.<sup>86</sup> Tatsächlich finden wir an der Konferenz der Anhänger der 3. Internationalen die Namen Dr. Welti, Nobs, Droz, Platten etc., nicht aber den Namen von Arthur Schmid. Die Geschäftsleitung fand, dass die 21 Eintrittsbedingungen in den Sektionen behandelt werden sollten, bevor man einen kantonalen Parteitag veranstalte: Eine Broschüre zum bessern Verständnis könne bei Arthur Schmid, dem Verfasser, bezogen werden. Damit wird sichtbar, dass sich die Aargauer Sozialdemokraten mit Arthur Schmid einen Vordenker engagiert haben, und dass er diese Stellung auch wahrnehmen wollte. Als Sprecher am Parteitag in Bern verlangte er eigene Kampfmethoden für die Schweiz und daher Ablehnung der 21 Bedingungen. Auch wenn die Begriffe Diktatur des Proletariats und Rätesystem ins neue Parteiprogramm aufgenommen wurden, trennte sich die extreme Linke als Kommunisten von der Partei, während die Mitglieder mit «pazifistisch-burgfriedlichem Denken» zu den Grütlianern nach rechts abwanderten.

Schon im Bettagsmandat der schweizerischen Bischöfe wurde den Katholiken der Eintritt in die sozialdemokratische Partei verboten. Wer notgedrungen dort verbleiben müsse, solle dies dem Pfarramt melden, zitierte der «Neue Freie Aargauer» am 27. Sept 1920 in vereinfachter Form und fragte darauf rhetorisch: «Sind wir im Mittelalter?» Als Antwort erschien ein Beitrag von «Casiopea» über den «Revolutionär Jesus», dessen sozial-reformerisches Lebenswerk als echte Lehre Christi eigentlich den

---

<sup>84</sup> Angaben aus dem Nekrolog, FA, 15. November 1958.

<sup>85</sup> NFA, 15. Juni 1920.

<sup>86</sup> NFA, 14. Juni 1920.

Sozialismus darstelle.<sup>87</sup> Fast täglich erschienen Meldungen und Kommentare zur päpstlichen Sozialpolitik und die christlichsoziale Verführung der Arbeiter: das Nächste wurde zum drohenden Feindbild. «Fort mit der schwarzen Presse!» lautete die Parole zum Jahresschluss.<sup>88</sup> Und der «Freischütz» konterte: «Hinaus mit der gesamten sozialistischen Presse aus den katholischen Wohnungen.»

Am 3. Januar 1921 trug die Zeitung erstmals den Vermerk, «Redaktion: B. Fuchs und Dr. A. Schmid». «Mit dem heutigen Tage übernehmen wir Unterzeichnete die Redaktion des N.F.A. Seit einem Jahr in der Redaktionskommission arbeitend, können wir es uns ersparen, lange Ausführungen zu machen.» Sie würden «im Sinne des klassenbewussten Proletariates, im Dienste des grossen Befreiungskampfes, des sozialistischen Klassenkampfes, trotz Lügen und Verleumdungen bürgerlicher Pressekulis, gemeinsam die kleinbürgerlichen Illusionen der Spiessbürger innerhalb und ausserhalb» der Partei zerstören, dass sie «zum revolutionären Marxismus erzogen werden».<sup>89</sup> Benedikt Fuchs ist in diesem Team der Arbeiter, der für die Arbeiter schreibt. Von Hause aus Typograph, hatte er sich in jeder Phase der Parteizeitung engagiert, sei es in der technischen Fertigung, im Vorstand der Presseunion oder in der Redaktionskommission. Seine Arbeit als mitverantwortlicher Redaktor betrifft vor allem den Alltagskram; daher tritt er in der Folge weniger in Erscheinung. Arthur Schmid aber schreibt grundsätzliche Artikel, die zum Teil auch in andern Linksblättern erschienen, führte als Politiker den offenen Zweikampf mit der bürgerlichen Meinungspresse. Bis 1928 wird dieses Zweigespann die Zeitung bestimmen. Wobei 1920, vor ihrem Einstand, ein Druckerei-Neubau bezogen werden konnte, neue Maschinen angeschafft wurden, denn das Blatt sollte formal eine Vergrösserung erfahren.<sup>90</sup> All diese Neuerungen waren möglich geworden durch die Zeichnung von Anteilscheinen. Die grösste Partei im Aargau, die stärkste Fraktion im Grossen Rat, dokumentierte ihre Potenz nun mit der entsprechenden eigenen Presse. Am 22. Februar 1921 erschien der NFA im neuen Gewand, in einem grösseren Kleid, nun vier-statt dreispaltig, das Resultat des «Opferwillens der Arbeiter».<sup>91</sup>

Tatsächlich musste sich die sozialdemokratische Presse 1921 mit einer konsequenten marxistischen Politik gegen die Werbearbeit der Neukommunisten wehren. Die aargauischen Extremisten versuchten gar mit einem eigenen Organ, «Neue Ordnung», ab April 1921 die Unzufriedenen zu sammeln. Der «Neue Freie Aargauer» hatte zum Jahresanfang den Zweifeln fettgedruckt direkt unter dem Kopf des Blattes, klaren Wein einge-

<sup>87</sup> NFA, 18. Oktober 1920.

<sup>88</sup> NFA, 18. November 1920.

<sup>89</sup> NFA, 3. Januar 1921.

<sup>90</sup> NFA, 2. Oktober 1920.

<sup>91</sup> NFA, 22. Februar 1921.

schenkt: «Wir stehen auf dem Standpunkt des schweizerischen Parteiprogramms, auf dem Boden der Diktatur des Proletariats und des Rätesystems. Es ist deshalb eine Irreführung der Parteigenossen, wenn die Neukommunisten die schweizerische Partei als rückständig und rechtsstehend hinstellen wollen. Die Partei steht auf dem Boden des revolutionären Marxismus.»<sup>92</sup> Grütlianer, die sich diesem Programm nicht unterziehen wollen, werden «gezwungen sein, die Partei zu verlassen».<sup>93</sup>

Am schweizerischen Parteitag in Luzern wurde dann beschlossen, die theoretische Zeitschrift «Rote Revue» herauszugeben, geleitet von E. Nobs und Friedr. Heeb, die als Wegbereiter vorzügliche Dienste leisten könne. Auch Arthur Schmid wird seine Beiträge diesem Organ zukommen lassen und damit weit über die Kantonsgrenzen hinaus wirksam werden.<sup>94</sup> Sie wird noch am Herbst-Parteitag von 1924 als «sehr defizitär» bezeichnet und dennoch beibehalten. Am 12. September 1930 wurde im «Freien Aargauer» das 10jährige Jubiläum dieser Zeitschrift gefeiert.

## Der Kampf gegen den Faschismus

Es war im Juli 1924. Zum Gedenken an den Tod Matteottis hielt Arthur Schmid an einer Aarauer Versammlung eine flammende Rede. Er geisselte dabei Mussolini, die Faschisten und ihre bürgerlich-kapitalistischen Helfeshelfer in der Schweiz. Kläglich sei auch das Verhalten des schweizerischen Parlamentes: aus Angst vor dem gewalttätigen Nachbarn erfolge keine Verurteilung der Tat. Und bürgerliche Journalisten liessen sich vom Duce einladen und seien dann des Lobes voll über das neue Italien.<sup>95</sup> Auch die Völkischen und Hitlermannen in München unterhielten direkte Beziehungen zu Mussolini. Die Stellung der Opposition in Italien sei beklagenswert. Man versuche, jede kritische Presse zum Schweigen zu bringen.<sup>96</sup>

Dem «Neuen Freien Aargauer» und seinen Redaktoren muss zugestanden werden, dass die Kritik am undemokratischen und rassistischen Gehabe der Rechtsextremen schon damals einsetzte, als die Bedrohung der marxistischen Parteien erst auf Papieren und Programmen erschien. Schon am 24. September 1920 mahnte das Blatt unter dem Titel «Die Judenhetze im Aargau» Fürsprech Dr. Ursprung an, sich korrekter zu verhalten; es seien meist die «christlichen Juden», die da rupfen und pressen. Und am 8. Juli 1921 beschwerte sich der NFA gegenüber dem katholischen Volksblatt nicht nur wegen den Angriffen und Verleumdungen gegenüber den Sozial-

---

<sup>92</sup> NFA, 17. Januar 1921.

<sup>93</sup> NFA, 17. Januar 1921.

<sup>94</sup> NFA, 16. September 1921.

<sup>95</sup> NFA, 1. Juli 1924.

<sup>96</sup> NFA, 2./10. Juli 1924.

demokraten. «Die Judenhetze, die neuestens einen sehr breiten Raum in der guten Presse einnimmt, könnte allein eine ganze Kraft beschäftigen, um nur die grössten Unwahrheiten aus dem Wege zu räumen.» Zehn Jahre nach Ausbruch des Krieges 1914, würde in Italien das Mussolini-Mordpack wüten, ebenso in Deutschland völkische Hitlerbanden;<sup>97</sup> der «Greisenring deutscher Orden» verlange von seinen Mitgliedern ein Zeugnis, kein jüdisches oder farbiges Blut in sich zu haben und Hakenkreuzler überfielen eine Jugendgruppe bei einem Feste. Und neben all diesen Aktivitäten der Nationalidioten begehe die Schweiz das Schützenfest in Aarau und zelebriere Kantönligeist.<sup>98</sup> Eine typische Verquickung! Alles Nationale, Patriotische und Militärische (Sportschiessen) wurde in die Nähe des Völkischen gerückt. In der irrigen Meinung, dass diese bürgerlichen Tugenden sowieso am Ende seien, wurden sie mit der faschistischen Ideologie zusammengepackt. Damit erzeugte die Linkspresse den gegenteiligen Effekt: das Faschistische und Nationalsozialistische wurde verharmlost und konnte sich bei uns mit Vaterländischem drapieren. Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit als Grundlagen des bürgerlich-liberalen Staates wurden diesem abgesprochen und alleine dem Internationalismus zuerkannt. Die Sozialdemokratie isolierte sich selber, indem sie die harte Front nicht zwischen Rechtsstaat und brutaler Gewaltherrschaft zog, sondern zwischen marxistischer und bestehender Ordnung. Die sicher berechtigte Kritik an Bundesrat Motta, dass er in Liebedienerei zu Mussolini mache, der doch für die «faschistischen Schandtaten» verantwortlich sei, verfehlte den Effekt, weil sie nur Trotz- und Abwehrhaltung bei den Bürgerlichen hervorrief. Die vaterlandslosen Gesellen, wie Dr. Feisst im bäuerlichen Hausfreund<sup>99</sup> die Sozialdemokraten hiess, galten nicht als legitimiert, Vaterländische im In- und Ausland zu kritisieren.

Nach dem Hitlerputsch 1924 wurde im «Neuen Freien Aargauer» auch behauptet, die Finanzierung des politischen Schlages sei von der Schweiz aus erfolgt; Hitler und Ludendorff seien zu diesem Zwecke in der Schweiz gewesen, und Dr. Eugen Bircher habe für die Unterstützung geworben. Im gleichen Leitartikel dementierten Hitler und Ludendorff diese Angaben, und Bircher erklärte sich als Gegner Hitlers.<sup>100</sup> Was sich wirklich in Zürich abgespielt hatte, blieb auch in der Folge unklar; dass Hitler je in Aarau gewesen war und Bircher für Geld geworben hätte, musste die spätere Geschichtsforschung ins Reich der Legende verweisen.<sup>101</sup>

Seit 1928 war Ernst Rodel in die Redaktion eingetreten, Benedikt Fuchs wurde zum Geschäftsführer der Genossenschaftsdruckerei ernannt und

<sup>97</sup> NFA, 8. August 1924.

<sup>98</sup> NFA, 27./28. Juli und 28. August 1924.

<sup>99</sup> NFA, 21. Oktober 1924.

<sup>100</sup> NFA, 6. Dezember 1924. «Schweiz. Unterstützung des dt. Hakenkreuzes».

<sup>101</sup> Gautschi Willi, KA, Bd. 3, S. 275.

Arthur Schmid hiess nun Chefredaktor. Ernst Rodel war ebenfalls ein Heimweh-Aargauer, aufgewachsen in Meisterschwanden. Nach Studien in Bern wurde er Redaktor der sozialistischen «Seeländer Volksstimme» in Biel. Nach dem alten Spruch, grosse Männer werfen einen langen Schatten, war wohl für den späteren Nationalrat Rodel neben Schmid zu wenig Raum. «Die Zusammenarbeit in der Redaktion war nicht die idealste», bekannte er in seinem Beitrag zu 70 Jahre «Freier Aargauer».<sup>102</sup>

Die Administration war an der Renggerstrasse 44 domiziliert, das heisst im neuen Druckereigebäude. Die erste Tageszeitung 1912 nannte bloss Wettingen als Gemeinde, die den NFA als offizielles Publikationsorgan hielt; 1930 wurde 13 grosse Ortschaften aufgeführt. Daraus wird sichtbar, dass die Zeitung an Bedeutung gewonnen hatte, dass aber auch die Partei in vielen Gemeinderäten zur Regierungspartei aufgerückt war. «Im Laufe der letzten fünf Jahre haben wir unsere Abonnentenzahl verdoppelt. Heute zählt der Freie Aargauer über 10 000 Abonnenten», konnte das Blatt am 1. Mai 1930 stolz verkünden. Seit 1921 wurde auch die monatliche Zeitschrift «Frauenrecht» in Aarau verlegt und gedruckt. Damit erhöhte sich die Bedeutung der Genossenschaftsdruckerei im Rahmen der schweizerischen Arbeiterpublizistik. Der Aargau dürfte auch bezüglich Abonnentenwerbung eine Spitzenstellung eingenommen haben, meldete doch der NFA vom 8. Februar 1930 772 neue Abonnenten für die Frauenzeitschrift im eigenen Kantonsgebiet.

«Die Klassenkämpfe der Zukunft werden schärfer sein als die Klassenkämpfe der Vergangenheit», behauptete A. Schmid in der 1. Mai-Nummer 1930, «es geht tatsächlich um die Eroberung der gesamten politischen und wirtschaftlichen Macht durch die Arbeiterklasse». «Die arbeitende Bevölkerung besitzt die Macht, die neue Welt zu verwirklichen, wenn sie nur will». Diese zuversichtlichen Äusserungen standen 1930 im krassen Gegensatz zur Realität: Partei und Presse der Sozialdemokraten führten einen Zweifrontenkrieg. Einerseits kämpften sie uneingeschränkt gegen Stalins bolschewistische Macht in der Sowjetunion, darin eingeschlossen waren die Kommunisten (Welti, Bringolf, Humbert-Droz etc.) der Schweiz; anderseits drängten in den Nachbarstaaten faschistische Kräfte ans Ruder, die mit sozialistischen Schlagworten hantierten und die man zur Distanzierung möglichst nahe ans Bürgertum abdrängen wollte. In Wirklichkeit wäre der Kampf nach rechts vielgestaltiger und differenzierter gewesen. Die pazifistische Grundhaltung, der im NFA von damals immer Priorität eingeräumt wurde, verwies die Kriegsverherrlichung der Faschisten und der Verteidigungswillen des aargauischen Bürgertums in denselben Topf, so dass eine mächtige gemeinsame Abwehr der rechtsextremen Kräfte illusorisch blieb.

---

<sup>102</sup> FA, Sondernummer 75 Jahre, 27./28. Februar 1981, auch: Bircher Silvio: 70 Jahre Aargauer und Schweizer Politik, Aarau 1976, S. 18.

Zwar sprach die Zeitung von «Nationalsozialistischer Zellenbildung in der deutschen Reichswehr»<sup>103</sup> und ordnete damit das Militär der demokratischen Republik zu; in der Schweiz hingegen wurden selbst die Manöverberichte der Landwehr als Manöverspiele verunglimpft: «Das Publikum soll militärfreundlich gemacht werden. Es soll den blutigen Weltkrieg vergessen. Es soll nicht über die Zukunft nachdenken.»<sup>104</sup> Das Thema Christentum und Antimilitarismus wird, genauso wie früher die christliche Soziallehre, zur Dauerpolemik zwischen Volksblatt und Freiem Aargauer, zwischen Bärlocher und Arthur Schmid.<sup>105</sup>

Während die bürgerliche Presse weitgehend auf die Gretchenfrage, «wie hältst Du es mit der Landesverteidigung», fixiert blieb, starrte die Redaktion des «Freien Aargauers» ohne Unterlass auf das Schicksal der politischen Leidensgenossen im Ausland. Damit wurde das Undemokratische im «Freien Aargauer» früh erkannt, während sich die übrigen Blätter oft über das terroristische Treiben faschistischer und nationalsozialistischer Banden ausschwieg. «Ausschreitungen von Hakenkreuzlerbanden im Badischen», in Thüringen wird «rechtsradikaler Umsturz» vorbereitet,<sup>106</sup> «Nationalsozialisten (das sind Hakenkreuzler, Hitlerbrüder)»<sup>107</sup> wollen die Arbeiter entführen zu ihrem Banditentum.<sup>108</sup> So wurde getitelt, mit überdeutlichen Worten angeprangert.

Obwohl Spionageaffären der italienischen Faschisten in der Schweiz die nachbarlichen Beziehungen belasteten und gar die Konsulate von Lausanne und St. Gallen in den Skandal verwickelt waren, wurde vom Bundesrat nur zögerlich eingegriffen,<sup>109</sup> meinte der «Freie Aargauer», und Motta betone zum Überfluss noch die «Herzlichkeit der Beziehungen zu Italien».<sup>110</sup> Entgegen dem Bundesrate verteidigte der «Freie Aargauer» die Presse- und Versammlungsfreiheit, und zwar grundsätzlich, auch wenn es um die Erzfeinde, die stalinistischen Kommunisten in der Schweiz ging. Diese konsequente demokratische Haltung trug der Redaktion bei der damaligen Stimmungslage höchsten das Schimpfwort Moskowiter ein. Das Verbot der kommunistischen Versammlung in Baden durch den aargauischen Regierungsrat im Mai 1930 hiess das sozialdemokratische Blatt für die Kommunisten Propaganda machen, und das Truppenaufgebot und die Verhaftung von Nationalrat Bringolf verlieh der Aktion eine bürgerliche Patina, auch wenn alles vom sozialistischen Stadtammann Killer inszeniert war. Arthur Schmid war damals Grossrats-Präsident, distanzierte sich von kommunisti-

<sup>103</sup> FA, 15. März 1930.

<sup>104</sup> FA, 24. Januar – 27. Februar 1930.

<sup>105</sup> FA, 12. April 1930.

<sup>106</sup> FA, 20. März 1930.

<sup>107</sup> FA, 7. Februar 1930.

<sup>108</sup> FA, 5. April.

<sup>109</sup> FA, 27. März 1930.

<sup>110</sup> FA, 15. April 1930.

sche Greuelberichten, wollte aber als Antwort darauf die wahren Arbeiter dem Lande vorführen. Gegen 700 Teilnehmer hörten sich Ende Mai im gleichen Baden seine Rede an, worin er versicherte, alles zu tun, «um die Arbeitenden den geraden Weg des Klassenkampfes zu führen». Als die Ausschreitungen von Kommunisten und Nazi-Freunden in Zürich im folgenden Monat fast alltäglich wurden,<sup>111</sup> beschwerte sich das «Aargauer Tagblatt»: «Für solche kommunistische Messerhelden verlangen die aargauischen Sozialdemokraten die Versammlungsfreiheit!» Dies bedeute eine Verdrehung. Mit Bewilligungen würde eben diese Freiheit verhindert. Redaktor Billo von der «Schweizer Freien Presse» der Bauernpartei rief sogar nach einem Verbot der Kommunistischen Partei. Derselbe Herr Billo habe sich selber denunziert; er hätte öffentlich zugegeben, dass mit seinem Zuspruch, Geld für Hitler gesammelt worden sei, konterte der «Freie Aargauer».

### **Gretchenfrage der Bürgerlichen: Landesverteidigung?**

Aller Einsichten und Anprangerungen zum Trotz, wiegte sich der «Freie Aargauer» allzulange in seltsamer Sicherheit. Nachdem die NSDAP in Sachsen zweitstärkste Partei geworden, prägte Reichskanzler Wirth den berühmten Satz: «Die Gefahr steht rechts!» «Die nationalsozialistische Gefahr ist gewiss nicht so gross, dass eine Panikstimmung gerechtfertigt wäre. Die Lage in Sachsen ist den Nationalsozialisten weitaus günstiger als in den meisten Ländern Deutschlands, und die sozialdemokratischen Organisationen sind gewiss stark genug, um die Angriffe der Nationalsozialisten abzuwehren.»<sup>112</sup> Der «Freie Aargauer» stellte dem «Sozialismus der dummen Kerls» den «Sozialismus der Wissenschaft» gegenüber. Überdeckte der Pazifismus wohl alle Bedenken? War der Wunsch Vater des Gedankens? Obgleich Mussolini als amoralischer Mensch und als kriegslüsterner Diktator laufend Objekt der sozialdemokratischen Presse war, wurde die Manöver der französischen Armee in Savoyen und Lyon kritisiert, auch wenn der Duce kurz vorher Frankreich mit Krieg gedroht hatte. «Nie wieder Krieg» – «Bald wieder Krieg?», lautete der Titel des Artikels. «Den Söhnen zur Warnung» wurde dem Rüstungswahnsinn und der Geheimdiplomatie im FA immer wieder der Kampf angesagt. Zwar lockten die deutschen Wahlen vom 14. September 1930, die mit einem deutlichen Sieg der NSDAP endigten, Arthur Schmid etwas aus der Reserve heraus. Die Regierungsbeteiligung der Nazis sei nicht nur eine Frage für Deutschland, sondern auch für die Aussenpolitik. Es werde sich zeigen, «ob nicht der Eintritt der Natio-

<sup>111</sup> FA, 20./21. Juni 1930.

<sup>112</sup> FA, 28. Juni 1930.

nalsozialisten in die Rechtsregierung den Krieg bedeuten würde und damit den Untergang der europäischen Kultur überhaupt.»<sup>113</sup>

Dennoch verharrte Schmid in seinen eingeübten Mustern: «Die Menschheit könnte glücklich sein.» Es ist der Kapitalismus, der die Menschen je länger je unglücklicher macht.<sup>114</sup> Und er zitierte die «Berner Tagwacht» im Leitartikel «Die Beschönigung»: «Hitlerei, Fascismus in Italien, Kriegsstimmungsmache in andern Ländern und Manöverenthusiasmus in der Schweiz ist dasselbe.» Das Zusammenwirken von Nationalsozialismus und Schwerindustrie im Reich festigten natürlich auch die Theorie, dass jede Form von bürgerlichem Friede eine Illusion bleiben muss. «Es ist klar, dass die Haltung der Hitler und Goebbels von ihren schwerkapitalistischen Hintermännern bestimmt ist, die von ihnen verlangen, dass sie die Funktion des schärfsten Exponenten der bürgerlichen Reaktion ausüben.»<sup>115</sup> Die Ehrfurcht vor dem Leben wird überall verletzt: in der Fabrik, der Sozialordnung, im Militarismus. Es gibt eine «wirklich empfundene Ehrfurcht vor dem Leben. Von ihr ist auch der Geist des Sozialismus durchtränkt.» «Selbstverständlich ist es (...), dass der Sozialismus nicht der aus Etikette und Tradition entspringenden Gefühlswelt gewisser Schichten Konzessionen macht und, um diese Schichten zu gewinnen, den Klassenkampf ablehnt, oder sogar gegen die wunderbaren Lehren von Karl Marx Stellung nimmt. Deshalb erklären sie, dass es keine Gemeinschaft gibt zwischen Kapitalismus und Sozialismus.»<sup>116</sup> Diese Erläuterungen waren gleichsam der journalistische Einstieg ins Duell Bundesrat Minger gegen Arthur Schmid vom 26. Oktober 1930 in Gränichen. Laut Zusammenfassung im «Freien Aargauer» war der Tenor des Bundesrates: Wir müssen den Friedensgedanken verbreiten – aber uns unterdessen nicht entwaffnen. Es besteht in der Welt noch zu viel Unsicherheit. Die Sozialdemokratie wird sicher noch zu einer bessern Einsicht kommen. Arthur Schmid: «Der nächste Krieg wird ein Gaskrieg sein. Es wird ein Krieg aus der Luft sein. Die Grenze geht nicht der Erde entlang. Deshalb müssen wir einen Weg suchen, wie unser Land in einem zukünftigen Weltkrieg am besten durchkommt, wie wir unser Volk am besten erhalten; denn die Heimat, die wir zu schützen haben, das sind schliesslich die lebendigen Menschen und nicht der tote Boden. Am besten kommen wir zweifellos durch den Krieg hindurch, wenn wir abrüsten. Wenn wir uns nicht bewaffnen.»<sup>117</sup>

Da Schmid in Gränichen Stalin als gewöhnlichen Verbrecher bezeichnet hatte, lieferte er der kommunistischen Presse der Schweiz Stoff für harte Angriffe auf die «Sozialfaschisten», die mit den Militaristen eine Einheits-

<sup>113</sup> FA, 29. September 1930.

<sup>114</sup> FA, 4. Oktober 1930.

<sup>115</sup> FA, 16. Juli 1930.

<sup>116</sup> FA, 25. Oktober 1930.

<sup>117</sup> FA, 27. Oktober 1930.

front bildeten. Die Massendemonstrationen gegen die Militärkredite im November 1930 in Bern sprachen zwar eine andere Sprache. Dennoch verlangte Arthur Schmid eine öffentliche Auseinandersetzung. Am 27. November trafen sich der Kommunist Arnold und Schmid in der Kettenbrücke in Aarau. Der ausführliche Bericht im «Freien Aargauer» vom 29. November (drei Zeitungsseiten) deckte auf, dass bezüglich Kritik am Bundesrat insofern Einigkeit bestand, als die Ausweisung von Antifaschisten aus dem Tessin gleichermaßen verurteilt und als Verbeugung vor Mussolini gewertet wurde. Wer da von der kommunistischen Presse als «Sozialfascisten» bezeichnet werde, stehe «nach wie vor auf dem Boden der Ablehnung der Landesverteidigung». Aber: die Sozialdemokraten werden das Möglichste für die Arbeiter herausholen – politisch.<sup>118</sup> Hier unterscheide man sich von der «unfruchtbaren Politik der Kommunisten».<sup>119</sup> Und die offizielle Politik bestätigte die gemachten Versicherungen. In der Debatte zu den Militärkrediten in der Dezembersession bekannte Arthur Schmid: Wir haben 1914 den Krediten zugestimmt; aber wir haben seither etwas gelernt.

In dieser Phase war der «Freie Aargauer» wenig darauf aus, mit der aargauischen Presse bürgerlicher Observanz Querelen auszutragen. Am ehesten erhielten die Tageszeitungen eine Antwort, wenn sie in undifferenzierter Art die Roten anschwärzten und die Trennung von den Moskowitern ignorierten. Redaktor Maurer vom «Zofinger Tagblatt» empfing des öftern Belehrungen. Selten kam das «Aargauer Tagblatt» zum Zuge, und das Bruderblatt in Baden wurde kaum genannt. «Hausfreund» und «Schweizer Freie Presse» und dahinter Dr. Laur, der Chef der «Bauern-Internationalen», kamen immer wieder ins Visier der roten Presse, sowohl im Aargau als auch ausserkantonale. Einerseits die harte Zoll- und Preispolitik, andererseits die romantische Volkstums-Schwärmerei, die sich wenig vom Mystizismus im nördlichen und südlichen Nachbarland abhob, ernteten Kritik. Das häufigste Objekt der Polemiken blieb aber das «Aargauer Volksblatt». Die «Diktatur Brünings», der «leuchtende Pfaffentrug» unter Bundeskanzler Seipel in Österreich, riefen nach Antworten des enragierten Bärlocher. Aber nach Meinung Arthur Schmid passten «Waffen und Monstranz», «päpstliches Legat und Kanonenboote» einfach nicht zusammen. Das Volksblatt ertrug die Kritik an Mottas mussolinifreundliche Politik nur schlecht, ebenso die unverhohlene Freude des «Freien Aargauers», dass sich die Christlichsozialen von der Mutterpartei wohl bald trennen würden.<sup>120</sup> Kirche und Krieg, Militärdienstverweigerer, Christentum und Antimilitarismus waren Themenkreise, die vor allem zu Beginn des Jahres 1930 die beiden Redaktionen beschäftigten.

---

<sup>118</sup> FA, 29. November 1930.

<sup>119</sup> FA, 3. Dezember 1930.

<sup>120</sup> FA, 18. November 1930.

Artikel von Dr. Hans Konrad Sonderegger wurden aus dem «Landschäftler» gerne in extenso übernommen, vor allem, wenn sie einen konsequenten Liberalismus bezüglich persönlicher Freiheitsrechte vertraten. Sie sollten der bürgerlichen Aargauer Presse das Schämen beibringen. Nicht ganz koscher war, dass Arthur Schmid diese Texte als Meinung eines Bürgerlichen ansagte. Der Autor war engagierter Freiwirtschaftler, und daher auch bei den regierenden Parteien und ihren Blättern persona non grata.

Die politischen Aktivitäten der frühen dreissiger Jahre waren nicht dazu angetan, das Verhältnis zwischen Bürgerlichen und Sozialdemokraten zu verbessern. Die Gefahr steht links! war die Parole der Behörden, der Polizei und Presse, und sie sahen in jedem «Roten» einen Moskowiter. Die Gefahr steht rechts! behaupteten die Sozialdemokraten: Das Entstehen der «fascistischen Ideologie ist wesensnotwendig in dem Moment, in welchem die Arbeiterklasse so mächtig wird, dass sie eine reale Gefahr für die feudalkapitalistische Ordnung wird».<sup>121</sup> Die gewaltsame Auflösung der Demonstration von Genf am 9. November 1932 mit 13 Toten verstärkte die marxistische Theorie. «Demokratie nach Mode Minger. Das ist gut so. Es ist gut, dass es ein sauberes Diesseits und Jenseits der Barrikaden gibt; hier hebt die Freiheit ihre rote Fahne, drüben winken die Adler und die Likatorenbeile des Fascismus, des Todfeindes der Freiheit.»<sup>122</sup> Auch Arthur Schmid: «Nicht nur Religion ist Opium für das Volk», sondern auch Film und Bücher-Geschichten. Der Kapitalismus schafft die geistigen Betäubungsmittel. «Mit solchen Menschen kann man natürlich keine neue Menschheit schaffen.» Die Krise in Westeuropa sei nun total. Hoffnung auf das Ende der Arbeitslosigkeit und Abwehr der faschistischen Tendenzen liegen alleine im Sozialismus in allen Ländern Westeuropas. Die Sowjetunion ist wenigstens «das Land, wo der Hunger nicht weh tut».<sup>123</sup> «Ein Mutiger», titelte der «Freie Aargauer», als Thomas Mann ein Bekenntnis zum Sozialismus ablegte, obgleich er eindeutig den Marxismus ablehnte.<sup>124</sup>

Der Zwiespalt der Redaktion wurde immer offensichtlicher. Die Machtübernahme wurde noch einmal verharmlost: Hitler besitze im Parlament keine Mehrheit der NSDAP. Trotz aller Greuelnachrichten wurde Arthur Schmid getragen von der «Gewissheit, dass der Sozialismus in Deutschland nicht ausgerottet werden kann».<sup>125</sup> Und er titelte angstfrei: «Die braune Mordbestie rast». «Hitlers Schreckensherrschaft». «Terrorwahlen in Deutschland». «Rückfall in die Barbarei». «Das Wüten der entmenschten Horden». «Der Abschaum der Menschheit herrscht in Deutschland». «Auch Katholiken werden misshandelt». «Unter dem Haken-Mord-Kreuz

<sup>121</sup> FA, 14. November 1930.

<sup>122</sup> FA, 3. Juni 1933.

<sup>123</sup> FA, 7. Januar 1933.

<sup>124</sup> FA, 20. Februar 1933.

<sup>125</sup> FA, 6. März 1933.

(Meldungen, die man im «Aargauer Tagblatt» nicht liest)». «Aufruf zum Boykott jüdischer Geschäfte», und der «Freie Aargauer» schliesst sich den Protesten aus aller Welt an. Der Protest der bürgerlichen Aargauer Zeitungen wegen der Störungen der Versammlung der Nationalen Front im «Roten Haus» in Brugg durch die Sozialdemokraten, wurde quittiert mit dem Aufruf: «Jawohl: Gegen jede Unterdrückung der Versammlungsfreiheit!» Doch Zurückhaltung kann nicht verlangt werden, wenn mit zweierlei Ellen gemessen wird. Und der Hotelier Maurer, Freund der Fröntler, habe zudem für die «Schweizer Freie Presse» auf Kosten der Sozialdemokraten gelogen und diese angeschwärzt.

Der Bericht vom schweizerischen Parteitag in Biel deutete an, dass der Zwiespalt innerhalb der Sozialdemokratie virulenter wurde. Es wurde ein Antrag angenommen, dass ein weiterer Parteitag angesetzt werden müsste, unter besonderer Berücksichtigung der Militärfrage. Arthur Schmid referierte dort scharf gegen eine Einheitsfront mit den Kommunisten. Diese seien blosser Werkzeuge Moskaus, also nicht verhandlungsfähig. Es müsste der Glaube aufgegeben werden, dass die Internationale für uns handeln könnte, ebenso, dass man mit einer einzigen Aktion, zum Beispiel einem Generalstreik, das Ziel erreichen könne.<sup>126</sup> Obwohl der Widerstand der deutschen Sozialdemokraten erlahmte und die Lage hoffnungslos war, hielt Schmid verzweifelt an seiner pazifistischen These fest: «Der deutsche Faschismus bedeutet eine schwere Kriegsdrohung für Westeuropa.» Frankreich, Belgien, England und andere Länder würden wohl ähnlich reagieren wie die deutschen Sozialisten. Der Friedenswille sei in all diesen Demokratien bei den bürgerlichen Parteien stärker als in Deutschland. Daher werde man dort Schwäche zeigen. Bei uns aber seien die Arbeiter die zahlreichste Gruppe. Jeder müsse hier Träger des Sozialismus werden. Ja, Schmid behauptete hart und klar, dass der Sieg des Faschismus die Angliederung der Schweiz an die Nachbarstaaten bedeute.<sup>127</sup> Er kritisierte die Ahnungslosigkeit des Bürgertums bezüglich der Wirkungen des Faschismus. Es sei der Kampf für die «Ideale der Menschlichkeit» zu führen. Arthur Schmid klagte an, «dass der Hass einzelner Bourgeois und Kapitalisten gegen die klassenbewusste Arbeiterschaft grösser ist, als der Verstand, der sie über das Wohl und Wehe ihres eigenen Schicksals nachdenken lassen würde».<sup>128</sup> Seine eigene Lernfähigkeit zog er nicht in Zweifel: im Artikel «Konrad Falke einst und jetzt» frozzelte er diesen aus, weil er früher das Militär verachtet habe – nun aber das Schiessen richtig finde. Militär – Militarismus – Heimwehren – Oberstdivisionär Sonderegger – Dr. Bircher – Offiziersgesellschaft – Oberst Fonjallaz waren gleichbedeutend mit – Nationaler Front – Tobler – Rügsegger und Oltramare. «Der Militarismus der deutschen Republik als

<sup>126</sup> FA, 10. April 1933.

<sup>127</sup> FA, 2. Mai 1933.

<sup>128</sup> FA, 27./29. Mai 1933.

Wegbereiter der Hitlerdiktatur»<sup>129</sup> wurde als Muster verwendet für die Schweiz: Das Militär des bürgerlichen Staates verdiente niemals Vertrauen. Sicher: der «Freie Aargauer» kämpfte unentwegt gegen das Aufkommen der Fronten –, kompromiss- und furchtlos. Andere Zeitungen, die von diesen «Jugendorganisationen» Impulse und freche Belebung verkrusteter Parteistrukturen bei den Bürgerlichen erwarteten, trugen ihre Kritik behutsamer vor. Sie verhielten sich nicht anders als zum Beispiel der «Kirchenbote, Kirchenblatt für die reformierte Schweiz», der im Mai 1933 von der Redaktion des «Freien Aargauers» wegen Lauheit gegenüber der Nazi-Verbrechen, die diese Erneuerung begleiteten, angeklagt wurde. Die Antwort des Theologen, Mitglied der sozialdemokratischen Partei, wurde am 15. Mai 1933 im aargauischen Parteiblatt abgedruckt: Er finde auch «Wertvolles, Gesundes, aus viel Versumpfung Hinausführendes» in den neuen Bewegungen. Man dürfe nicht voreilig Richter spielen. Neben gewissem Entgegenkommen der grösseren liberalen Blätter, zeigten einige lokale Blätter offensichtliche Sympathie zu den Fronten, so das «Zurzacher Volksblatt» oder das «Brugger Tagblatt»; wenig resistent gegenüber rassistischen Tendenzen erwiesen sich die führenden katholisch-konservativen Blätter, «Aargauer Volksblatt» und «Botschaft». Als das Parteiuniformenverbot des Bundesrates von liberalen wie linken Zeitungen gleichermassen gefeiert wurde, bemerkte der «Freie Aargauer» hinterhältig: Das «Vaterland» hätte die Massnahme bejaht; «ob auch aargauische konservative Blätter diese Ausführungen abdrucken werden?»<sup>130</sup> Oder wenn das «Brugger Tagblatt» die Auflösung und das Verbot aller Parteien im Deutschen Reich mit dem Titel versah, «Der parteilose Staat», so durfte dies vom «Freien Aargauer» mit Recht als Verharmlosung kritisiert werden.

Das Wort Reaktion wurde in dieser Zeitung zum Sammelbegriff; er fasste im ideologischen Sinne alle nichtsozialistischen Gruppierungen zusammen: das Antimarxistische war der übergeordnete Gesichtspunkt. Robert Grimm verfasste im FA eine Analyse in sechs Fortsetzungen: «Nationale Fronten und Arbeiterbewegung». Darin finden wir die Behauptung: Die Angstpsychose der Bürgerlichen verwandle sich in Anpassung. Die Phrasen werden denen Hitlers verwandt und immer häufiger vergangenheitsbezogen. Arthur Schmid forderte dauernd zur Diskussion auf, in der Presse, in Versammlungen, ja selbst bei Massenveranstaltungen. Überzeugt, dass die Frontisten «in geistiger Hinsicht den Sozialisten unterlegen» sind,<sup>131</sup> aus dem Glauben heraus, dass deren System nicht wissenschaftlich ist, rief er zu Besetzungen, Übernahme von Versammlungen oder Gegendemonstrationen auf. Er behauptete, die «bürgerlichen Blätter orientierten ihre Leser über das, was in Deutschland vor sich geht, nicht», was nur sehr teilweise

<sup>129</sup> FA, 28. Juni 1933.

<sup>130</sup> FA, 1. Juni 1933.

<sup>131</sup> FA, 12. Juli 1933.

richtig war. Was frappieren könnte, wäre die abgedämpfte Entrüstung der Redaktion, die dann spürbar war, wenn es sich bei den Opfern nur um Kommunisten handelte. Tatsächlich war die Bewertung zum Teil anders und die Antwort darauf hiess immer Aufrüstung! Professor Ragaz aber verfasste für den «Freien Aargauer» den Aufruf, am Pazifismus festzuhalten unter dem Titel: «Widersteht!»<sup>132</sup> Schmid sekundierte: «Das Weltgewissen muss wachgerüttelt werden.» Die Kriegsvorbereitungen in Deutschland seien ein Gefahrenherd für alle kleinen Länder ringsum. Die internationale Sozialistenkonferenz sollte dies zum Hauptthema erklären. Ein lückenloser Boykott, dies wäre die beste Massnahme. Nach dem Austritt Hitler-Deutschlands aus dem Völkerbund rief er aus: «Jetzt herrscht eine gewisse Klarheit! Die Deutschen werden die unschuldig Verfolgten spielen. Sie werden fieberhaft rüsten. Heute könnte der Krieg restlos verhindert werden. Ein Krieg aber in der heutigen Zeit gegen Deutschland würde unter Umständen die westeuropäische Kultur und die Demokratie retten.»<sup>133</sup> Ein deutscher Aufmarschplan durch die Schweiz« aus dem «Petit Parisien» wurde veröffentlicht und einen Monat später breit diskutiert.<sup>134</sup>

Die NZZ wurde für einen Monat in Deutschland verboten. Albert Oeri von den «Basler Nachrichten» prangerte das Unmenschliche im Faschismus an. 3000 Pfarrer des Notbundes bekennen: «Wir wollen keine stummen Hunde sein.» Das Feindbild Bürgertum gleich Faschismus zerbrach. Robert Grimm räumte in seinem Aufsatz «Fascismus und Landesverteidigung» ein: wenn die Demokratie gesichert sei, dann gäbe es auch für die Sozialdemokratie eine Landesverteidigung, die zu bejahen sei. Der Klassenkampf-Standpunkt müsse dabei nicht aufgegeben werden. Oberrichter Fritz Baumann, in altbekanntem Pazifismus, konterte: «Nein, Genosse Grimm, mit der bedingten Anerkennung der Landesverteidigung schliessen Sie die Lücke in der sozialistischen Politik nicht.» Das Nein zum Rüstungskredit von 82 Mio Franken wurde mit dem Hinweis verbunden, dass am nächsten Parteitag über die neue politische Situation beraten werde. Die Abwehr des Faschismus könne nicht mit einem imperialistischen Kriege gleichgesetzt werden. Arthur Schmid: Die bürgerlichen Staaten werden fascistisch werden; «mit sozialistischem Geist durchsetzte Staaten» können den Fascismus genauso wie im Innern, auch von aussen kommend, bekämpfen und «damit die Basis für den Aufstieg des Sozialismus retten».

Nobs lehnte die Fragestellung «Landesverteidigung, ja oder nein» ab. «Sozialismus und Militarismus bleiben unvereinbare Gegensätze.» Wir können und dürfen uns nicht an die nationalistischen Parolen der Grütlianner anlehnen. Und Arthur Schmid näherte sich sachte dem Ja zur Verteidigung mit der Argumentation: Wenn trotz friedlicher Abwehr des Ungeis-

<sup>132</sup> FA, 22. Juli 1933.

<sup>133</sup> FA, 16. Oktober 1933.

<sup>134</sup> FA, 30. Oktober und 26. September 1933.

tes, «fascistische Horden des Auslandes die Rechte und Freiheiten der Schweiz durch territoriale Angriffe bedrohen sollten, erachtet die SPS auch ein mit den Mitteln der militärischen Gewalt organisierte Notwehr für berechtigt und wird ihr im Interesse der proletarischen Klassenverteidigung die Zustimmung nicht versagen».<sup>135</sup> «Tatsache ist, dass die bürgerliche Demokratie eine bessere Basis für die Entwicklung zur sozialen Demokratie bedeutet, als der fascistisch-mittelalterlich organisierte Staat. Dem Faschismus imponiert nichts als die Macht.»

Der aargauischen Bauernpartei passte die selbständige Politik der Sozialdemokraten bezüglich Wehrwesen nicht. Dr. Müller-Wolfer, der ein Verbot der kommunistischen Partei forderte und gegen alles Marxistische vorgehen wollte, würde damit nur die besten Voraussetzungen für die Diktatur schaffen, behauptete der «Freie Aargauer». Und Dr. Roman Abt, der an der Kundgebung in der Kettenbrücke gegen das «sozialistische Reich» in der Schweiz protestierte und nach nationaler Erneuerung rief, wurde von Schmid verspottet: er möchte halt der «Dalai Lama» für alle Bürgerlichen sein. Genauso wie einstens die Verbindung und ideologische Einmauerung der Antimarxisten das einfache und klare Weltbild für die Sozialdemokraten schaffte, das zur Polemisierung nötig war, so bemühte sich nun die bäuerliche Presse und Politik die betonierte Front gegenüber den Marxisten (Antifaschisten) aufrechtzuerhalten. Und der «Freie Aargauer» zitierte einmal mehr einen Artikel aus dem «Landschäftler» (H. K. Sonderegger), der die starren Grenzen aufbrechen wollte: Der Gegensatz Bürgertum-Marxismus sei falsch. Heute stünden sich Diktatur und Demokratie gegenüber. Die Sozialdemokratie ist ebenso gefährdet wie das Bürgertum. Roman Abt sei auf dem Holzweg.<sup>136</sup>

Der Parteitag der aargauischen Sozialdemokraten stimmte anfangs Februar 1934 mit 142:50 Stimmen den Thesen der vorbereitenden Kommission zur militärischen Abwehr zu. Schmid kommentierte: «Wir müssen mit Kriegen ohne Kriegserklärung rechnen. Deshalb wollen wir aktionsfähig und gerüstet sein. Wir stehen für die Verteidigung des demokratischen Landes ein im Interesse des Sozialismus.»<sup>137</sup> Nachdem in Wien die Februarschlacht von 1934 tobte und 1600 Todesopfer kostete (Kampf der Heimwehren gegen den roten Schutzbund mitsamt dem Generalstreik in Wien), bezichtigte der FA das «Aargauer Tagblatt» der Geschichtsfälschung. Die NZZ hätte den Kampf mindestens als Zweifrontenkrieg von Bundeskanzler Dollfuss bezeichnet. Alle Animositäten in der Aargauer Presse flackerten an diesem Thema noch einmal auf. Das Elaborat des «Aargauer Volksblattes» über diese Ereignisse müsse tiefer gehängt werden; es sei eine eigentliche Hetze. Man freue sich dort über das Ende der Gottlosenbewe-

<sup>135</sup> FA, 6. Januar 1934.

<sup>136</sup> FA, 10. Februar 1934.

<sup>137</sup> FA, 5. Februar 1934.

gung. Die rote Herrschaft in Wien und im ganzen Land sei gestürzt. Walter Baumann nahm die Säuberungen Wiens und Österreichs in der «Schweizer Freien Presse» mit Befriedigung zur Kenntnis. 1600 Todesopfer des Austrofascismus die auf dem Schlachtfeld des Heldenkampfes gefallen sind, wurden damit verleumdet und beleidigt, klagte der «Freie Aargauer» an.<sup>138</sup>

Das neue schweizerische Parteiprogramm der Sozialdemokraten vom Jahre 1935, in dem man die Wendung Diktatur des Proletariates fallenliess und sich grundsätzlich zur Landesverteidigung bekannte, schwächte die Animositäten zwischen den Presseorganen in diesem Punkte ab. Dennoch liefen die Diskussionen im «Freien Aargauer» weiter: Eine Volksarmee müsste unter der Führung der sozialistischen Arbeiterschaft stehen. Wie sollten die Fronten-Offiziere, wie sollten die Kapitalisten und Industriellen als mögliche Nutzniesser der Grossraumpolitik, wie sollte ein Motta, ein Sonderegger, das Volk in einen Krieg gegen fascistische Staaten politisch und militärisch führen können? Dazu braucht es Revolutionäre, meinte Ernst Walter, Zürich. Ergo, jeder Abbau der Demokratie heisst Entwicklung zum faschistischen Staat, das heisst Anpassung.

## Dem Weltkrieg entgegen

«Der Presseknebel ist da!» titelte der «Freie Aargauer», als der Bundesrat die schweizerischen Presseorgane zur Mässigung in ihrer Ausdrucksweise mahnte. Verwarnungen, ja gar Verbote würden ausgesprochen, wenn diese durch besonders schwere Ausschreitungen die guten Beziehungen zu andern Staaten gefährden. «Ein verfassungswidriger Bundesbeschluss», behauptete Arthur Schmid.<sup>139</sup> Und Rusch schrieb einen geharnischten Artikel «Gegen die Unterdrückung der Pressefreiheit» in der «Nationalzeitung».<sup>140</sup> Und schliesslich wettete auch Professor Leonhard Ragaz gegen die Knebelung der Presse und die Politik Bundesrat Mottas.<sup>141</sup> Entsprechend gehörten Raufereien zwischen Volksblatt und sozialdemokratischem Parteiblatt zum Alltag, und je mehr die renitenten katholischen Geistlichen in Deutschland in den Konzentrationslagern verschwanden, desto ungemütlicher wurde es Bärlocher mit seiner zwiespältigen Haltung bezüglich des Rechtes auf freie Meinungsäusserung.

Seit dem ganzseitigen Artikel über das Konzentrationslager Oranienburg vom 13. September 1933 hatte der «Freie Aargauer» in unerschrockener Weise über alle Greuelnachrichten an Regimegegnern berichtet. Laufend wurde Opfer genannt und über die Zahl der tödlichen Folterungen berich-

<sup>138</sup> FA, 14. Februar 1934

<sup>139</sup> FA, 27. März 1934.

<sup>140</sup> FA, 5. April 1934.

<sup>141</sup> FA, 27. April 1934.

tet. Lange vor der systematischen Vernichtung der Juden war für alle Leute hierzulande klargestellt, dass diese barbarische Einrichtung zehntausendfach die Menschenrechte in unvorstellbarer Art verletzt hatte. Titelgebung und Ausdrucksweise mit entsprechenden Wertungen und Verdammungen kannten im FA tatsächlich kaum Grenzen.

Der Presse-Beschluss des Bundesrates vom März 1934, ohne Konsultation der Betroffenen, «war eine im Rahmen der Entspannungspolitik auf Kosten der traditionellen Pressefreiheit eingestandene Konzession», überliess aber die Handhabung «der Selbstdisziplin und dem eigenen Verantwortungssinn der einzelnen Zeitungen».<sup>142</sup> Ernst Nobs glaubte noch am 18. April 1934, dass das Presse-Konklusum vom 26. März nur von kurzer Dauer sein würde. Noch sei es nicht im Bundesblatt veröffentlicht worden. Leider zeigte sich die Redaktion des FA nach Erlass der bundesrätlichen Verordnung als zu folgsam und brav. Berichte wurden kaum zurückgehalten, aber das harte Urteil überliess man nun der reifen und eingestimmten Leserschaft. Es erinnert an die Kriegszeit, während der aargauische Zeitungen kaum einmal ins Visier genommen werden mussten, während bürgerliche Blätter anderer Kantone laufend auf dem Index standen und gemahnt oder verwarnt werden mussten. Der «Freie Aargauer» war durchaus eingeschlossen. Noch am Vorabend des Zweiten Weltkrieges hetzte Dr. Abt gegen die freiheitliche Pressepolitik der Schweiz und griff vor allem Dr. Oeri an.<sup>143</sup>

Im Frühjahr 1939, nach Zerschlagung der Rest-Tschechoslowakei, segelte die sozialdemokratische Partei und Presse voll auf Landesverteidigungs-Kurs. Aber wie man's machte, war's falsch. Dr. Müller-Grosshöchstetten, der Jungbauer-Redaktor, bemerkte anlässlich einer Milchpreis-Debatte hinterhältig: «Wer sich vom schärfsten marxistischen Klassenkämpfer zum zahmsten Verständigungspolitiker durchgemausert hat, wie Dr. Schmid, der ist auch noch zu andern Sachen fähig.»<sup>144</sup> Dieser wieder verteidigte sich in seinem Blatt: «Ich bereue keineswegs, dass ich in einer Situation, wo die Abrüstung möglich erschien, mit Energie für die Abrüstung eingetreten bin. Das Ziel bleibt das gleiche.» Wir hatten immerhin seit unserm Entstehen für die Verteidigung der Schweiz fünf Jahre Vorbereitungs-Zeit. Dennoch forderten die Promotoren der «Initiative zur Verstärkung der Landesverteidigung» am Vorabend des Weltkrieges rasche zusätzliche militärische Anstrengungen. «Es wird behauptet, dies sei ein Machwerk Duttweilers. Dass die Unabhängigen dabei sind, ändert nichts daran, dass auch namhafte Sozialdemokraten mitmachen.» Das aargauische Komitee bestand fast nur aus prominenten Landesring- und SP-Mitgliedern.<sup>145</sup>

<sup>142</sup> Kreis, Georg: Zensur und Selbstzensur, S. 23.

<sup>143</sup> FA, 4. Juli 1939, das heisst vor dem Beschluss vom 8. September 1939, der die Zensur einleitete.

<sup>144</sup> FA, 15. April 1939.

<sup>145</sup> FA, 28. März 1939.

Im Mai setzte eine Polemik zwischen der «Bauern- und Bürgerzeitung» und dem «Aargauer Tagblatt» einerseits und dem «Freien Aargauer» andererseits zu einem offenen Brief an Dr. Eugen Bircher und dessen Beantwortung ein. Thema: Darf der Wahlkampf in die schweizerische Armee hineingetragen werden; ist Gleichbehandlung von Soldaten und Offizieren gewährleistet? Die bürgerlichen Blätter verzichteten auf die vollständige Wiedergabe von Meinung und Gegenmeinung. «Sie wagen es nicht!» feixte Schmid.<sup>146</sup> Dafür veröffentlichte das «Aargauer Tagblatt» fast zur selben Zeit, zusammen mit der «Front», ein halbseitiges Inserat, das eine Einladung nach Deutschland zu den deutschen Festspielen enthielt. Statt Boykott, Aufforderung zur Sympathiekundgebung! Der Titel war auch zugleich der Kommentar des «Freien Aargauers»: «Heil Hitler!»<sup>147</sup>

Am 30. und 31. August, sowie am 1. September 1939 hiess die Schlagzeile im «Freien Aargauer»: «Vor dem Kriegsausbruch in Europa». Am Tage danach hiess es: «Infolge der Mobilmachung der schweizerischen Armee ist ein Teil unseres Druckereipersonals in den Aktivdienst eingerückt; ebenso der zweite Redaktor.» Mit Transportschwierigkeiten sei zu rechnen, und der Umfang der Zeitung würde wohl reduziert werden. Beim eingezogenen Redaktor handelte es sich um Karl Schmid, der seit 1937 als verantwortlich zeichnete. Als Zeichen der Zeit wurde auch gerne verkündet, dass auf den Jahreswechsel die «Front» zum Wochenblatt mutiere und mit vielen Worten beschönige, dass sich immer weniger Leser und Inserenten für das Produkt interessieren würden.

Da die Bundesratsbeteiligung der Sozialdemokraten damals wieder einmal aktuell war, versuchte Bärlocher eine sorgfältige Abwägung der Güter. Er fand, dass eine intensivere Zusammenarbeit sinnvoll sei, doch wäre das Ja zur Landesverteidigung noch zu jung, um die Regierungsbeteiligung zu rechtfertigen. So dargestellt im Volksblatt. Am 27. Oktober wurde gar eine Spezialnummer über die Sozialisten zusammengestellt, mit Anklagen über die Religionsunterdrückung in der Weimarer Zeit und das Versagen der sozialistischen Führung in Frankreich und England, als es um die Verhinderung des Weltkrieges ging. Als 1942, am 25. Januar, über die Volkswahl des Bundesrates abgestimmt wurde, da druckte der «Freie Aargauer» maliziös einen befürwortenden Artikel aus dem «Vaterland» aus dem Jahre 1900 ab. So ändern sich mit den Machtverhältnissen auch das Gewissen und die Ideale.<sup>148</sup> Wahlen und Abstimmungen brachten wenigstens etwas Salz und Pfeffer in das Blatt der Kriegsjahre. Der «Aargauer» war längst kein «Frecher» mehr. Über die Hälfte des Inhalts bestand aus Kriegsnachrichten. Innenpolitisch herrschten die Verlautbarungen vor. Nur die Leitartikel zeigten gelegentlich brisante Bemerkungen. Sie richteten sich aber weniger

<sup>146</sup> FA, 16. Mai 1939.

<sup>147</sup> Fa, 17. Mai 1939.

<sup>148</sup> FA, 17. Januar 1942.

gegen die bürgerlichen Regierungsparteien, als gegen den stets stänkernden Landesring, dessen Konkurrenz bei den Arbeitnehmern man fürchtete.

Der Umfang der normalen Zeitung in der Kriegszeit lag bei sechs, gelegentlich bei acht Seiten, dabei waren zwei Seiten Inserate. Praktisch mit dem Jahresanfang 1945 öffneten sich wieder die Schleusen für eine offenere Berichterstattung. Zum Tage der Machtergreifung vor 12 Jahren schrieb Arthur Schmid Worte des Gedenkens. Dass diese fast wörtlich von der «Lenzburger Zeitung» übernommen wurden, sei zwar für das sozialdemokratische Blatt eine Ehre, nicht aber, dass die bürgerliche Redaktion von einer «damals sympathischen Erscheinung» geschrieben habe. Es fehle nur, dass auch noch Bedauern über die Enttäuschung geäußert worden wäre. Diese Bemerkung war typisch für die Kriegsschluss-Phase. Furtwängler und Toscanini oder das Thema Künstler und politische Haltung symbolisieren das Ringen um die Mitschuldfrage. Ob Wissenschaftler, Journalist oder Politiker, alle rutschten nun unter die Lupe der vermeindlich Reinen. Am 9. Februar 1945 zitierte der «Freie Aargauer» die Erklärung des Sozialisten Lord Strabolgi im britischen Oberhaus, «dass fünf von insgesamt sechs Millionen Juden, welche in Europa unter die Herrschaft der Achse gerieten, vernichtet worden seien.» Im April liefen täglich Greuelnachrichten aus befreiten Konzentrationslagern ein. Nach Kriegsende folgten dann die Namen der ausgewiesenen Nazis und Faschisten aus der Schweiz. Auch den deutschen Gesandten Kocher wollte man sofort auf den Ausweisungslisten sehen: «Hinaus mit Ihnen!» Am 26. März 1945 verfasste Arthur Schmid einen Aufruf zur restlosen Aufdeckung der Innen- und Aussenpolitik der Schweiz während des Zweiten Weltkrieges. Dieser Haltung kann in der Rückblende mehr Sympathie und Verständnis entgegengebracht werden, als den Aufforderungen zur Säuberung in der aargauischen Verwaltung mit der Zielscheibe Staatsarchivar Dr. Hektor Ammann. Redaktor Karl Schmid und 58 Mitunterzeichner reichten die Interpellation ein, die zur Entfernung des – erst jetzt – im Staatsdienst unmöglich gewordenen Erstunterzeichners der Eingabe der 200 führte.

Dieser Einzelfall lenkte damals von viel anderem ab, das ebenso aufzuarbeiten und zu bewältigen gewesen wäre. Die Beschränkung der Pressefreiheit und das Thema der Sündenböcke der Schweiz<sup>149</sup> wurde im Aargau zur farcenhafte Aufrechnung: «Wer hat mehr?» Das «Aargauer Tagblatt» belächelte die Emsigkeit der Sozialdemokraten bezüglich Ausschlichtung der schweizerischen Pressepolitik und Pressepraxis während der Nazizeit. Von den Zensurmassnahmen seien vor allem bürgerliche Blätter betroffen gewesen; sozialistische Zeitungen hätten unter den bundesrätlichen Massnahmen erst in zweiter und dritter Linie leiden müssen. Antwort des «Freien Aargauers»: In gewissen Zeiten des Krieges wäre das «Aargauer Tagblatt»

---

<sup>149</sup> Gerhard Waeger.

überhaupt nicht von Einschränkungen behelligt worden: Eine Ermahnung zur Anpassung sei völlig überflüssig gewesen!<sup>150</sup>

## Die Nachkriegszeit

Der Krieg hat den Chefredaktor und Politiker Arthur Schmid zum überzeugten Patrioten gemacht. Entsprechend schweizerisch-selbstbewusst wirkte auch sein Sprachrohr, der «Freie Aargauer» und dessen Abonnentenschaft, die Sozialdemokratische Partei des Kantons Aargau. Die geistige Abwehrhaltung hatte die Schweiz vom Kriege bewahrt; die Partei wies keine Landesverräter unter ihren Mitgliedern auf und hatte allen Versuchungen zur Anpassung getrotzt. Aus diesem Selbstbewusstsein heraus verlangte Schmid von den Siegern Lob für die Schweiz und verbat sich Kritik oder Verdächtigung. Schmid gehörte zu den ersten, die «volle Aufklärung des Schweizervolkes» über alle fragwürdigen Vorgänge und Umtriebe im Lande von 1939–1945 forderte. Die Zensur habe bei uns grosse Informationslücken erzeugt. «Wir konnten nicht einmal auf gewisse Polemiken, die deutsche nationalsozialistische Zeitungen gegen uns führten, in der Schweizer Presse offen und klar antworten. Das war unrichtig und für unser Land nachteilig.»<sup>151</sup> Fehler machen alle; aber wir müssen jetzt unsere Haltung gegenüber Anschuldigungen «amerikanischer Journalisten» und ungerechtfertigten russischen Angriffen rechtfertigen. «Dazu brauchen wir eine lückenlose Aufklärung über alles, was zu Recht oder Unrecht während des Krieges verheimlicht werden musste.» «Die Schweiz hat sich keine Vorwürfe machen zu lassen», titelte Schmid am 7. Juli 1945. «Es ist eine Tatsache, dass das Schweizervolk sich je und je gegen den Fascismus und den Nationalsozialismus aussprach.» Und diese Haltung nahm «an Stärke und Entschlossenheit fortwährend zu». Die amerikanischen Anklagen bezüglich des Finanzplatzes Schweiz aber nahm der «Freie Aargauer» ernst: Im Leitartikel «Die Haltung der Grossbanken muss abgeklärt werden!!!» wurden Korrespondenzen zitiert, die vermuten liessen, dass «die Hauptsorge der Schweiz gewesen sei, die Geschäftsaussichten mit einem Nachkriegsdeutschland nicht zu verderben». Es wurde «sofortige offizielle Abklärung» verlangt.<sup>152</sup> Dass dies geschah, ja geschehen musste, zeigten dann die harten Verhandlungen in Washington im folgenden Jahr. «Dass die Delegation in Washington die Interessen der Schweiz mit allem Nachdruck verteidigt, ist selbstverständlich. Die Presse in den USA vermittele ein zwielichtiges Bild von der Schweiz im Kriege. Der Bundesrat habe verpasst, unsere Lage während des Krieges zu erklären. «Da hat Schweden sich ganz anders

<sup>150</sup> FA, 5. Februar 1946.

<sup>151</sup> FA, 26. Mai 1945.

<sup>152</sup> FA, 15. November 1945.

für seine Interessen in der amerikanischen Öffentlichkeit gewehrt.» Gleiches zu tun, habe er – Arthur Schmid – schon vor Jahren gefordert.

Die Generaldebatte vom 25./26. Juni im Nationalrat über das Washingtoner Abkommen zeigte dann, dass die Sozialdemokraten eine weniger harte Verhandlungsstrategie gewählt hätten. Man verspüre «den Hauch eines neuen Rechtes für die Völker» seit 1945, und die Schweiz könne sich nicht abschliessen.<sup>153</sup> Am folgenden Tag zeigte der Ratsbericht im «Freien Aargauer», dass Nationalrat Grimm mit seiner Ansicht dem Standpunkt der Chefredaktion bezüglich Geldhandels viel eher entsprach, als die offizielle Fraktionsmeinung: «Wir hätten gar nicht anders handeln können. Die rechtliche Lage ist in dieser Richtung vollständig klar. Die moralische Lage könnte einer anderen Beurteilung unterzogen werden. Wir hätten eine Reparation in jeder Form ablehnen können, aber der moralische, wie der materielle Schaden hätte uns schwer belastet. Es liegt keine Schuld darin, neutral geblieben zu sein.» «Die in Washington erzielte Transaktion bietet uns sozusagen eine letzte Chance, ein unangenehmes Kapitel zu schliessen.»<sup>154</sup> Diese Angelegenheit fand erst im August 1958 mit den Bericht des Bundesrates ihren vorläufigen Abschluss.<sup>155</sup> Fast täglich erschienen Berichte von Prozessen von Nazi-Verbrechern aus dem Ausland und Verfahren gegen Landesverräter im Inlandteil. Der Fall Hektor Ammann bekam 1950 neue Aktualität durch eine Interpellation von Redaktor Karl Schmid, der die Schlappe des Kantons vor dem Bundesgericht veröffentlicht wissen wollte.<sup>156</sup>

Zwei Jahre nach Kriegsende präsentierte sich die Zeitung stärker und einflussreicher denn je. Die «Neue Aargauer Zeitung» war verschwunden.<sup>157</sup> Die dauernde Werbung ergab pro Jahr über 500 zusätzliche Abonnenten. Laufend wurde über den Stand der Aktionen rapportiert. Ein zusätzlicher Lockvogel: Wer vier Franken zusätzlich einbezahlte, konnte damit eine Unfallversicherung abschliessen. Eine Zeitung umfasste mindestens acht Seiten, wobei die Redaktionsarbeit offenbar in zwei Etappen vorgenommen wurde; neueste Meldungen aus dem Ausland erschienen im zweiten Blatt, obwohl der Haupt-Auslandteil sonst die ersten zwei Seiten des ersten Bundes füllte, dasselbe galt für die letzten schweizerischen Nachrichten. Ansonsten war der zweite Bund vor allem dem Aargau, dem Lokalen und speziell den parteieigenen Informationen gewidmet. Die technische und kaufmännische Leitung des Zeitungsbetriebes unterstand bis 1951 dem ehemaligen Redaktor Benedikt Fuchs. Nach seinem Tode am 15. Oktober 1951 wurde die Leitung im Impressum nicht mehr erwähnt.

<sup>153</sup> FA, Bringolf als Fraktionssprecher, 26. Juni 1946.

<sup>154</sup> ohne andere Angabe im weiteren Text immer FA, 27. Juni 1946.

<sup>155</sup> FA, 27. August 1958.

<sup>156</sup> FA, 6. Februar und 14. Februar 1950.

<sup>157</sup> FA, 9. Juli 1947.

Der wichtigsten Nebensache der Welt, dem Sport, widmete das Blatt meist nur ein kurzes Abschnittchen mit den Schlussresultaten, entsprechend dem Stellenwert der Wetternachrichten. Der Chefredaktor hatte sich schon 1947 im Artikel «verführtes Volk» dezidiert gegen die übermässige Sportpropaganda gewandt. Eine Ausnahme bildeten alleweil die SATUS-Treffen: hier war der Sport das Mittel, das gemeinsame Bewusstsein das Ziel.

Eindrücklich präsentierte sich das Inseratenvolumen. Während die offiziellen Mitteilungen und die allgemeine Reklame an ordentlichen Werktagen dominierten, so wurde jede Sondernummer zu speziellen Anlässen und Tagen mit einer riesigen zusätzlichen «Inseratenplantage» versehen: ein Beweis für die fleissige Akquisitionsarbeit, aber auch für das allgemeine Ansehen, das die Zeitung damals genoss. Die 1. Mai-Nummer 1950 zählte 37 Seiten Anzeigen, 1953 33 Seiten. Ähnliches galt für Weihnachten und Neujahr. Es war durchaus salonfähig, in der «roten» Zeitung zu inserieren. Diesen Erfolg durfte die Redaktion auf ihr eigenes Konto buchen. Dem Geist der Zeitung fehlte alles Dogmatische oder Sektiererische; die Politik war pragmatisch-gewerkschaftlich. Ausser in Wahl- und Abstimmungszeiten fehlte auch jede Polemik, und diese tauchte auch nur dann auf, wenn hämische Bemerkungen oder Verdrehungen eine Antwort provozierten. Der Zweikampf mit bürgerlichen Blättern fehlte fast ganz. Wichtig blieb die Pflege der sozialdemokratischen Werte, die Würde des arbeitenden Menschen. Die Information über das parteipolitische Wirken bildete die Grundlage für die Selbstachtung. So etwa liesse sich die Philosophie des Blattes umschreiben.

So war das Thema AHV, 1947 im Speziellen, aber auch in den folgenden Jahren, das innenpolitische Thema Nummer eins. Der Abstimmungskampf im Sommer 1947 zeigte am ehesten noch Klassenkampf: «Auf der einen Seite stehen sämtliche fortschrittlichen Kräfte des Landes. Auf der andern Seite finden wir die reichen Herren der Handelskammer und des Unternehmertums, denen angst ist um ihre Profite und die für ihr eigenes Alter längst reichlich vorgesorgt haben.»<sup>158</sup> Und Arthur Schmid kommentierte nach der überwältigenden Annahme der AHV: «Die Tatsache, dass führende Katholiken, wie Dr. Bärlocher (AV), gegen die Altersversicherung waren, konnte das katholische Volk als Ganzes nicht beeinflussen.» «Je mehr sich die grossen katholischen Blätter, wie das Aargauer Volkblatt, vor Wochen gegen die Altersversicherung einsetzten, um so mehr arbeiteten Christlichsoziale für die Annahme der Vorlage.»<sup>159</sup> Dass sich im Bezirk Aarau 9134 Ja 970 Nein gegenüberstanden, während im Bezirk Muri alle Gemeinden ausser einer einzigen, verwarfen, belegt besser als jede Umfrage die Einflussbereiche der

---

<sup>158</sup> FA, 1. Juli 1947.

<sup>159</sup> FA, 7. Juli 1947.

beiden gegensätzlichen Parteiblätter. Auch in der Folge gehörte die AHV zum pfleglichsten Thema des Blattes: Kritiker wurden beschwichtigt oder auf kommende Revisionen vertröstet: das Erreichte war tabu, die Grundstruktur des Sozialwerkes ein «noli me tangere».

Eindrücklich war die konsequente Haltung der Redaktion im Nachgang zum Fallen des Eisernen Vorhangs. Die kalten Umstürze in Ungarn, Rumänien, Bulgarien wurden in ebenso harten Worten gegeißelt, wie in den bürgerlichen Blättern. Schmid betonte mehrmals, dass auch die baltischen Randstaaten nie als Teil der UdSSR anerkannt werden dürften. Seine Haltung zu den Moskauer Machthabern ist unerbittlich, solange «Russland den in seinem Machtbereich stehenden Staaten ihre Aussenpolitik vorschreibt».<sup>160</sup> Die Auszeichnung der Satellitenstaaten Russlands sind «Todesurteile, Kerkerstrafen und Flucht».<sup>161</sup> Dass er die Kritik an der Politik der UdSSR mit der Anprangerung der moskauhörigen Partei der Arbeit verband, erzürnte höchstens Journalisten, die Arthur Schmid gerne und fleissig in die linke Ecke verbannt hätten. Unbeirrt kritisierte er im gleichen Atemzug Kommunismus und Kapitalismus in totalitären Staaten,<sup>162</sup> verwies auf die Terrormethoden in ostdeutschen Konzentrationslagern und die Ausbeutung der osteuropäischen Völker durch die russische Besatzungsmacht.<sup>163</sup>

Aus heutiger Sicht dürfte man ihn durchaus als kalten Krieger bezeichnen, verlangte er doch Abbruch der kulturellen Beziehungen mit den Satellitenstaaten, da alles nur für kommunistische Propaganda missbraucht werde. Im Fadenkreuz standen die Verhältnisse im ostdeutschen Staat. «PdA-Kommunisten, das solltet ihr sehen!»<sup>164</sup> Der verletzte Patriot kritisierte Ilja Ehrenburg, der in einem Vortrag in Prag die Schweiz verleumdete<sup>165</sup> und verlangte eine «zweite Säuberung beim Radio», als der Dirigent des Schweizer Radioorchesters, Hermann Scherchen, mit einem Vortrag und mit dem Dirigentenstock in Prag dem Regime zudiente. Wer beim Radio arbeitet, so Schmid Meinung, auch wenn er Ausländer sei, stehe in besonderer Treuepflicht zum Gastland.<sup>166</sup>

Der Krieg in Korea verschärfte die Kritik an der kommunistischen Welt und deren Friedensschalmeien. «Wir haben die Friedensheucheleien der Kommunisten satt», hatte er schon früher ausgerufen. Dabei kritisierte er den marxistischen Jargon nicht nur im Bereich der Aussen-, sondern auch in der Innenpolitik der Satellitenstaaten. «Die 99 Prozent von 99,96 Prozent

<sup>160</sup> FA, 30. August 1947.

<sup>161</sup> Titel eines Leitartikels, FA, 7. November 1947.

<sup>162</sup> Leitartikel, FA, 2. Juli 1951.

<sup>163</sup> FA, 25. April 1950.

<sup>164</sup> FA, 2. Mai 1950.

<sup>165</sup> FA, 3. Juni 1950.

<sup>166</sup> FA, 28. Juni 1950.

hinter Stacheldraht sind die Kriegsgefahr. Die einzige Garantie für den Frieden ist die Freiheit.»<sup>167</sup> Und der «Freie Aargauer» druckte gar den Artikel «Kryptokommunisten auf der Kanzel?» aus der Berner Tagwacht ab, der mit den «Barthianern und ihrer zweifelhaften politischen Agitation, in der sie sich als Geistliche noch über jeder weltlichen Kritik erhaben fühlen», abrechnete. Es gehe nicht an, «von der Kanzel herab der kommunistischen Politik des Landesverrates Vorschub zu leisten». Dies sind zwar Worte, die der ehemalige Mitstreiter von Pfarrer Barth in Safenwil, Arthur Schmid, nicht geschrieben hätte; in der damaligen Zeit aber gestattete er immerhin, diese Kritik im Aargau zu publizieren.

Der «Freie Aargauer» stand damals im Zwiegespräch und in Übereinstimmung mit seiner Leserschaft; er wollte nicht umerziehen. Dafür konnten als Auftakt zu den Herbstwahlen 4000 Anhänger zu einem Umzug von Brugg nach Vindonissa mobilisiert werden, und 10 000 Menschen lauschten anschliessend den Worten von Nationalrat Grimm und des Ständeratskandidaten Arthur Schmid im Amphitheater. Er erreichte zwar bei der Ausmarchung gegen die etablierten Bisherigen nur einen Achtungserfolg, dafür bei den Nationalratswahlen weitaus das beste Ergebnis im Kanton. Die Häme der bürgerlichen Blätter wirkte daher reichlich deplaziert.

In Wahlzeiten nützte aller ausgewiesene Patriotismus und aller Kampf gegen rote und braune Diktatoren des Chefredaktors nichts. Die Konkurrenzzeitungen gruben regelmässig alle alten Schemata aus und stritten gegen ein Phantom. Für Bärlocher vom «Aargauer Volksblatt» waren alle Sozialisten «Wegbereiter für Kommunismus»,<sup>168</sup> der «Wohler Anzeiger» pflegte eine «einfältige Sozialistenhetze»,<sup>169</sup> Herr Maurer vom «Zofinger Tagblatt» machte in Verdrehungen<sup>170</sup> oder man druckte gar als Antipropaganda das Bildnis von Arthur Schmid auf Rubelscheine, um ihn so zum Moskowiter zu stempeln.

Daneben wirkten die Kampfmethoden des «Freien Aargauers» eher harmlos. Die blosser Machterhaltung bürgerlicher Parteien war ein Dauerthema, sei es im Zusammenhang mit der Bundesrats-Beteiligung, sei es als Hintergrund für die Listenverbindungs-Praktiken. Schmid lehnte jede solche Verbindung ab, denn sie «verdunkeln die klare Entscheidung des Wählers».<sup>171</sup> Und dann war als Spottobjekt ja immer der Landesring da, dessen Presse, die «Tat», weit entfernt in Zürich herauskam; auf diese Bewegung konzentrierten sich gerne die kritischen Äusserungen, und es bot sich Gelegenheit, die «Welt des Idealismus» und «höchster geistiger Werte» dem Geschäftsgebaren Duttweilers entgegenzustellen. Die grundsätzliche Dis-

<sup>167</sup> FA, 5. April 1950.

<sup>168</sup> FA, 24. Oktober 1947.

<sup>169</sup> FA, 5. November 1947.

<sup>170</sup> FA, 30. Oktober 1947.

<sup>171</sup> FA, 17./18. März 1953.

tanzierung ermöglichte ihm auch, 1958 die Initiative des LdU für die 44-Stundenwoche als Mogelpackung zu bekämpfen.

Drei Journalisten empfingen immer wieder die Gnade, im «Freien Aargauer» erwähnt zu werden. Dr. Helmut Suter, Inlandredaktor des «Aargauer Tagblattes», wurde wegen seiner Überheblichkeit wegen geziehen, aber postwendend auch entschuldigt und bedauert, da er vom schweizerischen System keine Ahnung habe, weil er in Deutschland aufgewachsen sei. «Das tiefe Niveau des Dr. Bärlochers»<sup>172</sup> im ständigen Kampf gegen Arthur Schmid wurde nicht nur gerügt, sondern auch mittels historischer Reminiszenzen aufgeklärt: Dessen faschistenfreundliche Phase wirke nach; wenn er immer noch diesem Geist huldige, so müsse er natürlich die Sozialdemokraten ständig verfolgen. Die Meinung des Ing. agr. Hans Strahm von der «Bauern- und Bürgerzeitung» aber beruhe auf mangelndem Tiefgang oder Ignoranz. «Der Mann kann nicht lesen»,<sup>173</sup> betitelte Arthur Schmid eine saftige Duplik.

Der politisch-weltanschaulichen Bildung gehörte alleweil die Aufmerksamkeit des Chefredaktors, dies, ohne je den Boden unter den Füßen zu verlieren. Eine Artikel-Serie über die Frühsozialisten, geschmückt mit Porträt-Zeichnungen, sollte historisches Wissen und – über die Leiden der Pioniere – Selbstbewusstsein und Mut vermitteln.<sup>174</sup> Gedanken zum neuen Jahr, zum politischen Streben und zu Gedenktagen liessen sich aufreihen unter dem Titel: «Zu neuen Ufern ... unter den alten, ewigen Sternen.»<sup>175</sup> Oberrichter Fritz Baumann, der den selben politischen Entwicklungsprozess wie Arthur Schmid mitgemacht hatte, war oft mit seinen Aufsätzen ein bildungsbeflissener Mitstreiter, auch wenn sich die beiden persönlich aus dem Wege gingen. Schmid-Ammann vom «Volksrecht» liess 1953 eine vierteilige Folge über die schweizerische Neutralität im «Freien Aargauer» erscheinen. Und schliesslich folgten sich die staatspolitischen Leitartikel des Chefredaktors seit Ausbruch der Krankheit im Herbst 1957 in seiner ganzen Leidenszeit in regelmässigen Abständen: «Strafrecht und Schutz der menschlichen Gesellschaft», «Die tödliche Gefahr aus der Atombombe für die Menschen», «Chruschtschows Propagandafeldzug», «Hitler, Stalin, Chruschtschow und Anpassungsbereite», «Keine Freiheit und keine Menschenrechte in den Diktaturstaaten», «Kritik an der Politik und den Politikern», «Peace for our time», «Von der UNO und ihrer Bürokratie», usw. usw.

Neben den Betrachtungen zum Tage, dem Libanon-Konflikt und Artikeln zur Krise im Nahen Osten suchte sich Schmid während seiner Leidenszeit immer wieder grundsätzlich festzulegen. Und wir stellen mit

---

<sup>172</sup> FA, 2. Juni 1950.

<sup>173</sup> FA, 1. März 1950.

<sup>174</sup> August/September 1947.

<sup>175</sup> FA, 3. Juni 1950.

Erstaunen fest, dass er gegen eine mögliche Atombewaffnung der Schweizer Armee nichts einzuwenden hatte, solange die Sowjetunion die Abrüstung nicht anbietet. «Es ist deshalb ein Irrtum, wenn man glaubt, man könnte durch Verzicht auf atomare Waffen den Frieden in der Welt erhalten. Es kann daraus das Gegenteil eintreten.» Immer wieder schlägt die Rheinlandbesetzung durch, und daraus folgte automatisch das «wehret den Anfängen».<sup>176</sup> Dabei anerkannte er durchaus die Beweggründe, die die Mehrheit seiner Parteigenossen zum Nein veranlassten. Aber Pazifismus, war nicht mit Unterwerfung gleichzusetzen.<sup>177</sup> Dänemark war nach einem Tage in der Gewalt des Tyrannen. Andererseits gehe es nicht an, dass Bundesräte Kritik an Rüstungskrediten und Atombewaffnung mit Ablehnung der Landesverteidigung gleichsetzten. Das musste schon 1950 Kobelt angekreidet werden,<sup>178</sup> nun verfolgte Chaudet 1958 wieder dieselbe Taktik.<sup>179</sup> Hier stand die Meinungsfreiheit und damit die Demokratie in Gefahr, und damit wurde die ganze Verteidigung illusorisch. Unabhängigkeit ergab nur dann Sinn, wenn damit Freiheit und Menschenwürde besser geschützt werden. Vor diesem Hintergrund ist auch Schmid's Haltung zur UNO zu verstehen. Solange die UNO nicht für die Freiheit in den einzelnen Staaten einsetzen kann, erbringt sie zu wenig Leistung. «Die Schweiz hat gut daran getan, dass sie der UNO nicht beigetreten ist. Sie hätte dabei nichts gewinnen können.» In Ungarn schaute sie zu; im Libanon hilft sie dem Tyrannen Nasser. Hammarskjöld reagiere ohne Grundsätze. Nun habe Präsident Eisenhower US-Truppen eingesetzt. «Nur diese Sprache verstehen die Diktatoren».

Wie wenig Bitterkeit in seinem Wesen lag, beweisen die letzten Arbeiten vor seinem Tode: Nachrufe auf den Gewerkschaftsführer Nationalrat Arthur Steiner und auf Bundesrat Feldmann. Politischer Freund und politischer Widersacher: beiden galt derselbe Respekt, weil sie sich für Freiheit und Menschenwürde eingesetzt hatten. Dass jener schöne Zug Arthur Schmid's auch im Nachruf am 15. November 1958 im «Freien Aargauer», aber auch in allen Reden zum Abschied, abgedruckt am 19. November aufleuchtete, kann nicht erstaunen. Am 14. November war der grosse Förderer des «Freien Aargauers» gestorben. Entsprechend seiner Verdienste um Blatt und Partei beschäftigten sich die folgenden Nummern eingehend mit Wesen und Wirken dieses Mannes. Dr. Hans Bachmann, Luzern, würdigte ihn als Presseemann mit den treffenden Worten: «Als homo politicus betrachtete Arthur Schmid Journalismus und Verlegertätigkeit als Erfüllung einer staatspolitischen Aufgabe.»

Dass ein Einsender am 20. November, das heisst kurz nach der Abdankung, im «Aargauer Tagblatt» den ursprünglichen Pazifisten glossierte,

<sup>176</sup> FA, 8. August 1958.

<sup>177</sup> FA, 11. Juli 1958.

<sup>178</sup> FA, 17. Februar 1950.

<sup>179</sup> FA, 2./3. September 1958.

wirkte geschmack- und pietätlos. Arthur Schmid, jun., Unterkulm, schrieb eine Entgegnung, zeichnete den Lebensgang seines Vaters nach, mit allen Hintergründen, die seinem Gesinnungswandel zugrunde lagen und gab so dem Ausfälligen eine treffende Antwort.

## Die Thürig-Ära

Die wiederkehrenden krankheitsbedingten Absenzen von Arthur Schmid zwangen schon ab November 1957 Werner Thürig zeitweise die Rolle des Chefredaktors auf. Ab 1959 bekleidete er nun diesen Posten offiziell und Armin Bolliger stand ihm zur Seite, wie er dies schon beim früheren Chef getan hatte.

Thürig war von seinem Vorgänger wohl mit Bedacht ausgewählt worden. Er entsprach dem Werdegang wie dem politischen Temperament nach weitgehend dem Bild des Wortführers der aargauischen Sozialdemokraten. «Werner Thürig studierte nach einer Mechanikerlehre an der Universität Bern und erwarb 1950 das Diplom eines Volkswirtschafters. Danach arbeitete er für verschiedene Zeitungen, auch als Deutschland-Korrespondent, und war von 1952 bis 1957 Alleinredaktor der Seeländer Volkszeitung in Biel. Im Aargau wurde er während seiner Chefredaktorenzeit 1961 Grossrat, Mitglied verschiedener wichtiger Kommissionen, des Bankrates der Kantonalbank, und Vizeammann der Gemeinde Rohr.» So beschrieb später der «Freie Aargauer» selber den Werdegang und das Arbeitsfeld Thürigs.<sup>180</sup> Vom Zeitungsmacher erwartete man ein umfängliches politisches Engagement auf allen Ebenen. Keine Liste, auf der nicht einer der Redaktoren unter den Kandidaten erschien. Seit September 1957 redigierte er also am «Freien Aargauer». 1958/59 änderte sich an Inhalt und Gestalt nur wenig. Neuerdings wurde aber die Redaktion am Schlusse des Textteiles in einem Impressum detailliert aufgeführt; dabei fehlten auch nicht die zugeteilten Arbeitsgebiete. Genossin Bertel Balordi, vorher Sekretärin der Zeitung, zeichnete nun als Redaktorin im Halbamt für Feuilleton, Literatur und Frauenfragen, «Nach des Werktags Arbeit» und die Frauenseite. Die literarische Wochenbeilage war für Arthur Schmid für die Bildung und Weiterbildung der Arbeiterschaft von zentraler Bedeutung gewesen «und er investierte eine Menge Zeit für sie, indem er unheimlich viel las und ein treffsicheres Urteil über die Qualität literarischer Erzeugnisse hatte».<sup>181</sup> Sie hatte schon vorher dazu beigetragen, Fremdbeiträge einzuholen und den Nummern einzugliedern. Diese Institution war gleichsam ein geistiges Vermächtnis Schmidts und wurde fortgeführt bis zur Konstruktion des AZ-

<sup>180</sup> 70 Jahre Freier Aargauer 1976.

<sup>181</sup> Auskunft von Arthur Schmid, jun.

Ringes im Jahre 1970. Obgleich diese Beilage nicht zur politischen Pressegeschichte im engeren Sinne zählt, gehört sie zur Arbeiterbildungs-Idee der Gewerkschaften, wie sie in der Ära Thürig fortgeführt wurde.

Genosse Armin Bolliger, vor vier Jahren in die Redaktion eingetreten, sichtete die kantonalen und regionalen Einsendungen, berichtete über Unglücksfälle, Gerichtsfälle und Sport. Er war, als ehemaliger Typograph, auch zuständig für den Umbruch. Die Bearbeitung der Agenturmeldungen oblag Werner Thürig, der auch die meinungsbildenden Kommentare aus sozialdemokratischer Sicht zu verfassen hatte. So meldete die erste Nummer des Jahres 1958 «In eigener Sache» die Arbeitsteilung in der Redaktion. In dieser Zusammensetzung wirkte dieses Team bis 1963. Damals trat Bertel Balordi zurück und Fritz Eigenmann übernahm die Bereiche Sport und Reportagen, so dass sich leichte Verschiebungen der übrigen Ressorts ergaben. Thürig – Bolliger – Eigenmann: Bis 1970, das heisst bis zum Ende des völlig selbständigen «Freien Aargauers», waren diese Namen die Markenzeichen der aargauischen Arbeiterpresse.

War es in der Ära Thürig, als die sozialdemokratisch orientierte Presse von den neutralen Zeitungen «beinahe abgekoppelt» wurde, wie Tagwacht-Redaktor Richard Müller im Nachhinein kritisierte?<sup>182</sup> «Die gesellschaftliche Entwicklung überholte das Konzept der SP-Zeitungen. Wer damals – in den fünfziger Jahren – darauf aufmerksam machte, wurde nicht nur verspottet, sondern es wurde seine sozialdemokratische Überzeugung bezweifelt. Dabei wandelten sich im Zeitraum einer Generation die meisten politisch ausgerichteten Blätter in Konsumprodukte. Immer mehr Leserbedürfnisse wurden abgedeckt, die Konkurrenz in der Aktualität durch das Fernsehen durch die Umstellung auf Nachtdruck recht gut aufgefangen und mehr Gewicht auf Hintergrundberichte und Kommentare gelegt. Diese Wandlung machten jedoch die SP-nahen Zeitungen so lange nicht mit, bis die neutrale und bürgerliche Presse auflagemässig enteilt war.»<sup>183</sup>

Tatsächlich hatte Thürig ein Organ übernommen, das sich von «einem Parteiblatt zur Volkszeitung entwickelt» hatte.<sup>184</sup> Die Ausgangslage: Einerseits stand damals der «Freie Aargauer» bezüglich Auflage dem «Badener» und «Aargauer Tagblatt» kaum nach, anderseits verteilten sich die Leserinnen und Leser auf das ganze Kantonsgebiet, das heisst es fehlte eine lokale Verankerung. Je mehr das Inseratengeschäft über Wohl und Wehe eines Presseorgans entschied, desto mehr war im kleinräumigen Aargau die fehlende Verankerung in einer volkreichen Agglomeration ein Handicap. Vor diesem Hintergrund erscheint heute die Kritik des Tagwacht-Redaktors ungerecht – oder stadtlastig; die Pressunion Aargau konnte ihr Organ nur als engagierte Meinungszeitung durchhalten. War ein eigentliches Partei-

<sup>182</sup> Sondernummer 75 Jahre Freier Aargauer, 27./28. Februar 1981.

<sup>183</sup> Richard Müller in 75 Jahre FA, 1981.

<sup>184</sup> Armin Bolliger in 75 Jahre FA, 1981.

organ nicht mehr gefragt, so musste der «Freie Aargauer» automatisch die Segel streichen.

Die drei zeichnenden Redaktoren leisteten in den zwölf Jahren Beachtliches. Eine Alltagsnummer umfasste acht, eine Wochenendzeitung zwölf Seiten, davon waren zwei, respektive drei Seiten Inserate. Die Schweizerische Depechenagentur war einziger Lieferant von aktuellen Auslands- und Inlands-Nachrichten. Thürig schrieb regelmässig den «Kommentar des Tages», der meistens auf der zweiten Seite oben plazierte war. Bertel Balordi rief die Frauen zur vermehrten journalistischen Mitarbeit auf und führte das Wort gegen eine Schweizer Frau, die politisch unmündig bleibt. Armin Bolliger holte die aargauischen Sektionsnachrichten ein, filterte die lokalen Berichte nach dem Gesichtspunkt des Arbeiterinteresses und sorgte damit für die gegenseitige interne Information, Vorbedingung für das gute Einvernehmen in der Kantonalpartei. Schon damals lehnte sich die aargauische Linkspresse eher an die Berner «Tagwacht» als an das «Volksrecht» an; alt Bundesrat Max Weber war immer wieder Gast im «Freien Aargauer». Er äusserte sich zu Wirtschafts- und Finanzfragen, zu gewerkschaftlichen Themen oder zur Alkohol-Abstinenz. Seine Linie, wenig ideologisch, entsprach weitgehend der aargauischen SP-Mentalität. Bis weit in die sechziger Jahre versuchte man – in der Tradition von Arthur Schmid (sen.) – dem Sport kein übermässiges Gewicht einzuräumen. SATUS-Mitteilungen galten als Teil der politischen Ertüchtigung und zählten nicht, wie Schmid immer wieder gewarnt hatte, zum «panem et circenses», das den Menschen zum politischen Eunuchen erzog. Um 1964 musste man dann dem Publikumsgeschmack nachgeben: am Montag füllten diese Nachrichten und Kommentare zwei Seiten, an normalen Werktagen eine Seite. Mit dem Eintritt von Fritz Eigenmann in die Redaktion begann diese Umstellung.

Die AHV-Thematik, das Herzstück der Sozialpolitik, wurde durch die «Ausfälle des «Trumpf Buur» dauernd am Kochen gehalten. «Reaktionäre Sparpolitiker ohne Mass» wurden angeprangert und jene Politiker in die Schranken gewiesen, die das Streben nach Sicherheit als «sozialpolitische Exzesse» abschrieben. Auch in der Tradition des Altmeisters Schmid war das Misstrauen gegenüber den Machenschaften des Landesrings. Und Arthur Schmid jun. sprach sich nach Ablehnung der 44-Stunden-Initiative für andere Formen der Freizeit aus: «Bezahlte Ferien für alle Arbeitnehmer», ein Feriengesetz im Aargau, und setzte damit folgerichtig die Politik seines Vaters fort.<sup>185</sup>

Aussenpolitisch steuerte Thürig den klaren Anti-Moskau-Kurs weiter. «Tibet erleidet das Schicksal Ungarns»; «Demaskierte Imperialisten»<sup>186</sup> liess sich als Titel über viele seiner Kommentare zur Chruschtschow-Poli-

<sup>185</sup> FA, 2. April 1959.

<sup>186</sup> FA, 7. April 1959.

tik setzen. Wenn die «SED versucht, sich bei der SPD anzubiedern», so schlägt der «Freie Aargauer» von damals Alarm. Ein heisses Eisen war auch für die Linkspresse das Thema Ostkontakte. Max Weber hatte sich in mehreren Folgen im Januar 1962 zu dieser Sache geäussert und dabei versucht, im Kalten Krieg einen allzu billigen Antikommunismus abzdämpfen. Einerseits wurde der Propagandarummel der «Moralischen Aufrüstung» vom «Freien Aargauer» verurteilt, weil die Kritik am Sowjetsystem auch alle sozialistischen Ideen miteinbezog, andererseits verwies man mit Stolz bürgerliche Unterstellungen gegenüber der SATUS-Sportbewegung, sie sei auf dem linken Auge blind, ins Reich der Fabel. Im Gegensatz zu den «neutralen» Sportverbänden, die sich nicht gescheut hätten, seinerzeit Mussolini und Hitler die Ehre zu erweisen, gebe es keine offiziellen Kontakte des SATUS zu Ostblock-Sportverbänden.<sup>187</sup> «Moskau versucht Bonn vom Westen abzuspalten», ängstigte die Linkspresse ebenso sehr wie bürgerliche Zeitungen.<sup>188</sup> Umso empörter reagierten diese Blätter auf die Tendenz, die Sozialdemokraten immer in die Nähe der Kommunisten zu plazieren (Brin-golf!). Schmid hatte, als typische Nachkriegsreaktion, vor dem Beitritt der Schweiz zu überstaatlichen Organisationen wie UNO und Europarat gewarnt. Es war wieder Max Weber, der am 23. März 1962 mit einem Artikel eine Wende herbeiführte: der Beitritt der Schweiz zum Europarat sei nun fällig, herangereift, und er würdigte die Arbeit dieser Institution für Menschenrechte und Rechtsharmonisierung.

Wie sehr die aargauische Linkspresse Spiegelbild des SP-Kurses im Kanton war, beweist die Parolenfassung zur Initiative für das Verbot von Atomwaffen in der Schweiz: 80 Nein zu 79 Ja. Den ablehnenden Standpunkt vertraten Dr. Arthur Schmid und Redaktor Thürig. Wahl- und Abstimmungszeiten förderten die Auseinandersetzungen mit andern aargauischen Zeitungen. Dass vor allem kleine Blätter, wie «Freiämter Zeitung», «Zurzacher Volksblatt» oder «Botschaft» zum Zuge kamen zeigt, dass die Redaktion auch die Lokalpresse laufend zur Kenntnis nahm. Dennoch war generell der Wortstreit mit der Konkurrenz kein Anliegen. Offenbar pflegte man die Ansicht, dass jede Nennung eines parteifremden Organes nur zu dessen Profilierung und Propaganda diene. Daher brauchte es schon einem ganz groben «Klotz», dass ein ebensolcher «Keil» aufgesetzt wurde.

Die Änderungen im Erscheinungsbild 1959 hatten eigentlich wenig mit dem Wechsel in der Chefredaktion zu tun. Noch zu Schmid's Zeiten wurde darüber diskutiert, ob man am alten Standort an der Renggerstrasse in Aarau einen Erweiterungsbau aufstellen oder in der Industriezone einen Neubau errichten sollte. Die Entscheidung der Druckereigenossenschaft, in der Telli, an der Weihermattstrasse, ein modernes Zentrum zu realisieren,

<sup>187</sup> FA, 19. Februar 1962.

<sup>188</sup> FA, 10. Januar 1962.

brachte der Pressunion nicht nur genügend Büroräumlichkeiten für die Redaktion und Administration des «Freien Aargauers», sondern auch eine neue Rotations-Druckmaschine. Am 31. März feierte man – laut Zeitung – Halbzeit beim Neubau; ein Ersatzfest für die verpasste Aufrichte, die man im vergangenen Winter, der fehlenden Saisoniers wegen, ausfallen liess. Als Resultat dieser technischen Umstellung finden wir im Sommer 1959 einen leicht modernisierten Zeitungskopf, auf der dritten Seite die Rubrik Schweiz mit Roman «unter dem Strich», eine ganze Seite «Aus aller Welt in Kürze» und «Radio und Fernsehen», dazu ganz allgemein vermehrt Bilder. Dazu kam die vierzehntägliche Sonderseite «Aus der Welt der Frau und Familie».

Im Jahre 1963 erfolgte der Ausbau des Sportteiles. Der einstige «Kommentar des Tages» von Thürig war der Spalte «Im Blickpunkt» gewichen, die unregelmässig erschien und gerne auch aargauische Themen aufnahm. Je länger der Chefredaktor im Aargau weilte und auch als Politiker praktizierte, desto mehr drängte es ihn, seine Arbeit ins journalistische Tun einzubringen. Dass ein Lenzburger Stadtmann Dr. Hans Theiler, erster Ersatz auf der Nationalratsliste, als «Verlegenheitskandidatur» für den Ständerat tituiert wurde, disqualifizierte nach seiner Ansicht die publizistischen Kampfmittel bürgerlicher Blätter. Damals wurde gerne und oft das «Bader Tagblatt» ausgenommen. Nicht nur seines damaligen sozial-liberalen Kurses wegen, sondern weil dessen Wohlwollen für Nicht-CVP-Kandidaten eine gewisse Tradition aufwies. Die Reibungsflächen an den Pressestandorten Aarau und Baden wirkten sich in solchen Situationen aus: Dem BT war die Konkurrenz und das Frontmachen zum «Aargauer Volksblatt» wesentlicher, als der Gegensatz zum «Freien Aargauer», der trotz politischer Fixierung halt in Aarau domiziliert war. So wurde auch Arthur Schmid (jun.), der seit 1965 Regierungsrat war, vom «Aargauer Tagblatt» viel häufiger ins Visier genommen, als das Tagblatt im Ostargau dies für nötig erachtete. Noch mehr galt dies für Louis Lang, SP-Regierungsrat seit 1969, von dem die Fama berichtete, dass er mit BT-Hilfe den Sitz erobert und verteidigt habe.<sup>189</sup>

In der Phase Thürig und Bircher waren die gelegentlichen Fehden zwischen Helmut Suter vom «Aargauer Tagblatt» und dem «Freien Aargauer» viel typischer als mit bürgerlichen Blättern aus dem Ostargau, auch wenn sich die SP-Zeitung generell nur ungern in solche journalistischen Gefechte verstricken wollte. Das politische Engagement der damaligen SP-Zeitungsmacher schuf persönliche Beziehungen über die Parteigrenzen hinweg. Dies führte – im Gegensatz zur Steinzeit der Arbeiterbewegung – zu mehr Wohlwollen, Verständnis und Toleranz. Auch in einer Zeit, in der Thürig behauptete, «die sozialpolitischen Auseinandersetzungen werden schär-

---

<sup>189</sup> FA, 17. Juni 1970.

fer»,<sup>190</sup> war der Chefredaktor des «Freien Aargauers» fähig, einen anerkennenden und freundschaftlichen Nachruf auf Nationalrat Hans Strahm (BGB), Redaktor der «Bauern- und Bürgerzeitung», zu verfassen und nur am Rande die dauernden Meinungsverschiedenheiten anzumerken.<sup>191</sup> Ein Beispiel von politischer Kultur, wie sie vor 1968 gepflegt worden war. Doch gerade das gegenseitige Schulterklopfen bei divergierenden politischen Ansichten war ein wichtiges Element, die jugendlichen Stürmer und Dränger in die ausserparlamentarische Opposition zu schieben und Konfrontation und Strassenaktion zum neuen Mittel der politischen Strategie zu entwickeln.

Wenn 1970, mit der üblichen Verzögerung, in der Schweiz die Jugendunruhen anhuben und der Maoismus als neues Gespenst durch Institutionen und Presseorgane strich, so stand den SP-Organen ein viel gefährlicher Konkurrent im linken Spektrum entgegen, als dies die Kommunisten stalinistischer Prägung gewesen waren. Die neue Linke kannte kein Schulterklopfen: die «verbürgerlichten Sozis» waren mindestens so suspekt wie die «Scheissliberalen», mit Konservativen auch nur zu sprechen, lohnte die Mühe nicht. Die neue Orientierung der SP-Presse der Schweiz lag nicht nur im geschäftlichen Konkurrenzkampf mit den bürgerlichen Medien begründet, dies war nur ein Teilaspekt. Ebenso galt es, die neue Linke zu domestizieren, sie einzufangen durch entsprechendes Entgegenkommen. Dies aber setzte voraus, dass straffer und zentralistischer geführt wurde, dass die kantonalen Färbungen, Resultat der regionalen Arbeiterzeitungen, als Spiegel der Mentalitäten, respektive Bewusstseinsstufe, verschwanden.

Dass dies in einer Kampfzeit, wie sie seit 1968 herrschte, gelingen konnte, wurde dann durch die Praxis widerlegt. So wurde am 3. September 1969 erstmals angekündigt, dass eine Zusammenarbeit der sozialdemokratischen Blätter der Deutschschweiz im grossen Stile geplant sei. Ein Maternaustausch im beschränkten Rahmen war seit 1. Februar 1968 vom «Freien Aargauer» schon gepflegt worden. Die «Basler AZ» und das Oltner «Volk» hatten täglich eine Seite Schweiz, die in Aarau redigiert, gesetzt und umbrochen worden war, übernommen. Der «Freie Aargauer» veröffentlichte im Gegenzuge vom «Volk» die Seite «Dies und Das» mit feuilletonistischem Charakter und dem Roman «unter dem Strich», sowie eine Auslandseite von der «Basler AZ». Die fremdgefertigten Seiten fielen in der sonst vier-spaltigen Zeitung durch ihre Fünfspaltigkeit auf. Was aber für 1970 vorbereitet wurde, war ein Ringkonzept, wie es von der schweizerischen CVP-Presse schon vorexerziert worden war.

Am 27. September veröffentlichte Thürig eine «Betrachtung zur engen Zusammenarbeit sozialdemokratischer Zeitungen im AZ-Ring». Eingelei-

---

<sup>190</sup> FA, 19. Februar 1966.

<sup>191</sup> FA, 28. Februar 1966.

tet mit einem geschichtlichen Überblick verglich er die aargauischen Tagblätter früher und heute. Während vor zwölf Jahren alle je drei Redaktoren beschäftigt hatten, leisteten sich heute das «Aargauer Tagblatt» neun, das «Badener Tagblatt» gar zehn vollamtliche Redaktoren. Dieses Missverhältnis könne nur durch eine enge Zusammenarbeit wettgemacht werden. Redaktion und Satzherstellung für alle Teile ausser den kantonalen Nachrichten würden von der Zentralredaktion unter Helmut Hubacher in Zürich hergestellt. Das heutige Team des «Freien Aargauers» könnte sich dann auf den Aargauer Sektor konzentrieren und damit beste Arbeit leisten. Die Matern, aus Zürich zugeschickt, erlaubten dann, dass der ganze «Freie Aargauer» nach wie vor in der Genossenschaftsdruckerei Aarau hergestellt werden konnte. Die ganze Umstellung war eine Sache der Fachleute und der Trägerschaften, das heisst parteipolitisch nur dürftig abgestützt. Im Vergleich zu früher wird dabei sichtbar, wie die Medienwelt zu einem Teil des Marktes und auch Produkt der technischen Entwicklung geworden war.

Die Mitteilungen vom 3. und 27. September gründeten auf Verlautbarungen der Trägerschaften, die Kantonalpartei war in den Prozess nicht einbezogen. Selbst am schweizerischen Parteitag vom 2. November war das Presse-Experiment kein Thema. Die kantonale Redaktion im Aargau stellte sich positiv zum neuen Konzept – mindestens verbal. Thürig, der sich am radikalsten umstellen musste, fiel der Abschied von der Weltpolitik nicht leicht. «Das Gefühl, das einem bei dieser entscheidenden Wende beschleicht, ist ähnlich jenem des 65jährigen am Tage vor der Pensionierung», bekannte er nach der Abfassung des letzten aussenpolitischen Kommentars am 31. Dezember 1969.

Armin Bolliger, der seine angestammte Tätigkeit in voller Intensität weiterführen durfte, wusste um die konservative Haltung des passionierten Zeitungslesers, der wohl das Neueste an Meldungen, ja, gar die Überraschung liebte, sofern es um den Inhalt ging, den aber die kleinste Änderung störte, wenn es Stil und Präsentation betraf. Ab 18. Dezember brachte er täglich auf der Seite Aargau das zukünftige Signet «AZ-Freier Aargauer» bis zum Jahresende, um die Konsumenten an die neue Verpackung zu gewöhnen. Gleichzeitig entschuldigte er sich für die Namensänderung: die Bezeichnung AZ war zwingend, wollte man landesweit als eine Zeitung auftreten und sich den grossen Reklame-Kunden als Grosszeitung anpreisen. Beim Jahresschluss wurde noch einmal das ganze Konzept dargelegt. Das Besondere: die Berner «Tagwacht» machte nicht mit, als einziges SP-Blatt der Deutschschweiz. Es sollte ihr wohl bekommen. Nach dem Zusammenbruch des AZ-Experimentes wird die «Tagwacht» zum Rettungsanker für die geschwächten Regionalblätter in der westlichen Deutschschweiz werden. Der sogenannte West-Ring wäre ohne jene Tagwacht-Abstinenz wohl nie entstanden.

## Der AZ-Ring

Lange Diskussionen und mühselige Projektarbeit waren dem Zeitungs-Ring vorangegangen. Das ganze Unternehmen schien weitgehend von Zwängen diktiert worden zu sein. Die Parteimitglieder waren nicht mit von der Partie gewesen. Kurz: am 5. Januar 1970 war die erste Nummer des «AZ Freier Aargauer» da: «Die AZ grüsst ihre 200 000 Leser». Schon dieser Gruss war nicht aus dem Aargau an die Aargauer gerichtet, es war ein Kurienwort, *urbi et orbi*, an die schweizerische Leserschaft gerichtet, in Zürich redigiert, in Zürich gesetzt. Der Zusammenschluss von zehn sozialdemokratischen Tageszeitungen ergab eine Auflage von 68 000 Exemplaren.<sup>192</sup> Dies ergab – über den Daumen gepeilt – 200 000 Leser. Damit reihte man sich unter die grössten Blätter ein, obgleich man im Inseratengeschäft lokal verankert bleiben wollte und musste. Was im Aargau schon Handicap für den kommerziellen Erfolg war, sollte es im schweizerischen Rahmen noch deutlicher werden. Nur die Grossreklame frohlockte über das neue Produkt. Der Rettungsanker für die einzige Zeitung mit landesweiter Ausstrahlung? Wirkte sich der Arbeitstitel «Einzige überregionale Tageszeitung der deutschen Schweiz, in der ein sozialdemokratischer Standpunkt vertreten wird», als Empfehlung oder als Abschreckung aus? Was für Abonnenten gut klang, war für Inserenten noch längst keine Musik.

Für den in Zürich redigierten und gesetzten Zentralteil zeichneten folgende Damen und Herren verantwortlich: Helmut Hubacher (Chefredaktion und Inland), Regula Renschler (stellvertretende Chefredaktion und Ausland), Paul L. Walser (Ausland), Otto Schmid (Inland und Sport), Hans-Rudolf Hilty (Kultur), Otto Hürlimann (besondere Aufgaben) und Hermann Battaglia (Bundeshausredaktion). Jede Zeitung führte ihren eigenen Titel über diesem Mantelteil, und eingeschlagen fanden sich je nach vorher üblichem Stoffanfall, die kantonalen oder regionalen Seiten, redigiert von der alten örtlichen Redaktion. Im «AZ Freier Aargauer» verblieb vorläufig das Dreigestirn: Thürig, Bolliger, Eigenmann.

Wie üblich schickte man das neue Presseprodukt mit einem Geleitwort ans Publikum. Der Chefredaktor Hubacher referierte: «Das neue AZ-Unternehmen ist ein Experiment. Die AZ ist die erste überregionale Linkszeitung des Landes mit einem bestimmten Kurs. Wir schwimmen nicht ziellos in der Gegenwart herum. Wir fühlen uns der demokratischen Linken verbunden, nicht aber auf eine sture Parteilinie angebunden. Unsere Optik soll nicht einseitig eingestellt, sondern frei und unabhängig sein. Wir wollen tatsachengetreu informieren, meinungsbildend kommentieren, wir wollen Ernstes und Heiteres, Schweres und Leichtes anbieten.»

---

<sup>192</sup> Freier Aargauer, Thurgauer AZ, AZ Abend-Zeitung (Basel), Freie Innerschweiz (Luzern), Das Volk (Olten), Volksstimme (St. Gallen), Schaffhauser AZ, Winterthurer AZ, Oberländer AZ (Wetzikon), Volksrecht (Zürich).

Damit begann für die Aargauer AZ-Leserschaft tatsächlich eine neue Zeit. Der «Freie Aargauer» bot nun einen Ausland- und Inlandteil an, der an Umfang den grossen Tageszeitungen nicht nachstand. Dieses Organ konnte bezüglich Infos tatsächlich als Erstzeitung dienen. UPI und AFP-Agenturberichte fanden direkt den Weg in die Zeitung und erhöhten deren Aktualität. 24 Seiten umfasste die erste Nummer, als Montagsblatt, wegen des Wochenendes, sogar mit drei Seiten Sport. Vier Textseiten waren von der Aargauer Redaktion bearbeitet, zwei bis drei füllten die einheimischen Inserate.

Schon nach drei Tagen wurde der Einstand der AZ von Samuel Siegrist, Redaktor des «Aargauer Tagblatts», unter dem Titel «Der erste Eindruck» zitiert. Er lobte die neue Konkurrenz und versteige sich sogar zum Urteil, dass die Zeitung «etwas weniger parteipolitisch gefärbt» wirke. Was Thürig zum Zusatz veranlasste: «Dass nur die Freisinnigen über die nötige Objektivität verfügen», sei hinlänglich bekannt.<sup>193</sup> Nach der ersten Woche urteilte dann Thürig selber über das Zusammenspiel: er lobte die gute Zusammenarbeit, die eilige Zustellung der Matern, so dass um 3.30 Uhr die Rotationsmaschine in Gang gesetzt werden könnte. Damit sei gesichert, dass die Zeitung am Vormittag zugestellt wurde.

Am 14. Februar stellte man auf einer Sonderseite die ganze Redaktion in Bildern vor, ein treffliches Mittel, dem Mantelteil die Fremdheit zu nehmen. Auf der Titelseite erschien mit Bedacht relativ häufig ein Anriss zu einem aargauischen Thema. Dennoch war nicht zu vermeiden, dass der hiesige Gewerkschafter, der vorher wie jetzt nur seine Hauszeitung konsultierte, vieles vom Inhalt fremd anmutete. Dies lag nicht nur an den andersartigen Kommentatoren, die eher intellektuelle Kreise ansprachen, sondern ebenso sehr an völlig neuen Themen, die im Nachgang von 1968 die politische Szene verwirrten.

«Bildung als Ideologie» liesse sich als Motto über viele Nachrichten und Kommentare setzen: «Springer und die neue Linke», der Krach an der Kunstgewerbeschule Zürich wegen der Klasse Form und Farbe, das aargauische Hochschulprojekt für Bildungsforschung, die Mitbestimmung der Studenten an Hochschulen, Streit um den Krawall-Film nach den Solothurner Filmtagen, Neills umstrittene antiautoritäre Erziehung und das Experiment von Summerhill, Dozent Hans Heinz Holz an der Uni Bern wegen seiner marxistischen Weltanschauung weggewiesen usw. usw.

Die «harte Ausmarchung mit dem «Rechtsbürgertum»<sup>194</sup> in all diesen Fragen veranlasste die Kommentatoren immer mehr, die Terminologie der neuen Linken zu übernehmen, was den traditionellen Leser aus dem Arbeiterstande verunsicherte oder abstiess. Als auch im Aargauer Umfeld die

---

<sup>193</sup> FA, 7. Januar 1970.

<sup>194</sup> FA, 11. November 1970.

Themen sich in gleicher Richtung bewegten, man Kantonsschullehrern in Aarau Maoismus vorwarf, Dienstverweigerungsprozesse als Element ultralinken Agitation umfunktionierte und Grossratsdebatten über Gesinnungsterror und Gesinnungsschnüffelei rapportiert wurden, vermocht Thürig mit seiner Erklärung «im rote Chästli» immer weniger, die theoretischen Ergüsse zu diesen Ereignissen in die traditionelle Gewerkschaftspolitik, wie sie dem Arbeiter verständlich war, einzugliedern. Wenn zum Beispiel Hilty in seinem Kommentar «Bedrohung nach Mass» damals feststellen wollte, dass die Schweizer Neutralität mehr durch die NATO als durch Moskau oder Peking bedroht sei, weil die Vereinnahmung der Kleinen durch die grossen Freunde grösser sei als die effektive Gefahr der Raketenstationen, die ennet des Eisernen Vorhanges auf den Westen gerichtet sind, so war das ein so genannt nonkonformistischer Gedankengang, der die alten Strukturen aufweichen sollte, der aber für die Aktivdienstgeneration – auch der politisch linksorientierten – nicht mehr verdaulich war. Am ehesten fand die Kritik an jeder Form der Intoleranz Zustimmung, vor allem, wenn es sich um populäre Figuren handelte, wie den «Zivilverteidiger» Alfred Rasser.

Aber es erstaunt nicht, dass der Zentralsekretär der SP-Schweiz, Bertschinger, am 4. November 1971 im AZ-Ring zerknirscht verkünden musste: «Die SP scheint an sogenanntem angestammten Wählerpotential in erschreckender Weise verloren zu haben. Sie hat dafür bei den Jungen, bei den Frauen, bei den Intellektuellen hinzugewonnen. Das Resultat ist allerdings defizitär.» Was hier für die Partei festgestellt wurde, galt im selben Masse für die Leserschaft der AZ. Oder war der Wählerverlust zum Teil gar Resultat der Leserverärgerung?

Zudem wurde für die «AZ Freier Aargauer» der Widerspruch zwischen dem Mantelteil – vor allem baslerischer Provenienz – und dem Aargauer Teil in der Kernenergiefrage immer unerträglicher. Die umstrittenen Atomkraftwerke an Aare und Rhein waren weit weniger das Problem hiesiger Arbeiter und Angestellter, als die Sicherung der Arbeitsplätze in der Badener und Aarauer elektrotechnischen Industrie. «Die atomare Schizophrenie der Baslerstädter» von Thürig<sup>195</sup> folgte einer typisch Aargau-konformen Terminologie im kantonalen Teil der Zeitung. «Der Stromkonsum wächst», eine Nachricht der NOK, kommentierte Thürig positiv: der Grund läge in der Ersetzung von Ölheizungen durch elektrische Energie; Die «Luftverseuchung drängt zur Atomenergie».<sup>196</sup> Die «Basler Agitation gegen Kaiserangst»<sup>197</sup> war dem aargauischen Leser weitgehend unverständlich. Eine erste Konsequenz war nicht die Angleichung der Ansichten und der Sprachregelung, sondern der Rücktritt Thürigs. Am 24. November 1970

<sup>195</sup> FA, 30. November 1970.

<sup>196</sup> FA, 12. März 1970.

<sup>197</sup> FA, 19. März 1970.

wurde in Bild und Text der zukünftige Chef vorgestellt: Silvio Bircher, bis dato Grossrat des Team 67.

Der neue Redaktor hatte sich nach den Mittelschulen in Aarau und Olten an der Universität Zürich und der Hochschule St. Gallen das Lizentiat als Volkswirtschaftler erworben. Er war im März 1969 «als jüngster in den Grossen Rat und Ende 1969 auch in den Einwohnerrat Aarau gewählt worden.» «In den politischen Anschauungen näherten sich die Team-Leute und insbesondere auch Silvio Bircher immer mehr der Sozialdemokratie, so dass seine Wahl zum neuen Redaktor keine spektakuläre Überraschung bildet. Gratulation!»

Das Team 67, die «zornigen Söhne freisinniger Väter», entstammte – wie das Datum im Namen schon klarstellt – als politische Gruppe nicht der 68er Bewegung. Es waren junge und «mittelalterliche» Technokraten, die amerikanischen Arbeitsmethoden («It's team time») und jugendlichen Elan im Geiste John F. Kennedys einführen wollten. Mit dem Bericht des Club of Rome wurde deren Wortführer, der BT-Journalist und Grossrat Werner Geissberger, immer heftiger zum Verfechter von grünen Anliegen, so dass die ganze Gruppierung nach und nach auf diese Linie einschwenkte. Die Wahl Birschers für die «AZ Freier Aargauer» war daher eine Korrektur des aargauischen Zeitungskurses Richtung Umweltschutz, auch wenn sich dies noch eine Weile nicht im Inhalt der Zeitung niederschlug. Die Einarbeitungszeit Birschers und damit das Verweilen Thürigs dauerte noch bis zum Februar 1971, so dass noch Titel wie «Reaktor ist keine Atombombe» und Schlagworte wie «Die risikolose Technik ist eine Utopie» (Dietenberger) erscheinen konnten.<sup>198</sup> Zudem wusste Bircher auch nachher, in zurückhaltender Weise zu operieren: im ersten Arbeitsjahr als Chefredaktor vermied er weise, mit Kommentaren zu provozieren. Schliesslich galt es damals noch, das Experiment «AZ-Ring» zu retten. Eher war es Grossrat Franz Schmidbauer, der in seinen Beiträgen grüne Anliegen in die Zeitung brachte. Der Rücktritt Werner Thürigs aus dem Grossen Rat veranlasste das Blatt am 23. Dezember weitere Informationen preiszugeben, zum Beispiel dass dessen Frau, Eva Thürig, seit langem die Ratsberichterstattung besorgt hatte und dass der Demissionär auf den 1. Februar 1971 zum Sekretär der sozialdemokratischen Partei des Kantons Bern gewählt worden sei.

Am ehesten der neulinken Linie entsprachen 1971 die Beiträge des Zofinger Lehrers Christian Zaugg und des Aarauer Kantonsschülers Urs von der Mühl. Sie sprachen von Meinungsmanipulation der bürgerlichen Presse, von Basisgruppen zwecks politischer Bewusstseinsbildung. Es erstaunt daher nicht, wenn am 20. November gemeldet wurde, dass Christian Zaugg neuer Redaktor des «AZ Freier Aargauer» werde, während sich am 27. Dezember Fritz Eigenmann verabschiedete, in die Privatwirtschaft

---

<sup>198</sup> FA, 30. November 1970.

wechselte, dabei aber seine politischen Ämter als Grossrat und Einwohner-rat behielt. Diese Änderung folgte auf die wenig erfolgreichen Nationalrats-wahlen vom Oktober 1971, die im Aargau der SP Verluste gebracht hatten, dem Verband der Kleinen, LdU, EVP, Team und Freien Stimmberechtigten aber die zwei Mandate von 1967 in Bern abzusichern erlaubte.

Chefredaktor Hubacher vom AZ-Ring kommentierte, indem er das «Badener Tagblatt» zitierte, wie folgt: «Den freisinnigen Söhnen ist die bür-gerliche Leistungsgesellschaft mit ihrer Jagd nach Geld und vordergründi-gen Ehre suspekt geworden. Denn die Folgen des egoistischen Denkens (Zerfall der sozialen Gemeinschaft, Zerstörung der Umwelt) sind deut-licher geworden, als dass sie länger verheimlicht werden könnten.» Und er ergänzte diese Worte mit den Folgerungen: «Diese Jungen sind heute oft politisch heimatlos. Diese Talentreserve gilt es für die SP zu erschliessen. Das wird nur mit einer profilierten Linkspolitik gelingen.»<sup>199</sup> Zwar hatte der Regisseur des AZ-Ringes, Ueli Goetsch, den Posten des Verlagsleiters verlassen, um einen Posten beim Fernsehen zu übernehmen.<sup>200</sup> Das verhiess nicht nur Gutes. Dennoch war der Rückblick Silvio Birchers am Jahresende 1971 recht positiv gehalten, und er versprach der Partei und ihrer Presse eine erfolgreiche Zukunft. Vorwärts! Zum Dienstleistungsstaat.

Das Aargauer Redaktionsteam war konsolidiert und ideell korrespondie-rend zur Ring-Zentrale. Das Aus für das Experiment gründete dann später nicht im alten Gegensatz Basel-Aargau in der Energiepolitik, sondern hatte andere Ursachen. Der AZ-Versuch «scheiterte, weil die Reibungsverluste an technischen Kosten – zehn Druckorte – viel zu gross waren, um Ertrag und Aufwand einander anzugleichen», behauptete Richard Müller 1981 und warnte gleichzeitig vor einer Wiederholung des Experimentes.<sup>201</sup> Diese Reduktion auf technische Schwierigkeiten führt am eigentlichen Problem vorbei. Aus zehnjähriger Distanz übersah Müller geflissentlich die ideellen Differenzen, die damals die Bewegten in der Partei von den Gewerkschaf-tern trennte. 1973 hatte ein ausserordentlicher Zürcher Parteitag in Urdorf beschlossen, die AZ-Tageszeitungen sollten bis mindestens Mitte 1974 gehalten werden. Man müsse aber mit aller Kraft «zu einer neuen Weichen-stellung» beitragen. Der Bund solle – zur Erhaltung der Pressevielfalt – die schwachen Blätter subventionieren. Der SP-Fraktion wurde ein entspre-chender Auftrag überbunden. Die Diskussion zeigte aber auch, dass bezüg-lich von Inhalt und Form keine Einigkeit bestand. Viele waren überzeugt, dass auch eine linke Parteizeitung, die sich in konstruktiver Weise um Staat und Wirtschaft bemühe, ein genügendes Inseratenvolumen einbringe. Dem standen offenbar die Intellektuellen an der Versammlung entgegen.<sup>202</sup> Harte

<sup>199</sup> FA, 6. November 1971.

<sup>200</sup> FA, 1. November 1971.

<sup>201</sup> In: 75 Jahre Freier Aargauer.

<sup>202</sup> FA, 1. Oktober 1973.

Worte müssen damals gefallen sein. Im langfädigen Artikel «Wir Salongenossen» versuchte Adolf Muschg zu beweisen, dass die wahre SP-Zeitung, nämlich «insetarm, meinungsintensiv und Unfrieden stiftend», nie wirtschaftskonform sein könne. Sie müsste von Idealisten getragen werden. Dabei bewies er mit seinem Schreibstil und der Gedankenakrobatik gerade, dass eine Zeitung, wie er sie verstand, von keinem Volksschulabsolventen gelesen werden konnte. Zwei Tage später wurde Gleiches von Walter Mathias Diggelmann vorgeführt: Er spielte mit fleissigem Wechsel von Ironie und direkter Aussage, so dass der Durchschnittsleser die Lektüre kaum bis zur Hälfte durchzustehen vermochte. Die Salongenossen wollten nun mit häufigen Kolumnen beweisen, dass sie sich für ein Unruhe stiftendes Blatt engagieren. Dabei war damals das «Fertigmachen» von James Schwarzenbach der wichtigste Beweggrund. Erfolgreicher bemühten sich die Schriftsteller Marti und Acklin als Journalisten. Endlich, am 5. November 1973 meldete sich eine Frau S. aus Münchenstein in einem in ausgesuchter Höflichkeit formulierten Leserbrief, dass sie noch nicht so weit sei, eine so hintergründige Sprache zu verstehen.

Klaren Wein schenkte Nationalrat Ernst Haller in einem Beitrag im «Freien Aargauer» ein, als es darum ging, dieses Kantonalblatt aus den Turbulenzen der «Zürcher AZ» herauszuhalten und einen eigenen Weg einzuschlagen. Nur aus Solidarität hätte man von der Pressunion Aargau aus die Zusammenarbeit im AZ-Ring 1973 nochmals durchgehalten. «Aber bald zeigte es sich, dass im Zentralteil der AZ den versprochenen Zielen gar nicht Rechnung getragen wurde. Der AZ-Ring wurde zu einer Tribüne von parteiinternen, gehässigen Auseinandersetzungen, an der viele Leser gar nicht interessiert waren.» Die Druckereien seien in finanzieller Bedrängnis; sie müssten vom Zeitungsdefizit entlastet werden. Der Vorstand der Pressunion lege daher ein Konzept vor, das von einer Zusammenarbeit mit dem «Badener Tagblatt» ausgehe.<sup>203</sup>

Die Generalversammlung der Genossenschaft trat innerhalb von zehn Tagen zweimal zusammen. Dem Wanner-Verlag wurden Expansionsgelüste angelastet. Schliesslich wurde das Konzept mit dem BT eindeutig verworfen und eine Zusammenarbeit mit der Berner «Tagwacht» und der «Solothurner AZ» vorgesehen. Der Nachtdruck des Blattes war aber für die Genossenschaftsdruckerei zu kostspielig; daher wurde dieser Auftrag der «Aargauer Tagblatt»-Druckerei erteilt, die noch über freie Kapazitäten verfüge.<sup>204</sup> Die Reaktion des «Badener Tagblattes» auf diesen entschwundenen Auftrag war heftig, und Bircher hoffte aufrichtig, dass sich diese Gehässigkeiten des Wanner-Blattes, das damals immerhin einen sozial-liberalen Kurs verfolgte, bald verziehen würden.

<sup>203</sup> FA, 4. Oktober 1973.

<sup>204</sup> FA, 15. Oktober 1973 über die Versammlung vom 13. Oktober in der Kettenbrücke, Aarau.

Am 19. November musste der «Freie Aargauer» vermelden, dass die Zürcher Genossenschaftler sowohl die «Zürcher AZ» als auch die «Oberländer AZ» fallenlassen und die einbezahlten Spenden (65 000 Franken) zurückzahlen würden. Eine achtseitige Wochenzeitung als Informationsorgan müsste den Bedürfnissen genügen. Muschg schrieb am 10. Dezember «Vom Tod einer Zeitung oder Realpolitik als Alibi» einen halbseitigen Nekrolog, der sicher einmal in einem Sammelband seiner Werke erscheinen kann, aber in einer Zeitung bestenfalls von einigen Akademikern wirklich studiert und verstanden werden konnte. Zur gleichen Zeit durfte die Pressunion Aargau berichten, dass das Geschäftsjahr 1973 dank Spendengelder von 26 000 Franken ohne Defizit abgeschlossen werden konnte.

Bircher fasste am Jahresende zusammen: «Unsere Schwesterzeitung, die Zürcher AZ, wird zwar eingestellt, aber alle andern der SP nahestehenden Tageszeitungen machen weiter. Wir werden ab 3. Januar einzelne Seiten in leicht veränderten Form, den Stoff etwas konzentrierter, dafür reichhaltiger präsentieren.»<sup>205</sup> Damit verschwanden gewisse Namen 1974 aus dem «Freien Aargauer» oder waren dort nur noch selten zu Gast: Otto Hürli-mann, Paul L. Walser, Monique Buri, Hans Rudolf Hilty, Edwin Knuchel. Redaktor Armin Bolliger ging mit dem Jahreswechsel in Pension. Er hatte 1955 als Nachfolger von Karl Schmid, Gränichen, vom technischen Fertiger einer Zeitung ans Redaktionspult gewechselt und gleichzeitig, nach altem Brauch, politische Ämter innegehabt. Bis anfangs 1973 gehörte er noch dem Grossen Rate an. Gleichzeitig trat auch Christian Zaugg zurück, um eine Stelle bei der Gemeinde Strengelbach anzutreten. Damit präsentierte sich im Januar 1974 das Impressum wie folgt: Silvio Bircher als Chefredaktor, Alfred Staubesand, Herbert R. Fischer, René von Euw als Redaktoren. Für den Inland- und Auslandteil zeichneten die beiden «Tagwacht»-Redaktoren Richard Müller und Fritz Escher. Im Büro des «Freien Aargauers» ging es in der folgenden Zeit zu wie in einem Taubenschlag. Fischer und von Euw waren ja ab Januar 1974 neu in der Redaktion. Während Fischer bald wieder aus dem Impressum verschwand, wurde von Euw am 1. April noch als zeichnender Redaktor von der Trägerschaft gewählt. Desgleichen am 2. Juli 1974 Frau Maria Clavuot-Brutschy aus Rheinfelden, die schon einige Monate vorher für diese Zeitung geschrieben hatte. Schon bald musste sie René von Euw ersetzen, der auf Semesterende sein kurzes Gastspiel schon wieder beendete. Mit Frau Clavuot-Brutschy erhielt das Thema Kaiser-augst und alle Aktionen und Proteste in diesem Zusammenhang eine warme Fürsprecherin. Jedenfalls klang der Wunsch nach regionaler Mitsprache im Falle von Grossprojekten in vielen Formulierungen durch.

Die samstägliche Frauenseite SIE war jedenfalls eingekauft. Das Wochenendblatt musste von der kleinen Redaktion überhaupt ganz eigen-

---

<sup>205</sup> FA, 29. Dezember 1973.

ständig zusammengestellt werden, da der Input der «Tagwacht» ausfiel (keine Samstagsausgabe). Damit fehlten in der Samstagsnummern die auffälligen dicken Abschlussbalken am Ende eines Themas, Merkmal der Berner Matern zum In- und Ausland, sowie für die Schlusseite.

Das Ende des AZ-Ringes hatte 1973 das Ende der «Freien Innerschweiz», auf Ende 1973 das Einstellen der «Zürcher AZ» gebracht. Die «AZ Freier Aargauer» hatte der Resignation getrotzt. Ja, sein Chefredaktor plante gar eine Ausweitung: mit dem Wiederbeleben des traditionsreichen «Volksrechtes» und der «Freien Innerschweiz» als Kopfblätter könnte die Abonnentenzahl erhöht, damit aber auch das Inseratenvolumen erweitert werden. Die Städte Zürich und Luzern sollten geschäftliche Schwerpunkte bilden, ohne dass dort gross investiert werden musste. An beiden Orten genügte eine Ein-Mann-Redaktion zur Herstellung der Lokalseite. Man erwartete ein Plus von 3000 Abonnenten. 1975, in der Zeit der Planung, wirkten im Aargau Bircher, Maria Clavout, Urs Müller und Hanspeter Eggenberger. Aus dem Bundeshaus berichtete noch bis Ende des Jahres (Ruhestand) Fritz Escher. Die technische Herstellung erfolgte in Aarau. Auf den 1. Mai 1976 wurden die beiden Kopfblätter auf den Markt geworfen, und vor allem Hans Steiger (haste) aus Zürich als Redaktor pflegte einen eigenen und aggressiven Stil. Als in Zürich der traditionsreiche Name «Volksrecht» wieder auftauchte, da verschwand auch im Aarau das AZ aus dem Namen. Es wurde auch versucht, mit der «Winterthurer AZ» ins Gespräch und Geschäft zu kommen, da auch deren Ende angekündigt wurde; die Verhandlungen führten aber zu keiner Zusammenarbeit.

Die Leistungen des aargauischen Chefredaktors waren unbestritten. 1979, im Vorfeld der Nationalratswahlen, führte sein Nachfolger in der Zeitung folgendes aus: «In seine Amtszeit fielen Aufstieg und Fall des Experimentes AZ-Ring, und Silvio Bircher ist einer von denen, die massgeblich daran beteiligt sind, dass der «Freie Aargauer» als eigenständiges Blatt nach dem Scheitern des gesamtschweizerischen Versuches erhalten blieb. Er hat auch den Wiederaufbau des Volksrechtes von Aarau aus geleitet. Anfangs 1977 zog er sich vom Redaktionspult zurück.»<sup>206</sup>

Bis 1977 aber wirkte er noch eifrig als Journalist. Längst war er zu einem emsigen Kommentator geworden, wobei die Aargauer und Aarauer Angelegenheiten wegen seiner Parlamentstätigkeit auf beiden Ebenen zu seiner Spezialität gehörten. Im Gegensatz zur Zürcher Redaktion pflegten die Aargauer noch immer eine eher pragmatische, gewerkschaftliche Linkspolitik. Bircher blieb seinem Stil treu: er war abwägend, nicht ideologisch fixiert und kaum einmal verletzend. Selbst sein Engagement für den Umweltschutz hatte nichts Sektiererisches an sich. «Wes Brot ich ess – des Lied ich sing», betitelte er die Besprechung einer Fernsehdiskussion über

---

<sup>206</sup> FA, 10. Oktober 1979, Peter Stöckling.

Kaiseraugst. Es wäre «eine breite Information nötig», die Bevölkerung über pro und contra Kernkraftwerke sachlich aufzuklären. Denn «es gibt achtenswerte Gründe», die Atomenergie abzulehnen. Bis zum heutigen Tag konnten leider keine Alternativen dazu vorgebracht werden. Aber die grossen bürgerlichen Zeitungen, «Aargauer Tagblatt» und «Badener Tagblatt» stünden in vollem Druck für Kaiseraugst, bei letzterem könne gar eine eigentliche Abhängigkeit zu Motor-Columbus festgestellt werden. In solchem Umfeld Emotionen einzudämmen, sei kaum möglich. Eine typische kritische Analyse des aargauischen Chefredaktors!

Während die Zürcher Seite sich für Jean Ziegler und seine Publikationen stark machte, sich Andreas Gross über die «Pressefreiheit nur auf dem Papier» ausliess («Tages-Anzeiger» und Emil Frey AG), verhielt man sich vom Aargau her seltsam vornehm. Der «Drall nach rechts lässt Köpfe rollen», meinte die Zürcher Redaktion, der «Tages-Anzeiger» entlässt Niklaus Meienberg, ähnliches geschieht bei der «National-Zeitung» (Arnold Künzli) und beim «Badener Tagblatt». Aufgrund eines Artikels der «SJU-News» (Schweizer Journalisten Union) sei dort 1973 Erich Liebi entlassen worden, darauf kündigten Sebastian Speich, Urs Alter und Beat Müller – vor die Alternative gestellt – selber. So hätte man innert Jahresfrist beim BT neun Redaktoren gegen brave «umgetauscht». «Dem BT sieht man's an.» So kündete nicht die Aargauer, sondern die Zürcher Redaktion. Damals zeichneten neben Bircher weiterhin Urs Müller und Hanspeter Eggenberger als Redaktoren, während Christoph Grenacher neu dazugestossen war. Maria Clavout hiess damals nur noch redaktionelle Mitarbeiterin. Den Ausland- (Herbert Hess) und den Inlandteil (Richard Müller) bezog man weiterhin von der «Tagwacht» in Bern. Am SP-Parteitag 1976 hielt Max Frisch eine Ansprache zur Stärkung der Links-Presse, und Peter Bichsel, Otto F. Walter, Walter Vogt und Jörg Steiner unterstützen ihn und versprachen, von nun an vermehrt für diese Zeitungen tätig zu sein. Davon ist in der Folge – mindestens im «Freien Aargauer» – wenig sichtbar.

Am 2. November zeigte der «Freie Aargauer» in Wort und Bild die Demission von Silvio Bircher an, der als selbständiger Publizist und Dozent an der HWV Olten eine weniger hektische Gangart einschalten wolle, als in den letzten sechs Jahren. Der «Freie Aargauer» «hat in dieser Zeit eine harte Bewährungsprobe durchgemacht, gilt aber heute als eine der beachtetsten Linkszeitungen des Landes», gestand die Trägerschaft. Am 3. Dezember 1976 wurde der Nachfolger vorgestellt: Peter Stöckling, ein Ostschweizer von 32 Jahren werde sich auf Anfang 1977 einarbeiten. Nach der Matura machte er Stellvertretungen als Primarlehrer und besuchte Vorlesungen, bis er ab 1967 für das «St. Galler Tagblatt» arbeitete. 1969 kam er zum «Tages-Anzeiger», wo er sich insbesondere mit Zürcher Kantonalpolitik und Schulfragen befasste. Seit 1972 war er als Redaktor für den «Tages-Anzeiger» in Aarau tätig. Als Mitglied der Journalisten-Union war es ihm bei die-

ser Zeitung wohl etwas ungemütlich geworden. Mit der Affäre Cincera-Archiv überstürzten sich im November/Dezember 1976 die Ereignisse. Die Artikel von Frischknecht, oft eine ganze Seite umfassend, dominierten auch den «Freien Aargauer». Zürich wurde mass- und tonangebend.

Am 22. Januar nahm Silvio Bircher Abschied von den Lesern. Er deutete an, dass die journalistische Arbeit ihm einiges an Kraft abverlangt hatte, und es steigt bei der Lektüre die Vermutung auf, dass er den Weggang auch als Befreiung empfand. Er habe sich allezeit für Toleranz eingesetzt. Der «Freie Aargauer» sei unter ihm «nie ein stures, trockenes Parteiblatt, das blind nur die eigenen Urteile wiedergibt», gewesen. Dies durfte er mit gutem Gewissen anmerken. Die Wochenend-Ausgabe 12./13. März brachte in ihrem Impressum erstmals die ganze verantwortliche Redaktion: Peter Stöckling als Chef, Hanspeter Eggenberger und Urs Müller für das Ressort Aargau; Hans Steiger für die Stadt Zürich. Bis 1979 konnte das Aargauer Büro um Konrad Wittmer erweitert werden, während anstelle von Hans Steiger Adrian Knoepfli und Martin Enkelmann für Stadt und Kanton Zürich zuständig wurden. Als ständige Mitarbeiter zeichneten Andreas Gross und Jürg Meier. Schon vor dem Jahresende 1979 schieden aber Wittmer und Jürg Meier wieder aus.

Die Unruhe in der redaktionellen Zusammensetzung Ende Jahr 1979 hatte wieder einmal mit der wirtschaftlichen Lage des sozialdemokratischen Pressewesens zu tun. Die Chefredaktion orientierte «In eigener Sache» am 31. Oktober die Leserschaft, dass die Lage «alles andere als rosig» sei. «Für das Betriebsjahr 1979 zeichnet sich nun ein Defizit ab, das die Zeitung in ihrer Existenz bedroht.» Auf den 10. November müsse daher die Samstagsnummer eingestellt werden. Es fehlten die Mittel, Werbeaktionen durchzuführen. Mit den Neuabonnenten liessen sich kaum die natürlichen Abgänge durch Tod kompensieren. Das Fehlen des lokalen Schwerpunktes bei kantonalen Zeitungen erbrächten automatisch einen schlechten Deckungsgrad für die Inserenten. «Dabei ist die Frage nach dem politischen Kurs einer Zeitung von untergeordneter Bedeutung. Beim Freien Aargauer/Volksrecht ist die Zahl der politisch begründeten Abbestellungen und Reklamationen jedenfalls verschwindend klein, während die (wiederum aus finanziellen Gründen) fehlende regionale Berichterstattung sehr oft bemängelt wird.» Mit dieser Argumentation vermochte Stöckling allerdings die fehlenden Neuabonnenten nicht zu rechtfertigen. Platz für redaktionellen Text war offensichtlich genügend vorhanden. Die «Politischen Zeitprobleme» wurden regelmässig angekauft und betrafen seitenlang die Situation in Nicaragua und gewissen Drittwelt-Ländern, was der eilige Tagesnachrichten-Leser aus dem Arbeiterstande kaum in seinem Leibblatt suchte. Der Wille und Wunsch der Redaktion, die grossen Probleme der Welt einem «Blick»-gefährdeten Publikum aufzudrängen, war kaum zu übersehen. Selbst Links-Zeitschriften mit sekundärer Aktualität, wie

«Leserzeitung» und «Focus» mussten damals fusionieren, weil auf dem Platze Zürich für solche Anliegen die nötige Leserschaft fehlte.<sup>207</sup> So müssten eigentlich die Bearbeiter der flüchtigen Tagesereignisse gewarnt sein: es wurden in ihrem Produkt keine langatmige Texte zur tiefgründigen Bildung erwartet. Dies besorgten die Fachzeitschriften, die nicht auf dem Arbeitsweg erledigt und noch im Zugabteil entsorgt werden konnten. Was in der damaligen Links-Presse regelmässig von Freund und Feind konsumiert wurde, das waren die täglichen Randkommentare von Richard Müller und die gelegentlichen «Amslereien» von Fritz Amsler. Sie hatten das politische Bewusstsein der Abonnentenschaft mit den häppchenweise servierten Meinungen sicher mehr geformt, als alle seitenlangen «Politischen Zeitprobleme» zusammen.



*Kopf der 75-Jahr-Jubiläumsnummer des «Freien Aargauers» vom 27./28. Februar 1981.*

## Die Endphase

Peter Stöckling als Chef verlieh den Schwesterzeitungen «Freier Aargauer» und «Volksrecht» eine gewisse Konstanz. Auch die Zürcher Redaktion wies mit Hans Conrad Daeniker, später Martin Enkelmann, Adrian Knoepfli, Emil Lehmann und der redaktionellen Mitarbeit von Andreas Gross erstaunlich wenig Änderungen auf. Die Aargauer Redaktion wechselte 1980 von Urs Müller auf Josef Beck, Heini Lüthy und Hans Ott (1981). Das «Aargauigste», was damals zustandekam, war die Jubiläumsnummer vom 27./28. Februar 1981. Sonst fristete die kantonale Seite ein eher bescheidenes Dasein. Diese Leute waren wohl kaum im Vollamt eingesetzt. Zu bescheiden wäre, was aus lokalem Kreis und den Sektionen eingeholt wurde. Oder hatte man damals für solchen Kleinkram keine Verwendung mehr? Wurde überhaupt noch etwas von der Basis angefordert? Zeitweise war auch niemand mehr von der Redaktion im Grossen Rat, was sich nach-

<sup>207</sup> Schon im Oktober 1976 war «Focus» aus den beiden Zeitschriften «Agitation» und «Focus» durch Fusion entstanden.

teilig auf die Berichterstattung auswirkte. Reduziert man die Aargauer-Seite um die Energiediskussion (Kaiseraugst, NAGRA, EIR etc.), so bleibt fast nichts mehr an kantonalen und lokalen Themen, worüber laufend und zielstrebig orientiert und berichtet wurde. Gelegentlich scheint gar, dass die aktuellen Berichte versiegt wären. Wenn am Montag, 4. Februar 1980 die Seite Aargau alleine dem Thema Behinderte gewidmet war, so ist zwar das Unterfangen lobenswert, hat aber Zeitschriften- und nicht Zeitungscharakter: der Bezug zum aktuellen politischen Geschehen fehlt. Dann wurde einmal ein Fund aufgegriffen und aufgemotzt, wie dies die Boulevardmedien praktizierten. Häufig musste später zurückbuchstabiert werden, weil brave Sozialdemokraten als Verantwortliche in der nächsten Nummer antworteten und die Sache ins rechte Licht rückten.<sup>208</sup>

Am 18. März konnte wieder einmal eine Spendenaktion abgeschlossen und eine ausgeglichene Rechnung vorgelegt werden. Das Budget für 1980 verlangte «einschneidende Sparmassnahmen», der Verzicht auf die Samstagsausgabe war nur eine der Konsequenzen. Zudem: Was in dieser Zeit die Zürcher Seite füllte, nämlich die Krawalle in Zürich, die Anprangerung der Polizei und der Stadträte, hatte kein Pendant im Aargau, aber auch die hiesige Redaktion war erfüllt von dieser Thematik. Wenn ähnliche Jugendanliegen aus dem Zylinder gezaubert wurden, so waren es Eintagsfliegen oder viel Lärm ohne Echo. Jedenfalls: wer sich über Aargauer Politik informieren wollte, hatte mit dem «Freien Aargauer» wenig bis nichts in den Händen. Zudem: Die Zürcher Unruhen wurden von der Redaktion derart jugendfreundlich abgewandelt, dass sich Aargauer Sozialdemokraten, vorab als berufliche oder behördliche Staatsdiener, abgestossen fühlten. Sie hatten keineswegs im Sinne, aus dem Staate – der trotz bürgerlicher Mehrheit halt auch ihr Staat war – Gurkensalat zu machen.

Die ganze Redaktion, angeregt durch die Selbstverwaltungs- und Mitbestimmungsdiskussion, wollte sich auch im eigenen Erscheinungsbild zeitkonform verhalten. Das Impressum war nun alphabetisch geordnet. Ein Jahr später fehlte sogar die kantonale Abgrenzung: Ueli Ebnetter, Martin Enkelmann, Elisabeth Hausmann, Steffie Gaus, Liliane Goldberger, Emil Lehmann, Peter Stöckling. Offenbar war damit die demokratische Führung vollendet. Man kannte keinen Chef mehr. 1985 wurde Ueli Ebnetter durch Werner Bänziger ersetzt.

Die Druckereigenossenschaft hatte sich 1980 entschlossen, das Gebäude an der Weihermattstrasse zu verkaufen. Die Druckereifachschule fand in den Räumlichkeiten Platz für Schul- und Praktikumsräume. Ein Neubau für eine blossе Akzidenzdruckerei wurde erstellt; aber schon bald schliterte das Unternehmen in einen geräuschvollen Konkurs hinein. Die Zeitung war von diesen Turbulenzen zwar nicht mehr betroffen, aber die

---

<sup>208</sup> Z. B. KV-Schule, Baden.

Redaktion musste neue Räumlichkeiten suchen: 1983 an der Bahnhofstrasse 35, direkt im Kontakt mit dem «Aargauer Tagblatt», das weiterhin die Drucklegung besorgte.

Das Nationalrats-Wahljahr 1983 erbrachte noch einmal eine Grossaktion zugunsten der Aargauer SP. In den Monaten September/Okttober wurde für jeden Bezirk eine Sondernummer gestaltet, worin der lokale Nationalrats-Kandidat ins Zentrum gerückt war. Damit konnten die Haushaltungen zu 100 Prozent abgedeckt werden. Eine beachtliche Leistung! Die Diskussion um die Nichtwahl von Lilian Uchtenhagen in den Bundesrat und das darauf folgende Feilschen um die Regierungsbeteiligung im Bund, präsentierte sich wieder zürichlastig, doktrinär und ideologisch. In den Aargauer Sektionen waren solche Sandkastenspiele den meisten ein Gräuel, da an das Aufgeben aller Leitfunktionen, eingeschlossen die entsprechende Macht im Bund, niemand glauben wollte. Die Amtsträger und die hohen Funktionäre sicherten nicht nur Einfluss und Ansehen der Partei, sondern waren über die Beiträge auch sichere Pfründe für die Parteikasse. In der Haus-Zeitung wurde gar darüber gemutmasst, ob nicht drei von vier Aargauer SP-Nationalräten für Bundesrat Stich gestimmt hätten.<sup>209</sup>

Zum eigentlichen Eklat aber kam es im Zuge der aargauischen Regierungsratswahlen vom Frühjahr 1985. Louis Lang bekannte, dass er gerne noch eine Amtsdauer gewirkt hätte, wenn die linken Ideologen in Partei und Presse nicht gewesen wären, die ihm das Amt verleidet und ihm indirekt die Demission aufgedrängt hätten. Davon wurde zwar vor den Wahlen gemunkelt, aber erst beim Wundenlecken nach geschlagener und verllorener Schlacht geschrieben. Dabei war der Verfasser der «Rüebliländer», Redaktor Schneider vom «Badener Tagblatt», der als Sprachrohr Langs galt und Stöckling zur Bemerkung veranlasste, dass Lang «die Schützenhilfe einer rechtslastigen Zeitung mehr bedeutet als die Verankerung in der eigenen Partei».<sup>210</sup> In Tat und Wahrheit hatte die grüne Politik des «Freien Aargauers» nicht nur Regierungsrat Lang längst an den Nerven gezerrt, sondern auch dem Fussvolk in den Gewerkschaften und Angestelltenverbänden des Kantons. Die Energiepolitik war für sie eine Frage von Sein oder Nichtsein bezüglich Arbeitsplatz, und die Diskussion um die Sicherheit der Kernkraftwerke stellte immer auch ihre eigene Zuverlässigkeit in Frage und galt daher als Affront. Louis Lang verheimlichte im Gespräch daher auch nicht, dass er den «Freien Aargauer» nicht mehr lese. Die Regierungsratswahlen hatten jedenfalls bewiesen, dass im Aargau der zweite Sitz in der Exekutive nicht gehalten werden kann, wenn die regionale Komponente nicht mit berücksichtigt wird. Und dazu benötigte man das Mitwirken von mindestens einer bürgerlichen Tageszeitung.

---

<sup>209</sup> Im Dezember 1983.

<sup>210</sup> FA, 22. Januar 1985.

Die Vox-Analysen, kommentiert vom Parteimitglied Claude Longchamp (Buchs), kamen der Redaktion sehr gelegen. Die Sozialdemokratische Partei finde immer mehr Anhang bei den Jungen, und die Schicht der mittleren Einkommen dominiere die Partei, nicht die Arbeiterschaft, lautete seine Folgerung.<sup>211</sup> Man lag also goldrichtig, wenn weiterhin grundsätzlich argumentiert und die pragmatische Politik der Werkplatz-Angehörigen in den zweiten Rang verwiesen würde.

Am 21. Januar 1985 wurde gemeldet, dass die parteieigene «Thurgauer AZ» eingehe und nur noch eine gewerkschaftlich und sozialdemokratisch ausgerichtete Wochenzeitung erscheine. Am 29. Januar kam die Nachricht, dass die «Winterthurer AZ» von der Trägerschaft der «Schaffhauser AZ» übernommen werden musste und von nun an, genauso wie die «Ostschweizer AZ», mit einem Mantelteil des «Badener Tagblattes» versehen werde. Am 6. Februar schliesslich nahm man zur Kenntnis, dass der «Schwyzer Demokrat» der SP in den «March-Anzeiger» integriert würde.

Dann demissionierte Peter Stöckling<sup>212</sup> nach achtjähriger Tätigkeit. Er verlasse seinen Posten, der «mehr als nur ein Job war» mit Wehmut, aber «ohne Groll und Gram: die Meinungsverschiedenheiten, die es natürlich gegeben hat, sind immer ausgetragen worden». Was immer auch dies heissen mag! Er leitete noch die Spendenaktion ein, unter dem Titel «Unsere Zeitung braucht Geld». «Das Ergebnis von 250 000 Franken der letzten Spendenaktion im Jahre 1982 machte es möglich, dass unsere Zeitung nicht nur erhalten, sondern in Teilbereichen auch verbessert werden konnte. Um dies auch in den nächsten Jahren zu ermöglichen, ist auch dieses Jahr eine Sonderaktion unumgänglich.» Und wir vernehmen bei dieser Gelegenheit, dass «Inserate und Abos leicht aber stetig rückläufig» seien. 100 000 Franken betrage der Fehlbetrag pro Jahr und werde von den Parteikassen von Zürich und Aargau mit je 50 000 Franken gedeckt.<sup>213</sup>

Eine Diskussion aller AZ-Redaktoren in Lenzburg, geleitet von Peter Stöckling, galt dem Thema «Zukunft oder Resignation?» Der Westring, das heisst die Zusammenarbeit von Solothurn, Aargau und Zürich mit der «Tagwacht» werde fortgeführt. Die «Basler AZ» war aus dem Pool ausgestiegen, als das Fusionsprodukt «Basler Zeitung» entstanden war. Redaktorin Toya Maissen begründete den Alleingang mit dem Argument, dass man bezüglich Aktualität der Konkurrenz «um die Ohren» fahren wolle und daher gezwungen sei, möglichst viel selber zu produzieren. Der Anlass war zugleich die Verabschiedung von Stöckling. «Mit seinem Abgang gehe zugleich eine Ära der politisierenden Redaktoren zu Ende», bedauerte SP-Präsident Josef Kälin. Stöcklings Platz wurde nicht mehr besetzt.

---

<sup>211</sup> FA, 23. Januar 1985.

<sup>212</sup> FA, 25. April 1985.

<sup>213</sup> FA, 27. April 1985.

Die bürgerlichen Blätter bemitleideten die Rumpfredaktion. Das SP-Blatt werde nur noch von Teilbeschäftigten produziert. «Haarsträubendes im Aargauer Tagblatt», titelte der «Freie Aargauer»; die bürgerlichen Blätter hätten den Sachverhalt kommentiert, ohne mit der betroffenen Redaktion Kontakt aufzunehmen. Man vermittle den Eindruck, als wenn «in Zukunft hilflos und unbedarft» eine Zeitung redigiert würde. Die Wahrheit sei: Der «Freie Aargauer/Volksrecht» werde in Selbstverwaltung produziert. Stöckling sei «einfaches Kollektivmitglied» gewesen. Einen Chefredaktor kenne man längst nicht mehr. Die Teilzeitarbeit sei als Modell wegweisend und vorbildlich. Und all dies verwende man nun für eine bürgerliche Diffamierungskampagne.<sup>214</sup> Aber, wer von der Leserschaft hat sich je für das Redaktionsmodell der SP-Zeitung interessiert? Nur das Produkt interessierte, nicht aber der Entstehungsprozess. Der Redaktion mögen die internen Gruppensitzungen und Selbsterfahrungs-Erlebnisse wichtig sein, der Abonnent achtet auf Schnelligkeit, Vollständigkeit und Objektivität der Information. Die allgemeine Kritik war nicht nur eine bürgerliche Kritik. Schon am 30. Januar hatte ein Leser die Verbissenheit gerügt, die im Text der Zeitung zum Ausdruck komme; es fehle jeder Ansatz zur guten Unterhaltung, die früher den «Freien Aargauer» ausgezeichnet und wertvoll gemacht habe.

Jürg Meier sah das ganz anders: «Scheitert die Linkspresse am Blick, sowie die Linke am Faschismus gescheitert ist?» Mit Zitaten aus Wilh. Reich und Paolo Freire konstruierte er die These, dass die Linkspresse das erotisch-emotionale Element vernachlässige, der «Blick» aber Scheinemotionalität verkaufe – und dies offenbar mit Erfolg. Daraus ergäbe sich der Schluss, dass die Links-Presse nicht durch Anbiederung an das Bürgertum oder den «Blick» (= Faschismus) gerettet werden kann.<sup>215</sup> So wurde es auch von der Redaktion gesehen und gleichzeitig der Leserschaft suggeriert: «Unser einziges Kapital sind Sie» und täglich der Barometerstand der Spenden verkündet. Am 28. Juni stand der Zeiger auf fast 80 000 Franken, 150 000 wurden benötigt. Schliesslich vermochte sich das Zeitungsunternehmen noch durch das Jahr 1986 zu schleppen. Totgesagte leben länger: die ausserordentliche GV der Pressunion in Lenzburg vom 2. Juli beschloss mit 46 zu 16 Stimmen, von einer Liquidation abzusehen. Damals arbeiteten Josef Beck und Tommy Dätwyler für den Aargauer Teil. Beck war 1985 in den Grossen Rat gewählt worden und das Blatt besass wieder den direkten Draht zur offiziellen Politik. «Jetzt erst recht: – ein Abo!» «Das kann doch nicht wahr sein: Ein Kanton, der liberal sein will ohne tägliche kritische Berichterstattung.» Am 25./26. Juli wurde für den «Freien Aargauer» ein neues Mitglied für die Redaktion gesucht, für ein «Teilpensum in selbstver-

<sup>214</sup> FA, 30. April 1985.

<sup>215</sup> FA, 28./29. Juni 1985.

waltetem Betrieb». Zum Bundesfeiertag führte Jürg Meier vor, was er unter echter Unterhaltung mit «erotisch-emotionalen Elementen» verstand. Eine Festrede im Stile eines NA-Politikers, sowohl in der Aussage, wie in der Ausdrucksweise. Eine Farce! Der linksorientierte Patriot zeigte sicher wenig Verständnis für diese Form von «Wort zum Tage».<sup>216</sup> Aber damals reagierte längst niemand mehr. Die Abonnentenwerbung wurde immer eifriger betrieben. Im Oktober durfte stolz ein Realzuwachs von 162 Abonnenten gemeldet werden. Die Kasino-Knospen von SP-Sekretär Valentin Trentin brachten 1986 alleweil etwas Lokalkolorit in die eintönige Thematik des Blattes, das nun vor allem Grünen, Alternativen und Bürgerinitiativen zudiente und politisch-thematisch gleichsam unter dem Motto stand: «Wacht auf Verstrahlte dieser Erde!»<sup>217</sup> Jürg Frischknecht, der damals laufend über «Kinder der Landstrasse» und «Zürcher Spitzelaffäre» in der WOZ (Wochen-Zeitung) berichtete, hatte auch Gastrecht in der hiesigen Links-Tagespresse. Eine neuerliche Gross-Werbeaktion sollte im Aargau und in Zürich je 500 neue Leser einbringen; das «Volksrecht» brachte 311, der «Freie Aargauer» gar nur 91 zustande.<sup>218</sup>

Am 30. März 1987 wurde gemeldet, dass die Berner «Tagwacht» in akute Finanznot geraten sei. Der siamesische Zwilling «Freier Aargauer/Volksrecht» hätte den Vertrag kündigen müssen, so dass nun die jährlich bezahlten 70 000 Franken in der Kasse fehlten. Die Berner Partei zahlte ausnahmsweise den Fehlbetrag von 200 000 Franken, um ihr Blatt über die Runden zu bringen.<sup>219</sup>

Am 1. April verabschiedete sich Josef Beck, Chefredaktor und Grossrat von seinen Lesern. Am 15. April wurde die Betriebseinstellung von beiden Zeitungen auf Ende Monat angekündigt. Jede der beiden Blätter hatte vier Redaktoren in Teilzeit beschäftigt, dazu neun Setzerinnen und Setzer. Der eilige Versuch des «Volksrechtes», sich ans Ostschweizer Modell anzuhängen und sich des BT-Mantels zu bedienen, endete mit einem Eklat: Verleger Wanner kündigte gleich für alle Blätter den Vertrag, so dass sie sich einen neuen Partner suchen mussten. Am 30. April verkündete die Rubrik «Heute» resigniert: «Das wär's dann also gewesen. Der Freie Aargauer hat das Zeitliche gesegnet. Nach mehr als 80 Jahren, in denen er ein Gegengewicht darstellte zur bürgerlichen Berichterstattung im Aargau, ein Gegengewicht, das überall und gerade in diesem einseitig wirtschaftsfreundlichen Kanton wichtig war.» «Elisabeth Hausmann, Jürg Fischer, Tommy Dätwyler». Dem Abonnenten wurde von nun an als Ersatz die «Solothurner AZ» ins Haus geliefert und gleichzeitig versprochen, dass man nach einer gemeinsamen Lösung Ausschau halte. Davon ward nie wieder etwas gehört.

<sup>216</sup> FA, 1./2. August 1986.

<sup>217</sup> FA, 10. Juli 1986 (Trentin).

<sup>218</sup> FA, 6. April 1987.

<sup>219</sup> 1. April 1987.

# Das katholisch-konservative Leitorgan

## Das «Aargauer Volksblatt»

### Das «Aargauer Volksblatt»: eine katholisch-konservative Zeitung unter anderen?

«Die katholisch-konservative Presse im Kanton Aargau hat sich seit den Tagen des Kulturkampfes, insbesondere seit den letzten 50 Jahren, stark entwickelt. Heute ist kein katholischer Bezirk mehr ohne eine oder sogar mehrere katholische Zeitungen. Die Gesamtauflage der aargauischen katholisch-konservativen Presse beträgt heute rund 30 000 Abonnenten, wobei allerdings zu beachten ist, dass die nämliche Person oft zwei, ja sogar drei katholische aargauische Zeitungen abonniert hat.»<sup>220</sup>

Der Redaktor des «Aargauer Volksblattes» gab also 1953 zu, dass seine katholische Tageszeitung zwar vielerorts im Aargau gehalten wurde, doch begnügten sich meist die Parteifreunde mit dem lokalen Blatt. Angesichts der 30 000 Abonnenten im Total, hatte das Zentralblatt aus Baden seine Zielsetzung nicht erfüllt. Der Untertitel «Allgemeines Tagblatt für den Kanton Aargau», der seit 1911 den Zeitungskopf zierte, begründete einen Anspruch, der weder ein halbes Jahrhundert später und noch weniger beim 75-Jahr-Jubiläum 1986 als erfüllt gelten konnte. Das «Aargauer Volksblatt» blieb, trotz täglichem Service, im Kanton ein katholisch-konservatives Parteiblatt unter anderen.

Das Ende dieser Tageszeitung im Oktober 1992 veranlasste den Historiker Andreas Steigmeier, in den Badener Neujahrsblättern 1994 eine Monographie über das AV zu verfassen.<sup>221</sup> Er hat der Versuchung widerstanden, dem verblichenen Presseprodukt eine Hagiographie zu widmen. Sachlich und kritisch werden die verschiedenen Phasen, Aufstieg und Niedergang, dieses Organes dargestellt. Besonders eindrücklich ist die Einbettung in den katholischen Kosmos, über die ganze Lebenszeit des Volksblattes hinweg. Damit ist der Selbstdarstellung Genüge getan. Wir werden öfters wieder auf diese Arbeit verweisen, ohne sie dabei zusammenfassend wiederzugeben. Uns verbleibt, das AV im Kontext, das heisst im Widerspruch und Gleichschritt mit anderen Presseorganen, vorab anderer politischer Provenienz, zu verfolgen. Die Betreuung der Leserschaft, die Pflege des Selbstverständnisses, ideell und materiell, erwachsen ja nicht nur journalistischen Predigten und literarischen Spiegelungen, sondern noch wirksamer aus den Zeitungskämpfen.

<sup>220</sup> Bärlocher: Die Katholische Presse im Aargau, in: Erbe und Auftrag, S. 218.

<sup>221</sup> Andreas Steigmeier: Ein Kreuz an der Wand oder das Ewigkatholische in der Geschichte des «Aargauer Volksblatts», in: Badener Neujahrsblätter 1994, S. 22–41.

Dem «Katholischen Pressverein», der die katholisch-konservative Tageszeitung als Nachfolgeorgan<sup>222</sup> des «Badener Volksblattes» 1911 den liberalen Organen am Orte entgegenstellte, war mit Redaktor Johann Baptist Rusch ein glänzender Start gelungen. Ob ohne seine träge und scharfe Sprache und der bildhaften Ausdrucksweise der Aufstieg dieses Lokalorgans zum möglichen Leitblatt der Partei gelungen wäre, darf bezweifelt werden. Noch Jahrzehnte nach seinem unschönen Abgang 1917 gedachte man vielerorts seiner mit höchster Achtung, und in vielen aargauischen Haushalten zeugten die «Republikanischen Blätter» auf dem Familientisch, dass man auf dessen weitsichtige Kommentare nicht verzichten wollte. Mit dem Leitartikel «An Euch, verlassenen Frauen und Kinder!» setzte er nach Ausbruch des Krieges 1914 ein deutliches Zeichen für die strikte Einhaltung der Neutralität mit Hilfe der schweizerischen Armee. «Ja wirklich, wir haben Ursache, unsere Wehrmacht hoch zu achten.» Wilhelm II. habe bei den Kaisermanövern mit Recht kommentiert: «Ihre Armee ersetzt mir sechs Armeekorps.» Dasselbe Potential aber bewacht die Grenzen auf alle Seiten.

Doch zwei Tage später folgte, wieder an der Spitze des Blattes, «Papst Pius X. und der Weltkrieg», worin der Oberhirte als ein «Verächter des Krieges» erscheint und die nationalistischen Töne abgedämpft wurden. «Der Papst will nicht, dass die Katholiken um den Sieg ihrer nationalen Waffen beten, er will, dass sie um nichts anderes als um die Gnade raschen Friedensschlusses flehen.»<sup>223</sup> Und bald schon lügt die unverkennbare, eigenwillige Meinung der Redaktion durch die Zeilen. «Uns verbietet ein ehrlicher, eidgenössischer Patriotismus, der in jedem Tessiner, in jedem Genfer den Mitbürger liebt und achtet, die breite Strasse dieser Popularität zu betreten.» Das war eindeutig an die Adresse jener gerichtet, die dem Hurra-Patriotismus deutscher Nationalisten nacheiferten. Ein Schweizer könne niemals Nationalist sein, denn Nationalismus bedeute den Tod des eidgenössischen Staatsgedankens. Der Vielvölkerstaat, wie dies die Donaumonarchie darstelle, sei uns eher verwandt; daher dürfe – seiner Meinung nach – Österreich-Ungarn nie aufgeteilt werden. Damit lässt sich Rusch vor keinen Karren spannen: er jubelt weder den Mittelmächten noch der Entente zu. Ihn ängstigt mehr als alles andere der politische Graben, der Deutschschweiz und Welschland entzweit. Die Franzosenfeindlichkeit der «Botschaft»<sup>224</sup> giesse nur Öl ins Feuer. Dennoch zollte der Pressverein dieser Haltung mehr Sympathie als Ruschs drittem Weg. Und da Toleranz nicht gefragt war, liess man den Eigensinnigen fallen.

«Der Auszug aus der Redaktionsstube», Leitartikel des Verärgerten vom 30. November 1917, vermag einiges über das Verhältnis der Redaktion zum Auftraggeber, dem Pressverein, zu erhellen. Die offizielle Ablösung beim

<sup>222</sup> Es galt als Nachfolger, obwohl das BV noch Jahre nebenher geführt wurde.

<sup>223</sup> AV, 6. und 8. August 1914.

<sup>224</sup> AV, 9. November 1917.

AV hatte bereits stattgefunden. «Vorderhand werden wir noch auf dem hinteren Kutschenbrett ein Stücklein mitfahren müssen.» Das Testament von Ruschs Mutter, «schreib fürs Volk und nicht für die Herren, ehre die Wahrheit und fürchte nichts», war nicht nach jedermanns Gefallen. «Wir wollten es als Volksblatt schreiben und nicht als Weihrauchkessel vor gnädigen Herren und Oberen schwingen. «Das hat uns die Altweibertasse menschlicher Gunst zerschlagen und so wurden wir in der Volkspartei ein gehasstes und gemiedenes Gespenst.» «Wir sind ultramontan, nicht aus politischer Berechnung – den politischen Ultramontanismus, diese konservative Advokatenreligion, lehnen wir ab – sondern aus religiöser Überzeugung von der Wahrheit und Echtheit des Primates.» «Wir sind ultramontaner Katholik nicht an grossartigen politischen Festversammlungen und in der Wahlagitation, sondern immer und jedermann gegenüber. Aber wir wollen mit der Religion als unserem heiligsten Gut keine politischen Geschäfte machen. Der Rennomier- und Demonstrationskatholizismus ist Politik, aber kein Christentum.» In dieser Abrechnung mit seinen Gegnern blitzen Kontroversen mit Dr. Wyrsh auf, aber auch mit den leitenden Pfarrherren, den «gewissen Klerikern», die behaupteten, «er sei Freimaurer, Sozialdemokrat, Apostat, Ketzer». Für den Journalisten von solchem Zuschnitt gab es nur einen beruflichen Ausweg: die Selbständigkeit.

Am 7. November 1917 kommentierte dieser den Vollmachtenbeschluss des Bundesrates, alle Zeitungs-Neugründungen wegen Papiermangels zu verbieten. Handelte es sich dabei gar um eine Lex Anti-Rusch? «Wir haben, nachdem wir aus Gründen der Gesinnung und des Charakters zur Demission als Redaktor des Aargauer Volksblatt schreiten mussten, mit einer grossen Zahl von Freunden des deutschen und welschen Landesteils ein neues Pressunternehmen in die Wege geleitet», und zwar vor dem Beschluss. Muss dieser Plan verhindert werden? «Wir vermögen nicht zu glauben, dass die Mehrheit des Bundesrates gegen einen jungen Publizisten eine derartige Strafaktion unternehmen möchte. Wir könnten tatsächlich nicht einsehen, mit was wir diese Auszeichnung verdient hätten.» Eine Kürzung, zum Beispiel beim «Tages-Anzeiger», brächte viel mehr als das Verbot eines dünnen Wochenblattes.<sup>225</sup>

Am 5. Dezember 1917, kurz vor seinem Weggang, bekräftigte Rusch noch einmal sein Credo, und er nahm vorweg, was seither die kritische Geschichtsforschung bestätigen durfte: «Vor der Katastrophe von 1914 hat niemand den Krieg gewollt als die kaiserlich deutsche Kriegspartei. Niemand war für den Krieg gerüstet. Deutschland und Österreich allein.» Die Entente wollte ihren Frieden, richtig, aber kein vernichtetes Deutschland. Aber sie wollte ein Deutschland, «das nicht mehr bedeutet als eine andere Nation auch». Sicher hat Rusch mit dieser Haltung nicht nur einigen Pfarr-

---

<sup>225</sup> Gemeint sind die «Schweizerischen Republikanischen Blätter».

herren des Pressvereins missfallen, wie Steigmeier meint. Es durften auch Reklamationen und Abbestellungen erfolgt sein. Andererseits wurde das Volksblatt von allen Konkurrenten von Anfang an ernstgenommen; Ruschs scharfe Analysen und seine Fähigkeit, hinter die Machenschaften und Gedankengänge anderer zu leuchten, machten ihn zum gefürchteten Streiter: das «Aargauer Volksblatt» wurde nicht geliebt, sondern geachtet – vielleicht mehr als die Partei oder der Pressverein, die dahinter standen. Man kannte ihn nicht persönlich, den Federfuchser, sondern nur sein geschriebenes Wort. Die erste persönliche Begegnung mit Gottfried Keller («Aargauer Nachrichten») auf der Preettribüne des Grossratssaales kann dies augenfällig demonstrieren.

Was aus einem Volksblatt unter Ruschs lebenslanger Führung geworden wäre, selbst als Parteiblatt, ist schwer abzuschätzen. Seit dem Zweiten Weltkrieg «vollzog sich, stark vereinfacht, der Übergang von einer geschlossenen und straff der Sonntagspflicht verschriebenen Glaubensgesellschaft zum individuellen Gelegenheitschristentum. Das AV hat vergeblich versucht, sich diesem Wandel zu entziehen.»<sup>226</sup> Dem Wandel auszuweichen, war sicher dem Unternehmen als Träger der guten Presse nicht förderlich. «Eine Ablösung von Partei und Kirche hätte mehr Erfolg versprochen, wenn sie schon in den sechziger oder siebziger Jahren erfolgt wäre.» Doch: «Eine Marktberreinigung hätte sich so oder so aufgedrängt.»<sup>227</sup> Diese Überlegungen basieren auf der Tatsache, dass das AV praktisch das Lebenswerk Bärlochers war. Die Alternative ist aber schon im Dezember 1917 abgewürgt worden. Sie beruhte nicht auf populärer Anbietung, Anpassung oder Forums-Aktivitäten, sondern auf eigenständiger, kritischer, fantasievoller Politik auf christlicher Grundlage. Ob dafür – vor und nach dem Zweiten Weltkrieg – nicht ein Markt vorhanden gewesen wäre, ob eine solche Zeitung sogar die kantonalen Grenzen gesprengt hätte, wie Rusch mit seinem eigenen Organ nachher zu beweisen vermochte, und ob sich in jüngster Zeit die Chancen für eine solche Tageszeitung sukzessive abgebaut hätten, steht auf einem andern Blatt. Sicher: «Im Grunde genommen ist es müssig zu fragen, ob es auch anders hätte kommen können.»<sup>228</sup> Aber, wenn sich solche Überlegungen dennoch aufdrängen, dann müsste man früher ansetzen: 1917 ist wohl die wichtigste Entscheidung gefallen. Bärlocher oder Rusch, das ist hier die Frage!

Schliesslich war mit der einzigen katholischen Tageszeitung im Aargau nicht die Region Baden zu bedienen, wo schon zwei täglich erscheinende Blätter um Abonnenten rangen. Das AV war dazu ausersehen, eine Klammerfunktion auszuüben, und zwar von Murgental bis Kaiserstuhl und von Dietwil bis Kaiseraugst. Ein kantonales Parteiblatt hätte mehr auf die zer-

<sup>226</sup> Steigmeier, S. 22.

<sup>227</sup> Steigmeier, S. 40.

<sup>228</sup> Steigmeier, S. 39.



*August Bärlocher, 1917 bis 1962 Stimme des katholisch-konservativen Aargaus (Fotoarchiv Scherer).*

streuten Schäfchen in der Diaspora zu achten, als auf die vollständige Abdeckung der Pfarrei Wohlenschwil-Mägenwil. Die Idee des Milieublattes war dannzumal schon falsch, als die Abonnentenzahl noch ihrem Höhepunkt zustrebte (1970: 13 500).

Der Nachfolger Ruschs, Dr. August Bärlocher, brauchte nicht eine Schafsgeduld, wie ihm sein wildgewordener Vorgänger prophezeite; er entsprach ganz dem Zuschnitt des Pressvereins und konnte sich in seiner Stellung ein halbes Jahrhundert selbst verwirklichen. Er war auch nicht zu bedauern, wie sein politischer Widerpart in Baden, Otto Wanner, meinte, weil er alleweil nur Nekrologe zu verfassen hatte.<sup>229</sup> Bärlocher war ein begnadeter Lobredner und musste dazu wohl nicht gedrängt werden. Bischöfe, Äbte, Domherren, Dekane, verdiente Ordensleute und Weltgeistliche standen im Zentrum; berühmte Polit- und Parteigrößen der eigenen Sorte kamen ihnen nur nahe, nicht aber gleich. Wir könnten von einer eigentlichen Jubiläums- und Nekrolog-Kultur sprechen. Der Historiker von heute weiss sich zu Dank verpflichtet, auch wenn er gelegentlich einiges ausbügeln und ergänzen muss.

Der Redaktor des Volksblattes brachte mit der Hagiographie nichts Neues in den Aargau. So wie auf liberaler Seite mit Augustin-Keller-Feiern

<sup>229</sup> Otto Wanner, Interview 1996

und unermüdlichem Lobreden in der Presse der Sockel des Denkmals dauernd erhöht und verziert wurde, so schnitzten die katholischen Zeitungen als Antwort darauf an der mächtigen Statue des Johann Nepomuk Schleuniger. Nur wer in der Politik im ähnlichen Geiste Gutes vollbrachte, wurde hüben und drüben mit jenen verglichen, die als aargauische Lichtgestalten voran leuchteten. Nach dem Tode von Nationalrat Alfred Wyrsh wurde nicht nur fast eine ganze Frontseite seinem Nekrolog reserviert,<sup>230</sup> sondern, nach der Beerdigung, praktisch eine ganze Sondernummer seinem Lebenswerk gewidmet.<sup>231</sup>

Die katholische Wertordnung, das Heimischsein im Kreise der Gleichgesinnten, wurde durch solche Rückblenden und Lebensläufen ungemein gefördert. Jeder engagierte Leser vermochte sich neben, über, vor allem aber unter den Belobigten einzuordnen. Alle gehörten zur selben patriarchalisch strukturierten Familie. Und historische Rückblicke, wie im Leitartikel «Vor 50 Jahren», in dem der Kulturkampf und vor allem das Schicksal von Bischof Lachat in parteilicher Einseitigkeit aufgewärmt wurde, vermittelte die Impulse, die gegenwärtigen Anfechtungen ebenso standhaft abzuwehren. «Es muss eine Ehrensache des katholischen Aargaus sein, ein schönes, reichhaltiges katholisches Tagblatt zu halten.» «Die Presse ist die grosse Kanzel der Gegenwart, von der Segen oder Fluch ausgeht.» Das «einigende Band», der «geistige Mittelpunkt», «das kann nur die Presse sein».<sup>232</sup> Oder weihnachtlich eingefärbt: «Krippe und Presse: Die herodianische Politik» ist der Feind der Wahrheit. «Die gute Presse ist die Krippe des Geisteslebens des 20. Jahrhunderts.» «Die Wahrheit, Gerechtigkeit und Liebe ist das Gotteskind, das in dieser Krippe ruht.»<sup>233</sup> Das Volksblatt kannte seinen Feind aus der Kulturkampfzeit: der aufklärerische, materialistische Geist, verkörpert im Liberalismus und seinem Abkömmling, dem Marxismus. Gefährlicher aber waren die wirtschaftspolitischen Sonderzügelein, die nach dem Ersten Weltkrieg gefahren wurden. Sollten diese ständischen Gruppierungen gar zu Parteien gerinnen, dann war der Journalist des Volksblattes gezwungen, deren ideellen Hintergrund so anzuleuchten, dass die areligiöse Struktur erkennbar wurde. In andern Fällen musste einprägsam dargelegt und bewiesen werden, dass die katholisch-konservative Volkspartei und das Volksblatt dieses Segment längst abzudecken vermochte, folglich die neu-modischen Angebote völlig überflüssig waren.

Gefährlich war da die Entwicklung des Bauernverbandes; denn Bärlocher wusste, wer ausserhalb der Badener Region seinem Lager angehörte: die Bauern. Er adressierte eine Warnung an Brugg: Das erste Gebot des Bauernverbandes müsse die Innehaltung der parteipolitischen Neutralität

<sup>230</sup> AV, 9. Juli 1924.

<sup>231</sup> AV, 14. Juli 1924 (6 Seiten).

<sup>232</sup> AV, 31. Dezember 1919.

<sup>233</sup> AV, 24. Dezember 1920.

sein. Bitte, begehrt Euch nicht auf's politische Glatteis! Im Aargau wurden die bäuerlichen Interessen durch die Volkspartei abgedeckt. Der katholische Bauer fühle kein Bedürfnis, sich einer separaten Bauernpartei anzuschliessen.<sup>234</sup> Das Liebäugeln mit einer Standespartei konnte vom katholischen Leitblatt nicht ganz verhindert werden. Predigten der Redaktion wie «Bauer, verzage nicht!» mit Verweisen auf das Schicksal von Hiob, dem Bauern der Bibel, vermochten einiges, aber nicht alles.<sup>235</sup> Als dann sogar eine gewerbliche «Freisinnige Bürgerpartei» sich von der Mutterpartei abzuspalten drohte, war dies für das Volksblatt kein Anlass zur Genugtuung «Wir haben keinen Grund zur Freude», auch wenn es sich um eine Angelegenheit «des um seine Existenz ringenden Freisinns» handelt. Der Einheitsblock ist einfacher zu bekämpfen, als diverse Wirtschaftsparteien, die Solidarität und Sicherheit versprechen und angeblich das Weltanschauliche beiseiteschieben. Immer wieder lauerte das Volksblatt auf Bekenntnisse der neuen Bauernpartei-Sektionen, dass sie dem Freisinn verpflichtet seien, und flugs, stand eine Mitgliedschaft des wahrhaft katholischen Bauersmannes am Pranger. Dass der Kauf der «Freien Presse» in Baden nur zum Zwecke erfolgt sei, durch die Hintertür der Bauernpartei neue Mitglieder aus Gewerbekreisen zuzuführen, kommentierte Bärlocher wie folgt: «Der konservative Bürger tut gut, sich diese neuesten Meldungen aus der Abt'schen und freisinnigen Politik wohl hinter die Ohren zu schreiben.»<sup>236</sup>

Die klarste Abgrenzung schien anfangs Richtung links gegeben. Unwahr sei, wenn der «Freie Aargauer» erkläre, dass er gerne soziale Aktionen und Taten der Bürgerlichen notiere. «Unsere Presse und Partei wird nur genannt, um sie in den Kot zu ziehen.» «Das war unter Redaktor Suter so und ist unter dem redigierenden protestantischen Pfarrer (Sigmund Büchi) zum mindesten nicht besser geworden.»<sup>237</sup> Die direkte Erfahrung mit dem Typographenstreik erneuerte die gedankliche Rückkoppelung an den Generalstreik und an die Ereignisse von 1917 in St. Petersburg. «Die Tempel sind verlassen und ausgebrannt, Gott ist entthront im Gotteshaus, im Staate, im Herzen. Darum mussten Kaiser und Könige vom Throne steigen, weil Gott im öffentlichen wie im privaten Leben abgesetzt wurde. Die Anarchie im Herzen ruft stets die Anarchie im Staate.»<sup>238</sup> Dieser Gedanke begleitete die Leser nach dem Weltkrieg über Jahre hinweg bis zur Konkretisierung im Rückblick zu 1923 unter «Kulturelles und Soziales», einer Abrechnung mit dem «Neuen Freien Aargauer». Dem Eigentum der modernen Feudalherren solle es ergehen, wie dem Adel und der Kirche bei der Französischen Revolution und den klösterlichen Grundbesitzern im

---

<sup>234</sup> AV, 31. Dezember 1920.

<sup>235</sup> AV, 1. Juni 1919.

<sup>236</sup> AV, 3. Januar 1923.

<sup>237</sup> AV, 8. Januar 1919.

<sup>238</sup> AV, 31. Dezember 1918.

Aargau 1840, rekapitulierte das AV aus der sozialistischen Presse. «Das ist ein Aufruf zu Diebstahl und Raub!» Hatte die Kirche etwa diese Güter zu Unrecht erworben? Die «sozialistischen Ausbeuter» vergessen offenbar, dass die Kirche als Grundherrin die Mutter der Armen und Schwachen war (unterm Krummstab ist gut leben) und schon im Mittelalter soziale Verantwortung wahrgenommen hatte.<sup>239</sup> Soziale Politik und die Forderung nach entsprechenden Staatsinterventionen, basierend auf der Enzyklika «Rerum novarum» von Papst Leo XIII., gehörte seit 1891 zum Programm der katholischen Arbeitervereine. Wenn der Marxismus als Wiederkunft des Urchristentums etikettiert wird, so kann dieses verweltlichte Postulat des sozialen Ausgleichs mühelos als Verdrehung christlicher Nächstenliebe entlarvt werden. Gefährlicher für das Volksblatt wird es, wenn katholische Arbeitervereine im Aargau finden, mit dem Halten der christlichsozialen «Hochwacht» sei dem Anliegen der guten Presse, im Hause Genüge getan. Dies sei keine Alternative, meinte Redaktor Bärlocher. Das Volksblatt treibe selber christlichsoziale Politik, aber für den Aargau. Die «Hochwacht» aus Winterthur vermöge diese Zeitung nicht zu ersetzen. Wer sich beide Organe halten könne, der solle dies tun; im andern Falle sei das AV in der katholischen Arbeiterfamilie unverzichtbar.<sup>240</sup> Und hier erkennen wir, dass für die Redaktion dieser Zeitung das Hochhalten des katholischen Milieus notwendig, ja zwingend war: dem Bauersmann gerecht zu werden, dem gewerblichen Mittelstand zuzudienen und gleichzeitig Arbeiterpolitik zu betreiben, war ein Unterfangen, das nur dank dauernder Repetition der kirchlich-dogmatischen Grundlagen möglich war. Oder anders: Nur der gemeinsame Himmel vereinigte die im Welttheater so unterschiedlich Hoffenden zur selben Politik. «Gibt es nicht zu denken, dass der Freie Aargauer, das Organ der Sozialisten, 6500 Abonnenten aufweist und der Freisinn des Kantons Aargau nicht weniger als fünf Tageszeitungen herausgibt – während die katholische Presse bedeutend magerer dasteht.»<sup>241</sup> Alban Stolz habe schon vor 50 Jahren gesagt: «Auf dem Papier kämpfen heute Himmel und Hölle miteinander.»

Eigenartigerweise entfielen 1925–1929 die ausländischen Nachrichten fast ganz, während unentwegt für das katholische Informationsmonopol gekämpft wurde. Der anspruchsvolle Leser war ja gezwungen, eine weitere Tageszeitung zu halten. Erst ab 1929 bequeme sich die Redaktion, täglich «Das Neueste» zusammenzufassen und damit wenigstens ein bisschen fremde Welt einfließen zu lassen. Offenbar glaubte man längere Zeit, dass die Innenpolitik genüge, um den wahren Geist zu stählen. Es herrschte offenbar die Meinung vor, dass der Kulturkampf nur in eine andere – gefährlichere – Phase eingetreten sei, befürchtete ja selbst das «Zofinger

<sup>239</sup> AV, 29. Dezember 1923.

<sup>240</sup> AV, 31. Dezember 1920.

<sup>241</sup> AV, 30. Dezember 1925.

Tagblatt», dass die «freisinnige Areligiosität von der katholisch-konservativen Religiosität und der sozialdemokratischen Antireligiosität zerdrückt und zerpulvert wird».<sup>242</sup> Weil sich das Zofinger Organ fast doktrinär an freigeistige Normen hielt und selbst für das aargauische Schulwesen die «Persönlichkeit, die aus eigener Kraft ihrer selbst Herr geworden ist und deshalb zum wahren innern Freisinn gelangt» als Bildungsziel festsetzte,<sup>243</sup> konnte es von Bärlocher als Feindbild in wiederkehrenden Zitaten gepflegt werden. Anders die Blätter, die Neutralität hielten. Vor ihnen musste unentwegt gewarnt werden, auf dass sich der katholische Leser nicht Illusionen machte und ihm falsche Sicherheit vermittelt wurde. Der «Freie Aargauer» hingegen bot alleweil Gelegenheit, als das schlechthin Böse angeprangert zu werden, weil er selber mit Vorliebe sich an katholischen Themen gütlich tat und Hohn und Spott dann nach Widerlegung riefen.<sup>244</sup>

Der Ausbau des Volksblattes um 1930 versuchte vor allem, den beiden auseinanderdriftenden Ständen in der Partei, Bauern- und Arbeiterschaft, gerecht zu werden. Schon 1927 wurde ja über ein «Katholisches Bauernblatt» gemutmasst, und in einem Leitartikel im AV die Gefahr der Zersplitterung heraufbeschworen. 1930 finden wir dann als Ausweg fast jede Woche eine «Landwirtschaftliche» und eine «Christlich-soziale Beilage».

Seit über zehn Jahren trieb der Nationalsozialismus in Deutschland Politik. Dessen Programm von 1920 beschönigte oder verschleierte nichts; die Aktionspunkte nahmen vorweg, was in Hitlers Buch «Mein Kampf» seit 1925 in aller Ausführlichkeit gedruckt vorlag, obwohl er sich inzwischen aus taktischen Gründen von einigen Forderungen von 1920 distanziert hatte. In diesen Jahren nahm das AV nur ganz selten Notiz von dieser verschrobenen Ideologie, die im nördlichen Nachbarland Partei geworden war und Einzug in den Reichstag hielt. Bis 1929 ignorierte das katholisch-konservative Parteiblatt ja weitgehend die Ereignisse im nahen Ausland; eine Ausnahme machte höchstens der Faschismus, weil Mussolini das Konkordat mit der Kirche schloss.

Kabinettskrisen in der Weimarer Republik interessierten höchstens insofern, als das katholische Zentrum als Koalitionspartner von Links- oder Rechtsparteien mitspielte oder gar ein Katholik zum Reichskanzler wurde. So stand 1933 für den Nur-Leser des Volksblattes Adolf Hitler fast unvermittelt im Rampenlicht. Am 1. Februar 1933 wurde «Der neue Reichskanzler» vorgestellt, wobei ein völlig geschönter Lebenslauf Hitlers kommentarlos Aufnahme fand. Die Stellung der Nichtnationalsozialisten im neuen Kabinett erhielt mehr Aufmerksamkeit und Gewicht als der Umstand, dass eigentlich der personifizierte Antichrist als Kanzler die Koalition anführte.

<sup>242</sup> AV, 20. Dezember 1927.

<sup>243</sup> AV, 18. Dezember 1924.

<sup>244</sup> Z. B. Thema «Konnersreuth», AV, 20. Dezember 1928 oder «Strandbad» beim Kloster Engelberg, zitiert in AV, 13. September 1929.

Die Auflösung des Reichstages am 2. Februar 1933 veranlasste die Redaktion am Schlusse des Artikels wenigstens zum Hinweis, dass Hitler trotz seines Eides nicht demokratisch-verfassungsmässig zu regieren gedenke. Eine Woche später wurde das Volksblatt deutlicher. Der Nationalsozialismus stünde bezüglich Gesinnungsterror den Bolschewiken nichts nach. Die Tragödie des deutschen Volkes wurde beklagt. Ein Monat später lautete der resignierte Kommentar: «Das Zentrum nimmt nach den Reichstagswahlen die einzig vernünftige Stellung ein: Hitler soll nun zeigen, was er kann, wir legen ihm keine Steine in den Weg, im Gegenteil, wir treiben ihn ebenfalls zum Bessern.» Ob eine Besserung tatsächlich möglich ist, ist natürlich eine andere Frage.» Ein Rückblick am Jahresende listete dann empört alles auf, was von Hitler verbreitet und verfügt worden war und jedem Christen am System als ungeheuerlich erschien. Ein spätes Erwachen: nichts davon dürfte eigentlich Überraschung sein.

Was nun im Reich verkündet werde, sei keine Weihnachtsbotschaft. «Die letzten Kulturberichte riechen zu scharf nach Blut und Rasse und so herzlich wenig nach weihnächtlicher Liebe und göttlichem Erbarmen.» «Wenn der gleiche deutsche Führer meint, nur die Arier sind wahre Kulturträger, so ist das nicht bloss nicht wahr, sondern nicht einmal menschlich, geschweige denn christlich.» «Nicht besonders weihnächtlich mutet auch die Botschaft an, 400 000 minderwertige Deutsche müssen im Laufe des Januar 1934 entfruchtet werden.» «Was sich da Deutschland leistet, ist entsetzlich oberflächlich und himmelschreiend ungerecht. Nun sollen die armen Opfer der Sünden der Starken büssen.» Und dann erging sich der Redaktor in Erläuterungen zum Schlussgedanken und führte die Schädigungen und den Schwachsinn auf die Sündhaftigkeit der Erzeuger zurück. Eine fast ebenso monströse Theorie wie die Rassenlehre selbst!

## **Bärlochers Panik vor Freimaurern und Juden**

Nach der Stabübergabe von Rusch zu Bärlocher beim Volksblatt zeigte sich sofort der frappante Unterschied: Die Pax Americana verkörperte die Ideenwelt Wilsons und dieser war Freimaurer. Somit wurden die USA zum «Haupthindernis zum Frieden».<sup>245</sup> Was war schon von der Entente an Gutem zu erwarten! «Clemenceau ist Atheist, Lloyd George ist Materialist, Sonnino (italienischer Aussenminister) ist ein jüdischer Freimaurer, der neugewählte Nathan ist Freimaurer-Grossmeister». «Den Namen Gottes suchen wir vergebens in ihren Erlassen.» Wir erkennen «die Mache der Loge, der Freimaurerei». Andererseits der tiefgläubige Czemin, österreichischer Ministerpräsident, Kaiser Karl, der immer von Gottvertrauen

---

<sup>245</sup> AV, 15. Dezember 1917.

spricht»! «Wir können uns der Erkenntnis nicht erwehren: es ruht ein sichtlicher Segen auf den Waffen der Mittelmächte und ein verhängnisvolles Missgeschick auf den Unternehmungen der Entente.»<sup>246</sup> So lautete der ausenpolitische Einstand des neuen Redaktors. Tausende von kleinstädtischen Lesern mussten nun regelrecht umgepolzt werden.

Durch den Generalstreik, ein Jahr später, und die neue Feindschaft zu den Drahtziehern aus Moskau<sup>247</sup> weitete sich der Kreis auf die gottlosen Staatsmänner der Linken aus. Nach dem «verkrachten Streik» galt die Devise: «Nach rechts rücken!», «weg aus der sozialistischen Nachbarschaft!»<sup>248</sup> Und eilends wurde der neue Gegner eingereiht: «Hie Kirche – Hie Loge!» «Die Freimaurerei ist nach maurerischer Darstellung eine Kirche, eine Gegenkirche, der Gegenkatholizismus.»<sup>249</sup> Und der unselige Marxismus ordnet sich hier ein. Im Januar 1920 durfte ein Alois Liechtenstein aus Wien mit einem Aufsatz «Ursprung und Wesen der Freimaurerei» (Das Werkzeug der internationalen Judentums) in drei Fortsetzungen auf der Frontseite des «Aargauer Volksblattes» eine Theorie entwickeln, nach der «inmitten unserer europäischen, auf christlicher und arischer Grundlage aufgebauten Zivilisation eine nicht assimilierbare, uns ewig fremde und gehässig-feindselige» gegenübersteht. Diese Minderheit sei das Judentum.<sup>250</sup> Zwei Wochen später erst distanzierte sich Bärlocher von der proklamierten These, dass die Freimaurerei orientalischen Ursprungs sei; erwiesenermaßen entstammten die Logen den mittelalterlichen Bauhütten. Anderes an dessen Lehre wurde nicht in Frage gestellt. Hatte sich nach diesem zwielichtigen Beitrag Kritik oder Empörung artikuliert und die Redaktion zu dieser Korrektur veranlasst? Das AV adressierte die dürftige Verbesserung nicht.

Im Leitartikel «Warum Österreich zerbrach» kommentierte das Volksblatt den Sturz des Grafen Otto Czernin, Mitglied der katholischen Schwesterpartei des Nachbarlandes. «Ein zersetzendes Gift» verderbe langsam die Chance dieses Staates, weil «der jüdische Geist sich zur Erreichung seiner zersetzenden Ziele dem nationalen Chauvinismus als Vorspann anbot und willig als solcher akzeptiert wurde». «Jude bleibt stets Jude, seine zynische Skrupellosigkeit» wirke überall mit. «Sie haben sich gehäutet.» Die jüdischen «monarchischen Speichellecker» schwärmen nun für republikanische Segnungen, «knochendeutsche Judenblätter beglückwünschen die befreiten Nationen». «Judentum und Revolution sind unzertrennliche Begriffe.» Der eigentliche Sieger im Ersten Weltkrieg: das Judentum. Der freimaurerische Völkerbund einer gottlosen Entente konnte so mit der «Verbannung Gottes aus Russland» und den wütenden Christenverfolgungen

<sup>246</sup> AV, 21. Dezember 1917.

<sup>247</sup> AV, 8. November 1918.

<sup>248</sup> AV, 18. November 1918.

<sup>249</sup> AV, 28. November 1918.

<sup>250</sup> AV, 6./7./8. Januar 1920.

gen der Bolschewilki<sup>251</sup> trotz vorläufigen Differenzen unter einen Hut gebracht werden.

Das Schema funktionierte gar bei kantonalen, ja sogar bei lokalen Angelegenheiten. Auch kleinste Meldungen waren gut genug, hergebrachte Vorurteile zu festigen. Zur Renovation des israelitischen Friedhofes bei Lengnau seien in etwa 14 Tagen 40 000 Franken beisammen gewesen. «Es zeigt dies einerseits wie opferfreudig, andererseits wie kapitalkräftig die Juden sind.»<sup>252</sup> Die Sozialdemokraten würden der katholischen Kirche vorwerfen, dass sie den Zins nicht verbiete, wie dies die heilige Schrift verlange. «Herr Killer: warum kämpfen sie nicht gegen das Judentum?» Der Jude sei der eigentliche Wucherer. Schon 1877 habe ein Fabrikant aus Glarus prophezeit, dass in Bälde an allen Nobel-Kurorten nur noch Juden anzutreffen seien. Warum führen Sie den Kampf nicht an dieser Front? Weil das Evangelium der Sozialisten von einem jüdischen Spross geschrieben wurde!<sup>253</sup>

Und im selben Monat giftelte ein weiterer Leitartikel eines Korrespondenten (h = h) unter dem Titel «Ein freies Wort über die Juden» gegen kritische Einwände der örtlichen «Freien Presse» bezüglich Österreichs politischer Lage. Das Volksblatt kannte die wahren Feinde jedes ordentlichen, sprich christlichen Staates: «Ärgere Blutsauger hat man wohl selten an einem Volkskörper gesehen, als die Juden in Österreich und Ungarn.»<sup>254</sup> Sozialismus und Umsturz hätten hier ihre Wurzeln. Die strenggläubigen Juden in Russland hätten zwar mit Bolschewismus nichts am Hut, daher gerieten auch sie in Bedrängnis. Dies ändere aber nichts an der Tatsache, dass die sozialistischen Köpfe Juden sind oder jüdische Namen trügen. «Auch Lenin ist Jude.» Die neuesten Enthüllungen der «Schildwache» (ein katholisch-konservatives Blatt in Olten) hätten die Beziehungen zwischen Talmudisten und Bolschewiki aufgedeckt. Damit würden die Thesen der bösen Antisemiten noch erhärtet. Diese fürchterlichen Anschuldigungen wurden von Bärlocher mit einer beissenden Nachschrift versehen: «Man hat die Redaktion dieses Blattes in letzter Zeit von israelitischer Seite wegen gewissen angeblich antisemitischen Artikeln von ihr selbst und von Mitarbeitern des «Aargauer Volksblatt» schwer angefeindet, ja man hat das Ansinnen an sie gestellt, betreff der erscheinenden Artikel schön Abbitte zu leisten und betreff der kommenden, heilig zu versprechen, nie mehr etwas gegen die Juden zu schreiben. Wir haben nirgends die Juden von Baden, des Aargaus oder der Schweiz angegriffen, ein unbegründeter Angriff auf die Juden ist nie im Volksblatt gestanden.» Einen Grossteil der Juden in der Schweiz könne man in Schutz nehmen. «Leider müssen wir aber gestehen, dass der grössere Teil der Juden im allgemeinen eine geheime Verwandt-

<sup>251</sup> AV, 30. Dezember 1919.

<sup>252</sup> AV, 30. Dezember 1921.

<sup>253</sup> AV, 3. März 1920.

<sup>254</sup> AV, 29. März 1920.

schaft hat mit der extremen Sozialdemokratie und mit andern antiidealen, antichristlichen und antipatriotischen Strömungen. Wir könnten da mit Material aufwarten.» Doch die Kirche «liebe die Irrenden» und bete am Karfreitag: «Allmächtiger, ewiger Gott, der Du sogar die treulosen Juden von Deiner Erbarmung nicht ausschliessest, erhöere unser Flehen, das wir ob jenes Volkes Verblendung Dir darbringen: auf dass es das Licht Deiner Wahrheit, welche Christus ist, erkenne und seinen Finsternissen entrissen werde.»<sup>255</sup>

Gedanken und Worte waren nach AV frei und konnten dann nicht verletzen, wenn sie der christlichen Lehre entstammten und damit Wahrheit verkündeten. Erst wenn sich die Anprangerung der Juden zum körperlichen Angriff verdichtete, schreckte die Redaktion des Volksblattes zurück. Unter dem Titel «Ein ungemütlicher Herr» zitierte Bärlocher eine Passage aus einem Aufsatz eines Dr. Heinrich Pudor in der Zeitschrift «Hakenkreuz», der die Locarno-Politik kritisierte. Mit Hindenburg, dem Juden-diener, habe «das Slawisch-knechtliche die Oberhand gewonnen», Ludendorff dagegen sei reiner Germane und gegen diese Politik. Man habe «Stresemann nicht gevierteilt», aus Mangel an Zivilcourage. «Es ist viel bequemer, sich selbst umbringen zu lassen, als seine Peiniger umzubringen.»<sup>256</sup> Dass die liberalen Blätter nichts von der «jüdischen Verschwörung» merken wollten, hing nach Bärlocher mit der Verzahnung des Freisinns mit den Logen zusammen. Die «Freimaurerischen Zusammenhänge» würden bis in die Schweiz hinein sichtbar. Die offensichtliche Sympathie der NZZ und ihrer alliierten Blätter für die Austromarxisten und damit gegen die katholische Politik in Wien, sei das Werk der Freimaurer. Man beachte bitte die Namen der Korrespondenten, die gegen die katholische Regierung schreiben: Dr. Zifferblatt, Herr Abeles aus Lokowitz und Laib Seligmann als Berichterstatter aus dem Börsentempel. Der AV-Redaktor war offensichtlich überzeugt davon, dass alles Stänkern und alles verbale Herumzerren der Juden deren Integrität nicht verletze, mit dem körperlichen Angriff oder der effektiven Vertreibung oder Beraubung aber die göttlichen Gebote gebrochen würden. Erst dann musste energisch Halt gerufen werden.

Hitler und seine Trabanten lösten beim AV kaum Wohlwollen aus, weil sie mit «Juden raus» 1933 eine Welle antrieben, die Bärlochers Menschenliebe – nicht zu verwechseln mit den fragwürdigen aufklärerischen Menschenrechten – zuwiderlief. Andererseits beruhten die Sympathien zu Mussolinis Ideologie vor allem darauf, dass er eine Nationalkirche verabscheute und «den Nationalsozialismus mit seiner Religion des Blutes» heim-schickte.<sup>257</sup> Im selben Monat veröffentlichte das Volksblatt den genauen Plan, wie die NSDAP vorzugehen gedachte: «Die Aktion gegen die Juden».

<sup>255</sup> AV, 29. März 1920.

<sup>256</sup> AV, 14. Dezember 1925.

<sup>257</sup> AV, 21. Dezember 1934.

Selbstverständlich wurden solche Machenschaften als unchristlich verurteilt. Zwischen Anprangerung (Judenhetze) und Pogromen bestanden – wollen wir die Haltung des AV-Redaktion zusammenfassend beurteilen – keine Zusammenhänge. Und wir vernehmen mit Staunen, dass dieses Treiben der Partei als «instinktmässig» bezeichnet wurde, obwohl seit Jahren die Rassenlehre ein fester Bestandteil der Ideologie war und schliesslich nach der Machtergreifung als wissenschaftliche Basis von Lehre und Forschung diente.

Am 1. April 1933, nach den Ausschreitungen gegenüber der Juden, versuchte Bärlocher in seiner «Politischen Rundschau» die Gräuelmeldungen, wie sie in England über Deutschland verbreitet wurden, zu relativieren, Tatsache sei, «dass in Deutschland der Kampf gegen die Juden zwar nicht blutig ist, dass er andererseits moralisch und wirtschaftlich bis zum Exzess durchgeführt wird.» Dann aber versucht er zu erklären, Hintergründe auszu-leuchten und breitete damit ungewollt sein eigenes Credo aus. Die Juden würden eben als Fremdkörper im deutschen Volke empfunden. Der «ausgesprochene Erwerbssinn» wurde angelastet und damit auch die «andern moralischen Erwerbsgrundsätze». Es fehlen eben die «christliche Güte», die «christliche Milde und Barmherzigkeit». «In unserem konkreten Falle ist es so, dass die Juden in Deutschland sich die ersten und schönsten Posten erobert haben. Das gilt vom Erwerbsleben, wie von der Literatur, Kunst, Musik überhaupt den akademischen Berufen. Eine viel zu grosse Überengagerung ist hier nicht von der Hand zu weisen.»

«So weit ist alles bis zu einem gewissen Grade erklärlich. Was wir aber verurteilen allda ist das Instinktmässige an diesem Rassenhass. Reichskanzler Hitler hat diesen Hass gegen die Laubhüttler in die Herzen seiner Getreuen eingehämmert. Nun hält es schwer, die Massen auf einmal zurückzupfeifen. Wir glauben zwar, dass auch hier die Suppe nicht so heiss gegessen wird, wie sie Hitler gekocht hat.» «Wir persönlich möchten bei allem Begreiflichen und Erklärlichen hüben und drüben einen etwas anderen Standpunkt einnehmen. Wir Christen müssen diesen Blut- und Rassenhass unbedingt verurteilen. Die Päpste haben das von jeher getan. Wir lehnen aber auch jedes Ausnahmegesetz ab.» Der numerus clausus – wenn nötig – wäre tolerierbar. Doch könnten, nach seiner Meinung, 65 Millionen Deutsche 600 000 Juden ertragen. Dann aber holt Bärlocher aus zum eigentlichen Anliegen. Wo waren die heutigen Protestler, als in Russland und Mexiko kürzlich die Katholiken blutig verfolgt und sogar getötet wurden?! «Wo ward ihr, als die abscheuliche Katholikenverfolgung in Spanien in allerjüngsten Zeit vor sich ging, gegen die die Judenverfolgung in Deutschland ein Kinderspiel ist?»<sup>258</sup>

---

<sup>258</sup> AV, 1. April 1933.

Am 31. Mai 1933 bekannte Oberstdivisionär Sonderegger bei seinem ominösen Auftritt in Brugg, dass die «Front» in der Schweiz für einen «rein defensiven Antisemitismus» einstehe. «Schlimm ist die Judenfrage bei uns nicht. Aber es gibt eine Judenfrage in der Welt. Das ist die schwerste Frage, welche die Menschheit zu lösen hat. Sollen wir diese Leute einfach aufnehmen in unsere Heimat? Die Juden aus dem Osten sind die gefährlichsten, aber was aus Berlin oder Wien kommt, ist nicht viel besser. Es ist unmöglich, zahme und gefährliche Juden zu unterscheiden. Und die scheinbar zahmen ändern sich, wie wir es an Einstein und Ludwig Kohn sehen. Also ein vollständiges Einreiseverbot für Juden her! Ich predige keinen Religions- und keinen Rassenhass. Religion und Rasse sind uns vollständig wurst.» Und er verlangte von den assimilierten Schweizer Juden, dass sie sich «von den andern klar und deutlich distanzieren». In zwei Fortsetzungen wurde die zwielichtige Rede Sondereggers an der Spitze des Blattes ohne Kürzung ausbreitet.<sup>259</sup> Eine bessere Plattform hatte dem Referenten im Aargau nicht geboten werden können. Auf derselben Seite verkündete eine Agenturmeldung «Die Judenfrage vor dem Völkerbund», dass Professor Max Huber und «andere Rechtsgelehrte» ein besonderes «Rechtsguthaben» (wohl Rechtsgutachten gemeint!) über die Minderheitenfrage auszuarbeiten hätten. Der deutsche Vertreter gab dazu eine Erklärung ab, es sei doch sehr fraglich, ob die Juden in Deutschland als eine Minderheit zu betrachten seien, da sich die Juden über die ganze Welt erstreckten.

In der «Christlichsozialen Beilage» äusserte sich daher das Volksblatt noch einmal «Zur Judenfrage». Nach einem geschichtlichen Überblick folgte der Beweis, dass es sich bei den Juden um ein eigenes Volk handle, deren Einzelne sich nur äusserlich in andere Völker einfügten und deren Assimilation illusorisch sei. Darauf reagierte endlich die örtliche Judenschaft empört, Die Verleumdungen des AV-Artikels stammten zum Teil aus dem «Hitler-Arsenal». Selbst die statistischen Angaben seien falsch; so lebten in der Schweiz nicht 73 000, sondern 20 000 Menschen jüdischen Glaubens. Die Redaktion streue mit solchen Theorien eine «Giftsaat» aus. Man versuche heute mit allen Mitteln eine Judenfrage in der Schweiz zu konstruieren.

Es war damals nicht selbstverständlich, dass kritische Leserbriefe oder Reaktionen abgedruckt oder erwähnt wurden: Der Dialog fand zumeist nicht in der Zeitung selber, sondern zwischen den verschiedenen Organen statt. Doch ein Blatt inmitten der bekanntesten jüdischen Gemeinden der Schweiz wollte nicht allzuviel Geschirr zerschlagen und benützte die zugeschickte Kritik zu einer neuerlichen Rechtfertigung. Wenn das AV sich über Judenprobleme äussere, so betreffe dies immer nur die Judenschaft als Ganzes und nicht die Individuen. Selbstverständlich müssten sich die israeliti-

---

<sup>259</sup> AV, 31. Mai 1933.

schen Mitbürger, die sogar zu seinem Bekanntenkreis zählten, nicht betroffen oder angegriffen fühlen. Sie seien bei den Ausführungen im Volksblatt nicht gemeint.<sup>260</sup>

Und nicht weit von den Sonderegger'schen Thesen bewegte sich auch die Bärlocher'sche Flüchtlingspolitik, mehr nationalistisch als christlich, vor allem aber kaum barmherzig, angesichts der angedrohten und bald auch praktizierten Verfolgungen. «Was die Judenfrage angeht, geben wir offen zu, dass es ein grosser Fehler des Bundesrates war, einfach alle Juden aus Deutschland, die sich an der Grenze anmeldeten, aufzunehmen. Eine Bevölkerung der Schweiz mit Juden über ein erträgliches Mass hinaus, müssen wir ablehnen. Das tun auch die bereits assimilierten Juden, von denen viele den Militärdienst gemacht haben und die sich recht einstellen. Diesen legen wir keine Steine in den Weg. Wenn diese dazu noch selbst sich von gewissen Elementen offen und klar distanzieren, glauben wir die Judenfrage für die Schweiz richtig gelöst zu haben. Vergessen wir aber nicht, dass es nicht bloss schlechte Juden, sondern auch schlechte Christen gibt.»<sup>261</sup> Angesichts der Tatsache, dass die aargauischen Juden Jahrhunderte vor der Gründung eines Kantons Aargau in der hiesigen Gegend wohnhaft waren, siebenzig Jahre um die vollen bürgerlichen Rechte und Pflichten in diesem Staate kämpfen mussten, ehe sie ihnen endlich gnädiglich gewährt wurden, waren alle Argumentationen, selbst die positiven, eine Beleidigung für diesen Teil der angestammten Bürgerschaft.

## Ständestaatliche Ideen und Anleihen

«Nieder mit der Revolution!» Man schrieb damals November 1918: «Der Proteststreik nun beweist jedem, der nicht mit Blindheit geschlagen ist, dass die offizielle Sozialdemokratie mit dem aufrührerischen Pack in Zürich und anderswo ein Herz und eine Seele ist.» Dem roten Terror wirken nur die vaterländischen Parteien entgegen. «Wir stehen auf dem Boden der religiösen, politischen und militärischen Autorität und fordern vom Bundesrat, dass er mit aller Energie den Bolschewismus niederwirft!»<sup>262</sup>

Das Bekenntnis der Redaktion des «Aargauer Volksblatts» verband nationalen Zusammenschluss mit jener Form von staatlicher Autorität, die der Struktur der katholischen Kirche innewohnt. Der Auslöser dieser Reform oder Notmassnahme ist der gottlose, internationale Marxismus-Leninismus von Moskaus Gnaden. In einen Satz eingefasst finden wir damit jenen politischen Kosmos, der die katholisch-konservative Partei des Kantons und seine Presse leiten sollte und die Verwandtschaft zu Mussolinis

<sup>260</sup> AV, 14. Juni 1933.

<sup>261</sup> AV, 1. Juni 1933.

<sup>262</sup> AV, 11. November 1918.

Ideologie bewies. Die journalistische Erziehung des Volkes stand daher vor der Frage: «Weitere Zersetzung im Volkskörper – oder innere Erneuerung unserer Politik.»<sup>263</sup> An zwei Fronten hatte Bärlocher daher in den 20er-Jahren zu kämpfen: neue Parteien, Parteispaltungen, waren unentwegt zu unterbinden, eher waren Zusammenschlüsse opportun, dann aber galt es, den Sozialismus zu entlarven, vorab seine «Gottlosigkeit», «die Verbannung Gottes aus Russland» und die bolschewistischen Christenverfolgungen.<sup>264</sup>

So konnte die Jahresrundschau 1922 im «Aargauer Volksblatt» den Marsch auf Rom von Mussolini nicht anders werten, als positiv für Italien. «Dort bildete sich die Fascistenbewegung, welche mit ihrer brennenden Leidenschaft die sozialistischen Umsturzprojekte zu bodigen sucht. Diese wurde auch das nützlichste, wenn auch rohe und gewalttätige Mittel gegen den Sozialismus. Wenn die Fascisten nicht wären, wäre der Umsturz durch die Sozialisten erfolgt. Wir wollen sehen, ob der Fascismus die Gesinnung des Volkes erobert und ob er auch die Klugheit und Mässigung zeigt, wenn er nun das Staatswesen leiten soll.»<sup>265</sup> Und Mussolini wusste – immer nach Volksblatt – was dem Staate zustand. Der neue Ministerpräsident hatte nämlich vor dem Parlamente erklärt, dass die katholische Kirche in Italien vorherrschend sei. Zwar habe er sich noch nicht zur römischen Frage ausgesprochen, aber der «Osservatore Romano» sei schon glücklich über die Vorherrschaft.<sup>266</sup>

In einem Leitartikel über Deutschland «Der Ruf nach dem Diktator» 1923 wurde die wirtschaftliche und politische Krise beklagt und die Sehnsucht nach einer Führerfigur verständlich gemacht. Aber: «Ein Diktator muss ein überragender Mann der Gewalt sein. Er muss stärker als die Verhältnisse sein. Geschieht aus Deutschland heraus nicht die rettende Tat, dann kommt der Diktator aus dem Lager der Feinde und zwingt den Deutschen seinen Willen und sein Joch auf.»<sup>267</sup> Damit wird offensichtlich, dass diktatorische Vollmacht an sich nichts Verwerfliches ist; es gilt die richtige Figur aus dem richtigen Lager auf den Thron zu hieven. Und Mussolini ist, allem Cäsarenwahnsinn<sup>268</sup> zum Trotz, ein Staatsmann.<sup>269</sup> Denn er weist der Kirche die ihr gebührende Rolle im Staate zu. Zwar klagte Bärlocher 1926, dass die römische Frage nicht vom Fleck komme. Aber: «Mussolini und sein System haben sehr viel Gutes an sich. Auch vom katholischen Standpunkt aus. Der Papst weiss die vielen Begünstigungen, die die Kirche erfah-

---

<sup>263</sup> AV, 12. Dezember 1918, Titel.

<sup>264</sup> AV, 30. Dezember 1919.

<sup>265</sup> AV, 29. Dezember 1922.

<sup>266</sup> AV, 27. November 1922.

<sup>267</sup> AV, 3. August 1923.

<sup>268</sup> AV, 5. September 1923.

<sup>269</sup> AV, 28. Oktober 1930.

ren hat, hoch einzuschätzen.»<sup>270</sup> Die Meldung, dass Mussolini in den dritten Orden des heiligen Franziskus eingetreten sei, enthob ihn weitgehend von Kritik, versah ihn mit einem Schutzwall von Achtung.

Auch wenn – im Zusammenhang mit der Ermordung Matteottis 1924 – dem Duce das frevle, «gottlose Wort» zugeschrieben wurde, dass man im Ernstfalle «für den Führer zu töten» bereit sein müsse und damit moralische Mitschuld auf sich geladen habe, so sei diese Untat letztlich heilsam gewesen. «Wenn Mussolini umdenkt und anders handelt, ist Matteotti ein guter Geist für ganz Italien geworden.» So wertete 1924 das Volksblatt, nach der Devise «alles hat auch sein Gutes», die ruchlose Tat und siehe, aus dem Übeltäter Mussolini ist ein reuiger Sünder, ein Bekehrter geworden. Beweis: die Lateranverträge von 1929. Auch wenn der Schwadronierer in seinen Ansprachen gelegentlich übers Ziel hinausschoss. «Die junge Generationen gehören uns ganz und gar und wir beabsichtigen nicht, eine Ausnahme von dieser unantastbaren Regel zuzulassen!» Bärlocher kommentierte, eingedenk von Canossa: «Die Zeit wird lehren, ob sich nicht schwere Konflikte bilden werden.»<sup>271</sup> Doch der Duce als Staatsmann blieb tabu.

Die Lateranverträge mit der Schaffung der Vatikanstadt als selbständiges neutrales Gebiet unter der Souveränität des Papstes schufen alle Voraussetzungen, gewisse Bedenken, wie sie totalitäre Ansprüche des Staates für Katholiken immer sind, beiseite zu schieben. Zwar wurde es auch Bärlocher in seiner Rundschau langsam ungemütlich, dass die allmächtige Partei in Italien immer wieder neue Säuberungen durchführen musste. «Wann ist sie endlich sauber?» Aber es gefiel ihm an der letzten grossen Rede Mussolinis,<sup>272</sup> dass Italien nie ein «Angreiferstaat» sein würde. Damit sei auch bewiesen, dass der Nationalsozialismus in Deutschland nie ein Verbündeter des Fascismus werden könnte. Bei solchen Differenzen! Die momentanen Erfolge im Reich seien ja nur der Krise zuzuschreiben. Ist diese vorbei, werde die NSDAP sofort verschwinden.

1932, als Hitler schon einmal als Reichskanzler im Gespräch war und mit gleichen Zielen wie einstens Mussolini, nämlich alles oder nichts, eine Regierungsbildung ablehnte, da schlug ihm aus der Redaktion des Volksblattes nur Hohn und Spott entgegen. Bauer, das ist ganz was anderes! Doch war die Haltung auch wieder verständlich: Etwas besseres als Brüning, der Katholik an der Macht, war für das arme Deutschland auch nicht denkbar.<sup>273</sup> Die NSDAP böte keine friedlichen Aussichten, würde Hitler doch – nach eigenen Aussagen – «zuerst den Kommunismus vernichten». Und Bärlocher ahnte wenigstens, was diese Ausdrücke bedeuteten. Diese Partei werde sich nicht mässigen. Das Spiel, das Adolf gespielt hat, war auch zu

<sup>270</sup> AV, 30. Dezember 1926.

<sup>271</sup> AV, 23. August 1929.

<sup>272</sup> AV, 28. Oktober 1930, Titel.

<sup>273</sup> AV, 19. November 1932.

unehrlich. Er wollte die Macht, nicht die Regierungsbildung. Und so hat er von Hindenburg den Laufpass bekommen.<sup>274</sup> Was immer Hitler tat oder sagte, selbst wenn es fast kongruent mit dem Wirken Mussolinis war, wurde vom Volksblatt ausgepiffen: «Adolf Hitler verarmt!» «12 Millionen Schulden!»<sup>275</sup> Das Paktieren mit den Rittergutsbesitzern im Osten und mit der Schwerindustrie lastete Bärlocher Hitler schwer an, die Entfernung vom Volke sei damit perfekt. Selbst nach der Machtergreifung blieb er NS-kritisch: «Wir haben sogar eine aufrichtige Freude, zu sehen, wie dieser Wühlpartei (Kommunisten) nun in Deutschland zuleibe gerückt wird – wenn nicht in der Hitlerpartei der gleiche, verabscheuungswürdige Gesinnungsterror herrschte, wie bei den Kommunisten.» Und als Hitler dem Zentrum entgegentrat und der Partei das wahre Christentum absprach, konterte er: «Nun wohlan: eine lieblosere und hasserfülltere Partei hat es in Deutschland wohl noch kaum gegeben als die nationalsozialistische.»<sup>276</sup>

Und nach den Neuwahlen vom März 1933, die Hitler wiederum nicht die absolute Mehrheit sicherten, redete sich der Redaktor noch einmal ein, dass die positiven Kräfte im Reich die Oberhand behielten: Es ist die «überwiegende Mehrheit des deutschen Volkes für die Diktatur nicht reif.» Das sei ein grosses Glück für Deutschland. Denn: «Hitler ist nicht Mussolini.»<sup>277</sup> Doch der Verächter des Primitiven und Gewalttätigen am NS-Systems wurde von den Verhältnissen gezwungen, sich Schritt um Schritt zurückzunehmen. Er begann zwischen Volk und Herrschaft in Deutschland zu differenzieren und kam selbst den neuen Machthabern halbwegs entgegen. Wir müssen darauf bedacht sein, dass «die natürliche Antipathie, die einem freien Demokraten beim ganzen Geschehen in Deutschland gegen Hitler unwillkürlich aufsteigt, nicht die Basis für seine Einstellung zum neuen Deutschland» wird. «Vieles ist aber doch urgesund an dem neuen Kurs. Alles Gute und Gesunde werden wir freudig begrüßen.» «Gesund ist der Kampf gegen die Gottlosenbewegung und den Kommunismus.» «Es war die höchste Zeit, dass gegen diese Blutpest im deutschen Volke mit glühenden Eisen vorgegangen wurde, sonst wäre die Gefahr gewesen, dass das deutsche Volk doch noch dem russischen System verfallen wäre.»<sup>278</sup> Doch «alles Rassen- und Blutkämpferische, den Judenhass,» lehnen wir entschieden ab. Und im folgenden Jahr 1934 wusste das Volksblatt sehr detailliert über die Hölle von Dachau zu berichten. Unter dem Titel «Teufel in Menschengestalt» folgten die Schreckenstaten von SS- und SA-Leuten im Konzentrationslager bei München: die Torturen wurden beschrieben, die ganzen Ungeheuerlichkeiten. Über 100 Hingemordete seien bis anhin zu be-

---

<sup>274</sup> AV, 26. November 1932.

<sup>275</sup> AV, 14. Januar 1933.

<sup>276</sup> AV, 18. Februar 1933.

<sup>277</sup> AV, 6. März 1933.

<sup>278</sup> AV, 11. März 1933.

klagen. Und da neben den Exponenten der Gottlosigkeit auch mutige Führer der katholischen Kirche Opfer der Gewalttaten waren, verschwanden auch alle Erklärungsversuche, die früher im Volksblatt noch gefunden werden konnten.

Aus all den vorgenannten Ausführungen und Zitaten liesse sich die Haltung der AV-Redaktion zu den «Fronten» in der Schweiz mühelos ableiten. Dies in allen Details zu tun, wäre überflüssiges Tun. Bezüglich erster Reaktionen auf die Erneuerungsbewegungen unterschied sich die Haltung Bärlochers kaum von der anderer bürgerlichen Blätter. «Die Zeiten sind ebenso ernst wie sie gross sind.» «Eine Partei, die diesen neuen Geist einer politischen und sozialen Renaissance nicht erfasst hat, wird von den harten Hufen der vorwärtsstürmenden Zeit unbarmherzig in den Boden hineingestampft.»<sup>279</sup> Obgleich die ständestaatlichen Ideen der «Fronten» der akademischen, katholischen Bewegung von Lorenz («Aufgebot») nach italienischem Muster entgegenkamen, witterte Bärlocher den Geist der «braunen Legionen» vorab in der «Nationalen Front» sehr früh, und er setzte sich rasch und entschieden von ihr ab. «Eine neue Schweiz?» Wenn wir gut hinhören, auf die Ausführungen der Erneuerungsbewegungen, dann erkennen wir: «ein sehr guter Geist». Wer noch besser hinhöre, der stelle fest: «ein alter, viele Jahre verschütteter» Geist. Etwas Autarkisches sei für die Schweiz wohl notwendig. Nach der berühmten Fronten-Tagung in Brugg ging er mit dem Gehörten abwägend ins Gericht: Die Liebe zum gemeinsamen Vaterlande, der Kampf gegen den Sozialismus könnte das Bürgertum mit den «Fronten» verbinden, aber trotz gegenteiliger Behauptung sei vieles – innerlich und äusserlich – eine starke Kopie der deutschen Hitlerpartei.<sup>280</sup> Man wolle der Jugend entgegenkommen; grössere Machtbefugnisse für die Regierung könnten durchaus richtig sein. Aber dazu brauche es keine neuen Parteien. In einem zukünftigen Aktionsprogramm dürfte eine berufsständische Ordnung auf wirklich demokratischer Grundlage durchaus ein Ziel sein. Das politische Erwachen der Jugend sei «eine Gnade für uns», aber dies verlange nicht, dass an den Grundlagen des Staates gerüttelt werde.<sup>281</sup> Und auf der christlichsozialen Beilage wurde – abgeleitet von der päpstlichen Encyklika «Quadragesimo anno» – getitelt: «Die Idee der berufsständischen Ordnung marschiert.»<sup>282</sup>

Und Redaktor Bärlocher trat selber als Referent für die berufsständische Theorie auf, so auch bei der katholisch-konservativen Stadtpartei Baden, wobei die mehr als dreistündige Diskussion stürmisch verlief und das Verhältnis zu den «Fronten» eindeutig klärte.<sup>283</sup> Schweizerisch erfolgte die

<sup>279</sup> AV, 30. März 1933.

<sup>280</sup> AV, 13. April 1933.

<sup>281</sup> AV, 2. Mai 1933.

<sup>282</sup> AV, 1. Juni 1933.

<sup>283</sup> AV, 30. Juni 1933.

deutliche Absage erst 1934. Die Röhm-Putsch-Affäre hatte auch dem Letzten die Augen geöffnet. Und Bärlocher bekannte: Die «Fronten» schienen die Politik beleben zu wollen, doch es waren bloss «Betriebmacher». Der «Totalitätswahn» wurde zum «Warnsignal». Wir hatten gelegentlich «mitgekämpft», als das Unschweizerische noch nicht derart überhand genommen hatte. «Sich selber erneuern!» wurde nun zum Wahlspruch.

### **Die späte Erkenntnis:**

#### **Nationalsozialismus und Christentum sind unvereinbar**

Während sich viele Redaktoren zum Jahresende mit philosophischen Gedanken an die Leserschaft wenden oder gar einem befreundeten Pfarrer den Leitartikel für ein besinnliches Kanzelwort abtreten, hielt August Bärlocher in gleichem Stile alljährlich aktuelle Rückschau. Wir finden in solchen ausführlichen Darstellungen sowohl die Skizzierung der aussen- und innenpolitischen Ereignisse, als auch die persönliche Meinung des Autors. Im Auf und Ab der täglichen Nachrichten, abwägend und spekulierend, tritt das politische Credo weniger zutage, als aus der Distanz des Silvester-Standorts. Lassen wie daher einmal vorweg diese Besinnungen Revue passieren! Wir erfahren in neuer Übersicht den langen Weg des Zauderers zum stolzen Verächter der Diktatoren und deren menschenhändlerischen und gotteslästerlichen Ideologie.

1935 wirkte noch das Mitleid für ein sanktionsgeplagtes deutsches Volk und die versteckte Bewunderung für dessen Retter. Wie «alle sittlich denkenden Menschen» missbilligte er das überhebliche Reden und Tun der Diktatoren, aber das «Wer weiss wozu es gut ist» schwang in allen Urteilen mit. «Deutschland ist das grosse europäische Fragezeichen.» «Aber trotz aller Not ringt sich in diesem Volke im Stillen eine gewaltige befreiende und erobernde Kraft nach oben. Deutschland war noch nie so passiv nach aussen und so übermässig aktiv nach innen. Das Dritte Reich rüstet!» Dieses Erwachen des Volkes war nach Meinung der Redaktion eindeutig der autoritären Führung zu verdanken. So galt auch die Demokratie nach schweizerischem Muster als unzulänglich zur Überwindung von Krisensituationen; die Bundesverschuldung gab dazu ein beredtes Beispiel. «Uns fehlt der starke führende Bundesrat und diesem zur Seite die stark stützende Bundesversammlung.»<sup>284</sup>

Das folgende Jahr vermochte daran noch nichts zu verändern. «Das scheidende Jahr verlässt die Welt in einem peinlichen Schwebezustand zwischen Krieg und Frieden. Ein grosses Bangen und Hoffen geht durch ganz Europa. Es braucht so wenig für einen europäischen Krieg, aber ebensowe-

---

<sup>284</sup> AV, 31. Dezember 1935.

nig für einen europäischen Frieden.» Trotz Abessinienkrieg, den er verurteilte, möchte er weiterhin an den Friedenswillen der Diktatoren glauben. Und bezüglich der Anpassungen der helvetischen Institutionen an ein verändertes Europa, versteckte sich Bärlocher hinter Nationalrat Meile (kk) aus Basel, der sich offen zum Reformflügel der katholisch-konservativen Partei bekannte.

Wollen wir die fremden Diktatorsysteme abwehren, so müssten wir für eine neue «Ordnung in der Freiheit» eintreten und die «Schwächen unseres demokratischen Systems» erkennen. «Wer für eine Reform unserer verfassungsrechtlichen Verhältnisse eintrat, wurde als Fascist verschrien. Ja, jeder normale Mensch, der sich nicht in politischen und kulturellen Freiheiten austobte, wurde als Anhänger der Diktatur von rechts angeprangert. Mit den Freunden der Diktaturen von links wurden aber ungeniert politische Geschäfte getätigt.» Eine «autoritäre Demokratie» könnte «Übergriffe aus extremen Anschauungen verhindern». «Heute leben wir in einem wirtschaftlichen Bürgerkrieg!» Berufsmoral und Wirtschaftsethik müssten aus der Gemeinschaftsidee wachsen.<sup>285</sup>

1937 titelte die Redaktion den Silvesterbericht mit «Im Sturm der Ereignisse» und das Hoffen und Bangen der letzten Jahre wurde nun von der erklärten Angst abgelöst. «Bei dieser wilden, hemmungslosen Leidenschaftlichkeit und Rüstungsraserei, bei diesem oft geradezu frevelhaften Drauflossündigen auf die Geduld und Langmut des Volkes, muss man sich wundern, dass im Lauf dieses Jahres nicht Staatsschiffe untergegangen sind. Aber ungemütlich ist heute allen.» In diesem Jahre wurde die Achsenpolitik geschmiedet, ein Bündnis der Diktaturen, das automatisch als Reaktion den Widerstand der kleinstaatlichen Demokratien hervorgerufen hat. Ein letztes Aufflackern der früheren Tendenzen zum autoritären Staate zeigte sich im Lob über den Ständestaat Österreich. Ansonsten sattelte Bärlocher nun ein ganz anderes Pferd. Weder Staatsform, Organisatorisches noch gescheite Diktatoren vermochten das Unheil zu bändigen, sondern alleine die wahre Gottesfurcht. «Denn der ganze spanische Bürgerkrieg ist nichts anderes als eine gottverlassene Verirrung eines Volkes. Dieses Volk kommt aber nicht zur Ruhe, bis es vollständig entgiftet ist. Das wird der Fall sein, wenn die Gesetze Gottes, die da sind Gerechtigkeit und Liebe, wieder praktisch angewendet werden!» Und die nazistische Innenpolitik wurde dem spanischen Drama gleichgesetzt. Der «raffinierteste Kulturkampf» hat im Dritten Reich eingesetzt. Man gedachte der leidenden und duldenden Glaubensbrüder, der Menschen, die in Gefängnissen schmachten. Einbezogen in die Gemeinschaft der Verfolgten des «Neuheidentums» wurde auch Bekenntnispfarrer Martin Niemöller.

---

<sup>285</sup> AV, 31. Dezember 1936.

Der Untergang Österreichs, das «Finis Austriae» als Schlagzeile im März 1938, bleibt bis zum Jahresende das prägendste Erlebnis für Europa und insbesondere für die Schweiz. Es lohnt sich für einmal, mitten ins Geschehen zu tauchen und die spontanen Kommentare im Volksblatt aufzugreifen. «Der Leser sei nicht erstaunt, wenn wir ihm sagen, dass für uns wenigstens der Untergang Österreichs das Selbstverständlichste der Welt war. Gewiss war man im ersten Moment überrascht und erschüttert.» Aber – ein Blick in die Geschichte vermittle volle Aufklärung. Doch: «Sie geben Deutschland nicht das Recht, in Österreich einzumarschieren und das Land zu annektieren.»<sup>286</sup> Der freie Wille der Bevölkerung hätte in voller Souveränität ausgemehrt werden sollen. Und rhetorisch wird gefragt: Kann man «unter dem Druck der deutschen Truppen und bei dem Mangel an Rede- und Pressfreiheit» eine freie Volksabstimmung erwarten?<sup>287</sup> Dann rechtete das Volksblatt über die einstigen Entente-Mächte: die «Sieger von 1918 sind die Besiegten von 1938».<sup>288</sup> Im neuen Europa seien die Kräfteverhältnisse verschoben. Frankreich und England lägen schwer in der Defensive. Jene Staaten würden «erst erwachen, wenn ihr eigenes Haus brennt». Und die Folgerung Bärlochers lautete nicht bloss – wie anderswo in der aargauischen Presse – dass der Kleinstaat sich selber schützen müsse, sondern auch dem Ausland keine Handhabe zum Zugriff bieten solle. Die Presse dürfe sich nicht hinreissen lassen. So lobte er die «massvolle und doch deutliche Sprache» in der Erklärung von Bundespräsident Baumann. Es folge nun die Zeit der eidgenössischen Bewährung, aber auch – und dies bleibt von nun an der ständige Begleiter des Volksblatt-Kommentars – des christlichen, noch besser, des katholischen Mitgefühls.

«Österreich ist ein katholisches Land.» Es gibt kaum einen senkrechten Eidgenossen, «dem das Schicksal des christlichen Österreichs nicht tief zu Herzen ginge».<sup>289</sup> Die Kirche gehe nun einen schweren Gang. Die Hakenkreuzfahnen über den Tiroler Dörfern setzten ein Zeichen dafür, dass ein neuer Geist einzieht. «Als verwöhnte Kinder Gottes sind wir durch das Leben gegangen. Beim Untergang Österreichs kam ein Ernst über uns, der uns leider schon lange gefehlt hat.»<sup>290</sup> Erst die Bedrohung des Glaubens, erst die Verfolgungen der Kirche haben den Volksblatt-Redaktor zum konsequenten Gegner der NS-Ideologie und ihrer Praktiken gemacht. Doch diese Position wurde nun im Stile des religiösen Eiferers strikte durchgehalten. Selbst der spanische Bürgerkrieg erfuhr nach dem Jahreswechsel 1938/39 eine neue Wertung: der Siegeszug Francos bereitete gleichzeitig seinem Ansehen im «Aargauer Volksblatt» eine Niederlage. «Wir weigern uns je-

<sup>286</sup> AV, 15. März 1938.

<sup>287</sup> AV, 16. März 1938.

<sup>288</sup> AV, 17. März 1938.

<sup>289</sup> AV, 19. März 1938.

<sup>290</sup> AV, 23. März 1938.

doch, die Sache des Katholizismus mit einer bestimmten Bewegung zu solidarisieren, weil wir fürchten, Christus in eine Angelegenheit hineinzuziehen, die Gott der freien Diskussion der Menschen überlassen hat. In der Umgebung General Francos wächst der Einfluss der Hitler-Anhänger täglich. Beten wir darum für Spanien».<sup>291</sup> Und im geistigen Harnisch des Glaubenskämpfers erwartete der einst Wankelmütige das drohende Unheil des Weltkrieges.

## Kriegsjahre und Nachkriegszeit

Der Ribbentrop-Molotow-Pakt – sonst eine verwirrende Überraschung – wirkte auf August Bärlocher klärend: die satanischen Kräfte hatten sich verbunden. Mit dem Beginn des zweiten Weltkrieges in diesem Jahrhundert wurde das Böse zum Ereignis. Und: die Grossen frassen die Kleinen. Estland, Lettland und Litauen zeigten, wohin die Wehrlosigkeit führt; Finnland aber signalisierte, dass Abwehr sich lohnte. Ein «Riesenkampf zwischen Gut und Böse» wurde im Spätsommer 1939 eröffnet. So sah es der Redaktor dann am Jahresende, zur Zeit des finnischen Winterkrieges.<sup>292</sup>

Gleich zu Beginn des Polenfeldzuges, zur Zeit unserer Mobilisation und dem Einsetzen der Pressezensur in der Schweiz, als andere Zeitungen nur bitter über das Schwinden der Pressefreiheit zeterten, da instruierte Bärlocher sein Publikum, wie in Zukunft eine Zeitung zu lesen sei. Wir kämen nun in die Phase der «Hochkonjunktur der Lüge». Von nun an gelte es zu prüfen, woher die Meldung stamme, sich nicht zu früh zu ereifern, sich ein eigenes Urteil bilden und nicht alles zu glauben, was in der Zeitung stehe, kurz: die Zensur verlange «ein klein bisschen mehr überlegenes Schweizer-tum».

Was nun Redaktor Bärlocher in den ersten Kriegsmonaten an aufrichtenden, beschwichtigenden und tröstenden Artikeln verfasste, kann als sein Militärdienst in geistiger Landesverteidigung bezeichnet werden. Während kriegswirtschaftliche Berichte im Inland- und Meldungen von Offensiven und Schlachten im Auslandteil mit der selbstzensurlichen Schere im Kopf, normal kommentiert wurden, bot die Jahresrückschau wieder Gelegenheit, persönlicher zu werden. 1940 war ganz anders ausgefallen, «als wir es am letzten Silvester uns vorgestellt hatten». Wir sind «ein langes, schweres Jahr miteinander gewandelt». Auf den unerwarteten Zusammenbruch Frankreichs folge nun ein «Jahr der Hoffnung», ein «Jahr der Bewährung» für die Schweiz. Was ist damit gemeint? Wir blättern zurück zu den Nummern direkt nach dem Waffenstillstand und erhalten eine typische Antwort: Wir

<sup>291</sup> AV, 2. Januar 1939.

<sup>292</sup> AV, 30. Dezember 1939.

müssten nun vertrauen auf den Sieg des Guten. «Gott ist stärker als der Satan». Eine Revolution könne lange wüten. «Aber der Sieg wird immer Gottes sein.» Das gute alte Frankreich ist nicht gebrochen. «Aber auch in andern Ländern ringt sich das verschüttete gute Alte wieder empor.»<sup>293</sup> Der «Geist der Realpolitik darf aber unter keinen Umständen dazu missbraucht werden, die geistigen Grundlagen unserer Demokratie zu gefährden.» Die Urfrage «kann bei uns niemals einseitig auf Kosten der Selbstbestimmung beantwortet, niemals zu einem Abklatsch ausländischer Ideen werden, am wenigsten aber zu einem Abklatsch mit schweizerischem Anstrich». Und indem er über die schweizerische Staatsidee ohne fremdes Muster philosophierte, setzte er das Wort erneuern in Führungszeichen. Und wir spüren, dass dem Schreiber – eingedenk des Frontenfrühlings – ein Schaudern über den Rücken fuhr.<sup>294</sup> Der «Geist der Realpolitik»<sup>295</sup> führte allerdings zur Prognose, dass noch im Jahre 1941 der Krieg zu Ende gehen würde.<sup>296</sup>

In den folgenden Jahren enthielt sich Redaktor Bärlocher dann voreiliger Schlüsse. «Der Hase läuft», und nur das «Gesetz der allgemeinen Ermüdung» lasse erahnen, wann das Rennen zu Ende sei.<sup>297</sup> Schon 1941, dann auch 1942 bestand die Rückschau grösstenteils aus einem ellenlangen Datenverzeichnis. Und Hoffnung fand er – wie sollte es anders sein – alleine in der christlichen Zuversicht. «Unsere Kultur hat versagt. Die Menschheit hat sich nach aussen ergossen und ist innerlich hohl und leer geworden. Diesseitigkeit und Naturferne» hätten obsiegt. «Die Menschheit hat den Zusammenhang mit dem Geistigen verloren.»<sup>298</sup> Und 1942, wie schon 1941, stand Bärlocher staunend und dankbar vor der Tatsache, dass die Schweizer eine namenlose Gnade erfahren hätten, bisher vom Kriege verschont geblieben zu sein. 1943 kreisen seine Gedanken um die Gefahren, die der Ruhe und Gewohnheit erwachsen können. Er warnte vor der süssen Gewohnheit des Geborgenseins. Der Kampf gegen den inneren Landesfeind werde zum Erbe des dauernden Krieges. «Man erschrickt nur über die nicht abreisende Kette der angefaulten Eidgenossen und erkennt darin die bösen Mängel unserer geistigen Vorkriegsrüstung und die Tatsache, dass eine wirksame nationalistische Werbung vor allem den Deutschschweizern zugesetzt hat.» Sollte es nicht eher «nationalsozialistische Werbung» heissen? Wie auch immer: Der Schreiber musste über den eigenen Schatten springen, dieses Thema hier anzuschneiden.<sup>299</sup>

Man könne dem Jahr 1944 «zugute reden, das heisst noch ein paar gute Seiten abgewinnen», nachdem der Friede auch diesmal ausgeblieben sei:

<sup>293</sup> AV, 20. Juli 1940.

<sup>294</sup> AV, 30. Juli 1940.

<sup>295</sup> AV, 31. Dezember 1940.

<sup>296</sup> AV, 31. Dezember 1942.

<sup>297</sup> AV, 31. Dezember 1941.

<sup>298</sup> AV, 31. Dezember 1943.

<sup>299</sup> AV, 30. Dezember 1944.

Vielleicht seien die Menschen reifer und seelisch geläuterter geworden. Es wäre das Wunder, das der Herr am Blinden gewirkt hatte. «Noch haben wir Schonzeit, wir verwöhnten Kinder Europas!» Die Schonzeit aber verpflichtet. Die Schweizer spende von 200 Millionen für die Linderung der Kriegsnöte müsse ohne Opportunismus fliessen: nur aus Einsicht, Demut, Dankbarkeit und Liebe.

Das folgende Jahr des Kriegsschlusses, 1945, habe uns «mit Bewunderung und Schaudern erfüllt». Es habe aber leider den Frieden nicht gebracht. Und schon war es die schweizerische Politik, die wieder ins Zentrum rückte. Man habe den inneren politischen und sozialen Frieden wahren können.<sup>300</sup> Arbeitslosigkeit und Krise waren auch von Bärlocher erwartet worden. Und ohne Zensurvorschriften kommentierte er im Frühsommer die grosse Abrechnung im Grossen Rat mit jenen Elementen, die der Schweiz angeblich oder wirklich Schaden zufügen wollten. Und er fuhr gleichsam mit dem Flammenschwert des Erzengels gegen die Selbstgerechten auf, «die mit gleichen Nazimethoden gegen jene vorgehen» wollten. Es sollen saubere Verfahren durchgeführt werden. Die Scharfmacher wollen nur ihr eigenes Verhalten tarnen. Es wirke der gleiche Geist, der die Gestapo zu ihren Untaten umgetrieben. «Wir haben heute in der Schweiz Linkselemente, die einen Geist in sich tragen und diesen Geist auch zu betätigen suchen, der um kein Haar besser ist als der schärfste Nazi-Geist.» Viele haben sich geduckt, als die Gefahr gross war. «Nun haben sie auf einmal ihr tapferes Herz entdeckt. Ein Pfui auf solche Schweizer!»<sup>301</sup> Damit dürfte der erste Schritt zum Kalten Krieg im Inland getan sein. Und ausserhalb? «Ein eiserner Vorhang ist vor ihrer Front niedergegangen. Was dahinter vorgeht, wissen wir nicht», schrieb Churchill in jenen Tagen an Präsident Truman laut seinen Memoiren, und prägte damit ein Wort von vielschichtigem Symbolgehalt.

Der Weg des «Aargauer Volksblattes» nach 1950 wurde, wie der seines Konkurrenten an der Bruggerstrasse, von der Badener Verkehrssanierung mitbestimmt. 1961 feierte das «Volksblatt» seinen fünfzigsten Geburtstag und bezog gleichzeitig das neue Druckereigebäude im Gstühl: Das erste markante Hochhaus an der neuen Verkehrsachse. Weitere wichtige Daten: 1962 gab August Bärlocher die Leitung der Redaktion ab. Bis zu seinem Tod im Jahre 1968 blieb er als graue Eminenz der Zeitung erhalten. Zwischen 1950 und 1970 stieg die Auflage im Rahmen der Bevölkerungszunahme auf 13 500 an. Dies war der Höhepunkt, gleichzeitig zeichnete sich aber eine Überalterung der Abonnentenschaft ab. Das liess – wie bei anderen Parteiorganen – nichts Gutes ahnen.

---

<sup>300</sup> AV, 31. Dezember 1945.

<sup>301</sup> AV, 7. Juli 1945.

Die Phase von 1950 bis 1992 wurde – wie anfangs schon erwähnt – im Aufsatz von Andreas Steigmeier trefflich dargestellt. Es ergäbe wenig Sinn, seine Recherchen und Ausführungen hier zu wiederholen, umso mehr, als diese Arbeit auch eine kritische Würdigung enthält. Die 30er-Jahre mussten, zwecks Einhaltung der Fairness gegenüber andern aargauischen Presseorganen, eingehender ausgeleuchtet werden. So bleibt als Ergänzung: Auf Ende Oktober 1992 wurde die letzte Nummer des «Aargauer Volksblattes» ausgeliefert und damit hinter die Ära der aargauischen Parteizeitungen der Schlusspunkt gesetzt.

# Die bäuerliche Parteipresse

## Die «Schweizer Freie Presse» als Bauern-Tageszeitung

### Übersicht: Brugg und Presse

Mit dem Einzug des Schweizerischen Bauernsekretariats in Brugg wurde die Druckerei Effingerhof um die Jahrhundertwende zum Alliierten dieser Institution. Die Drucklegung der landwirtschaftlichen Fachpresse im Hause fand ihre logische Fortsetzung in der Umwandlung des «Aargauischen Hausfreundes», später auch der «Schweizer Freien Presse» in Baden zu Parteiorganen der neuformierten «Bauern- und Bürgerpartei». Dazu einige Fakten!

Erst am 22. Dezember 1920 wurde die Bauern- und Bürgerpartei als Kantonalpartei gegründet. Dies geschah nicht unerwartet. Im Laufe des Jahres 1920 waren schon diverse Bezirksparteien geschaffen worden, zu allererst – nämlich schon 1919 – in Brugg. Die Zusammenfassung dieser Abspaltung der freisinnig-demokratischen Partei in eine Kantonalpartei bedeutete nur noch das Einsetzen des Schlusssteines ins Gewölbe. Am 9. Dezember 1920 hatte das «Aargauer Tagblatt» das Programm der neuen politischen Gruppierung auf der Frontseite abgedruckt. Das Noch-Jäger-Blatt «Schweizer Freie Presse» erliess zu gleicher Zeit einen letzten Aufruf an die Freisinnigen, doch bei der Stange zu bleiben.

Im Bezirk Brugg musste gleich nach der Schaffung einer eigenständigen Sektion 1919 ein Presseorgan her! Neben dem ewig hungrigen «Brugger Tagblatt» gab der Effingerhof auch die billigere Version, den «Hausfreund», zweimal die Woche heraus. Daher war es naheliegend, der neuen Bezirkspartei, welche praktisch die alte freisinnig-demokratische Partei halbiert hatte, das mindere Blatt abzutreten. Unter den Lokalblättern im Aargau folgte auch das «Wynentaler Blatt» von August Baumann in Menziken dem neuen Kurs, ebenfalls darauf zählend, dass im bäuerlichen Bezirk Kulm mehr als die Hälfte der ursprünglichen Freisinnigen sich der neuen Partei anschliessen würden; während das Gegenblatt «Echo vom Homberg» sowieso vor allem die Vornehmen zu seinen Abonnenten zählte. Im Effingerhof entstand die groteske Situation, dass sich im gleichen Redaktionsbüro, Pult an Pult, die Schriftleiter der beiden feindlichen Zeitungen gegenüber sass. Dieses Idyll zwischen Redaktor Lory vom «Brugger Tagblatt» und Dr. Feisst vom «Hausfreund» war dem Chefredaktor der «Neuen Aargauer Zeitung», Allemann, sogar eine Glosse wert.<sup>302</sup>

<sup>302</sup> Neue Aargauer Zeitung, 17. Juni 1922.

Die Gründungsgeschichte der Bauern- und Bürgerpartei im Aargau war weniger zaghaft, als dies der spätere Pressechronist, Theo Fischer, in seinem Beitrag in der «Neuen Bürger Zeitung» vom 3. Januar 1973 glaubhaft machen will. Wenn man Rede und Gegenrede, respektive Schreibe und Gegenschreibe von damals in der Presse verfolgt, dann wechseln Beschuldigungen, Anwürfe, Beschwichtigungen hüben und drüben ab. Es war eindeutig die neue Chance der Proporzahlen, die der Bauernschaft und ihren Anliegen Morgenröte versprach. Sie haben diese politische Möglichkeit nach dem Vorbild der Berner Berufskollegen genutzt und sofort eine reiche Ernte eingefahren. Damit war eigentlich die Gründungsphase schon beim Start abgeschlossen. Denn: Vor der Konstituierung irgend einer Partei erreichten die Bauern 1919 bei den Wahlen drei der insgesamt zwölf zu vergebenden Nationalratsmandate.

Was unter Organisationen schmerzhaft war und nicht ohne Anfeindungen zustandekam, die Trennung in zwei rivalisierende Parteien, blieb den leitenden Persönlichkeiten zum Teil erspart. Während der Vater des Bauernsekretariats, Ernst Laur, sich bei der Gründung der Partei und der Eröffnung eines Parteiblattes zurückhielt – das «Aargauer Volksblatt» lauerte geradezu darauf, die Parteilichkeit des Bauernverbandes zu beweisen –, schob sich der Freiamter Freigeist Roman Abt sehr rasch an die Spitze der neuen Wirtschaftspartei. Gewandt im Schreiben und, aus seiner freisinnigen Phase, befreundet mit Redaktoren allerorten, war er nie verlegen, seine politischen Beiträge auch ausserhalb der Parteiorgane unterzubringen. Sein anfängliches Zaudern machte sich schliesslich bezahlt. Es sicherte ihm das weitere Ansehen im Kreise der liberalen Grossfamilie, zu der sich die Bauern- und Bürgerpartei noch alleweil zählte. Ebenso gute Startchancen erhielt Eugen Bircher. Obwohl Abtrünniger der Freisinnigen, blieb er zeitlebens mit fast allen wichtigen Zeitungen des West- und Ostaargaus verbunden, ja, beim freisinnigen «Zofinger Tagblatt» wurde er 1942 sogar in den Verwaltungsrat geholt. Im selben Jahr wurde er Nachfolger von Abt als Nationalrat.

Dass den aargauischen Bauern das Eingliedern des mittelständischen Gewerbes in ihre Reihen misslang oder dies jedenfalls erst später, und zwar tröpfchenweise erfolgte, gehört zum Übernahme-Eklat bei der «Freien Presse» und soll dort zur Darstellung kommen. Und so stieg 1920 der «Hausfreund» vom Bezirksparteiorgan zur kantonalen Parteizeitung empor: «Die von 150 Delegierten besuchte Versammlung im Hotel Zum Roten Haus, Brugg, stand unter der Leitung von Nationalrat Jakob Baumann, Schafisheim, und es sprachen unter anderem Nationalrat Dr. König und Regierungsrat Studler. Beim Traktandum Presse lesen wir: Was die Presse angeht, so schlägt der Referent (Regierungsrat Studler) vor, mit Rücksicht auf verschiedene sich bietende Vorteile den Hausfreund als kantonales Parteiorgan zu erklären. Der Abonnementspreis ist sehr niedrig



*Nationalrat Jakob Baumann (1881-1942),  
Mitbegründer der BGB Aargau und Redaktor (Bild: Georg Mayer).*

gehalten worden, um das Beibehalten der Bezirkspresse zu ermöglichen, auf die wir mit der Zeit auch einen gewissen Einfluss in geeigneter Form ausüben sollten. Es soll auch besonders darauf gehalten werden, dass die einfache Bauernsamen sich sehr lebhaft an der Mitarbeit beteiligt.»<sup>303</sup> Der «Aargauische Hausfreund» blieb bis 1937 offizielles Parteiorgan der aargauischen Bauern- und Bürgerpartei, seit 1925 sogar neben der Tageszeitung «Schweizer Freie Presse».

Der Erste Weltkrieg hatte dem Jäger-Blatt in Baden arg zugesetzt. Die Übernahme von Verlag und Druckerei durch Manfred Jäger, dem Sohn von

<sup>303</sup> Neue Bürger-Zeitung, 3. Januar 1973.

Stadtammann und Nationalrat Josef Jäger, hatte dem Unternehmen keine Rettung gebracht. Für zwei freisinnige Zeitungen gab es im Raume Baden auf die Länge kein Brot, und die grundlegenden Differenzen zwischen den Flügeln der Partei, die früher die Stimmung angeheizt hatten und das Überleben sicherten, waren weitgehend ausgeräumt. Der Verkauf der «Schweizer Freien Presse» samt Druckerei war daher folgerichtig – und vielleicht war auch logisch, dass das Tagblatt schliesslich in die Hände der letzten Abspaltung der freisinnigen Partei fiel, der Bauern- und Bürgerpartei. Doch so reibungslos erfolgte dieser Übergang nicht.

Der Setzerstreik vom November/Dezember 1920 hatte dem Jäger-Unternehmen den Todesstoss versetzt. Am 18. Dezember wurde das Ende des Streiks verkündet. Tags darauf meldete das Blatt in eigener Sache, dass Druck und Verlag von einer Aktiengesellschaft übernommen worden seien. Die Zeitung werde nun unabhängig-bürgerlich ausgerichtet werden. Am andern Tag wurde angesagt, dass eine «Freisinnige Bürgerpartei des Kantons Aargau» gegründet werde. Ein Aktionskomitee habe schon am 11. Dezember entsprechend beraten und beschlossen. Als Präsident zeichnete: Dr. med. Siegrist, Brugg. Die Richtlinien und das politische Programm wurden dargelegt. Man wünschte eine klare Abgrenzung nach links. Die Sezessionsbestrebungen kamen einem eigentlichen Aufstand des selbständigerwerbenden Mittelstandes gleich, der sich vom Freisinn – angeblich von Beamten und fixbesoldeten Kaderleuten unterlaufen – nicht mehr vertreten fühlte. Da die «Schweizer Freie Presse» neuerdings als Medium dieser Bewegung wirkte, steigt heute der Verdacht auf, dass hinter der Aktion letztlich die Bauernpartei unter Roman Abt stand. Der Bauern- und Bürgerpartei auch einen gewerblichen Flügel anzufügen und damit dem radikalen Freisinn nur noch die Arbeitnehmer zu belassen, müsste als raffinierter Schachzug des Freiämter Bauernführers bezeichnet werden.

Das Gegenüber der «Freien Presse» waren nicht mehr das eher abdämpfende «Aargauer» und «Badener Tagblatt», sondern die «Neue Aargauer Zeitung», das Sprachrohr von Nationalrat Hunziker aus Zofingen, dem Präsidenten der freisinnigen Partei; die «rosenrote Journalistik» des Herrn Allemann.<sup>304</sup> So wurde am 27. Januar auch in der «Freien Presse» gross herausgestrichen, dass sich der Berner Gewerbeverband mit der Bauernpartei zusammengeschlossen hätte. Am 5. Juni 1923 wurde A. F. Billo erstmals als «verantwortlich für die Redaktion» der «Freien Presse» bezeichnet; ab 13. Oktober heisst Billo Chefredakteur. Das Schriftbild der Zeitung wird leicht verändert; die Zwischentitel werden unterstrichen. Am 15. und 20. Juni werden Referate von Nationalrat Roman Abt zu Leitartikeln. 1924 nennt sich die Zeitung «Unabhängiges bürgerliches Organ», «Tageszeitung für Volkswirtschaft». Am 20. Juli 1925 endlich beendet die Zeitung das Ver-

---

<sup>304</sup> SFP, 23. Januar 1923.

steckspiel: «Allgemeine bürgerliche Tageszeitung und offizielles Organ der aargauischen Bauern- und Bürgerpartei». Redaktion: A. F. Billo; Dr. Ernst Feisst. Der letztere war Sekretär der Bauern- und Bürgerpartei und Redaktor des andern Parteiblattes, des «Aargauer Hausfreundes» in Brugg. Als Präsident der Redaktionskommission zeichnete: Dr. Roman Abt.



*Kopf der «Schweizer Freien Presse» vom 20. Juli 1925, damals bereits Organ der Bauern- und Bürgerpartei.*

1926 war das Blatt schon so ausschliesslich auf die Bauernschaft ausgerichtet, dass am 20. Januar an der Spitze der Titelseite der Aufruf stehen konnte: «In ein Restaurant, wo das kantonale Parteiorgan nicht aufliegt, geht der Bauer nicht!» Die Adressaten prägten den Inhalt des Blattes immer ausschliesslicher. In einer Nummer finden wir neben den üblichen kurzgefassten aussen- und innenpolitischen Meldungen, folgende Leitartikel: «Der Leidensweg der Steuerveranlagens-Unterhandlungen der aargauischen Landwirtschaft»; «Schädlinge im Winterwald»; «Vogelschutz»; «Die Gesellschaft schweizerischer Landwirte»; «Käse und Kondensmilch»; «Um den Milchpreis»; «Kurse für Hausweberei»; «Musterung im Hühnerhof».

Am Ende des Jahres 1927 wurde es dann einmal klar und deutlich ausgesprochen: wegen Nationalrat Hunziker und seiner politischen Haltung hätten sich die Bauern vom Freisinn abgespalten. Dass er selbst gar ein Bündnis mit den Sozialdemokraten geplant hatte, um den bürgerlichen Bauernvertreter Studler als Regierungsrat stürzen zu können, sei entlarvend für seine Politik. «Man meint es immer nur gut mit den Bauern», titelte die «Freie Presse» bitter und versuchte damit den Aargauer Freisinn als doppelzüngig zu brandmarken.

Wie ist das Geschehen um die «Freie Presse» einzuordnen? Finden sich im Umstellungsprozess grundsätzliche Aspekte aargauischer Polit-Geschichte? Willi Gautschi schreibt in seiner Aargauer Geschichte: «Im Jahre 1912 gründeten O. Hunziker und seine engeren politischen Freunde in Aarau eine weitere Tageszeitung, die «Neue Aargauer Zeitung», die inskünftig als Organ der Radikal-demokratischen Vereinigung diente.»<sup>305</sup> Damit

<sup>305</sup> Gautschi, KA, Bd. 3, S. 88, Titel des Kapitels: Die Entfaltung politischer Parteien.

geht er von der Annahme aus, dass politischen Gruppierungen ein Presseorgan begründeten oder sich ein bestehendes zulegten. Zeigt uns aber nicht die aargauische Pressegeschichte, dass der Weg umgekehrt verläuft? «Die Botschaft» von Schleuniger schuf zuerst die Klammer um die katholische Oppositionsbewegungen und leitete damit die Parteigründung ein. Aus dem Zeitungsstreik von 1905 erstand der «Freie Aargauer», der seinerseits die Arbeitervereine und Grütlisektionen zur Sozialdemokratischen Partei des Kantons Aargau vereinigen half. 1912 besass die «Radikal-demokratische Vereinigung» schon ein Sprachrohr, die «Aargauer Nachrichten»; es war der Journalist Allemann höchst persönlich, der sich gegen die Eigenmächtigkeiten des Verlegers Keller auflehnte und sich ein neues Organ schuf. Die Gleichgesinnten scharten sich um Allemann und seine «Neue Aargauer Zeitung».

Der «unpolitische» Bauernverband um Dr. Laur in Brugg brachte nicht nur das Sekretariat, sondern ab 1901 auch die landwirtschaftlichen Fachblätter in den Aargau, in den Effingerhof. Aus dieser Presse resultierte das politische Standesbewusstsein der Bauernschaft, das sich in verschiedenen Kantonen der Schweiz nach dem Ersten Weltkrieg in Sonderorganisationen verdichtete. Die Abspaltung von der freisinnig-demokratischen Partei war im Aargau verbunden mit der Parteinahme des «Aargauischen Hausfreundes» aus dem Effingerhof für die Sezession: damit wurde sie zur ersten Zeitung der Bauernpartei im Aargau. «Durch die Erwerbung der Schweizer Freien Presse schuf sich 1924 die Partei ein eigenes Organ, dessen Namen 1938 in Aargauische Bauern- und Bürgerzeitung abgeändert wurde.» Auch diese Mitteilung verschleierte mehr den wirklichen Sachverhalt als dass sie ihn klärte. Der Verkauf der Jäger'schen Druckerei samt Verlagsrechten an Roman Abt und seine Freunde im Dezember 1922 (!) war verbunden mit dem Versuch, mit einer weiteren Spaltung des Freisinns, die Bauernpartei um einen Gewerbeflügel zu verstärken.

In einer Vorphase sollte das Blatt die Gründung einer bürgerlichen Mittelstandspartei begünstigen, die sich, gleich dem Gewerbeverband des Kantons Bern, zur «Bauern- und Gewerbeartei» vereinigen sollte. Die ehemals Jäger'sche «Freie Presse» hatte daher die Funktion eines Katalysators. Im östlichen Aargau zeigte sich die Bauernschaft als eher störrisch, da sie bei der katholisch-konservativen Partei und nicht bei den Freisinnigen zuhause war. Sollte die neue Partei gesamtaargauisch wirksam werden, so musste das Potential beim städtischen und ländlichen Handel- und Gewerbebestand geholt werden, der ob der arbeiterfreundlichen Politik des Freisinns verärgert war. Seit Nationalrat Jäger sich die Feindschaft der Sozialdemokraten zugezogen hatte, das heisst seit dem Generalstreik, hatte sich die Abonnentenschaft der «Freien Presse» aus jenen Kreisen rekrutiert, die eher Freiheit vom Staate, als Freiheit durch den Staat erwarteten. Damit war der Ankauf dieses Organs eine Kriegserklärung an das «Badener Tagblatt» und das

«Aargauer Volksblatt», das erstere als gewerblich-freisinniges Blatt, das andere als Fricktaler und Freiämter Bauernzeitung. Beiden sollten Abonnenten abgejagt und gleichzeitig der neuen Wirtschaftspartei Mitglieder gewonnen werden. Da sich Dr. Bärlocher, Redaktor des «Aargauer Volksblattes», seit den Anzeichen der Gründung einer Bauernpartei unentwegt gegen Wirtschaftsparteien einsetzte und jede Aktion oder taktische Massnahme – mindestens auf «seinem Erdreich» – zu torpedieren suchte, werden seine Meldungen und Kommentare zum Gradmesser der Erregung und zum Entlarvungsinstrument für alle verdeckten Strategien des Feindes. Das katholisch-konservative Parteiorgan war auch eher gewohnt, sich ideell abzugrenzen und spiegelte besser als das Wanner'sche Tagblatt, welche Spaltpilze im «materialistischen» Freisinn wirkten, ja wirken mussten, sollte tatsächlich der Egoismus die Treibfeder des Wirtschaftens sein.

Damit war das Experiment Gewerbeartei-Tageszeitung misslungen. Roman Abt musste das Organ umpolen und in den Dienst der Bauern- und Bürgerpartei des Kantons Aargau stellen. Im Jahre 1924 wurde die «Schweizer Freie Presse» aufgrund eines Beschlusses der Delegiertenversammlung der aargauischen Partei zum offiziellen Parteiorgan erhoben. Um einen Konflikt mit dem Effingerhof zu vermeiden, galten von nun an beide Blätter als Leitzeitungen, die Tageszeitung wie der «Hausfreund». Acht Jahre später, 1933, ging das Verlagsrecht der «Schweizer Freien Presse» durch Gründung einer besonderen Verlagsgenossenschaft in den Besitz der Partei über.

## **Gründung der Bauernpartei und «Aargauischer Hausfreund»**

1919 trat das Brugger Bezirksblatt «Hausfreund» in seinen 56. Jahrgang; es sollte in diesem folgeschweren Jahr zum kantonalen Parteiorgan werden. Damit lässt sich das Geschehen um das Werden der Bauern- und Bürgerpartei treffend in diesem Presseorgan verfolgen. Der «Aargauische Hausfreund» war schon vor der Parteigründung ein stark landwirtschaftlich ausgerichtetes Blatt. Einerseits lag das an der Leserschaft: das zweimal wöchentlich erscheinende Organ richtete sich viel eher ans Landvolk, das «Brugger Tagblatt» war vorzüglich an die Bevölkerung des Städtchens und die Nichtbauern in den Dörfern adressiert, die über die Zeit zur täglichen Lektüre verfügten. Zum andern war der Verlag Effingerhof durch die bäuerliche Fachpresse im Hause auf landwirtschaftliche Pressedienste abonniert, das Bauernsekretariat nebenan verfügte über schreibgewandte Fachleute. So fanden sich häufig Artikel agrarischen Inhalts im «Hausfreund». Und die Versammlungen der bürgerlichen Organisationen, des «Aargauischen Bauernbundes» oder der «Jungmannschaft der Bauern» erhielten in der Berichterstattung eine bevorzugte Stellung, zumal diese meist in Brugg abgehalten wurden.

Am 1. Februar 1919 musste daher in diesem Blatte einmal klargestellt werden, was mit der Gründung einer Bauernpartei eigentlich bezweckt sei. Der Bauernbund verfolge wirtschaftliche Tendenzen; die Bauernpartei aber sei eine politische Organisation, diesen Bestrebungen zum Durchbruch zu verhelfen.<sup>306</sup> Wer in diese Partei eintrete, könne nicht Mitglied einer andern Partei sein; der Angehörige der Bauernbundes aber sehr wohl. Die neue politische Organisation sei für die Vorarbeit der eidgenössischen und kantonalen Wahlen notwendig geworden, da nun der Proporz gelte. «Mitglieder der Bauernpartei, die bisher im freisinnig-demokratischen Bezirkskomitee vertreten waren, können daher die am Samstag stattfindende Sitzung nicht besuchen.»<sup>307</sup> Am folgenden Tage antwortete der «Hausfreund» auf die Anschuldigungen der katholisch-konservativen Bauern aus dem Fricktal, angeführt von Gerichtspräsident Fricker aus Laufenburg, die neue Bauernpartei sei eine freisinnige (gemeint: freigeistige) Organisation: Dr. Laur finde von allen Christen grösste Anerkennung. Die Vorwürfe seien daher unbegründet. Dennoch musste die gleiche Zeitung von einer Bauernversammlung in Muri berichten, die von 250 Männern besucht war und sich gegen die Gründung von Bauernparteien in den Bezirken aussprach. Dies brächte nur Nachteile für die Standesanliegen. Wenn schon, dann müssten auch katholisch-konservative Organisationen der Bauernschaft geschaffen werden.<sup>308</sup>

Am 28. März 1919 beschloss die Bauern- und Bürgerpartei, den «Hausfreund» zum Parteiblatt zu erklären und schon am 2. April prangte als Untertitel «Offizielles Organ der Bauernpartei des Bezirks Brugg» auf der Frontseite. Erst am 4. Juni erfolgte dann im Artikel «Ein eigenes Presseorgan» eine Art Aktionsprogramm. Der «Hausfreund» wünsche in Zukunft über die Tätigkeit bäuerlicher Organisationen in den Gemeinden zu berichten. Dabei sei auch «Kritik am eigenen Holz» – wenn nötig – willkommen. Man stemme sich sowohl gegen Vetternwirtschaft als auch gegen das Heranwachsen von Autokraten. Nicht die Ich-Meinung, sondern die Wir-Meinung sei gefragt. Bei der Bildung würde vorzüglich die Entwicklung des Fachschulwesens verfolgt. Seit der Umpolung des «Hausfreundes» zum Parteiorgan zeichnete die Redaktionskommission für den Inhalt verantwortlich. Die Namen der Mitglieder blieben geheim. Die Vermutung liegt nahe, dass Dr. Laur und Fritz Zaugg, Brugg, vielleicht auch Friedrich Vonäsch, Oftringen, diesem Gremium angehörten, nicht aber Dr. Roman Abt, der damals andere Ziele verfolgte. Dr. Laur, als Sekretär der Bauern aller Parteischattierungen, wollte sicher nicht in den Vordergrund treten. Zudem bekannte das Blatt selber: «Das Eigentum des Blattes verbleibt aber beim Verlag Effingerhof.» Daher sei in der Redaktionskommission sowohl

<sup>306</sup> Gleiche Thematik auch: «Hausfreund», 22. März 1919 «Aarg. Bauernbund und Bauernpartei».

<sup>307</sup> Hausfreund, 1. Februar 1919.

<sup>308</sup> Hausfreund, 29. März 1919.

die Bauernpartei als auch der Verlag vertreten. Hierin dürfte der Grund liegen, dass die personelle Zusammensetzung der Redaktion verschwiegen wurde.

«Zur Frage der Gründung einer aargauischen politischen Bauernpartei» äusserte sich Dr. Roman Abt im «Hausfreund» und zwar im negativen Sinne. Dies kann nicht verwundern, da er damals Präsident der freisinnigen Partei des Bezirks Muri war und gleichzeitig Mitglied des grossen Vorstandes des Aargauer Bauernbundes.<sup>309</sup> Seine Meinung: Die Gründung einer kantonalen Bauernpartei sei derzeit unmöglich; nur in den fünf reformierten Bezirken mache der Alleingang Sinn. Eine allgemeine Trennung der Bauern von den alten Parteien sei nicht zum Nutzen der Bauern. Besser wäre, wenn man in allen Bezirken Garantien für die bäuerlichen Anliegen bei der freisinnigen Partei erwirken könnte.<sup>310</sup> Diese reservierte Haltung Abts löste eine Kontroverse aus: Fritz Zaugg, Landwirtschaftslehrer, Brugg, versuchte in zwei sachlich gehaltenen Beiträgen Abt umzustimmen, während Friedrich Vonäsch von Oftringen, angeblich Schuldenbauer, mit schwerem Geschütz dem Herrenbauer Abt entgegentrat und dessen akademische Ausbildung anprangerte. Abt spielte im «Hausfreund» – auch wenn seine Reaktion durchaus auch sachliche Elemente enthielt – den Elefanten im Porzellanladen. Der Ausdruck freisinnig sei überlebt. Was heute Not tue, sei eine bürgerliche Fortschrittspartei gegenüber der Sozialdemokratie: also Zusammenschluss, nicht Trennung. Und an die Adresse Vonäschs: «Solange indessen solche Querköpfe im Organ der Bauernpartei des Bezirks Brugg das grosse Wort führen, muss ich auf weitere Mitarbeit verzichten.»<sup>311</sup>

Die Idee von der gemeinsamen Front gegenüber den Roten muss vor dem Hintergrund der Regierungswahlen gesehen werden: Lehrer Killer (soz.) wurde kurz vorher als Kampfkandidat dem Bauernvertreter Studler entgegengestellt, was den «Hausfreund» zum Aufruf «Die Revolution oder der Aufbau?» veranlasst hatte. «Die Sozialdemokraten empfehlen den Generalstreikführer Killer. Sie erklären aber, dass er nicht aufbauen und versöhnen dürfe, sondern dass er die aargauische Jugend zur sozialistischen Revolution vorbereiten müsse.»<sup>312</sup> Fritz Zaugg versuchte, Abt einen Schritt entgegenzukommen, immerhin standen die Nationalratswahlen vor der Tür. Zuerst sollte eine aargauische Bauernpartei geschaffen werden, dann erst, als Dachverband, eine bürgerliche Vereinigung, um den Kampf gegen die Linken zu gewinnen. Sozialdemokraten gäbe es zurzeit sowieso keine mehr.

---

<sup>309</sup> Hausfreund, 27. August 1919.

<sup>310</sup> Hausfreund, 13. August 1919.

<sup>311</sup> Hausfreund, 23. August 1919.

<sup>312</sup> Hausfreund, 5. Juli 1919.

Die volle Bauernliste erbrachte im November drei Gewählte; einer davon war Roman Abt. Die Freisinnigen würden sich nun gegenseitig Parteiverrat vorwerfen, kommentierte der «Hausfreund» die Erfolgsmeldung. Eigentlich müsste nun eine kantonale «Bauern- und Gewerbe-Partei» gegründet werden. Das Gewerbe hätte mit der Wegwahl ihres Vertreters, Dr. Ursprung, Laufenburg, beim Freisinn nur Misserfolg erfahren. Mit der Wahl Dr. Königs vom Bauernsekretariat Brugg durch die Berner BGB in den Nationalrat, sei die Vertretung der aargauischen Bauern noch zusätzlich verstärkt worden. Tatsächlich trat König sowohl als Schreiber beim «Hausfreund» als auch als Referent bei den aargauischen Bezirkssektionen auf. Die Frage «Und nun» im Parteiorgan der Brugger Bauern erheischte nach solch glänzendem Start nur eine Antwort: die Gründung einer Kantonalpartei<sup>313</sup> mit Namen «Bauern- und Bürgerpartei».

In den folgenden Jahren zeichnete Dr. Ernst Feisst, Sekretär der neuen Partei als Redaktor des «Hausfreundes», immer noch im Namen der Redaktionskommission. Bis 1925, das heisst bis zur Ernennung der Tageszeitung «Schweizer Freie Presse» als offizielles Organ der Kantonalpartei, sprengte der «Hausfreund» immer mehr die Grenzen des Bezirksorgans und übernahm vorübergehend die Funktion des kantonalparteilichen Informationsblattes. Selbst neben der kostspieligeren Tageszeitung hielt das bescheidenere Organ auch nach 1925 einen beachtlichen Einfluss. 1930 verzeichnete es eine Auflage von 7000 Exemplaren.<sup>314</sup> In der Diskussion der Krisenjahre vertrat der «Hausfreund» die bäuerliche Preispolitik gegenüber den Forderungen von Gewerkschaften und Sozialdemokraten nach billigeren Grundnahrungsmitteln. Im Gleichschritt mit diesem Ringen wurde immer wieder der Arbeitstag von Bauer und Bäuerin mit dem des Fabrikarbeiters verglichen. Den Höhepunkt erreichte dieser Streit mit der eidgenössischen Volksabstimmung über die Aufhebung des Achtstundentages im Februar 1924. Die Bauern im Aargau hatten die Ja-Parole beschlossen; die Vorlage wurde in der Referendumsabstimmung sowohl im Kanton als auch in der Eidgenossenschaft klar verworfen. Der «Hausfreund» glaubte in der Niederlage das Ende der Arbeitssamkeit in der Schweiz zu erkennen. So entwickelten sich zwischen Bauern und Arbeitern, neben den ideologischen Differenzen, immer deutlicher die gegensätzlichen wirtschaftlichen Interessen. Unter dem Titel «Ein historischer Tag» feierte die bäuerliche Presse die von Dr. Laur gegründete «Grüne Internationale» als Institution gegen Preiszerfall und mörderische Konkurrenz.<sup>315</sup> Arthur Schmid blieb im «Freien Aargauer» die Antwort nicht schuldig. Nun seien die einstigen Patrioten (Landesstreik!) aus dem hehren Bauernstande selber zu «vaterlandslosen Gesellen» geworden. Brugg fand den Vergleich plump und ver-

<sup>313</sup> Hausfreund, 5. November 1919.

<sup>314</sup> Hausfreund, 10. Dezember 1930.

<sup>315</sup> Hausfreund, 4. Oktober 1924.

suchte zu beweisen, dass nur die Zielsetzung über die Qualität internationaler Zusammenarbeit entscheide.<sup>316</sup>

Neben der Front Grün-Rot musste journalistisch auch weiterhin mit den Spannungen zwischen Grün und Schwarz gerechnet werden. Vor allem die katholischen Freiamter Landwirte durften sich über ihre wirtschaftlichen Interessen nicht in die Bauernpartei verirren. Roman Abt, der wortgewandte Bauernführer aus Bünzen, musste neutralisiert werden. Nationalrat Nietlisbach (kk) bemühte sich daher, die katholischen Bauern in einem separaten Verband zusammenzuschliessen. «Gratulation!» höhnte der «Hausfreund», der katholisch-konservative Politiker tue dies nur, «weil er muss». Ansonsten würden sich seine Schäfchen allesamt in die Bauern- und Bürgerpartei abmelden.

### **Die «Schweizer Freie Presse» als Bauernzeitung**

Das Konsortium unter Roman Abt und Dr. med. H. Sigrist übertrug Adolf Häfliger die technische und kaufmännische Leitung des Betriebes, A. F. Billo die Redaktion. Die «unabhängige Tageszeitung», das «bürgerliche Organ für Volkswirtschaft» und «Anzeigenblatt der Stadt Baden» versuchte einerseits die Kontinuität der Jäger-Presse zu markieren, indem es mit Vorliebe auf dessen rhetorischen und literarischen Arbeiten und seine heroische Kampfzeit verwies, andererseits betätigten sich die beiden neuen Leitfiguren eifrig als Artikelschreiber und versuchten damit ihre politische Position zu stärken.

1925 waren die Wunden der Parteispaltung und die Abwendung von Dr. Abt von der freisinnigen Partei noch keineswegs vernarbt, Anwürfe des freisinnigen Parteisekretärs und des Präsidenten Oberst Bruggisser in der parteinahen Presse gegenüber Abt wollte dieser nicht mehr auf sich sitzen lassen und verlangte, dass das «Aargauer Tagblatt» seine Erwiderung abdrucke. Als dies abgelehnt wurde, drohte Abt mit der Umwandlung der «Schweizer Freien Presse» in ein Tagblatt der aaargauischen Bauern- und Bürgerpartei. Am 30. Juni 1925 bewies eine Einladung in der «Freien Presse» zur Sitzung des Vorstandes der Grossratsfraktion, «Traktandum 1: Tagespresse», dass die Drohung wahr gemacht werden sollte. Am 4. Juni 1925, das heisst nach dem Beschluss, beschwichtigte Redaktor Billo in einer persönlichen Adresse die Leserschaft, dass die «Schweizer Freie Presse» bleibt was sie ist, in Kopf und Herz, auch wenn sie nun das kantonale Organ der Bauern- und Bürgerpartei werden sollte. «Der Kurs bleibt der alte, Sie können versichert sein.»<sup>317</sup> Offenbar fürchtete er eine Abwanderung der

<sup>316</sup> Hausfreund, 15. Oktober 1924.

<sup>317</sup> SFP, 4. Juli 1925.

bürgerlichen Abonnenten aus dem nichtbäuerlichen Mittelstande, die vorher speziell angesprochen worden waren. Am 20. Juli 1925 erschien erstmals der Untertitel: «Organ der aargauischen Bauern- und Bürgerpartei». Zur Redaktion von A. F. Billo gesellte sich Dr. Ernst Feisst, zugleich Redaktor des «Hausfreundes». Damit wurde indirekt dokumentiert, dass der «Hausfreund» nun zur verkürzten Ausgabe der «Freien Presse» mutierte und mindestens in der politischen Haltung, als eigenständiges bäuerliches Organ bis 1937 für unsere Betrachtung hinfällig wird.

Für die katholisch-konservative Presse war das neue Konzept ein gefundenes Fressen. Endlich herrscht Klarheit, kommentierte das «Aargauer Volksblatt». Mit Dr. Abt an der Spitze der Redaktionskommission nehme das Blatt Abschied von jeder Neutralität. Der katholische Bauernbund werde in ablehnendem Sinne von dieser Tatsache Notiz nehmen. Die «Neue Aargauer Zeitung» spreche einerseits von einem neuen Blatt, andererseits beklage sie die Tatsache, dass seit dem Ankauf des Jäger-Blattes der Einfluss von Brugg dauernd stärker geworden sei. Mit der offenen Firma müssten sich die Verwaltungsräte aus dem freisinnigen Lager nun entscheiden. Gleicher Meinung sei auch die «Neue Zürcher Zeitung». Redaktor Feisst hatte diese Reaktionen in der Übersicht «Hieblein und Stichlein» selber zusammenfassend publiziert.<sup>318</sup> Später, bei den Grossratswahlen 1929, wird man seitens des «Aargauer Volksblattes» gar von den «Herrgotts-Verrätern» der Bauernpartei sprechen und damit einmal mehr den Freigeist von Dr. Abt anprangern.

Tatsächlich wandelte sich der Inhalt der Tageszeitung beträchtlich. Nicht nur «s' Buureblättli», die landwirtschaftliche Rubrik, bescheinigte die neuen Adressaten, sondern auch die Auswahl der Leitartikel und die häufigen agrarischen Nachrichten aus andern Staaten. Dazu gesellte sich die Parteichronik; sie nötigte dem Mitglied die Tageszeitung auf, weil ihm sonst die Interna entgingen. Wie einst der «Freie Aargauer» dem Arbeiter, musste nun die «Freie Presse» dem Bauern zum ausreichenden, einzigen Informationsorgan werden. Der Blick ins standesfremde Blatt sollte zur Ausnahme werden. Es tue gut, wenn der Arbeiter gelegentlich mal den «Hausfreund» lese, er mache dasselbe mit dem «Freien Aargauer», meinte Redaktor Feisst, und bekannte in contrario, dass das dauernde Blinzeln in neutrale oder andere Zeitungen dem engagierten Bürger schade.<sup>319</sup>

In der Phase der Nationalratswahlen, im Oktober/November 1925, wurde diese Ausschliesslichkeit zum Muss. Der Kampf gegen die Linken war rein auf die Bauern bezogen. Eine Sonderseite «Des Bauers Leit- und Kampfblatt» reichte bis zum soziologisch-politischen Narzissmus, dem völkische Theorien zu Gevatter standen. In «Grundsätzliches» stärkte Dr.

<sup>318</sup> SFP, 28. Juli 1925.

<sup>319</sup> Hausfreund, 10. Dezember 1930.

Laur das Selbstbewusstsein der Bauernsamen mit der Theorie, dass «gesunde Menschen, neues Blut», das nach den Städten fliesst, die Schweiz vor dem bösen Geist des Internationalismus bewahre und dem Landvolk daher besondere Verantwortung für die politische Zukunft der Heimat übertrage.

Das bereits eingeführte Blatt lieferte immer am Mittwoch vier Seiten zusätzliche Informationen, «um der Bauern- und Bürgerpartei speziell zu dienen».<sup>320</sup> E. Haggenschmied löste Adolf Häfliger in der technischen und kaufmännischen Leitung des Zeitungsunternehmens ab und wurde bis zum 22. Juni 1929 als solcher im Impressum erwähnt. Er liess sich am 1. Juli durch E. Schmid ersetzen. Am 30. April 1930 wechselte Dr. Feisst seinen Posten, um eine Stelle in Bundesbern anzutreten, nachdem er erst kürzlich, nämlich am 8. April, in den aargauischen Grossen Rat gewählt worden war. Nationalrat Jakob Baumann, geschäftsführender Präsident, übernahm vorübergehend alle Funktionen, das heisst die Redaktionen des «Hausfreundes» und der «Freien Presse» samt dem Parteisekretariat.

Was dem «Freien Aargauer» gelungen war, nämlich als Inserationsorgan den parteilichen Rahmen zu sprengen, wollte dem Blatt der Bauernpartei einfach nicht gelingen. Schon Ernst Feisst beklagte sich am 4. Januar 1930, dass die Konkurrenz der farblosen Anzeigenpresse der engagierten Zeitung zu schaffen mache. «Wie bei solchen Bemühungen um die Ausdehnung des Wirkungsfeldes eines Blattes vorzugehen ist, haben die grossangelegten Werbeaktionen für die sozialistische Presse gezeigt. Der Erfolg ist nicht ausgeblieben.»<sup>321</sup> Redaktor Billo suchte, vor allem in der Weihnachtszeit, seiner «Freien Presse» Anzeigen zu akquirieren, indem er als Fridolin eine journalistische Beizentour durch Baden und Umgebung machte, wobei er alle Schaufenster am Wege und die besuchten Wirtschaften lobend beschrieb, sofern sie auf der grün umrandeten Sonderseite ein Inserat einrücken liessen. Mit diesem Trick wurde im Dezember seit 1925, ab 1930 gar in grösserem Rahmen, zuletzt den ganzen Aargau bestreichend, am Schlusse des Jahres die Rechnung der Tageszeitung aufgebessert. Dass das Verlagsrecht 1933 durch Gründung einer besonderen Verlagsgenossenschaft in den Besitz der Partei überging, spricht nicht unbedingt für das wirtschaftliche Florieren des Unternehmens. Kurz vorher wurde auch die Druckerei gewechselt.

Der Verleger und Redaktor des «Wynentaler-Blattes», August Baumann, selber Mitbegründer der Bauern- und Bürgerpartei und daher ein unverdächtigter Zeuge, machte in seinem Blatt am 23. Januar 1932 einige treffende Bemerkungen zur Rationalisierung des bäuerlichen Hauptorgans. Er bezweifelte offen, dass das «Defizitblatt» mit dem Umzug nach Brugg in die schwarzen Zahlen aufrücken könnte. Das Konsortium, das aus der

---

<sup>320</sup> SFP, 16. November 1925.

<sup>321</sup> Hausfreund, 4. Januar 1930.

«Schweizer Freien Presse» ein «Organ der vaterländischen Vereinigung machen wollte», hätte «in der Organisation böse Fehler gemacht». «Es ist auch für einen alleswissenden Rechtsanwalt nicht leicht, einen heruntergekommenen Zeitungsbetrieb auf die Höhe zu bringen.» Seit diesem Seitenhieb auf Nationalrat Roman Abt machte er deutlich, dass die Ernennung dieser Zeitung als Hauptorgan der Partei eigentlich nur eine Rettungsaktion für die damals Beteiligten war. Dass zu diesen finanziellen Trägern bis 1932 immer noch Minister M. Jäger aus Wien, der Sohn des einstigen Stadtamanns gehört hatte, überrascht, wirkt aber nicht unglaublich.

Am 1. Februar 1932 erschien die «Freien Presse» erstmals im Effingerhof in Brugg. Da A. F. Billo mit dem Umzug nach Brugg der Redaktion nur noch nebenamtlich angehörte,<sup>322</sup> musste Jakob Baumann wiederum die Hauptarbeit leisten. Ab 1. November 1933 wurde Billo offiziell von der Redaktion verabschiedet. Er versuchte am Schlusse seines vollamtlichen Wirkens 1932 noch eine Art 50-Jahr-Jubiläum der «Schweizer Freien Presse» zu inszenieren, das 1933 fällig geworden wäre. Denn er war als Erbmasse aus der Jäger-Zeit übernommen worden, und er allein vermochte die jetzige Parteizeitung an das frühere demokratische Kampfblatt anzubinden und dadurch eine fiktive Einheit herzustellen. Wie immer zu feierlichen Anlässen verfasste Billo für das Geburtstagskind ein Gedicht. Dann kramte er in Erinnerungen. «Der Schreiber dieser Zeilen, der schon als Pennäler mit Stadtamann Jäger kämpfte, seit 1898 sein Mitarbeiter an der Freien Presse war, auch wenn man später etwa verschiedener Meinung war – die Zeiten haben so viel Grundsätzliches verflachen und versanden lassen. Die Freundschaft aus alten Kampf Tagen blieb doch lebendig.» Als einem eigenwilligen Kopf liess man ihn elf Jahre im Dienste des neuen Arbeitgebers weitgehend gewähren: er tat seine Pflicht gegenüber der Bauern- und Bürgerpartei, gehörte aber zum Stammtisch der Schlossberg-Runde auf der sogenannten Kälberterrasse, verkehrte also bei der freisinnigen Badener Prominenz. Daher stand ein Umzug nach Brugg für ihn auch nie zur Diskussion. Ohne dass das je bemerkt worden wäre, lieferte er unter dem Namen «Quadrutter» Otto Wanner (sen.) seine humoristischen «Berichte des Turmwächters» zuhanden des «Badener Tagblattes» ab.

Mit dem 16. November 1933 trat Fürsprecher J. Böschstein neben Nationalrat Jakob Baumann in die Redaktion ein, ein Mann der später einmal der journalistischen Prominenz zugerechnet werden wird. Seine Tätigkeit in Brugg dauerte bis 1936. In seine Amtszeit fiel die unheilvolle Zerrissenheit der Bauernpartei nach der Abspaltung der Jungbauern. Während in früheren Jahren noch wohlwollende Reportagen über die von Dr. Hans Müller, Grosshöchstetten, durchgeführten Bauernheimatwochen in der aargauischen Bauernpresse standen, die angeblich von 200–300 Teilneh-

---

<sup>322</sup> SFP, 1. November 1933.

mern besucht wurden,<sup>323</sup> folgten 1934 die ersten bitterbösen Kommentare zur Abspaltung des «Möschberger Schulmeisters» und dessen aargauischen Anhängerschaft. 1935 war ein Nationalrats-Wahljahr und der «Führer der Jungbauernbewegung» wurde des Wortbruches bezichtigt. Nicht nur im Aargau, sondern auch in Zürich, Bern und Thurgau kamen keine Listenverbindungen zustande, und dies führte zur endgültigen Trennung.

Eine «Verirrung und Verwirrung» griff um sich: Karl Steiner, Oberkulm, wurde verdächtigt, ein Müllerianer zu sein. Als Präsident der Jungbauern der aargauischen Bauern- und Bürgerpartei bekannte er sich aber treu zur Altpartei. Die Tendenz im Bezirk Kulm, die mindestens in Ansätzen vom «Wynentaler Blatt» mitgetragen wurde, mag an diesem Gerücht mitschuldig gewesen sein. Die Nationalratswahlen wurden «ein Unglückstag für die schweizerische Bauernpolitik».<sup>324</sup> Im Aargau wurde Nationalrat Richard Zschokke, Gontenschwil, vom Jungbauern Jakob Steiner, Reitnau, verdrängt. Im Artikel «Das Scherbengericht dauert weiter» bezichtigte Nationalrat Jakob Baumann den «Wynentaler», im wichtigsten Moment im «Müller'schen Fahrwasser» gesegelt zu sein und sich den Möschbergern immer zuvorkommend erwiesen zu haben. Nun die aggressive Haltung von Brugg als Grund für Zschokkes Wegwahl zu bezeichnen, sei unfair; andernorts sei auch keine Listenverbindung zustande gekommen. Vier Jahre später stand der «Wynentaler» und sein Verleger wiederum auf der Anklagebank. Er hatte Inserate «unserer grössten Feinde, der Jungbauern», aufgenommen, in der zum Streichen von Roman Abt aufgefordert worden war. Dann solle halt der Verleger seinen Zeitungskopf zeitgemäss anpassen.

Den Rückschritt auf zwei Mandate konnte die Aargauer Bauernpartei nicht verschmerzen. Unentwegt polterte ihre Presse gegen den Führer der Jungbauern und setzten nun, nach 1933, diesen Ausdruck immer in Führungszeichen, obwohl es vorher gang und gebe war, von «Bauernführern» zu schreiben und zu sprechen. Aber mit der Anprangerung des autoritären Stiles, vermochte man die Müllerianer in die Nähe der Fronten zu rücken und damit in Misskredit zu bringen. Ansonsten lastete man ihnen eher ihre Nähe zu den Sozialdemokraten an, weil sie sich der so genannten Richtlinienbewegung angeschlossen hatten. «In Angst und Sorge um Sessel und Ämtlein» hätten sich die Altbauern aller Kantone zur «Schweizerischen Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei» zusammengeschlossen. So überschreibt das «Möschberger Diktatörlein» einen Artikel über seine einstige Partei. In Wahrheit machte er deswegen eine eigene Liste, weil er seinen Nationalratssitz wanken sah. Nun klopfe derselbige Sprüche dieser Art. Und im gleichen hämischen Tone ging es weiter, fast täglich, unermüdlich, immer wieder die Jungbauern als Bolschewisten, «nach links Abgedriftete»

<sup>323</sup> SFP, 3. Januar 1935.

<sup>324</sup> Z. B. SFP, Neujahr 1929, Hausfreund, 4. Januar 1930, usw.

und als «rosarote» Bauern bezichtigend. Vor lauter hautnahen Feinden vergass die altbäuerliche Presse fast den Kampf gegen die Linksparteien, der ihnen vorher so wichtig war. Nur die Migros-Partei des «Kapitalisten» Duttweilers brach ab 1935 in die aargauische Politik ein und rückte vorübergehend die Jungbauern etwas aus der Schusslinie. Ansonsten konnte Dr. Müller in seiner Hauszeitung keinen «Pips» machen, ohne dass dies nicht von der «Freien Presse» kommentiert worden wäre. Obwohl die Möschberger im Aargau kein eigenes Presseorgan besaßen, war der «Schweizer Jungbauer» über die Blätter der Altbauern allgegenwärtig. Die Müllerianer hätten es diesen verdanken müssen,

Mit dem Jahresbeginn 1937 wehte im Parteisekretariat ein neuer Wind. Der junge Agraringenieur Hans Strahm übernahm aus den Händen von Nationalrat Jakob Baumann alle Verpflichtungen, die einstens Dr. Feisst im Vollamt besorgt hatte. Dabei wurde pressemässig gleich zu Anfang eine Bereinigung durchgeführt. «Der Aargauer Hausfreund wird nun seine eigenen Wege gehen und nicht mehr als Organ der Aarg. Bauern- und Bürgerpartei herausgegeben werden.» «Die Doppelspurigkeit ist beseitigt, die Reihen sind enger geschlossen worden.»<sup>325</sup> Aber nicht nur der «Hausfreund»-Vertrag wurde gekündigt, auch die «Schweizer Freie Presse» verschob ihren Standort wieder nach Baden und wurde nun bei Boner u. Co gedruckt. Die wichtigste Neuerung aber bildete die Umstellung von der Tageszeitung zum dreimaligen Erscheinen. Strahm behauptete, dass der Bauer keine Tageszeitung wünsche, weil ihm die Zeit zum Lesen mangle. Ausserdem wäre das Blatt zu teuer. Mit zwölf statt zwanzig Franken könne man diesen Wünschen entsprechen.

Aber die «Möschberger» blieben – neben dem Landesring – auch der neuen Redaktion der dauernde Seitenfüller, selbst als das Blatt nur noch für Dienstag, Donnerstag und Samstag zu präparieren war. Die Grossratswahlen im Frühjahr 1937 sorgten für entsprechende Animosität. Selbst ein Wortwechsel zwischen den Nationalräten Roman Abt und Hans Müller im Berner Ratssaal, eine eigentliche Anöderei, wurde in extenso aus dem Protokoll abgedruckt. Die altbäuerliche Presse sorgte laufend dafür, dass die Jungbauern-Bewegung nicht in Vergessenheit geriet. Abt behauptete an einer Delegiertenversammlung, dass die «Volksfront» der Richtlinienbewegung, einbezüglich die Jungbauern, den grössten Schaden für die bäuerliche Sache erbracht hätte. Seit die Jungbauern mit den Sozialisten und Kommunisten stimmten, glaube man im Volk nicht mehr an die staaterhaltende Kraft des Bauerntums. «Die Möschberger Hetzzentrale»<sup>326</sup> verbreite «Dr. Müllers Totengräberarbeit am Bauernstand».

---

<sup>325</sup> SFP, 2. Januar 1937.

<sup>326</sup> SFP, 8. September 1938.

Am 15. November 1938 musste der Titel «Schweizer Freie Presse» sterben. Neu nannte sich das dreimal wöchentlich erscheinende Blatt «Aargauische Bauern- und Bürgerzeitung». Redaktor Strahm hielt anlässlich dieser Änderung zuerst einmal Rückschau und fand dabei Gelegenheit zu betonen, dass die Zeitung in den Händen der Partei sei. «Es schien uns notwendig zu sein, diese Tatsache festzunageln, da von gewissen Kreisen immer und immer wieder andere, wahrheitswidrige Behauptungen aufgestellt werden.» Ob hier auf Dr. Abt als Eigentümer angespielt wurde, entzieht sich unserer Kenntnis. Der neue Titel, angeblich auf vielfaches Begehren nun gesetzt, dürfte das Hauptanliegen des Blattes, die innerparteiliche Betreuung, im Auge gehabt haben. Nachdem zwei Bauernparteien bestanden, war die klare Etikettierung fast zwingend. Gleichzeitig war mit dem neuen Namen und der dürftigeren Erscheinungsweise jede Chance zur Entgrenzung genommen. Die Auflage wird in Zukunft mit der Mehrung oder Minderung der Parteimitglieder ziemlich genau Schritt halten. Eine gefährliche, wenig zukunftssträchtige Richtung wurde damit eingeschlagen.

## Die Bauernpartei-Presse und Nazideutschland

Die junge Partei hatte vorerst andere Sorgen, als sich mit dem Parteiprogramm einer unbedeutenden deutschen Extremistenpartei zu beschäftigen. In der Frühzeit von Parteisekretär und Redaktor Dr. Feisst aber fiel ein kleiner Zwischenfall, der vielerorts Kommentare – und damit Bekenntnisse – hervorrief, die den Nachgeborenen zu denken geben. Ein deutscher Jude und ein Schweizer, angetan mit Hakenkreuz-Abzeichen im Revers, begegneten sich 1924 in der Kanzlei des Berner Stadttheaters. Eine Bemerkung des Deutschen zu dieser Brosche führte zu einem Wortwechsel und schliesslich zu einer Schlägerei. Die Redaktion lehnte sich nun dagegen auf, «wie sich gewisse Ausländer, namentlich internationale Juden, in unserem Lande aufführen, dessen Gastrecht sie in Anspruch nehmen.» Ihr rüpelhaftes Benehmen sei der Grund, dass sich Schweizer offen als Feinde ausländischer und jüdischer Anmassungen bezeichneten, fand die Redaktion.<sup>327</sup> Die Judendiskriminierung war seit 24. Februar 1920, dem Erlass des 25-Punkte Programmes der NSDAP, Allgemeinwissen; man hätte sich eine verständigere Reaktion des patriotischen Schreibers vorstellen können.<sup>328</sup> Bemerkungen zum Hitler-Ludendorff-Prozess im April gleichen Jahres, das heisst nach dem misslungenen Putsch, lassen uns noch einmal stutzen. Dieses Verfahren sei doch ein «Operettenprozess», eine eigentliche Verhöhnung des Rechtes. «Man hätte doch den Mut haben sollen, um einfach zu erklären:

<sup>327</sup> Hausfreund, 16. Januar 1924.

<sup>328</sup> Immerhin war er später schweizerischer Minister.

Wir strafen diese Leute nicht, sie haben nach unsern – deutschen – Begriffen, vaterländisch gehandelt!»<sup>329</sup> Als die NSDAP-Fraktion im Reichstag beantragte, die Juden unter Sonderrecht zu stellen und nach 1914 Eingewanderte auszuweisen, da versah die Redaktion die Nachricht mit einem Ausrufezeichen<sup>330</sup> und liess uns Heutige noch einmal im Dunkeln, wie dieser Kommentar zu verstehen sei. Bedenklicher erwies sich ein «Offener Brief» im Jahre 1929, adressiert an Prof. Laur, der stolz ins Parteiblatt eingerückt wurde. Ein in der Schweiz aufgewachsener, aber in Italien lebender Faschist bekennt sich als Bewunderer des Bauernführers, weil sein Urteil über die Werke des Faschismus in Italien, vor allem im Bereiche der Landwirtschaft, so sachlich und positiv seien. Dessen Haltung steche wohltuend vom Antifaschismus in schweizerischen Blättern ab.<sup>331</sup> Auch dieses Lob könnte man dem Bauernblatt noch verzeihen, galt es doch, mit allen nur erdenklichen Mitteln, das Standesbewusstsein der Bauern zu stärken, diese Berufsgruppe als Nährstand zu adeln. Aufschlussreicher erwies sich eine Kritik des «Hausfreundes» zum Streitgespräch Sozialisten-Kommunisten in Aarau<sup>332</sup> an die Adresse des «Freien Aargauers» und dessen Redaktion. Die Sprache dieser Zeitung gegenüber dem Faschismus sei unerhört, angesichts der Tatsache, dass kein Cent für die Landesverteidigung ausgegeben werden soll. «Den mächtigen Nachbarn mit der Faust an die Nase zwicken», heisse man solch frevles Tun.

In der «Freien Presse» druckte die Redaktion (wahrscheinlich Böschenstein) eine «wissenschaftliche Abklärung» unter dem Titel «Die Rassen der Schweiz» ab, in dem der damals gepflegten Lehre entgegen getreten und arisch als rein linguistischer Begriff definiert wurde. Die Schlussfolgerung: Kein Staat beherbergt eine reine Rasse.<sup>333</sup> Damit setzte sich die bäuerliche Parteipresse zwar ideell von den Anliegen der Herrschenden im Dritten Reich ab, stützte damit das helvetische Selbstverständnis, das keinen völkischen Nationalismus ertrug, aber versuchte auch, die Kreise der NSDAP nicht unnötig zu stören. Diese wenig heldenhafte Haltung, verbunden mit einem guten Stück *sacro egoismo*, zeigte sich in der Folge in allen Äusserungen zur Judenfrage. Und der sozialdemokratischen Presse ins Stammbuch: «Wir haben uns nicht in ausländische Angelegenheiten einzumischen, wir verbitten uns aber auch irgendwelche Einmischung des Auslandes in unsere schweizerischen Händel.» Der Bundesrat wurde für seine Pressepolitik gelobt, samt dem Verbot gefährlicher Auslandzeitungen, so «dass unser Schweizerhaus rein gehalten wird von jeglichem Kot, brauner, schwarzer oder roter Provenienz!» Als im nördlichen Nachbarland Massenverhaftun-

<sup>329</sup> Hausfreund, 9. April 1924.

<sup>330</sup> Hausfreund, 31. Mai 1924.

<sup>331</sup> Hausfreund, 16. Februar 1929.

<sup>332</sup> 1930, in der Kettenbrücke in Aarau.

<sup>333</sup> SFP, 5. Januar 1935.

gen von Juden erfolgten und diese von den Hochschulen verbannt wurden, da überdeckte das Gedenken an den schweizerischen November 1918, «der revolutionären Aktion mit dem Ziel, das bürgerliche Regime auf die Knie zu zwingen», alle übrigen Ereignisse. Es war wichtiger, den Roten zuzurufen, so sei es in Wirklichkeit gewesen, und «alles andere ist Geschichtsfälschung»,<sup>334</sup> als die Braunen an die Menschenrechte zu gemahnen.

«Gibt es für die Schweiz ein Judenproblem?» fragte die «Bauern- und Bürgerzeitung» auf der Frontseite. Die Zuwanderung sei keine Frage der Zahl, sondern berühre sonstwie unsere Existenz. Einmal, dass viele in «übersättigten Berufen» tätig seien, dann aber wären sie insofern ein Fremdkörper, als sie «keine Verpflichtung zum Volksganzen verspüren».<sup>335</sup> 1939 wurde man massiv deutlicher: «Die Schweiz den Schweizern. Gedanken zur Überfremdung der Schweiz.» Hier wurde sowohl die wirtschaftliche Gefahr als auch die Einbürgerungspraxis in die Überlegungen einbezogen. Die Judenfrage sei «in der Schweiz kein Rassen-, sondern ein Qualitätsproblem. Jedes Volk kann einen gewissen Prozentsatz Juden verdauen, aber die Kapazität der Schweiz dürfte heute, vor allen in den kaufmännischen Berufen, erschöpft sein, ganz abgesehen vom Zustrom von Emigranten. Diese Auffassung wird sich übrigens weitgehend mit den Wünschen der schweizerischen Judentum decken.»<sup>336</sup>

Genauso wie die Judenfrage als innerdeutsche Angelegenheit abgehakt wurde, versuchte die «Bauern- und Bürgerzeitung» auch den Führerstaat als ausländische Sonderheit abzutun. Die Staatsform der Demokratie sei kein Exportartikel. «In andern Staaten ist Demokratie nur eine Verfassungsfrage und nicht ein Lebensgefühl.» Damit wird klar, dass eine Weimarer Republik nur bedingt etwas Schützenswertes darstellt. «Wir bekämpfen daher den Geist der Diktatur und des Terrors nicht bei andern Völkern, wohl aber bei uns.»<sup>337</sup> Diese Haltung veranlasste die Redaktion, die Pressefreiheit in der Schweiz entsprechend der Bedrohung von aussen zu relativieren. Am deutlichsten sprach sich Roman Abt immer wieder in diesem Sinne aus, im Nationalrat wie in der «Bauern- und Bürgerzeitung». Die Beleidigungen gegenüber fremden Staatsoberhäuptern, wie sie von Arthur Schmid laufend praktiziert wurden, könnten der Schweiz nur zum Schaden gereichen. Die Linkspresse vertrete hierzulande etwa den Standpunkt: «Mag auch die Schweiz zugrunde gehen, wenn nur die Pressefreiheit gerettet wird!» Die Folgen für den Kleinstaat seien absehbar. «Mich plagt aber eine solche Möglichkeit der Demütigung unseres Landes und ich möchte sie unter allen Umständen vermeiden.»<sup>338</sup>

<sup>334</sup> Bauern- und Bürgerzeitung (BBZ), 17. November 1938.

<sup>335</sup> BBZ, 1. Dezember 1938.

<sup>336</sup> BBZ, 21. Januar 1939.

<sup>337</sup> BBZ, 21. Januar 1939.

<sup>338</sup> BBZ, 1. Juli 1939.

Mit gleichem Geschütz fuhr Abt auch gegen Dr. Oeri auf und wetterte in der Bundesversammlung Richtung Pressetribüne gewandt, dass seine Äusserungen verfälschend gekürzt würden, während Oeris Meinung «in epischer Breite» zur Darstellung komme. In den Tagen vor Kriegsausbruch folgten sich Schlag auf Schlag Artikel «im Namen der Pressefreiheit».<sup>339</sup> Ein Aufsatz des jüdischen Schriftstellers Max Nordan aus dem Jahre 1883 über Volksverhetzung wurde von der «Bauern- und Bürgerzeitung» Dr. A. Schmid zur Lektüre empfohlen. Ein Aufsatz von Nationalrat Markus Feldmann, veröffentlicht in der «Neuen Berner Zeitung» und im «Berner Student», wurde vom aargauischen Bauernblatt abgedruckt. Freiheit sei nicht um ihrer selbst willen da, sondern finde ihre Grenzen dort, wo öffentliche Interessen gewahrt werden müssten.<sup>340</sup>

## Vertrauen in Hitler?

Der Ausbruch des Zweiten Weltkrieges rief auch Redaktor Strahm und das technische Personal an die Grenze. Das Parteisekretariat blieb bis auf weiteres geschlossen und die Redaktion wurde ad interim wieder von Jakob Baumann übernommen.<sup>341</sup> Roman Abt und Baumann eröffneten pressepolitisch sofort einen heftigen Kritikfeldzug gegen bundesrätliche und militärische Massnahmen, insoweit sie die Landwirtschaft in ihrer Arbeit behinderten. Am 3. Oktober wurde diese Kampagne brüsk abgebrochen. Unter dem Titel «Strenge Zensur» wurde geklagt, dass die «Bauern- und Bürgerzeitung» wegen verschiedener Artikel verwarnt worden sei. «Wir konnten in diesen Artikeln absolut nichts Anstössiges finden. Wir werden als gute Eidgenossen uns an die Vorschriften des Bundesrates halten, auch dann, wenn sie u. E. von den zuständigen Organen etwas intensiv interpretiert werden. Damit kommt allerdings der bäuerliche Standpunkt im Urlaubswesen, in der Pferdeabgabe und andern Dingen nicht mehr zur Geltung.»<sup>342</sup>

Jakob Baumann war damals fast sechzigjährig und voll in den kriegswirtschaftlichen und kriegstechnischen Vorstellungen des Ersten Weltkrieges befangen. Vor allem setzte er die traditionelle deutschfreundliche Haltung der Deutschschweizer Presse fort, als wenn im nördlichen Nachbarstaat keine Umwälzung zum totalen Unrechtsstaat erfolgt wäre. Sein Vertrauen auf Hitler als Staatsmann hatte durch keine Erfahrungen gelitten. In diesem Sinne versuchte die Zensur auch nie vorzuspüren und gab auch keine entsprechenden Richtlinien heraus. Alle Tageszeitungen im Aargau vermochten zu allen Verträgen mit Hitler Fragezeichen zu setzen und ängstigten sich

<sup>339</sup> BBZ, 8. Juli 1939, Titel.

<sup>340</sup> BBZ, 10. August 1939.

<sup>341</sup> BBZ, 2. September 1939.

<sup>342</sup> BBZ, 3. Oktober 1939.

nicht, Sympathien zu den Überfallenen und Geschändeten zu bekunden. Die Abwesenheit Strahms verwandelte die «Bauern- und Bürgerzeitung» vorübergehend zum Bewunderungs-Forum der Hitler'schen Erfolge. Nach dem Polenfeldzug als Beispiel: «Objektiv betrachtet scheint uns, dass sich die Westmächte zu Verhandlungen bereit erklären sollten.» «England kann u. E. nur verlieren, mit oder ohne Sieg. Es tut ja einem weh, ein Volk wie Polen preisgeben zu müssen, aber wenn Russland vertragstreu ist, so wird Polen nicht mehr auferstehen, wenn auch die Westmächte siegen.» «Uns scheint, Hitler habe seine Forderungen nicht allzusehr überspannt (kleines Polen und Rückgabe aller Kolonien, Ende von Versailles), aber man wird das wohl wieder als Schwäche auslegen.» Ein «Friedensangebot Adolf Hitlers ist der Prüfung wert». Und Jakob Baumann fand die Bemerkung Hitlers, «in Mitteleuropa müsse Einer Regent sein», als interessant.<sup>343</sup>

Als die zweite Mobilmachung Strahm wieder vom Redaktionspult wegriss, setzte Jakob Baumann seine Kommentare unerschütterlich fort. Nach dem Westfeldzug: «Die Waffenstillstandsbedingungen werden heute etwas anders lauten als im September, als Reichskanzler Hitler in deutschen Reichstag seine Friedensbedingungen bekannt gab. Wir haben damals unsere Ansicht dahin geäußert, dass auf diese Bedingungen eingetreten werden sollte. Man hat uns das von verschiedenen Seiten böse angeschrieben.» Frankreich müsse halt nun für die Sünden seiner Väter und die eigenen herhalten. Dass in Deutschland Jubel herrsche, sei verständlich, hat das Volk ja unter Versailles schwer gelitten. Die deutsche Armee sei nun erwiesenermassen die beste der Welt und damit Hitler eventuell der «allererste militärische Führer».<sup>344</sup> Und ein Monat später kommentierte derselbe Baumann eine Rede des Führers, in der Hitler England eine Friedensofferte machte. «Wir haben die Meinung, dass es dem Reichskanzler mit seinem Angebot ernst war. Es war immer sein Ziel, mit England auf einen guten Boden zu kommen, das auch rassistisch gedacht nicht so abwegig wäre.» Ein gegenseitiges Zerfleischen würde letztlich nur Russland nützen.<sup>345</sup>

Während Eugen Bircher sich vor allem in kriegstechnischen Überlegungen erging, wie zum Beispiel in «Wandlungen der Kampfmethoden»,<sup>346</sup> begab sich Baumann mit seinen Werturteilen laufend aufs rechte Glatteis und damit bis an (oder über?) die Grenze, die von der Abteilung Presse und Funkspruch (APF) gesetzt waren. Noch eindrücklicher erwiesen sich die innenpolitischen Stellungnahmen. «Der eidgenössische Tagesbefehl» des Bundesrates wurde vollends anpasserisch interpretiert. «Wir gehen unwälzenden Zeiten entgegen, mit Mut und Zuversicht. Im Übergang zu einer neuen Ordnung, die unsere Bundesverfassung, aber vorerst unsere innere

<sup>343</sup> BBZ, 7. Oktober 1939, J. Baumann.

<sup>344</sup> BBZ, 22. Juni 1940, Rundschau von J.B.

<sup>345</sup> BBZ, 27. Juli 1940, Rundschau von J.B.

<sup>346</sup> BBZ, 21. Mai 1940.

Verfassung grundlegend verändern muss, wird eine starke Regierung den totalen Anspruch an die Bürger stellen.»<sup>347</sup> «In der Schweiz scheint allgemein in der öffentlichen Meinung ein Umschwung stattzufinden. Selbst sozialistische Zeitungen anerkennen nun die Leistungen des deutschen Nationalsozialismus und seines Gründers und Führers Reichskanzler Hitlers. Leider etwas spät. Man hätte in der Schweiz verschiedenes besser machen können, wenn man etwas mehr nach Norden als nach Westen geschaut hätte.»<sup>348</sup>

Ob darauf eine Intervention erfolgt war? Drei Tage später wurde aus der «Neuen Berner Zeitung» von Redaktor Feldmann eine geharnischte Stellungnahme aus demselben politischen Lager eingerückt, recht eigentlich, um das Gleichgewicht wiederherzustellen.<sup>349</sup> «Damit, dass man sich selbst vor aller Welt möglichst klein und hässlich macht, kuscht und sich duckt, angstmeiert und nervös nach allen möglichen neuen Ufern Ausschau hält, imponiert man niemandem.» Unser System taue etwas und sei durchaus gesund. Doch Baumann liess sich nicht beirren. Er freute sich an jedem «Schrägmarsch nach rechts», vor allem, wenn es die verhassten Sozis betraf. Denn «sachte zeigt sich eine kleine Bräune an den blassroten Abendwolken des weichenden Marxismus».<sup>350</sup>

Aber Baumann blieb nicht alleine; sein aargauischer Fraktionskollege Roman Abt stiess ins selbe Horn. Am Parteitag in Brugg, am 3. November 1940, behauptete er: «Wir haben die Situation erfasst.» Das Volk denkt bei uns in der Regel vernünftiger «als einzelne seiner Vertreter». Diese wollen «engstirnig jede Konzession ablehnen und glauben, die Schweiz könne dadurch imponieren, dass sie möglichst widerhaarig wie ein Stachelschwein sich benehme!» Es tue vor allem Not, freundschaftliche Einstellung zu unseren mächtigen Nachbarländern zu pflegen. Es müsse verhindert werden, «dass unser Land ein Emigrantennest und eine Hetz- und Propagandazentrale von Internationalisten gegen die autoritären Staaten werden könnte». Zwar verwahrte er sich dagegen, Faschist oder Nationalsozialist geheissen zu werden, und er vermeide tunlichst das Wort Anpassung, «das bereits einen ominösen Beigeschmack erhalten» habe: doch erwarte er eine «vernünftige Einstellung und Anerkennung der realen Tatsachen». Die geistige Revolution, die «Neuorientierung Europas» gehe auch in der Schweiz «Richtung Stärkung der staatlichen Autorität».<sup>351</sup> Dass diese Einstellung nur von einer kleinen Minderheit des erwähnten «vernünftigen Volkes» geteilt wurde, bewiesen die Kommentare in allen andern Parteizeitungen im Aargau.

<sup>347</sup> BBZ, 27. Juni 1940.

<sup>348</sup> BBZ, 29. Juni 1940, J.B.

<sup>349</sup> BBZ, 2. Juli 1940.

<sup>350</sup> BBZ, 14. September 1940.

<sup>351</sup> BBZ, 7. November 1940.

Selbst die «Bauern- und Bürgerzeitung» fand, sobald Strahm wieder die Feder führte, auf einen andern Boden der realen Tatsachen zurück. Aber auch die ersten Rückschläge Hitlers im Lauf der ersten Kriegshälfte mahn-ten daran, dass dessen Bäume nicht in den Himmel wuchsen. Zudem: Mit dem Tode Roman Abts im März 1942 und Jakob Baumanns im August des-selben Jahres rückten im offiziellen Wahljahr die Ersatzmänner Bircher und Renold nach, die sich bezüglich politischer Eigenart der Schweiz mehr im Sinne der geistigen Landesverteidigung verhielten als deren Vorgänger. Die Hoffnung auf irgendwelchen Verständigungsfrieden versiegte vollends und verunmöglichte Spekulationen, die der einen oder andern Kriegspartei ent-gegenkamen. Auch die «Bauern- und Bürgerzeitung» jubelte am 31. Mai 1945: «Endlich wieder Pressefreiheit.»

### **Endphase: «Sein oder Nichtsein»**

«Wenn wir heute zurückblicken, müssen wir irgendwie die Aufgabe der Tageszeitung bedauern, wurde doch damit wahrscheinlich der Anschluss an die Entwicklung auf den Zeitungsmarkt verpasst», meinte 1973 rückbli-ckend der Nachfolger Strahms, Theo Fischer. Tatsächlich führte der Weg der bäuerlichen Parteipresse nach dem Kriege nur noch abwärts; die Chan-cen, ein finanziell selbsttragendes Blatt halten zu können, wurde laufend kleiner. In Wirklichkeit neigte sich damals die Ära der Parteipresse ganz all-gemein ihrem Ende entgegen. Das allweil schon schwache Kantonalorgan war dazu nur das erste Opfer. Selbst in Bern konnte die dominante Staats-partei BGB ihr Zentralblatt nicht halten. Der andere Weg, den Fischer andeutete, hätte Schrecken ohne Ende gebracht, wie dies die Blätter der Sozialdemokraten oder der Christdemokraten ihren Parteien bescherten.

Die Änderung des Namens in «Aargauer Bauern- und Bürgerzeitung» am 15. November 1938 hatte den Weg zum blossen parteiinternen Mei-nungs- und Betreuungsinstrument vorbereitet. Das Streben allgemein bür-gerliche Zeitung zu sein oder ein «Anzeigeblatt der Stadt Baden», wie es 1925 noch in Untertiteln angedeutet wurde, hatte man nach und nach aufge-geben. Noch 1938 meinte Redaktor Hans Strahm: «Der Kampf um die Existenz des Einzelnen und des Staates wird heute nicht mehr mit dem Zweihänder ausgefochten, sondern mit geistigen Waffen. Die beste Waffe einer Partei ist aber eine gutausgebaute Parteipresse.» So recht er im ersten Teil seiner Aussage – mindestens für die Zeit nach 1945 – hatte, so schief erwies sich seine Ansicht in der Folgerung. Zuerst wird es die Radio-Rede, dann das Bild, schliesslich das bewegte Bild sein, das die Menschen führte und verführte. Das grösste Nachsehen hatte die Parteizeitung. Nach dem Kriege lief deren Uhr langsam aber sicher ab. 1966 starb Hans Strahm. Als Nachfolger redigierte während anderthalb Jahren Eduard Nacht aus Bern

die Zeitung, den es jedoch bald wieder nach seiner Heimatstadt zog. So wurde nach kurzem Unterbruch Notar Theo Fischer der eigentliche Nachfolger Strahms im Parteisekretariat und der Redaktion. Er musste entschuldigend einen Rückzug nach dem andern vermelden. Über die Schlussphase lassen wir ihn persönlich berichten:



*Aus der Endphase der aargauischen Bauernpresse:  
 Kopf der «Aargauischen Bauern- und Bürgerzeitung» vom 28. März 1964 und  
 der «Neuen Bürger Zeitung» vom 4. Januar 1969.*

«Bis zum Jahre 1958 wurde die Zeitung in der Buchdruckerei Boner in Baden gedruckt. Auf den 1. Januar 1959 siedelte man nach Windisch über, wo das Blatt weiterhin in der Offizin der Firma Werder AG herauskam. Man gründete, um die Herausgabe des Blattes weiterhin zu ermöglichen, eigens eine Aktiengesellschaft, an deren Aktienkapital auch Parteimitglieder sich namhaft beteiligten. Die «Bauern- und Bürgerzeitung» verspürte, wie viele kleine Zeitungen in den sechziger Jahren, den starken Kostendruck und geriet immer tiefer in die roten Zahlen. Man suchte nach neuen Lösungen und nach einem neuen Druckort, nachdem die Erneuerung der Druckereianlagen bei der Buchdruckerei Werder AG grosse Investitionen

verlangt hätten. Den Verantwortlichen schwebte, ähnlich dem Kopfblattsystem der CVP-Blätter, eine enge Zusammenarbeit innerhalb der BGB-Zeitungen vor. Man nahm in der Folge Kontakt auf mit der Verbandsdruckerei Bern als Herausgeberin der «Neuen Berner Zeitung», Organ der schweizerischen und bernischen Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei. Einige Schwierigkeiten bereitete die unterschiedliche Erscheinungsweise der beiden Zeitungen. Aber auch dies konnte befriedigend gelöst werden, so dass am 1. Januar 1969 zum Experiment eines BGB-Kopfblattsystems gestartet werden konnte.»

«Für die aargauische Zeitung, die neu unter dem Namen Neue Bürger Zeitung erschien, redigierte die Redaktion im Aargau nur noch den aargauischen Teil. Alle übrigen Sparten der Zeitung wurden von der Redaktion der Neuen Berner Zeitung übernommen. Auch wurde die neue Zeitung bei der Verbandsdruckerei in Bern gedruckt. Die Zeitung fand sehr bald Anklang, doch zeigte es sich, dass die Erscheinungsweise (dreimal pro Woche) ein grosses Hindernis für die Abonnentenwerbung darstellte. Der Trend zu einer grossen Tageszeitung war zu eindeutig, als dass man eine dreimal erscheinende Zeitung hätte verkaufen können. Durch intensive Erhebungen und Studien wurde im Schosse der schweizerischen BGB abgeklärt, ob eine Angliederung von weiteren BGB-Zeitungen an das neue Kopfblattsystem möglich wäre. Es zeigte sich aber in der Folge, dass die BGB- beziehungsweise SVP-Presse zu heterogen war, um alle Blätter unter ein Dach zu bringen. Auch zeigte sich im Laufe der letzten drei Jahre, dass die beiden Kopfblattsysteme der Zürcher Nachrichten und des AZ-Ringes in immer grössere Schwierigkeiten gerieten, so dass das Projekt einer gesamtschweizerischen SVP-Zeitung ad acta gelegt wurde. Neben diesem gesamtschweizerischen Projekt versuchte die Verbandsdruckerei Bern für die Neue Berner Zeitung eine Lösung zu finden. Die Schwierigkeiten für eine zukunftssträchtige Neugestaltung dieses Presseorgans waren ausserordentlich vielschichtig, und die Erfolgsaussichten für die Zukunft konnten nicht allzu hoch bewertet werden. Auf der andern Seite waren die Defizite bei der Neuen Berner Zeitung für das Gesamtunternehmen so gross, dass eine weitere Herausgabe der Zeitung im bisherigen Konzept fast nicht mehr zumutbar war. Man entschloss sich dann kurzerhand, die Neue Berner Zeitung zu liquidieren, wobei die bernische SVP ein Arrangement mit dem Emmentaler Blatt treffen konnte.

Mit dem Entschluss der Aufgabe der Neuen Berner Zeitung war auch das Schicksal der Neuen Bürger Zeitung besiegelt. Für ein einstmals mit grosser Hoffnung begonnenes Experiment musste eine Lösung gefunden werden. Die Verantwortlichen der SVP glauben, in der Zusammenarbeit mit dem Aargauer Tagblatt eine Lösung gefunden zu haben, die der Partei auch für eine weitere Zukunft die Gewähr bietet, ein lebenskräftiges Publikationsorgan zu haben.»<sup>352</sup>

<sup>352</sup> Neue Bürger Zeitung, 11. Januar 1973.

